links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Krieg & Grüne

Weltfrauenkonferenz

Zweierlei Boykott

Täterinnenkonstruktion

WISSEN-SCHAFT

Offenbach Nr. 304 / 305 27. Jahrgang W: DM 13,– / O: DM 10,– Sept./ Okt. '95

editorial

links 9/10,95

Mit der aus Friedensbewegungs- und Kirchentagskreisen allseits bekannten rhetorischen Figur des „Bauchschmerzen habens“ wurden in den 80ern in der Regel Diskussionsbeiträge eingeleitet, mit denen RednerInnen auf ihr meist protestantisch gefärbtes Gewissen anspielend, betonen wollten, daß der sich anschließende Beitrag wahrlich aus tiefster Seele komme. Gemäß ihrer ganzheitlichen Lebensphilosophie bekam die Friedensbewegte und der Kirchentagsbesucher eben nicht Bauchschmerzen von Eiskrem, Hamburgern oder Kirschen in Kombination mit Sprudelwasser, sondern davon, daß in Deutschland ausländische Raketen stationiert werden sollten, manche und mancher Linke partout nicht auf militante Widerstandsformen verzichten wollten oder etwa am vermeintlichen Konsens der Bewegung herumkrittelten.
Diese Zeiten sind vorbei, müssen jedoch kaum in Erinnerung gerufen werden, leben doch zumindest ihre rhetorischen Figuren weiter. Wenn deutsche Intellektuelle heute Bauchschmerzen haben, dann wegen der von BILD bis TAZ gescholtenen Untätigkeit der „Weltgemeinschaft“ im ehemaligen Jugoslawien. So etwa der „Vordenker der undogmatischen Linken“ (SPIEGEL 32/1995) Jürgen Habermas. Was jener Vordenker vordenkt – „mit Bauschmerzen“ wohlgemerkt – liest sich dann so: „Soll die Menschenrechtspolitik der Uno, die ganz in den Anfängen steht, vom ethnischen Wahn auf Jahrzehnte, vielleicht auf unabsehbare Zeit diskreditiert werden?“ Nein können wir da angesichts der geschickt plazierten Setzungen von der „Menschenrechtspolitik der Uno“ und dem „ethnischen Wahn“ nur antworten, und finden uns zwei Spalten weiter als jemand wieder, der oder die „daran interessiert ist, daß die Uno instand gesetzt wird, mit der Rückendeckung einer internationalen Polizei Menschenrechte global durchzusetzen“. Und an diejenigen mit deutschem Paß unter uns ergeht die Ermahnung, bei diesem heroischen Unternehmen für Demokratie und Menschenrechte „nicht abseits stehenbleiben“ zu dürfen.
Woran Heerscharen von PressereferentInnen auf der Hardthöhe und im Bundeskanzleramt seit Monaten herumfeilen liefern Habermas und andere Intellektuelle, die ihr Leben mit Bauchschmerzen fristen, anscheinend locker und undogmatisch nebenbei: Die ideologische Begründung für den Kriegseintritt der deutschen Armee, der am 30. Juni dieses Jahres beschlossen wurde. Stimmung machen – aber bitte schön differenziert – können eben Intellektuelle immer noch am besten.

Zwischen denen, die Stimmung machen dürfen und denen, welchen es untersagt ist, wird in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit bekanntermaßen scharf unterschieden. So sind es denn auch nicht etwa Kioske, welche die sogenannten Nachrichtenmagazine mit ihrer intellektuellen Stimmungsmache für Staat und Nation verbreiten, die öffentliches Ärgernis erregen, sondern Jugendliche mit etwas anderen Frisuren und etwas anderer Kleidung, die ihr Bier nicht in der Szenekneipe trinken, sondern es wagen, dies auf offener Straße zu tun. Wenn sie dazu auch noch laute Musik hören, ist das Chaos perfekt.
Während sich die Verantwortlichen in Berlin und Frankfurt nicht ganz so schwer taten und jugendlichen Musikfans eine kostenlose Straßenreinigung bzw. einen ganzen Straßentunnel für ihre Festivitäten spendierten, zeigte sich Hannover von seiner repressiven Seite: mit einer dreitätigen Prügelorgie der Polizei und zahlreichen Verhaftungen konnte der Jugend gezeigt werden, daß sie ihre rebellischen Bedürfnisse bitte schön innerhalb ihrer subkulturellen Nischen befriedigen soll und nicht auf offener Straße und schon garnicht in Hannover. Schon wenige Tage nach den Ereignissen verstummten die kritischen Stimmen gegen den Polizeieinsatz und aus Steine werfenden Polizeibeamten wurden sich in arger Bedrägnis befindende und sebstverteidigende Staatsdiener. Das nicht sein kann, was nicht sein darf meinten schließlich auch Hannovers und Niedersachsens Regierende und verkündeten einmütig, daß Chaos zukünftig in Hannover verboten sei.

Chaos-Tage ganz anderer Art löste die sogenannte Kruzifix-Entscheidung des Ersten Senats des BVG aus. Fundamentalistische Kräfte formierten sich um Kardinal Wetter, der in den Medien zum Sprecher und Vertreter der „Kultur des Abendlandes“ aufgestiegen, zum „Widerstand“ aufrief. Des guten Deutschen liebstes Kind, die Lichterkette, wurde in München ausgepackt, um gegen drohenden „Werteverfall“ und bevorstehende „Sinnkrise“ zu demonstrieren. Der Nazis schlimmste Tat, den Christen ihr Holzkreuz wegnehmen zu wollen, konnte, so Wetterer, schließlich damals verhindert werden, warum dann nicht auch heute. „Wir sind die Christen“, hört man es da schon durch die Gassen von unser-Deutschland-soll-schöner-werden schallen, in dem zum Lob des „freien Menschen, der Schöpfung Gottes“ (Peter Hintze) zum weltweiten Durchsetzen der Menschenrechte geblasen wird.

Zum Schluß noch zwei oder drei Sätze in eigener Sache. Der in der letzten *links* angekündigte „frische Wind“ hat sich in einigen Neuerungen im Heft niedergeschlagen. Am augenfälligsten sind vielleicht die gestalterischen Änderungen, die wir auf den Innenseiten vorgenommen haben. Wir hoffen, daß sie die optische Erscheinungsweise des Heftes verbessern konnten. Für Anfang ‘96 sind weitere graphische Änderungen geplant, so daß die *links* dann in neuem Gewand erscheint. Neu eingeführt ist ebenfalls die Rubrik „Tellerwäscher“, in der sich Rezensionen, Veranstaltungshinweise, Kritiken, Anmerkungen zu aktuellen Debatten und sonstige kürzere Texte finden.
Darüber hinaus geht es uns aber auch um eine Erweiterung der inhaltlichen Bezugspunkte dieser Zeitschrift. Mehr noch als bisher wollen wir an aktuelle Debatten über linksradikale Theorie und Praxis anknüpfen, uns stärker auf bestehende oppositionelle und subkulturelle Strömungen beziehen. Von der damit einhergehenden Öffnung gegenüber den immer noch in manchen Kreisen als „postmodern-beliebig“ bezeichneten Ansätzen aus Medien-, Kultur-, Diskurs- und neuerer feministischer Theorie versprechen wir uns eine Weiterentwicklung dessen, was einmal als Marxismus antrat, um die freie Assoziation der Individuen zu erreichen. Dies alles kann letztlich aber nur in Zusammenarbeit mit den *links*-Leserinnen und Lesern gelingen, die hiermit aufgefordert sind, sich zu den vorgenommenen Neuerungen zu äußern, sei es in Form eigener Beiträge oder in Form kurzer LeserInnenbriefe.
Für die November/Dezember Nummer ist ein Schwerpunkt mit dem Arbeitstitel „Popularkultur und Linke“ geplant. Eine vorläufige Planungsskizze kann angefordert werden.
Bleibt noch zu erwähnen, daß wir zwei neue Herausgeber gewinnen konnten: Bernd Röttger und Joachim Hirsch.
Also, es gibt weiterhin viele gute Gründe sich auf die neue *links* zu freuen und falls noch nicht geschehen, schleunigst zu abonnieren.

die redaktion

Impressum

REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach
Tel.: 069 / 88 50 06 Fax: 069 / 82 11 16

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Stefan Armborst, Ulrich Brand, Uwe Fahr, Christoph Görg, Rosi Karges, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Jörg Lauterbach, Ludi Lodovico, Gottfried Oy, Jens Winter

HERAUSGEBERINNEN: Elmar Altvater, Ursula Beer, Klaus Briegleb, Andreas Buro, Josef Esser, Wolfgang Fach, Eike Hennig, Joachim Hirsch, Arno Klönne, Silvia Kontos, Hans-Martin Lohmann, Mohssen Massarrat, Ingeborg Maus, Margit Meyer, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Joachim Perels, Roland Roth, Bernd Röttger, Gert Schäfer, Heinz Steinert, Klaus Vack, Edgar Weick

STÄNDIGE MITARBEITER: Robert Detobel, Holm-Detlev Köhler (Madrid), Felix Schneider

REDAKTIONSBÜRO: Thomas Kunz, Gottfried Oy

VERLAG UND VERTRIEB: Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5-7, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: aus Jahrbuch der Werbung 1978

LAYOUT: Thomas Kunz, Birgit Letsch, Gottfried Oy

DRUCK: Ehgart & Albohn GmbH, Fernwald

ERSCHEINUNGSWEISE: zweimonatlich, 6 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSCHLUSS für die Nov./Dez.-Ausgabe 12. Oktober 1995

BEZUGSBEDINGUNGEN: Doppelheft W: DM 13,– / O: DM 10,– Jahresabo W: DM 75,– / O: DM 50,– incl. Versand. Luftpostpreise auf Anfrage. Ermäßigtes Abo DM 56,– gegen Vorlage einer Bescheinigung.

ABBESTELLUNGEN müssen spätestens bis 30.09. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar gezahlt. Texte sollten auf einer 5 1/4 oder 3 1/2 HD-Diskette (bitte ohne eingebaute Fußnoten) eingeschickt werden.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur Habenahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

4 Stimmungsmache
Der Medien liebster Feind: KurdInnen. Ein Kommentar von Thomas Kunz

6 Mumia Abu-Jamal und die Solidaritätsbewegung
Jörg Lauterbach über die Unfähigkeit, einen Fall von Klassenjustiz zu politisieren

8 Der 'Fall' Monika Haas
70er revisited: Irmgard Schultz über die Konstruktion einer Anklage

12 Weltfrauenkonferenzen: Potential für sozialen Wandel?
Diese Frage stellen Berlindes Astrid Küchemann und Anette Funk

WISSENSCHAFT

15 Anmerkungen zum Schwerpunkt
Redaktionelle Vorbemerkung

16 Politökonomische Analysen globaler Beziehungen
Bernd Röttger über kritische und affirmative Ökonomietheorie

20 Das Weltsystem kaputtdenken
Stefan Armborst über das neue Buch von Immanuel Wallerstein

22 Psychoanalyse & Gesellschaft
Hans-Martin Lohmann über eine gescheiterte Beziehung

25 Feministische Wissensproduktion
Regina Dackweiler über Theorie und Praxis im Feminismus

27 Was meint eigentlich 'Gesellschaft'?
Kleine Begriffskunde mit Joachim Hirsch

29 Über die Irrelevanz der Soziologie
Warum es nicht mehr von Interesse ist, was SoziologInnen zu sagen haben: Heinz Steinert

32 Gerechtigkeit für Marx
Fordert Jürgen Ritsert

37 Realpolitische Schizophrenie – schizophrene Realpolitik
Sieht Christoph Görg bei der rotgrünen Kriegspolitik am wirken

39 Historische Dimensionen
Hannes Grandits zu den historischen Hintergründen des Krajina-Konfliktes

43 Boykott & symbolische Politik
Die Greenpeace Erfolgsstory. Von Ansgar Klein und Ruud Koopmanns

46 Öko-nationalistischer Einkaufskorb
Ingrid Röder über deutsche Atomtestgegner, die gegen Frankreich ins Feld ziehen

48 Projektionen nicht erliegen
Mitglieder des Dritte-Welt-Hauses Frankfurt im Gespräch mit Ulrich Brand

51 *tellerwäscher*
❶ *radikal* ❷ Klaus S.-recycled ❸ Aus Wissenschaft und Technik ❹ Ruhestörung oder Wir sind alle Rädelsführer ❺ Discojugend und Feminismus ❻ Batman forever ❼ Dumpf- und Schimmelsinn ❽ Solidarität kennt keine Grenzen ❾ Der Kaffee ist fertig

56 Sein ist Rohstoffsein
Ludger Fittkau über Genmanipulation in der Philosophie Günter Anders

59 Die Abo-Seite
Viele gute Gründe, die *links* zu abonnieren

THOMAS KUNZ

Stimmungsmache

Seit mehreren Wochen befinden sich in der Türkei mehrere Tausend kurdische Kriegsgefangene und zum Teil deren Angehörige im Hungerstreik. In verschiedenen Städten der BRD kam es in den letzten Wochen zu Solidaritätsbekundungen. So fanden in Berlin und auch Frankfurt am Main gleichfalls Hungerstreiks statt. Ziel dieser Aktionen ist bzw. war es, auf oben genannte Proteste, von denen bundesdeutsche MeinungsmacherInnen nur am Rande Kenntnis nehmen wollten, aufmerksam zu machen.

Nachdem von der Mahnwache der Hungerstreikenden in Frankfurt am Main eine Woche lang nur relativ wenig Notiz genommen wurde, geriet diese am 28. Juli in die überregionalen Schlagzeilen. Ein massives Polizeiaufgebot unterstützt von vermummten SEK-Kräften knüppelte unter Wasserwerfereinsatz den Platz vor Frankfurts Katharinenkirche, direkt in der Innenstadt, frei und nahm an die 200 Männer und Frauen fest. Auch in Berlin eskalierten Polizeikräfte mehrfach die Situation, zuletzt am 11. August, beim Versuch der Erstürmung des Kurdischen Kulturzentrums in Berlin-Kreuzberg.

Als die Hungerstreikaktion in Frankfurt gewaltsam beendet wurde, überboten sich hernach die Medien in ihren Bemühungen, die Proteste der KurdInnen zu kriminalisieren, in einer Weise, die das gewohnte Maß an polizeifreundlicher Rechtfertigungsschreibe noch übertraf. BerichterstatterInnen und KommentatorInnen betrieben vielmehr regelrechte Polizeiberichterstattung und strickten am Bild vom inneren Feind eifrig mit.

Die Beendigung per staatlicher Gewalt verwundert nicht, zumal die deutschen Sicherheitsbehörden schon seit längerem intensiv darum bemüht sind, den politischen Protest gegen die türkische Kriegspolitik mundtot zu machen. Dies sicherlich nicht nur aus bündnispolitischen Erwägungen, bezüglich der freundschaftlichen Beziehungen zum NATO-Partner Türkei. Ebenso hilfreich ist die Inszenierung bürgerkriegsähnlicher Auseinandersetzungen, in der sogenannte extremistische KurdInnen als VerursacherInnen zugerichtet werden, um die gebetsmühlenhaft dahergesagte Maxime „kriminelle Ausländer sind schnellstmöglich abzuschieben" (Kanther) dem Wahlvolk als plausibel erscheinen zu lassen.

Eigentlich ein nicht ganz so einfaches Unterfangen, in einer Gesellschaft, die sich tagtäglich ihrer Pressefreiheit rühmt bzw. rühmen muß – denkt man sich. Jedoch, das Gegenteil ist der Fall. Befremdlich erscheint die Eilfertigkeit der Medien, das Bild der Polizeiberichte aufzugreifen und zu ihrem eigenen zu machen. Zumal sich hierin nahezu das gesamte politische Spektrum der Presse einig zu sein scheint und allenfalls um handelsübliche Nuancen unterscheidet. Nun muß man sich fragen, welche Beweggründe besagte MeinungsmacherInnen für dieses Vorgehen haben. Diese stellen sich selbstverständlich nicht ganz so platt dar, wie manch einer oder eine es gerne hätten. Selbstverständlich ist man um eine differenzierte Berichterstattung bemüht. Deren vordergründige Offenheit oder besser: Doppeldeutigkeit läßt jedoch an Eindeutigkeit kaum zu wünschen übrig. Insbesondere die sich als liberal oder gar links verstehen wollende Tagespresse reagierte nahezu einhellig und befleißigte sich, dem brutalen Polizeieinsatz legitimierend zu Seite zu springen. Am Donnerstag, dem 27. Juli, „löste die Polizei mit Hilfe von Wasserwerfern die Versammlung in der Innenstadt auf. Zuvor hatten Kurden Steine gegen anrückende Polizisten geschleudert", so die „unabhängige" (Eigenwerbung FR) *Frankfurter Rundschau* am 28.7.95. Die Botschaft war klar: Der Einsatz war berechtigt, nicht zuletzt aufgrund der mittels seiner spezifischen Schilderung konstruierten Brutalität der Hungerstreikenden. Der Verteidigungsversuch der Protestierenden wurde flugs zu besonderer Gewaltbereitschaft umgemünzt. Den Vogel schoß tags darauf die TAZ ab: „Mit Eisenstangen und Holzlatten gingen die PKK-Sympathisanten auf die Beamten los. Es flogen Steine, Gasflaschen wurden geöffnet und Feuerzeuge verteilt" (TAZ v. 29.7.95). Die Polizei wird als Verhinderer dessen präsentiert, was sie eigentlich selbst angezettelt hatte: „Mit pausenlosem Wasserwerfereinsatz verhindert die Polizei, daß die Gasflaschen in Brand gesetzt werden." (TAZ v. 29.7.95). War der Aggressor erst einmal ausgemacht, durfte natürlich auch mal selbstkritisch gefragt werden, ob in Ausnahmefällen überzogene Härte der Polizeikräfte zu beobachten gewesen sei, aber – man kennt das ja – das könne allenfalls nur in Einzelfällen geschehen sein, System hat das selbstverständlich nicht und schließlich: man müsse ja auch die Beamten verstehen. Alles weitere kläre, na wer sagt's denn, unsere Polizei.

Daß KurdInnen an sich nicht nur so seien, sondern auch noch so aussehen sollen, wurde in der auf die Räumung folgenden Woche ZeitungsleserInnen nahegelegt. Starke Polizeikräfte sperrten am 30.7. mit großräumigen Fahrzeug- und Personenkontrollen die Frankfurter Innenstadt. O-Ton FR: „Polizei schottet die Stadt gegen Kurden ab" (FR v. 31.7.95). Betroffen waren all die Menschen, die das Klischee des sogenannten fremdländischen Aussehens erfüllten. Die FR erwähnt hierzu lapidar, daß die Polizisten Weisung gehabt hätten, „alle Fahrzeuge zu stoppen, deren Insassen nach Augenschein Kurden waren" (FR v. 31.7.95). Nach Augenschein! Kritik an solch rassistischen Kontrollmaßnahmen wird, die Presse ist ja frei, tags darauf sogar abgedruckt. Jedoch nicht ohne den süffisanten Hinweis, daß der Kritiker, in diesem Fall Özan Ceyhun, Sprecher der „Bundesarbeitsgemeinschaft ImmigrantInnen und Flüchtlinge der Bündnisgrünen", an besagtem Tag überhaupt nicht in Frankfurt gewesen sei. Nachdem ihm hiermit Unkenntnis der tatsächlichen Lage unterstellt und seine Kritik somit entkräftet wurde, wird dem institutionellen Rassismus die Unbedenklichkeitsbescheinigung ausgestellt: Die Kontrollen waren „durch das hessische Polizeigesetz abgedeckt" (FR v. 1.8.95). Wie erleichternd zu hören. Alles ging mit rechten Dingen zu. Solange Diskriminierung und rassistische Schikane nur rechtlich abgesichert sind, ist's ja in Ordnung. Die Abschaffung des Rechtes auf Asyl läßt grüßen.

Frei nach dem Motto: „Was in der FR nicht steht, steht in der TAZ", setzt die Zeitung, deren LeserInnenschaft, die Zukunft betreffend, „voll auf die eigene Leistungsfähigkeit" vertraut (Selbstbezichtigungsschreiben TAZ), noch eins drauf: Nachdem in Berlin im Laufe des Hungerstreiks die Kurdin Gülnaz Baghistani zu Tode kam, greift die TAZ sibyllinisch die Version des konservativen Kampfblattes FAZ vom 5.8.95 auf: „Haben die Organisatoren des Hungerstreiks aus der Kurdin

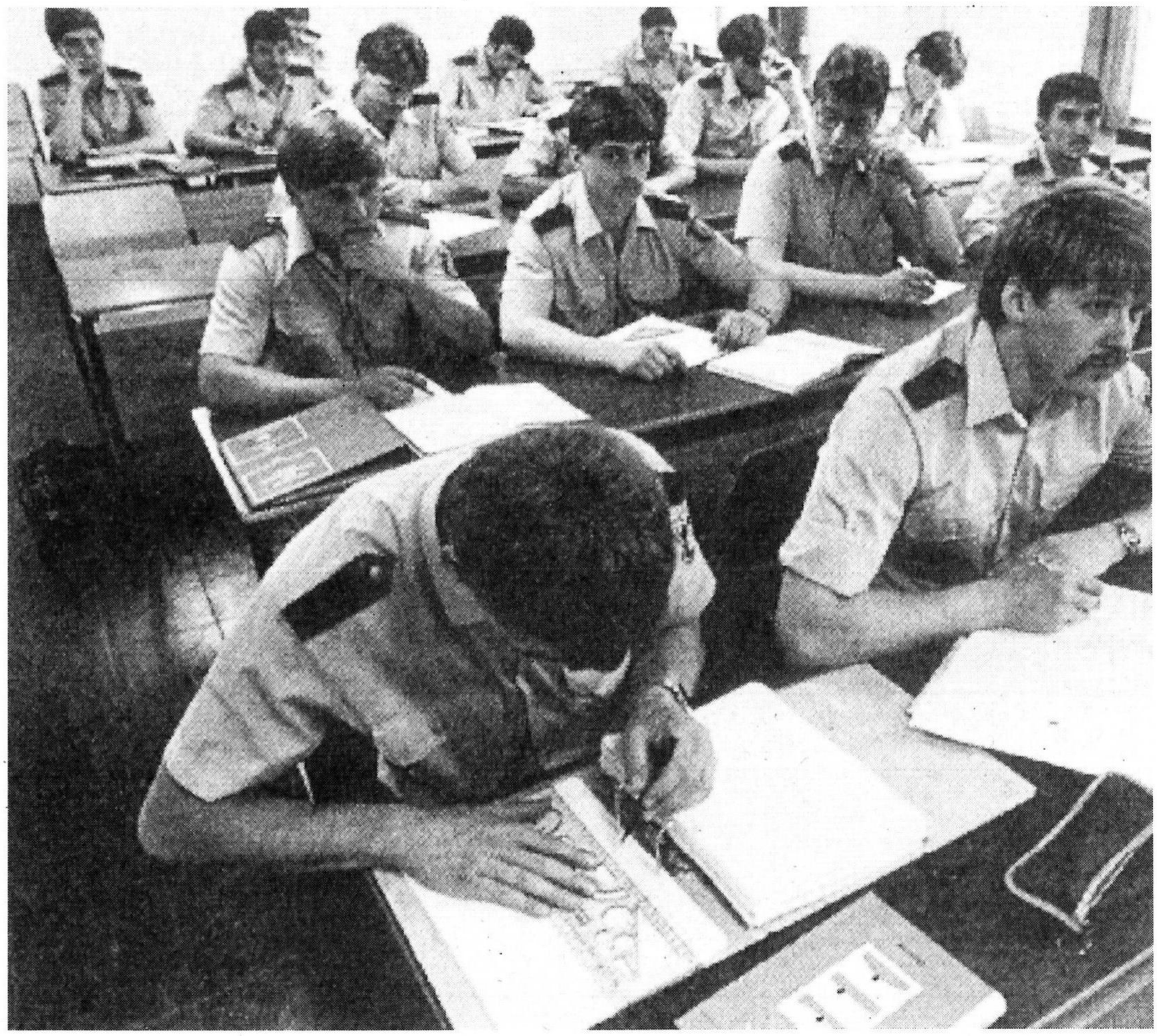
eine Märtyrerin gemacht?“ (TAZ v. 12.8.95). Der Beitrag kultiviert, in einer für die Proteste ansonsten ungewohnten Länge, die Zweifel an den Todesumständen Baghistanis. Er präferiert die Version der Behörden, deren Vorgehen bislang dafür verantwortlich gemacht wurde, und bezichtigt hierdurch implizit die OrganisatorInnen zumindest der fahrlässigen Tötung. Unhinterfragt wird das Bild der „Märtyrerin“ aufgegriffen; ein Bild, das bei den Konstruktionen „islamische Bedrohung“ und „orientalischer Fundamentalismus“ äußerst gängig ist. Die Botschaft hör ich wohl: KurdInnen lassen eine der ihren sterben, aus durchsichtigen, politischen Gründen, pfui!

che Abwehrmaßnahmen gegen sogenannte „kriminelle Fanatiker“ (Kinkel) legitimiert. Zum anderen erscheinen dadurch künftige Repressionsorgien heute schon als notwendig. Man liefert bereits jetzt die Argumente für ein schärferes Vorgehen gegen zu erwartende politische Proteste, welche dann – Dank der Gegenpolitisierung – als solche gar nicht mehr erkennbar werden.

Der größte Teil der bundesdeutschen Medienöffentlichkeit beteiligt sich an dieser Gegenpolitisierung und Kriminalisierung der Proteste, sehr zur Zufriedenheit des Bundesinnenministers. Nicht zuletzt handelt es sich hierbei auch um das Instrumentalisieren des politischen Kampfes der

ten, nämlich wir Deutschen, entgegengesetzt werden, wird deutlich, daß diese Einsetzung des inneren Feindes bereits im Kern ein gängiges Reaktionsschema assoziiert: raus mit dem Feind!

In diesem Sinne betreibt gerade auch die linksliberale Tagespresse die Sache der Großen Abschiebekoalition, die keine Möglichkeit ausläßt, um nachzuweisen, daß MigrantInnen nicht ins Land gehören – und wenn es schon sein muß, haben diese gefälligst zu kuschen. Diejenigen, die nach einem „Demonstrationsverbot für Ausländer“ rufen, wie jüngst der innenpolitische Sprecher der CSU, Wolfgang Zeitlmann, spitzen nur konsequent zu, was in der geschilderten Berichterstattungs-



„Befremdlich erscheint die Eilfertigkeit der Medien, das Bild der Polizeiberichte aufzugreifen und zu ihren eigenen zu machen.“

Die Hauptbestandteile solcher Art von Berichterstattung sind die Weiterverbreitung behördlicher Schreckensszenarien („Eskalation der Gewalt befürchtet. Behörde warnt vor Kurden-Anschlägen auf deutsche Polizei.“ FR v. 1.8.95 oder: „Aus der Senatsverwaltung für Inneres verlautet, die Organisatoren hätten mit ‘Unruhen’ und ‘Bürgerkrieg in Berlin’ gedroht“ TAZ v. 12.8.95) und eine Nachrichtenpolitik, die vor allem um Gefährlichkeit und Gewaltbereitschaft, als besonderem Spezifikum des angenommenen Kurdisch-Seins, ossziliert. Letztere bewirkt zweierlei: Zum einen, wie schon angedeutet, werden die Polizeiaktionen der letzten Wochen als verhältnismäßige und vor allem als erforderli-

KurdInnen als Projektionsfläche für Konstruktionen eines Bildes von Fremd- bzw. Andersseins, das sich durch Fanatismus, besondere Brutalität und Skrupellosigkeit auszeichnet. Diese Stilisierung eines „Feindes im eigenen Land“ ist Bestandteil der Renaissance völkischen Denkens. Es ist die Etablierung eines Bedrohungsmythos, der die hierüber Angerufenen – im Sinne von Bedrohten – als Leidens- und Schicksalsgemeinschaft und d.h. letztlich: als Volksgemeinschaft konstituiert. Es handelt sich zudem um ein zentrales, wenn nicht das entscheidende Muster der aktuellen Politik der Inneren Sicherheit. Nachdem klar wurde, daß den bedrohlich Anderen, hier: den KurdInnen, die Bedroh-

praxis bereits angelegt ist – und was faktisch bereits Realität ist. Solche Forderungen gedeihen auf eben dem Boden, den die hier vorgestellte Meinungsmache mitbereitet hat. Die trotz allem gleichzeitig anzutreffende Kritik an konservativen PolitikerInnen und Pressekreisen (siehe z.B. Vera Gaserow in der TAZ v. 5.8.95) dient vor allem der Abgrenzung und Selbstvergewisserung eigener Linksliberalität. An Zeitlmann & Co. oder der Berichterstattung der *Wochenpost,* FAZ o.ä. läßt sich freilich immer trefflich herumkritteln und man sichert sich hierüber ein behagliches Plätzchen als BerichterstatterIn etwas links davon, aber halt nur ein bißchen. ●

JÖRG LAUTERBACH

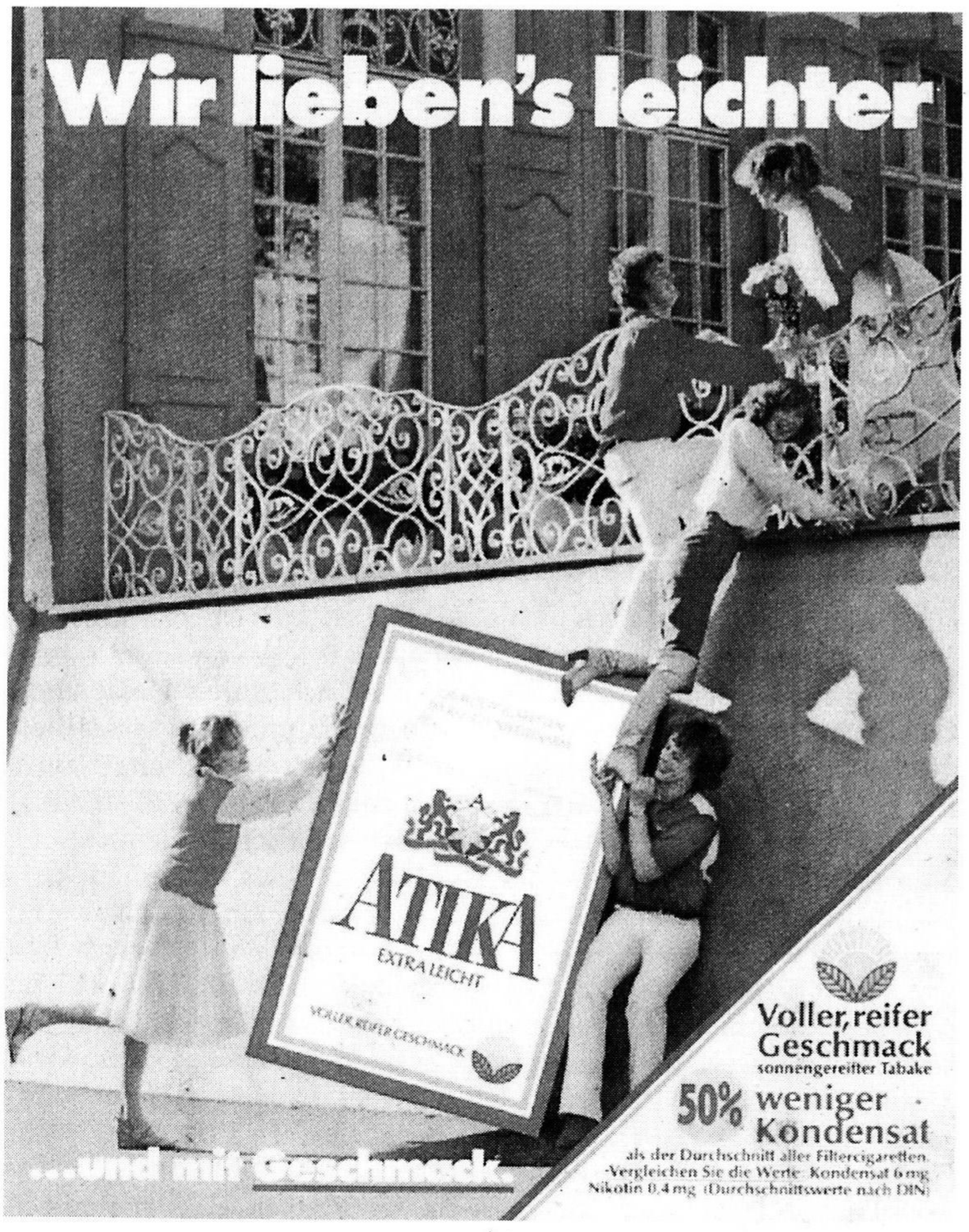
Mumia Abu-Jamal und die Solidaritätsbewegung

Nicolas Sacco und Bartolomeus Vanzetti, zwei amerikanische Arbeiterführer, organisieren in den USA Streiks und Demonstrationen gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Deshalb werden sie verhaftet und wegen Mord angeklagt, eine Tat, die sie nie begangen haben. Dennoch werden sie zum Tode verurteilt. Weltweite Proteste, Demonstrationen und Streiks gegen das Urteil bleiben erfolglos. Im August 1927 werden Sacco und Vanzetti auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet.

Diese Zeiten sind vorbei. In den meisten Bundesstaaten der USA werden heute Menschen nicht mehr mittels elektrischer Schläge zu Tode gefoltert. Medizinisch auf höchstem Niveau wird den Todeskanidaten zunächst ein Schlafmittel, dann eine Muskellähmungslösung injiziert. Eine dritte Spritze enthält Potassimchlorid. Sie bringt das Herz zum Stillstand. Sauber und hygienisch rein schickt das kapitalistische System und seine Justiz die Verurteilten auf die letzte Reise.

Wegen angeblichem Polizistenmord im amerikanischen Bundesstaat Pennsylvania wird Mumia Abu-Jamal 1981 verhaftet und 1982 vor Gericht gestellt. Er bestreitet von Anfang an, die Tat begangen zu haben. Die Ungereimtheiten und Unzulänglichkeiten beim Prozeßverfahren sind frappierend: Zeugenaussagen werden manipuliert, Entlastungsmaterial ignoriert oder gleich ganz unterschlagen, am Verfahrensausgang desinteressierte Pflichtverteidiger berufen und ein glühender Verfechter der Todesstrafe als Richter ernannt. Der wohl wichtigste Entlastungsbeweis, die Tatsache, daß die bei Jamal am Tattag gefundene Pistole ein 38er Kaliber besitzt, der Polizist jedoch mit einem 44er Kaliber erschossen wurde, spielt vor Gericht keine Rolle. Mumia Abu-Jamal ist Schwarzer, Black-Panther-Aktivist, Taxifahrer und Journalist. Nach nur 14tägiger Verfahrensdauer wird er für schuldig befunden und zum Tode verurteilt. Seitdem sitzt er in der Todeszelle. Am 17. August 1995 sollte Mumia Abu-Jamal die Todesspritze erhalten. Am 7. August wird die vorläufige Aussetzung der Vollstreckung bekanntgegeben.

Trotz 13 Jahren Haft und der ständigen Befürchtung, den „letzten Gang" antreten zu müssen, ist es nicht gelungen, Abu-Jamals Kampfeswillen zu brechen. Abu-Jamal weiß, weshalb er hingerichtet werden soll. Aus dem Gefängnis heraus verfaßt er kritische Berichte über das amerikanische Strafsystem. Öffentlich bekannt wird der Fall jedoch erst, nachdem der Exekutionstermin feststeht. Weltweit werden Proteste und Demonstrationen gegen die Ermordung von Abu-Jamal organisiert. Der Gouverneur von Pennsylvania erhält über 60.000 Briefe mit der Bitte um Begnadigung. Schriftstellerverbände, das Europäische Parlament, der Afrikanische Nationalkongreß, Gewerkschaften und bekannte Persönlichkeiten protestieren, internationale Prozeßbeobachter sind vor Ort, autonome Gruppen organisieren Demonstrationen. In den USA selbst stößt die Kampagne gegen die Hinrichtung auf Unverständnis bis schroffe Ablehnung. „Leider könnten Abu-Jamals Freunde 'nicht auch zu Asche reduziert werden'", zitiert die Frankfurter Rundschau vom 4.8.95 den Vizepräsidenten der Polizeigewerkschaft von Philadelphia. Dennoch erreicht die internationale Bewegung zur Befreiung Jamals mit der Bekanntgabe der vorläufigen Aussetzung der Hinrichtung durch Richter Albert Sabo einen Teilerfolg. Er begründet seine Entscheidung damit, daß zunächst eine von Jamals – neuen – Anwälten beantragte Anhörung auf Wiederaufnahme des Verfahrens beendet werden solle. Es spricht einiges dafür, daß die Aufschiebung vor allem aus taktischen Erwägungen heraus gefällt worden ist. Sie dürfte der Versuch sein, der internationalen Kampagne gegen die Hinrichtung von Jamal den Wind aus den Segeln zu nehmen. Denn schließlich könnte es sein, daß die Auseinander-



„Jung, dynamisch, stets lächelnd wird Jamal wie jemand aus der fröhlichen Atika-Clique präsentiert."

setzung mit diesem Fall Millionen die Augen über den wa(h)ren Charakter des kapitalistischen Systems und seiner Rechtsprechung öffnet. Zumindest aber besteht die Gefahr, daß das internationale Ansehen der USA nachhaltig geschädigt werden könnte. Dies ist ein zu hoher Preis für eine zügige Abwicklung des Falles und für die Hinrichtungsmanie eines Richters.

Richter Sabo leitete schon 1982 das Verfahren gegen Abu-Jamal. Läßt er ein Wiederaufnahmeverfahren zu, müßte er sich schon selbst der Verfahrensfehler bezichtigen. Sabo hat sich demgegenüber in seiner Laufbahn den Ruf eines Hardliners erworben. Unter seiner Leitung wurden insgesamt 31 Todesurteile gefällt – kein anderer Richter in den USA hat es bislang auf diese Zahl gebracht. Noch einen weiteren Rekord hat Sabo aufgestellt: Er hat die mit Abstand meisten Urteilsaufhebungen aufgrund von Verfahrensfehlern zu verzeichnen. Eigentlich ist Sabo seit zwei Jahren pensioniert. Eigens für die Entscheidung über das Leben von Abu-Jamal wurde er wieder in Amt und Würden gesetzt – eine

„Erster Sieger ist wieder einmal die Demokratie, die den Schein der Gerechtigkeit gewahrt hat und in deren Namen zugleich, von der Öffentlichkeit völlig unberührt, fröhlich weiter hingerichtet wird."

Eigentümlichkeit des amerikanischen Strafverfahrens. Gibt Richter Sabo dem Antrag auf Wiederaufnahme statt, was viele Prozeßbeobachter bezweifeln, kommt es zu einem neuen Prozeß. Lehnt er ab, kann die Verteidigung immerhin in Berufung gehen. Ein jahrelanges Verfahren wäre dann die Folge. Wie auch immer: Die Aussetzung der Hinrichtung ist zweifellos ein Resultat des internationalen Protestes gegen ein offensichtlich manipuliertes Verfahren. Für Abu-Jamal hat sie den unschlagbaren Vorteil, (vorläufig) am Leben zu bleiben. Für die Solidaritätsbewegung bringt sie ein gutes Gewissen und die Gewißheit, etwas erreicht zu haben. Erster Sieger ist wieder einmal die Demokratie, die den Schein der Gerechtigkeit gewahrt hat und in deren Namen zugleich, von der Öffentlichkeit völlig unberührt, fröhlich weiter hingerichtet wird. Wie sie sich übrigens auch im vorliegenden Fall die allerletzte Entscheidung über Leben und Tod, Knast oder Freiheit selbstverständlich vorbehält. Indem von antiimperialistischen und autonomen Gruppen über Gewerkschaften bis hin zu Ex-Präsidenten und amtierenden Außenministern alle mitspielen, geht die Strategie der Ablenkung von einem klassischen Fall von Klassenjustiz voll auf. Selbst die Autonomen, ihrem Selbstverständnis nach immer noch als antikapitalistische Bewegung unterwegs, beteiligen sich an diesem Spiel.

Das, was in den USA offensichtlich für eine Verurteilung ausreicht, also Merkmale wie schwarze Hautfarbe, Black-Panther-Aktivitäten, kritische Berichterstattung, gilt in linken Kreisen gemeinhin als guter Solidaritätsgrund. Damit liegen sie in den meisten Fällen immerhin nicht ganz daneben. Mit Kritik und Kampf gegen Klassenjustiz hat das alles jedoch wenig zu tun. Einzelne Fälle werden wahllos aus der allgemeinen Chose herausgegriffen und oberflächlich mit politischen Parolen überfrachtet. Je spektakulärer die Geschichte, desto besser. Im Fall Jamal ergänzt das linke Spektrum die Inszensierung der Demokratie durch eine eigene Show. Der heroische Einzelkämpfer wird kreiert, der sich nicht unterkriegen läßt. Jung, dynamisch, stets lächelnd wird Jamal gleichzeitig wie jemand aus der fröhlichen Atika-Clique präsentiert. Eine „gemeine Verbrechervisage" kommt in aller Regel nicht in den Genuß dieser autonomen Aufmerksamkeit. Die 3000 Verurteilten, die derzeit in den Todestrakten der USA sitzen, finden kaum Erwähnung. Die Zustände in den Gefängnissen, offene Diskriminierung von Schwarzen und Underdogs in Gerichtsverfahren, sind nicht Gegenstand der Kampagne. Was bleibt, ist die Thematisierung eines Einzelfalles. Dieses Vorgehen entspricht mehr einer Werbekampagne für ein Produkt als dem Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus. Die Reduzierung der Politik auf individuelle Schicksale ist nicht nur das Resultat des zusehenden Zerfalls linksradikaler, speziell autonomer, Konzeptionen. Nicht nur das sie kräftemäßig nicht mehr in der Lage sind, auch taktisch vorzugehen, ein Bündnis einzugehen, die Meinungsführerschaft zu übernehmen um einen Konflikt zu politisieren. Auch inhaltlich ist die linksradikale Politik weitgehend am Ende. Die Ansätze zu einer fundierten Gesellschafts- und Kapitalismuskritik sind längst verschüttet, die Versuche einer Aufarbeitung der eigenen Geschichte werden immer wieder durch kurzfristige Kampagnen unterbrochen und lahmgelegt. Diese sind beliebig, schnellebig, tagesaktuell und verschwinden ebenso rasch wieder in der Versenkung, wie sie auftauchen. Demgegenüber wäre im Fall Abu-Jamal ein langer Atem wünschenswert. ●

Denken ist etwas, das auf Schwierigkeiten folgt und dem Handeln vorausgeht. (Brecht)

Die Schwierigkeiten sind offenkundig: in Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Politik. Und vier weitere Jahre Kohl produzieren ein Desaster. Durch Analysen begründete Alternativen müssen her.
Deshalb

Sozialismus

abonnieren!

Unsere Themen:
- Woher kommt die Stabilität des Neokonservatismus?
- Nation: Sinnstiftung der Rechten
- Ende des Wohlfahrtsstaates
- Vollbeschäftigung: eine machbare Strategie
- Forum: Erneuerung der Gewerkschaften
- Europa nach dem Zerfall des Osten
- USA/Japan/EU: Konkurrenz im Triadenkapitalismus
- Das »Vergessen« der Dritten Welt

Jahresabo: DM 95,- (incl. Porto)

Bestellcoupon für ein Probeheft:

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

An: Redaktion Sozialismus
Klaus-Groth-Str. 33e, 20535 Hamburg
Tel. & Fax 040/250 10 11

IRMGARD SCHULTZ

Der „Fall“ Monika Haas

Die sprachliche Erzeugung einer Top-Terroristin und Super-Agentin

Monika Haas, seit September letzten Jahres in Frankfurt Preungesheim inhaftiert (siehe *links* Juli/August 1995) und inzwischen von ihrem Arbeitgeber – dem Frankfurter Universitätsklinikum – gekündigt, steht eine zähe juristische Prozedur bevor. Während sich inzwischen abzeichnet, daß die Kronzeugin Souhaila Andrawes von Norwegen ausgeliefert wird, wurde der Versuch unternommen, Monika Haas selbst als Kronzeugin anzuwerben. Den Grund für ihre inzwischen 12 Monate andauernde Haft sieht sie selbst in ihrer Weigerung, auf dieses Angebot der Staatsanwaltschaft einzugehen. Ihr Anwalt hat einen Antrag auf Nichtzulassung und Nichteröffnung des Hauptverfahrens gestellt. Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit der Berichterstattung über den „Fall“ Monika Haas.

„Diese Darstellung hat sichtlich im Sinn, die Angst vor der bewaffneten Frau anzusprechen, den Sitz ihrer Waffe als ‘unter dem Rock’ zu lokalisieren und diese Waffe in einen sexuellen Kontext zu stellen.“

Theweleit, Flintenweiber, aus: *Männerphantasien*

„In den deutschen Zeitungen erschienen unheimliche Versionen der Geschichte –..., aber die Berichte waren so bemerkenswert sicher und doch widersprüchlich, daß es schwierig war, ihnen überhaupt etwas zu entnehmen.“

John le Carré, *Die Libelle*

Das wirklich gelebte Leben der Monika Haas kommt in ihrem medial erzeugten Spiegel-Bild nicht vor. In den 6 Artikeln des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL (1992 - 1995), anhand derer ich die sprachliche Erzeugung einer Super-Agentin und Top-Terroristin nachzeichne, kommt Monika Haas selbst nicht ein einziges Mal zu Wort (nach Aussage ihres Verteidigers lehnte Monika Haas nach Veröffentlichung der ersten Presseberichte auf sein Anraten hin ein Interview mit dem damaligen SPIEGEL TV-Journalisten Stefan Aust ab). Der Aufbau des Frauenbildes einer Superlative des Schönen, des Schrecklichen und des Bösen der Frau beruht auf einer brutalen Entwirklichung und Enteignung von ihrer gelebten Frauenbiographie. Die Entwirklichung und Entbiographisierung der Frauen ist ein Grundmechanismus patriarchaler Machtstrategien des modernen europäischen Denkens (Schultz 1994). Anstelle des als Alltag gelebten Lebens entsteht eine fiktionale Wirklichkeit.

Hegemonial vorherrschende Leitbilder von der Frau – das sind die stereotypen Frauenbilder, die alle kennen und die zum Bodensatz eines kulturellen Gedächtnisses gehören – haben eine solche normative Funktion. Sie begründen Weiblichkeitsmythen. An die Stelle der unterschiedlich gelebten Frauenwirklichkeiten werden Behauptungen über eine zum Kollektivsubjekt vereinheitlichte Frau und über deren gleichbleibendes Wesen in der Menschheitsgeschichte gesetzt. Dadurch werden die wirklichen Frauen entindividualisiert, enthistorisiert und mit einer Aura kultureller Weiblichkeit ausgestattet.

Weiblichkeitsmythen drücken sich in den wiederkehrend erkennbaren Zügen eines Frauenbildes aus, in Weiblichkeitsstereotypen. Diese greifen auf die von Wygotzki analysierte „innere Sprache“ unseres Denkens zurück, die bildhaft Gestalt annimmt. Einer der am meisten stereotypisierenden Züge des Frauenbildes in unserer Kultur ist die Verbindung von Weiblichkeit mit Schönheit („die schöne Frau“), welche fast synonym gebraucht werden (Schultz 1992). Strukturell betrachtet fungieren Weiblichkeitsstereotype als normative „Deckbilder“ (Gudrun-Axeli Knapp), die den wirklichen Frauen ihren „sozialen Ort“ in der Gesellschaft zeigen. Damit begründen und legitimieren sie zugleich die vielfältigen patriarchalen Strategien der politisch-ökonomischen Entwertung sowie der sozialen Kontrolle über die einzelne Frau. Indem sie „die Frau“ mit einem gesellschaftlichen Raum des vorpolitisch Privaten identifizieren, dienen sie vor allem der politischen Entmachtung der Frauen, ihrer Verdrängung aus dem „Raum“ der damit männerbündlerisch besetzten politischen Öffentlichkeit. Durch seine tendenziöse Berichterstattung über den „Fall“ Monika Haas greift der SPIEGEL in diesem Sinne in den Prozeß der Neustrukturierung der politischen Öffentlichkeit in der BRD nach der sog. Wiedervereinigung ein.

Im ersten der sechs SPIEGEL-Artikel („Trojanisches Pferd“ 4/1992) wird das Bild von Monika Haas beschrieben durch eine geradezu ikonisierende Reduktion auf das Gesicht: „Helle Augenfarbe, heller Teint, gutaussehend“. Eine Maske wird gezeigt, zusammengefaßt im Stereotyp der „schönen Frau“. Das Stereotyp „die schöne Frau“ geht zurück auf das zur selben Zeit in der Presse vorgestellte Buch der Autoren Michael Müller/Andreas Kanonenberg über eine „RAF-Stasi Connection“, das im Rowohlt Verlag erschien. In diesem versuchten die Autoren auf spektakuläre Weise die Entdeckung einer Stasi-Akte „Wolf“ in der Gauck-Behörde auszuschlachten, in der „die schöne Frau“ als Drahtzieherin diverser Geheimdienst- und Terroraktionen bezichtigt wird. Diese Akte setzte auch beim Autor des SPIEGEL-Artikels einen regelrechten Schub an Geheimdienst- und Agentenphantasien in Gang. Wie die Buchautoren sieht er die Akte als Beweis dafür, „daß die Konspirateure von der Stasi-Hauptabteilung XXII (‘Terrorismusabwehr’) mehr über die RAF wußten als die BKA-Fahnder im Westen“, nämlich, wie er weiter ausführt, daß die RAF-Frau Inge Viett der Stasi Details und Pläne über die RAF geliefert habe. Die Stasi habe dafür der RAF vertrauliche Fahndungsunterlagen aus dem BKA geliefert, und „das spätestens seit 1978, womöglich seit 1976.“

Die Super-Agentin

Dieser kleine Zeitsprung bildet die Plattform für das Anbinden der RAF-Stasi-Story an die Geschichte über die “schöne Frau“, die (hier erstmals und dann im Verlauf der weiteren fünf SPIEGEL-Artikel immer eindeutiger) mit der Flugzeugentführung der „Landshut“ 1977 in Zusammenhang gebracht wird. Der Autor behauptet, Monika Haas habe in Aden Kontakt mit Inge Viett gehabt (wie der SPIEGEL selbst berichtet, wiesen Inge Viett und Monika Haas die Behauptung zurück, daß sie sich gekannt hätten), womit er suggeriert, daß sie vielleicht auch eine Stasi-Frau war (eine Unterstellung, gegen die Monika Haas – mit Erfolg – gerichtlich vor-

ging. Der Rowohlt-Verlag mußte die Auslieferung seines Buches mit den darin enthaltenen Behauptungen über „die schöne Frau“ einstellen). Über die Buchautoren der RAF-Stasi-Connection hinausgehend nannte der Autor des SPIEGEL-Artikels „die schöne Frau“ mit vollem Namen als Monika Haas. Ferner behauptet er eine Teilhabe von Monika Haas an den undurchsichtigen Beziehungen zur Stasi, insofern sie „jahrelang inmitten des komplizierten Beziehungsgeflechts von RAF, Palästinensern und Stasi“ gesessen habe. Damit legt er den Rückschluß nahe, daß die Stasi schon vor 1978 von geplanten RAF-Aktionen gewußt habe, eine Datierung, die für die Entführung der Lufthansamaschine „Landshut“ relevant ist, welche 1977 stattfand.

Als Krönung seiner Spekulationen führte der SPIEGEL-Autor schließlich auch noch den westlichen Deutschen Bundesnachrichtendienst (BND) als möglichen Mitwisser der RAF-Stasi-Connection ein. Daß diese Spekulation vom Autor zu nichts anderem als der Erzeugung eines Gerüchtes angeführt wird, kann er nur notdürftig verdecken: „Auch andere Behauptungen sind kaum belegbar“. Die spekulative Unterstellung einer möglichen Mitarbeit von Monika Haas in Stasi und BND gleichzeitig schafft zum einen das Bild einer Super-Agentin. Andererseits schaffte das damit verbundene Gerücht für die wirklich existierende Monika Haas und ihre Kinder eine lebensbedrohliche Gefahr, sollten Befreiungskämpfer, die sich „verraten“ fühlen, diese Geschichte für wahr halten. Das nahm der SPIEGEL in Kauf.

Darüber hinaus wird das Bild von der gefährlichen Ehefrau in den sechs Artikeln aufgebaut. Die Tatsache, daß Monika Haas Ehefrau war, wird als „Deckbild“ und „Tarnung“ entlarvt, die sie nur dazu benutzt habe, um ihr wirkliches Gesicht zu verbergen, aus dem hinter der Maske des Schönen das Schreckliche und das Böse hervorscheint. Ihr Bild wird einerseits beschrieben durch ikonisierte Körpermetaphorik, andererseits durch den Aufbau eines sozialen Umfeldes, das vor allem aus ihrer Beziehung zu Männern besteht. Die Personalisierung und Sexualisierung politischer Sachverhalte ist eine der Basisstrategien semantischer Mythologisierung. Damit werden die eigentlichen Akteure des Artikels eingeführt: Männer, mächtige Männer, gefährliche Männer.

Das Bild der Monika Haas ist auf paradoxe Weise ambivalent. Einerseits zeigt es Monika Haas aus nichts anderem bestehend als aus geborgter Männermacht, andererseits aber zugleich auch als eigenständig Aktive, die selbst Böses tut. Diese Ambivalenz zieht sich durch bis in die später erhobene Anklage. Zusammengebracht werden beide Aspekte der Personenzuschreibung über das Bild von der Spinne im Netz, das sich unwillkürlich beim Lesen des bereits zitierten Satzes einstellt: (Dort) „saß sie jahrelang inmitten des komplizierten Beziehungsgeflechts von RAF, Palästinensern und Stasi“.

In diesem „Beziehungsgeflecht“ saß Monika Haas gemäß des SPIEGEL-Artikels auch noch nach ihrer Trennung von ihrem Ehemann in den achtziger Jahren in Frankfurt. Das „Beziehungsgeflecht“ ist ihr sozusagen zur inneren Wesensausstattung geworden. Anders ist die ungeheuerliche wie zugleich verworrene Geschichte, die nach diesem Satz im Artikel folgt, nicht zu verstehen, mit dem nun nach seinem Chef Wadi Haddad auch der (Ex-)Ehemann eingeführt wird: Der hätte 1985 einen Bombenanschlag in der Abflughalle des Frankfurter Flughafens verüben lassen (Das Bombenattentat hat wirklich stattgefunden. Wer es veranlaßt hat, ist jedoch bis heute ungeklärt). An diese Behauptung anschließend wird unvermittelt die Aufregung von BKA-Beamten und deutschen Nachrichtendienstlern über ein von Arabern firmiertes Bekennerschreiben zu diesem Anschlag angeführt, das in Beirut einging. Und daran anschließend wird, wiederum völlig zusammenhanglos, eine Verbindung zu Monika Haas hergestellt. Dies geschieht ausschließlich durch semantische Wiederholung, indem die emotionale Befindlichkeit von deutschen BKA-Beamten und Nachrichtendienstlern geschildert wird, welche „erschrocken“ registriert hätten, „daß sie tatsächlich, bei einer operativen Aktion in Spanien, in das frühere Umfeld der ‘schönen Frau’ geraten waren.“ Mit perfekt vollendeter Absurdität folgert dann der SPIEGEL-Autor aus diesen drei in Frankfurt, Beirut und Spanien stattgefundenen „Sachverhalten“: „Seitdem sehen Staatsschützer die Gefahr, ein Terroranschlag wie in Frankfurt könne sich wiederholen, falls Monika Haas nicht in Ruhe gelassen wird.“

„Durch seine tendenziöse Berichterstattung über den ‘Fall’ Monika Haas greift der SPIEGEL in diesem Sinne in den Prozeß der Neustrukturierung der politischen Öffentlichkeit in der BRD nach der sogenannten Wiedervereinigung ein.“

Monika Haas hat den SPIEGEL, nachdem noch ein Artikel dieser Machart über sie erschien, wegen „Rufmords“ angezeigt. Das Gericht folgte der Anzeige und verurteilte ihn zu 80 000 DM Schmerzensgeld. Das Urteil würde einen Präzedenzfall in der deutschen Mediengeschichte schaffen, der klären würde, wie weit ein investigativer Spekulationsjournalismus gehen darf. der SPIEGEL-Prozeß geht jetzt jedoch in eine neue Instanz. Das Geld wurde ihr und ihren Kindern bis heute nicht ausgezahlt, weil Monika Haas inzwischen der „Landshut“-Entführung angeklagt ist, aus der auch noch eine Mittäterschaft am Mord an dem deutschen Arbeitgeberpräsidenten Schleyer abgeleitet wurde, um nur die Höhepunkte der Anklage zu erwähnen. Zu dieser Anklage trugen die Enthüllungen in den folgenden SPIEGEL-Artikeln in nicht unerheblichem Maße bei.

Die Top-Terroristin

Im zweiten SPIEGEL-Artikel („Wolf in der Wüste“ 10/1992) wird die Top-Terroristin eingeführt. Dafür werden die letzten Distanzen zwischen Berichterstatter und zitierter Quelle, zwischen Darstellung und Kommentar eingerissen. Die Berichterstattung erfolgt quasi aus dem Innenleben deutsch-deutscher Strafverfolgungsbehörden. Der Artikel behauptet, daß RAF und PFLP eine Verabredung getroffen hätten, nach der die Palästinenser der RAF bei einem Anschlag beistehen würden, wenn die Deutschen zuvor eine „Vorleistung“ erbrächten. Diese hätte in der Schützenhilfe für eine geplante Entführung eines israelischen Flugzeugs aus Nairobi bestanden. Als „Gegenleistung“ hätte dann die PFLP die Aktion der RAF unterstützt, als diese 1977 den Arbeitgeberpräsidenten Martin Schleyer entführte (und später ermordete), um die Freilassung ihrer Gefangenen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und anderer aus Stuttgart-Stammheim zu erreichen. Ein palästinensisches Kommando entführte zur Unterstützung der Schleyer-Aktion die mit Touristen voll besetzte Lufthansa-Maschine „Landshut“ nach dem Start in Palma de Mallorca. Bei dieser Aktion wurden die Passagiere 5 Tage lang als Geiseln genommen und der Flugkapitän ermordet.

Eine Beteiligung von Monika Haas wird hier wiederum über den Verweis auf die „Akte Wolf“ eingeführt sowie über die „Vorahnungen“ des Kölner Verfassungsschutzes. Dieser wird dabei zu einem einzi-

gen beseelten Subjekt personifiziert: „An beiden Aktionen, so behauptet die Akte 'Wolf' und so ahnte es der Kölner Verfassungsschutz schon lange, soll die 'schöne Frau' beteiligt gewesen sein." Die Berichterstattung erfolgt quasi aus dem psychischen Innenleben deutsch-deutscher Strafverfolgungsbehörden.

Wie Klaus Theweleit ausgeführt hat, ist die Entlebendigung der bewaffneten Frau das strategische Ziel der Männerphantasie vom „Flintenweib" (Theweleit 1977). Entlebendigung wirklicher Frauen ist auch das Resultat des ikonisierten Bildes von der „schönen Frau" (Schultz 1992). Mit diesem Bild verbinden bestimmte Männer, eine tiefe Befriedigung über die zur Strecke gebrachte, die getötete Frau. Diese Befriedigung bleibt dem SPIEGEL-Autor versagt, wie der Fortgang des Artikels zeigt: „Die Frau ... ist quicklebendig und wohnt seit zehn Jahren in Frankfurt am Main – seltsamerweise weitgehend unbehelligt." Dieses Erstaunen über das unbehelligte Leben der Monika Haas wird in den folgenden Artikeln kultiviert.

Das Frauenangstbild der 90er

Im vierten SPIEGEL-Artikel („Die Queen of Aden" 48/1992) wird die Geschichte von der Waffenüberbringerin Monika Haas um ein neues, nicht unwesentliches Detail ergänzt: Monika Haas ist zur Zeit der „Landshut" – Entführung die Mutter eines kleinen Babys. Vorausgegangen ist dieser neuen journalistischen Liebe zum Detail die Feststellung dieser Tatsache durch die Richter, die Monika Haas 1992 nach sieben Wochen Haft wieder auf freien Fuß ließen. Sie begründeten dies damit, daß eine Stasi-Akte nicht zur Tatsachenfeststellung herangezogen werden dürfe. Andere „Beweise" gegen Monika Haas gab es nicht.

Statt nun seine diffamierenden Behauptungen gegen Monika Haas einzustellen, schraubte der SPIEGEL die Tonlage in seinem folgenden Bericht noch um eine ganze Oktave höher: hier wird nun der deutsche Kanzler und mit ihm deutsche Staatsgeschichte eingeführt. Der Artikel zeigt in Zeitraffer-Darstellung die „Dramatik des deutschen Herbstes" 1977, wie der Untertitel des Artikels ausweist. Diese wird völlig auf die „Landshut" – Entführung bzw. auf die Befreiung der entführten Flugzeuginsassen und auf die Verwicklung und Beteiligung von Monika Haas daran reduziert. Die Befreiung wird sprachlich im Stile des Action-Kinos vorgeführt und durch Bilder von den vier palästinensischen Entführern zur Kriegsberichterstattung hochgezogen. Diese werden lebend auf kleinen Paßfotos und dann – in Überschreitung jeglicher Tabus – auf großen Fotos gezeigt, wie sie gerade tödlich getroffen bzw. (die einzige Überlebende) schwer verletzt zusammengebrochen sind. Eine Hintergrundsbeleuchtung des innenpolitischen Klimas der Ereignisse fehlt völlig. Der Versuch, ein Stück deutscher Geschichte aus der Perspektive einer immerhin 15jährigen Distanz zu beleuchten, wird gar nicht erst unternommen.

Deutsche Geschichte mutiert in diesem SPIEGEL-Artikel zu einem Kriegsbericht. Das Terrain, auf dem sich Terorristen, Befreiungkämpfer und -organisationen, Geheimdienste, Staatsschützer und bewaffnete Sonderkommandos jeglicher Couleur ein undurchsichtiges Stelldichein und Stelldichaus geben, ist für Frauen tödlich. Diese Logik verdeutlicht die ästhetische Präsentation (großes Foto) der einzigen Überlebenden des palästinensischen Entführer-Kommandos: Es sind die Bilder der besiegten, der hingestreckten, der verwundeten, waffentragenden Frau. In den 70er Jahren war der Mythos von der schönen und schrecklichen Amazone wiederauferstanden im Bild der überzeugten Terroristin, die unter dem Einsatz ihres Lebens für eine Befreiungsbewegung ein Flugzeug entführt. Vorbild dafür war Leila Khaled. „Ihr Bild, wie sie mit züchtig bedecktem Kopf ihr Gewehr streichelt, zierte die Titelseite von Zeitungen und Magazinen in der ganzen Welt. (...) Man berichtete in der Presse, sie habe die Waffen und Pläne für die Entführung in ihrer Unterwäsche versteckt. Hier war eine Frau, die zwar schön, aber unmißverständlich todbringend und daher höchst erregend war" (Mc Donald 1992:109).

Es ist eine doppelte Erregung, die durch die Verwundung der waffentragenden Frau gebannt werden muß. Zum einen zeigt das Bild der waffentragenden Frau eine todbringende Frau, und zwar nicht erst durch das Schießen, sondern schon durch die bloße Verbindung von Frau mit Waffentragen. Zum anderen ist das Bild von der kämpfenden Amazone aber auch überaus erotisch anziehend. Die sexuell gefährliche Frau ist die, welcher sich mancher Mann mit Macht zu unterwerfen wünscht, eine, die auch in sexueller Hinsicht "das Kommando" führt. Dieser mit Angstlust besetzte Traum von der männlichen Regression – das hat Theweleit ebenfalls in seiner Analyse der „Männerphantasien" herausgearbeitet – muß dann abgewehrt werden. Die junge Souhaila Sayeh, wie sie in diesem SPIEGEL-Artikel gezeigt wird, drückte in ihrem „Kill me" zugleich beides aus: daß sie real unterworfen (weil verwundet) wurde und dennoch das mit Angstlust besetzte Bild am Leben erhält: „Wir werden siegen".

Diese Szene wird vom SPIEGEL in historischer Unmittelbarkeit jedoch 1992, das heißt 15 Jahre später, reproduziert. Das Bild ist durch die historischen Ereignisse dieser 15 Jahre jedoch längst „gebannt". Es ist ein Bild, das einen Frauenmythos der siebziger Jahre zeigt, vor dem der SPIEGEL-Leser heute in den 90er Jahren keine Angst mehr zu haben braucht. Wird es 1992 in enthistorisierender Unmittelbarkeit reproduziert, ist es als eine semantische Strategie zu begreifen, die auf politische Regression und auf auf Reaktivierung der mit dem Bild von der „Terroristin" verbundenen Emotionen zielt.

Daß die Konstrukte des Imaginären zeitlich-historisch eingebunden sind, hat Auswirkungen auch auf die Logik des Bildes über Monika Haas, das nach den drei angeführten drei SPIEGEL-Artikeln schon recht abgegriffen erscheint. Im vierten Artikel wird es deshalb für die 90er Jahre flott gemacht. Dafür wird es zum einen um den Fakt der Mutterschaft erweitert. Zum anderen erfährt das Bild der Monika Haas hier eine ganz entscheidende Image-Erweiterung: Fortan firmiert die Deutsche in der Szene und in Geheimdienstberichten als die „schöne Frau" oder als „Queen of Aden". Von der „Queen of Aden" (so die Überschrift des ganzen Artikels) war bisher keine Rede gewesen. Zur Königin und geheimen Regentin ist Monika Haas erst in diesem Artikel aufgestiegen. Als Regentin wird sie zur eigentlich-uneigentlichen Gegenspielerin des weinenden Regenten Helmut Schmidt. Im Gegensatz zu diesem zeigt sie jedoch keinerlei Regung. Im Gegenteil. Sie zeigt eiserne Nerven beim Waffentransportieren (die sie zwar nicht „unter dem Rock" transportiert, wie Theweleits „Flintenweiber", dafür aber im Kinderwagen, einem nicht weniger symbolischen Ort). Der SPIEGEL-Artikel entwirft ein Bild von der „Queen", die zwar nicht ihre linke Brust für den Kampf opfert, dafür

„Die Personalisierung und Sexualisierung politischer Sachverhalte ist eine der Basisstrategien semantischer Mythologisierung. Damit werden die eigentlichen Akteure eingeführt: Männer, mächtige Männer, gefährliche Männer."

aber das Leben ihrer neugeborenen Tochter riskiert.

Gibt es eine Verdächtige, der vor allem vorgeworfen wird, als „Queen" gelebt zu haben, so ist sie nicht ohne „KronZeugin" juristisch zum „Fall" zu machen. Das deutsche Recht hat erst 1988 dafür eine rechtliche Grundlage geschaffen: das Gesetz zur Einführung der Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten. Dieses gilt bisher (probeweise) auf Zeit, aber vielleicht wird ausgerechnet der „Fall" Monika Haas

Das Zeugen der Zeugin

eine Legitimation zu seiner Dauereinrichtung. In rechtsgeschichtlicher Hinsicht hat die Erzeugung des „Falles" Monika Haas vor allem auch diese Bedeutung. An die Möglichkeiten der Kronzeugenregelung klammerte sich jedenfalls mit bewundernswerter Unbeirrbarkeit der ermittelnde Bundesanwalt. Nach dem Spruch der Frankfurter Richter 1992 ermittelte er ungebrochen weiter und verhörte eine Unmenge an Zeugen. Das würdigt der fünfte SPIEGEL-Artikel („Pakete für Mahmud" 46/1994): „Einen Bundesanwalt immerhin überzeugte der Frankfurter Spruch für Monika Haas nicht: Er suchte weiter nach dem einzigen noch lebenden Zeugen, der aus eigenem Wissen sagen könnte, wer die Waffen für die 'Landshut'-Entführung nach Mallorca gebracht hat."

So wurde im Sommer 1994 auch der Besitzer des im vierten Artikel erwähnten Hotels „Java" aus Mallorca verhört, in dem Monika Haas angeblich getarnt als Holländerin die Waffen übergeben haben soll. Er bezeugte mit eindeutiger Klarheit, daß die ihm noch sehr deutlich im Gedächtnis gebliebene „Holländerin" zweifelsfrei mit Monika Haas nicht identisch sei. Damit war das Verfahren eigentlich einstellungsreif, erklärte der Anwalt von Monika Haas (siehe dazu auch den Bericht der FR vom 21.1.1995).

Einige Monate später, genau am Jahrestag der „Landshut"-Entführung, wurde in Oslo/Norwegen die Überlebende des palästinensischen Entführer-Kommandos, Soraya Ansari (Souhaila Andrawes Sayeh) „entdeckt". Der fünfte SPIEGEL Artikel berichtet, daß die „Exterroristin" drei Tage lang den deutschen Vernehmern Rede und Antwort gestanden habe. Dabei habe sie die Frankfurterin Monika Haas belastet, bei der Entführung der „Landshut" mitgemacht zu haben.

Die Frankfurter Rundschau berichtet demgegenüber denselben Sachverhalt unter der Überschrift „Nur mit Nachhilfe kam die Erinnerung" in einer anderen Version: „Eine Woche lang, vom 14. bis zum 21. Oktober dieses Jahres, befragten Ermittler aus Oslo die seit drei Jahren in Norwegen mit Mann und Kind lebende Ansari. Umfangreich gab die 41jährige, die sich eigenen Angaben zufolge längst vom Terrorismus gelöst hat, Auskunft. Ausführlich schildete sie laut Vernehmungsprotokoll den Ablauf der Entführung, nannte bekannte und unbekannte Namen, nur den von Monika Haas nicht." Nachdem dann Bundesanwälte und BKA-Beamte das Verhör übernommen haben, fährt der Artikel fort, sei nur noch „der Fall Haas" von Interesse gewesen. Die Zeugin konnte jedoch auf diese gezielte Befragung nicht eingehen. Auch nach Vorhalt der Stasi-Akte bestätigte Ansari die Stasi-Angaben nicht.

Trotz dieser offensichtlichen Ungereimtheit wird Monika Haas zum zweiten Mal verhaftet. Der erwähnte Bundesanwalt (er ist nach Aussage des Verteidigers inzwischen des Falles entbunden worden) schloß seine Ermittlungen mit einer Anklage ab, welche die Frage aufdrängt, für welche der in Deutschland zur Disposition stehenden „Straftatsachen" aus dem „Deutschen Herbst 1977" wird Monika Haas eigentlich nicht angeklagt.

Der sechste und vorläufig letzte SPIEGEL-Artikel („Ein ehrvoller Auftrag" 3/1995) ist scheinbar dem Leben und der Aussage der „Landshut"-Entführerin Souhaila Sami Andrawes Sayeh gewidmet. Im Gegensatz zu Monika Haas wird sie als Frau mit einer Biografie und inneren Entwicklung geschildert. Auch die von ihr abgebildeten Fotos zeigen – im Gegensatz zu denen über Monika Haas – eine menschliche Frau, die lächelt und vom Schicksal für ihre Tat hart bestraft ist (mit Krücken). Sie wird einfühlsam interviewt („'Ich war noch ein Kind'" ebd.), auch nach ihren Empfindungen gefragt. Das Interview zeigt, daß es auch SPIEGEL-Redakteure gibt, die zu einem kritischen, investigativen Journalismus fähig sind. Dazu gehört der Autor des Haupt-Artikels, der dieses Interview umrahmt, freilich nicht. Er führt wiederum, nachdem ja nun die Top-Terroristinnen-Story strafrechtlich verfolgt wird, die Super-Agentin ins Feld.

Trotz eines eindeutigen Urteils, das die Verbreitung dieser Gerüchte über eine angebliche Geheimdienstmitarbeit dem SPIEGEL untersagt hat, tischt der 6. Artikel unter der in anatomischer Hinsicht ebenfalls verwirrenden Zwischenüberschrift: „Auf wie vielen Schultern trug Monika Haas" wieder die aus dem ersten Artikel bekannte Geheimdienstphantasie auf. Deshalb ist die „Erzeugung" des Bildes von der Top-Terroristin und Super-Agentin Monika Haas in erster Linie ein „Fall" für den deutschen Presserat und für „Media Watch". Der Autor argumentiert: „Das Geständnis von Souhaila Sayeh deckt sich in vielen Punkten mit Erkenntnissen, die Abwehrspezialisten der ehemaligen DDR-Staatssicherheit über die Hintergründe der 'Landshut'-Entführung gesammelt hatten." Letzlich ist der „Fall" Monika Haas nichts anderes als die mediale Inszenierung und juristische „Abarbeitung" von Stasi-Akten.

Das kommende Medienspektakel

Nach einem im Juni 1995 getroffenen Urteil des obersten Gerichtes in Norwegen kann Souhaila Andrawes nach Deutschland ausgeliefert und wegen der „Landshut" – Entführung vor Gericht gestellt werden (eine letzte Entscheidung darüber wird die norwegische Justizministerin treffen). Während Arafat in Norwegen für seine neue politische Haltung den Friedensnobelpreis erhielt, soll die „kleine Soldatin" Andrawes 18 Jahre später für ihre damalige militärische Aktion abgestraft werden. Außer der Hoffnung auf Strafminderung durch Anwendung der deutschen Kronzeugenregelung (die bei Mord eine Strafminderung des Schuldmaßes „lebenslänglich" auf drei Jahre gewähren kann) bleibt ihr wenig Hoffnung für eine eigene friedliche Zukunft.

Die belastende Aussage von Souhaila Andrawes, die vielleicht in dieser Form gerade wegen der deutschen Kronzeugenregelung zustandekam, hat wiederum Monika Haas ins Gefängnis gebracht. Sie hat deren Wahrheitsgehalt entschieden bestritten. In einem offenen Brief an die Presse (siehe *links* Juli/August 1995) weist Monika Haas darauf hin, daß ihr jetzt nichts anderes übrigbleibe, als die Kronzeugin mit ihren eigenen Widersprüchlichkeiten zu konfrontieren. Vorprogrammiert ist ein Prozeß amerikanischer Spielart, in dem es immer darum geht, die Zeugen „unglaubwürdig zu machen". Als Begleitmusik des Prozesses ist ein Medienspektakel „Kronzeugin versus Queen" zu befürchten, das für ein männliches Publikum als Freistilringen der Damen im Schlamm inszeniert wird. ●

Literatur:
Mc Donald, Eileen (1992): Erschießt zuerst die Frauen, Stuttgart
Schultz, Irmgard (1992): „Madonna – das ewige und das wirkliche Idol. Reflexionen über weibliche Schönheit anhand der Rolle von Idolen für das Selbstverstädnis der Frau" in: Farideh Akashe-Böhme, Reflexionen vor dem Spiegel, Frankfurt/Main S. 91 ff
Schultz, Irmgard (1994): Der erregende Mythos vom Geld, Frankfurt/New York
Theweleit Klaus (1977): Männerphantasien, Stuttgart

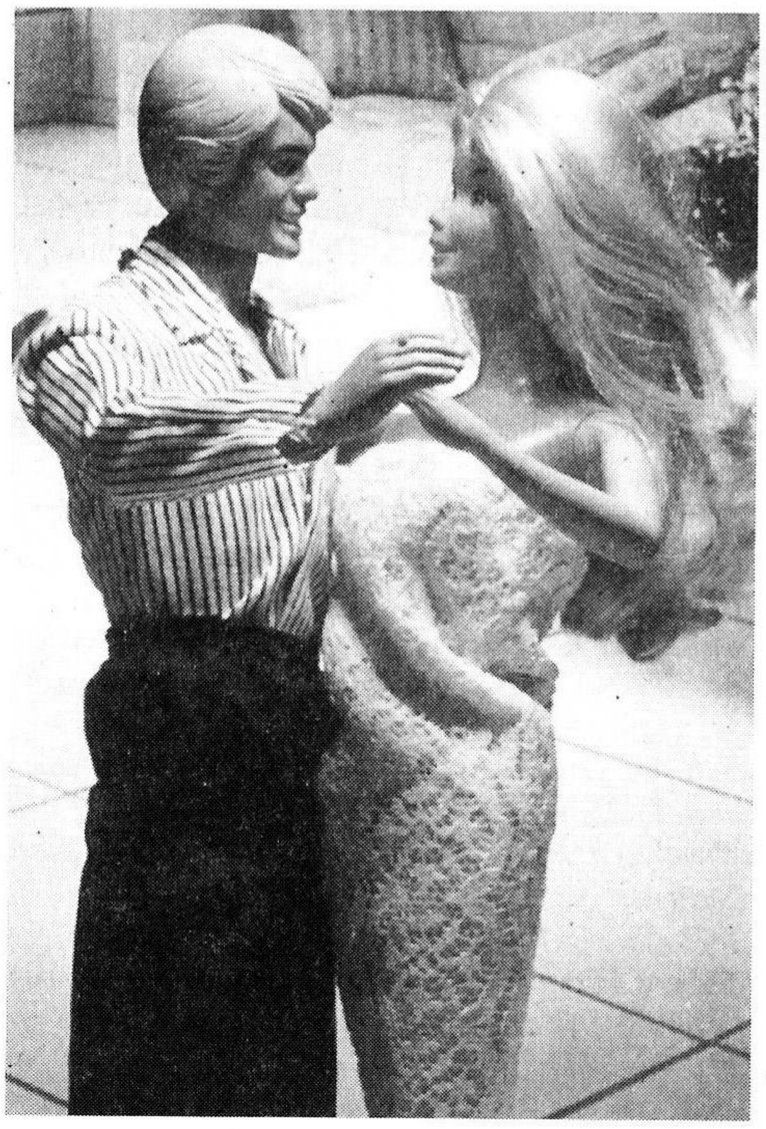
Dieser Text ist in anderer Fassung in den „Beiträgen zur feministischen Theorie und Praxis" Nr. 40/1995 erschienen.

BERLINDES ASTRID KÜCHEMANN / ANETTE FUNK

Weltfrauenkonferenzen Potential für sozialen Wandel?

Vom 4. bis 15. September dieses Jahres findet in Peking die 4. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen statt. Berlindes Astrid Küchemann und Anette Funk widmen sich in ihrem Beitrag zum einen der Geschichte der Weltfrauenkonferenzen und zum anderen den Zielen und Inhalten der 4. Weltfrauenkonferenz.

Die Frauenfrage fand erst zu Beginn der 70er Jahre Eingang in die entwicklungspolitische Diskussion. Die Euphorie des Aufschwungs, der nachholenden Entwicklung, in den Ländern der Dritten Welt war weitgehend verstummt. Obwohl das hochgesteckte Wachstumsziel der 2. Entwicklungsdekade beinahe erreicht wurde, mußte vielerorts festgestellt werden, daß Armut und Not selbst in den Ländern mit hohem Wirtschaftswachstum zugenommen hatten. Viele Untersuchungen, u.a. die vielzitierte Studie von Ester Boserup über die ökonomische Rolle der Frau in Afrika, Asien und Lateinamerika (1970), kamen zu dem Ergebnis, daß Frauen die Verliererinnen der Modernisierung sind. Um die Frauen aus ihrer Marginalisierung herauszuführen, wurde die „Integration der Frauen in den Entwicklungsprozeß" zum neuen entwicklungspolitischen Leitmotiv. Frauen wurden als ungenutzte Ressource für die ökonomische Entwicklung ihrer Länder mit einem enormen Nachholbedarf an Bildung, Ausbildung, und Gesundheitsversorgung gesehen.



„Das Private ist politisch": Barbie und Ken

Gleichzeitig hatte sich mit dem Schlagwort „das Private ist Politisch" in den westlichen Industrienationen in den sechziger Jahren eine neue Frauenbewegung zu mobilisieren begonnen. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen von 1972 reagierte, indem sie 1975 zum Internationalen Jahr der Frau erklärte und für das gleiche Jahr die erste Weltfrauenkonferenz einberief.

Die in Mexico City vom 19. Juni bis 2. Juli 1975 abgehaltene Konferenz stand unter dem Motto „Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden", das auch für die in Mexico ausgerufene Frauendekade von 1976-1985 gelten sollte.

Modernisierungstheoretisches Gedankengut bestimmte noch weitgehend den Diskurs: so fordert der auf dieser Konferenz verabschiedete Weltaktionsplan, die Frau vollständig in die gesamten Entwicklungsanstrengungen der Länder zu integrieren, um ihr Potential für die ökonomische, sowie die soziale und kulturelle Entwicklung ihrer Länder auszuschöpfen. Die Vereinten Nationen und ihre Unterorganisationen, Regierungen sowie bilaterale und multilaterale Entwicklungsorganisationen wurden aufgefordert, Einbeziehung und Mitwirkung von Frauen am Entwicklungsprozeß zu fördern.

Modernisierungstheorie

Die erhoffte Solidarität der Frauen erwies sich als brüchig. Die westlichen Feministinnen gingen von einem relativ globalen Ansatz aus, der besagte, daß Frauen trotz ihrer kulturellen, sozialen, religiösen und ökonomischen Unterschiede von einer gemeinsamen Unterdrückung betroffen seien, und daher eine gemeinsame Plattform gegen das universale Patriachat bilden könnten. Daß diese Einigkeit so nicht existierte, machte die Rede von Domitila Barrios Chungara aus Bolivien deutlich. Offiziell eingeladen von den Vereinten Nationen war diese Hausfrau aus einer Minenarbeiterfamilie mit 7 Kindern und Vertreterin des Hausfrauenkommitees der Mine Siglo XX, die einzige Frau der Arbeiterklasse, die aktiv an der Konferenz teilgenommen hat. Domitila legte stellvertretend für die armen Frauen des Südens die Priorität auf die Überwindung der Armut gemeinsam mit den Männern, während die Frauen aus dem Norden in der Hauptsache die sexuelle Diskriminierung im Blick hatten. Klassenfragen und die Überwindung der Unterentwicklung des Südens spielten für sie nur eine untergeordnete Rolle. Nicht nur ein unterschiedliches Verständnis von Emanzipation, sondern auch die Dominanz und Arroganz der westlichen, weißen Frauen standen einem Konsens und einer Verständigung im Wege: wenn Feminismus mehr Autonomie für die einzelne Frau beansprucht, dann widerspricht dem, wenn Frauen aus dem Norden den Frauen im Süden oder weiße Frauen den scharzen oder indianischen Frauen ihren Weg der Emanzipation vorschreiben wollen. Das parallel laufende Forum der Nichtregierungsorganisationen (NRO's) verlief ebenfalls eher enttäuschend. Auch hier beklagten die Frauen aus dem Süden die paternalistische Bevormundung durch die westlichen Feministinnen.

Die 2. Weltfrauenkonferenz, zur „Halbzeit" der Frauendekade, fand vom 14. bis 30. Juli 1980 in Kopenhagen statt und stellte eine Wende in der internationalen Frauenpolitik dar. Die Konferenz sollte die Fortschritte bei der Umsetzung des Weltaktionsplanes bewerten und ein konkretes Aktionsprogramm für die zweite Hälfte der Dekade aufstellen. Das Unterthema lautete Beschäftigung, Gesundheit und Bildung.

Die für die Konferenz erstellten Studien zeigten detailliert die unterschiedlichen Arbeitsbelastungen von Männern und Frauen auf. Es wurde dargestellt, daß die Arbeitslast – vor allem bei Landfrauen im größten Teil der Welt – durch Bodenerosion, Brennholzknappheit, Migration der Männer etc. weiter anstieg und daß die Verarmung der städtischen und ländlichen Bevölkerung vieler Länder drastisch zugenommen hatte.

Zu den spektakulärsten und am meisten zitierten Ergebnissen gehören die der Studie der International Labour Organization

(ILO): Sie belegt, daß Frauen weltweit zwei Drittel aller Arbeitsstunden leisten, aber nur ein Zehntel des Einkommens erhalten und über weniger als ein Prozent der produktiven Ressourcen verfügen (siehe Graphik auf Seite 14).

Frauen sind folglich von der wachsenden Armut am stärksten betroffen, und diese Erkenntnis führte damals zur Prägung des Begriffs „Feminisierung der Armut".

Die Diskussionen in Kopenhagen ergaben eine weitgehende Ablehnung des Integrationsansatzes: es wurde erkannt, daß Frauen keine marginale Gruppe sind. Frauen waren und sind bereits in die gesellschaftliche Entwicklung „integriert" – wenn auch zu ungleichen Bedingungen. Nicht mehr zu übersehen war die Tatsache, daß sich „Entwicklung" im Sinne von „Modernisierung" allzu oft negativ auf Frauen ausgewirkt hatte, da Frauen aus ihren angestammten Arbeitsbereichen vertrieben wurden, mit entsprechender Einbuße von Selbstständigkeit, mit Verlust von Entscheidungskompetenz, von Einkommen und damit von Status.

Die 3. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen fand am Ende der Frauendekade, vom 15. bis 27. Juli 1985 in Nairobi statt. Ziel war eine Überprüfung der Erfolge der Frauendekade und die Entwicklung von Strategien und Maßnahmen für zukünftige Aktivitäten bis zum Jahr 2000.

Die negativen Auswirkungen der Schuldenkrise und die sozialen Kosten der Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank hatten sich in der „Dritten" Welt verschärft; Gelder, die für die Förderung von Frauen dringend notwendig waren, flossen in den Schuldendienst.

Frauen konnten in diesem Zeitraum zwar stärker in den modernen Sektor integriert werden, doch ihre Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor und der Industrie sind durch überdurchschnittlich hohe Ausbeutung gekennzeichnet. Die Bezahlung ist wesentlich niedriger als die von Männern und die Arbeitsbedingungen wesentlich schlechter, obwohl das Abschlußdokument von Nairobi anerkennend feststellt, daß die formalrechtliche Gleichstellung von Frauen deutlich verbessert wurde und das Bewußtsein für Frauenfragen in vielen Ländern gestiegen sei.

Die parallel verlaufende Konferenz der NRO's, das Forum '85, stand nicht mehr wie die beiden Male vorher unter der Dominanz der Frauen aus dem Norden. Die Erfahrung von 10 Jahren Frauenpolitik hatte gezeigt, daß Frauensolidarität trotz oder gerade wegen der großen Unterschiede zwischen den Frauen möglich und fruchtbar ist. Die Frauen aus dem Süden machten deutlich, daß sie sich auf die eigenen Füße gestellt hatten. Sie forderten ein neues Paradigma von Entwicklung und Empowerment von Frauen: nicht länger eine bloße Partizipation an den bestehenden Strukturen, sondern eine kritische Hinterfragung und eine Veränderung der Strukturen selbst. Eine „Feminisierung der Entwicklung" wurde als Utopie propagiert.

Die Aktionsplattform von Peking

Die vierte Weltfrauenkonferenz findet vom 4. bis 15. September diesen Jahres in Peking statt. Es werden 10.000 Regierungsdelegierte aus über 180 Ländern erwartet. Für das parallel zu der Regierungskonferenz vom 30.8. bis 8.9.'95 stattfindende NRO-Forum (NGO-Women's Forum) sind 36.000 Teilnehmerinnen, darunter 5.000 Chinesinnen registriert.

Das Abschlußdokument von Peking soll nach Aussage der Generalsekretärin der Konferenz, Gabrielle Mongella eine Aktionsplattform bieten, die auf Schönfärberei verzichtet. Nicht Analyse sondern tatsächliches Handeln (action now) soll im Mittelpunkt stehen. Daher wird das Abschlußdokument neben der Überprüfung der bisherigen Erfolge (oder Rückschritte) 10 Jahre nach der Frauendekade für die folgenden 12 Einzelfelder detaillierte Handlungsanweisungen aufstellen:

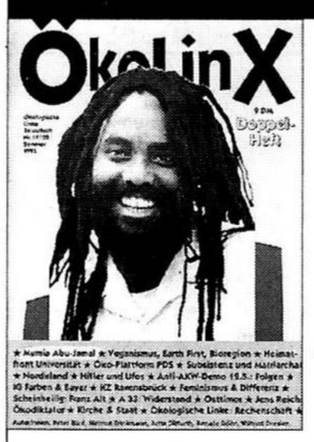
- alle Formen von Gewalt
- Armut
- Bewaffnete Konflikte
- Bildung und Ausbildung
- Frauen und Medien
- Frauen und Umwelt
- Frauenförderung
- Gesundheitsversorgung
- Mädchen
- Schutz der Menschenrechte von Frauen
- Teilung von Macht und Entscheidungsfindung
- Zugang zum Produktionsprozess

Es gibt massive Kritikpunkte: Der Entwurf des Abschlußdokuments läßt einige Rückschritte gegenüber den letzten Kon-ferenzen, der Menschenrechtskonferenz 1993 in Wien und der Bevölkerungskonferenz 1994 in Kairo befürchten: die Begriffe gender, reproductive and sexual health und reproductive rights wurden von vielen Regierungen in Frage gestellt und sind bisher im Entwurf eingeklammert, d.h., daß sie in Peking erneut verhandelt werden müssen, obwohl sie in den Jahren vorher für die Resolutionen bereits diskutiert und verabschiedet wurden.

Es ist weiterhin zu bedenken, daß die angestrebten konkreten Handlungszusagen (auch finanzieller Art) von Regierungen und anderen wichtigen politischen Akteuren, die die heutige Weltordnung wesentlich gestalten, noch lange keine Umsetzung garantieren.

Genauso wie bei den bisherigen Welt-

ÖkoLinX 19/20



★ **Mumia Abu-Jamal** ★ **Veganismus & Bioregionalismus** ★ **PDS: Öko-Plattform** ★ **Subsistenz & Matriarchat** ★ **Nordirland** ★ **Ursachen des Balkankriegs** ★ **Hitler und Ufos** ★ **KZ Ravensbrück** ★ **A 33 Widerstand** ★ **Jens Reich: Ökodikatur** ★ **Heimatfront Universität** ★ **Franz Alt: Scheinheilig** ★ **Osttimor** ★ **Kirche und Staat** ★ **IG Farben & Bayer** ★ **Ökologische Linke: Rechenschaft u.a.** ★ **AUTORINNEN: Peter Bierl, Helmut Brinkmann, Jutta Ditfurth, Renate Döhr, Wiltrud Dresler, Infoladen Wuppertal, Waltraud Kern, Eberhard Mutscheller, Marc Neumann, Sascha Paßlack, Fritz Storim, Daniel Taprogge u.a.**

Ich bestelle: ❑ **Probeheft 9 DM** *(Doppelheft)* ❑ **Abo 36 DM** (6 Ausg./Jahr) ☆ **Außerdem:** ❑ **Infos ü.** Ökologische Linke bundesweit **(7 DM)**
Kontakt: Ökologische Linke, c/o M. Zieran, Neuhofstr. 42, 60318 Frankfurt/M.

Lieferung nur gegen Vorkasse ★ DOPPELHEFT ★

edition gesellschaftssache

GLAUBEN HEIßT NICHT WISSEN. Lehrbuch zum Atheismus mit Texten von Voltaire, Diderot, d'Holbach, Feuerbach, Marx, Bakunin, Nietzsche, Freud und G. Anders. Hrsg. u. eingel. von W. Neumann, 428 S., DM 59,90

STAAT UND POLITIK. Ein Lehrbuch mit Texten v. Hegel u. Marx im Vergleich. Hrsg. u. eingel. von W. Neumann, 168 S., DM 34,90

edition gesellschaftsphilosophie

Masahide Ishizuka
FETISCHISMUS. Begriff und Vorkommen in Japan und anderen Nationen, ca. 136 S., DM 28,90

Walter G. Neumann
DIE DEM MENSCHEN ENTFREMDETE GESELLSCHAFT. Zu Hans-Jürgen Krahls Kritik der Marxschen Theorie, 128 S., DM 20,90

verlag für die gesellschaft
Dr. W. Neumann • Raabestraße 18 • D – 30177 Hannover

WIDERSPRUCH
Beiträge zur sozialistischen Politik
29

EU, Schweiz und Europapolitik

Asylrecht und „Europa der Polizeien"; Staatsbürgerschaft, Nationale und Europäische Identität; EU vor „Maastricht II" 1996: Wirtschafts- und Währungspolitik contra Sozialpolitik und Demokratie; Frauengleichstellung; Euratom; EU, Osteuropa und Dritte Welt

M.C. Caloz-Tschopp, L. Monnier, E. Balibar, H. Kleger, H.-J. Bieling, A. Bultemeier, F. Deppe, S. Gaillard, S. Schunter-Kleemann, P. Ziltener, M. Kuntzel, J. Juchler, R. Falk

Diskussion

R.H. Strahm und H. Baumann: Kontroverse über freien Personenverkehr und Immigrationspolitik
P. Ruppen: Chancen des Kleinstaates Schweiz
D. Vischer: Grünes Nein zum EU-Beitritt
D. Siegrist: Region Alpen ohne EU?

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

15. Jg./Heft 29 · Juli 1995

196 Seiten. Fr. 18.-- / DM 20.-- (Abo: 32.--/36.--)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8026 Zürich
Probeheft anfordern ! **Tel. 01 / 273 03 02**

frauenkonferenzen bleibt der Grad der Umsetzung und der Zeitpunkt den Regierungen der einzelnen Länder nach Gutdünken überlassen.

Zum Standort China

1992 lagen den Vereinten Nationen Bewerbungen von Peking und Wien als Tagungsorte für die 4. Weltfrauenkonferenz vor. Für China wurde sich entschieden, da in Asien bisher keine Weltfrauenkonferenz stattgefunden hatte. Damit wurde der chinesischen Regierung die Möglichkeit gegeben, ihr angeschlagenes politisches Image aufzupolieren. Proteste kamen besonders von Exil-Tibetanerinnen und Frauen, die gegen Bevölkerungskontrolle sind, da Unabhängigkeitsbestrebungen von Tibet brutal zerschlagen werden und der chinesische Staat eine gegen Frauen gerichtete Ein-Kind-Politik betreibt, wo Abtreibungen bis zum 8. Monat und besonders von weiblichen Föten und Zwangssterilisationen gängig sind.

Nach dem Abwägen des Für und Wider wurde Peking als Tagungsort beibehalten, in der Hoffnung, daß für chinesische Frauen durch die entstandene Öffentlichkeit eine Möglichkeit bestehen würde, sich zu artikulieren und zu organisieren. Einen ähnlichen Erfolg hatte die 1. Weltfrauenkonferenz 1975 für viele Lateinamerikanerinnen gebracht. Die Konferenz und das Internationale Jahr der Frau hatten als Vorwand oder Legitimation gedient, Frauengruppen zu einer Zeit zu organisieren, in der wegen der Militärdiktaturen die Möglichkeiten der politischen Betätigung noch sehr eng waren. Es war für die Frauen Lateinamerikas eine Art „politischer Öffnung", denn die Feierlichkeiten des Jahres 1975 zeigten Wege auf, so daß sich die ersten Gruppen öffentlich bilden konnten und zahlreiche feministische Initiativen entstanden.

Inwieweit der Veranstaltungsort Peking der Frauenbewegung in China einen ähnlichen Nutzen bringt, bleibt abzuwarten. Schon im Vorfeld der Konferenz reagierte die chinesische Regierung mit konkreten Maßnahmen, um eine Manifestation von „unkontrollierter" feministischer Power in ihrer Hauptstadt zu verhindern. So wurde der Tagungsort des NRO-Forums nach Huairo verlegt, 55 km von Peking und der offiziellen Konferenz entfernt, mit der Begründung, daß das ursprünglich vorgesehene Arbeiterstadion im Zentrum von Peking baufällig sei. Dieser Ort ist jedoch von seinen baulichen Kapazitäten offensichtlich nicht geeignet, die Masse der angemeldeten Frauen adequat unterzubringen: die größte Halle im Ort faßt nur 1.700 Personen, so daß ein Plenum kaum möglich scheint.

Überdies ist durch den Ortswechsel der Austausch zwischen den Konferenzen und eine Lobbyarbeit der NRO-Frauen wie in Wien oder in Kairo nur schwer möglich.

Trotz Bemühungen der UN und einiger Regierungen konnte die chinesische Führung nicht umgestimmt werden.

Die Bundesrepublik reagierte auf diese räumliche Trennung durch eine Erweiterung der Regierungsdelegation: statt 4 werden 14 Parlamentarierinnen an der Delegation teilnehmen, die Zahl der Landesvertreterinnen wurde von 2 auf 4 und die Zahl der Vertreterinnen der NRO's wurden von 3 auf 7 erhöht.

Ausblick

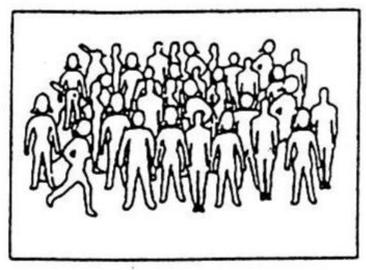
Die UN-Frauendekade und die bisherigen Weltfrauenkonferenzen konnten nicht zu einer wesentlichen Verbesserung der Situation der Frauen weder im Süden noch im Norden beitragen. Im Gegenteil, gerade in dieser Dekade wurden die Krisen dieser Welt wie Arbeitslosigkeit und Verschuldung auf dem Rücken der Frauen ausgetragen. Die Armut wurde immer weiblicher, die Mütter- und Kindersterblichkeit ist in vielen Ländern sogar gestiegen und Eigentum ist nach wie vor „männlich".

Von einer „Feminisierung des Entwicklungsprozesses" sind wir noch weit entfernt. Trotzdem gibt es Potentiale für einen sozialen Wandel zu Gunsten der Frauen: seit Nairobi haben sich Tausende von Frauen weltweit zu nationalen und internationalen Netzwerken zusammengeschlossen. Diese Netzwerke sind autonom, überparteilich, nicht gewerkschaftlich organisiert, nicht religiös gebunden und nicht kommerziell ausgerichtet. Solidarität ist die Basis für ihren Erfolg.

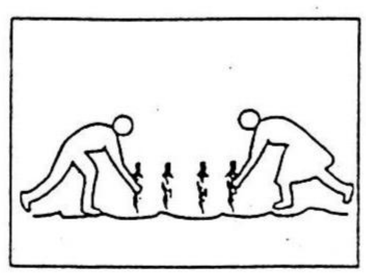
Sie sind eine Möglichkeit, wie Frauen trotz großer räumlicher Trennungen, mit sehr verschiedenen Lebensverhältnissen und Weltanschauungen gemeinsame Aktionen planen und durchführen können. Aus dieser Vernetzung werden Ressourcen geschöpft, sowohl fachlicher als auch politischer und sozialer Art. Frauennetzwerke finden wir heute in den Bereichen Ökonomie, Politik, Information und Dokumentation, Gesundheit und Reproduktion, Ausbildung und Forschung. Damit haben Frauen ein Potential für ein qualitatives Input für ihre Lobbyarbeit geschaffen. Der Erfolg dieser Lobbyarbeit wurde bei den letzten großen Konferenzen der UN sichtbar. Dort gelang es der Frauenbewegung, auf die verabschiedeten Resolutionen deutlichen Einfluß zu nehmen.

Zu hoffen bleibt, daß trotz der räumlichen Trennung der offiziellen Konferenz und des Forums der NRO's in Peking ein reger Austausch stattfinden wird und daß die in der Aktionplattform beschlossenen Resolutionen von der Frauenbewegung weltweit getragen werden können, daß Frauen motiviert und gestärkt aus dieser Konferenz gehen, um die Umsetzung in ihren eigenen Ländern voranzutreiben. ●

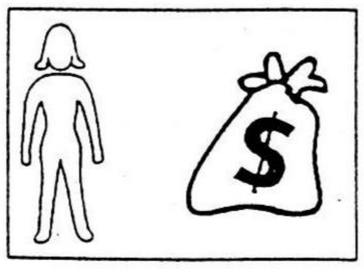
Frauenquoten



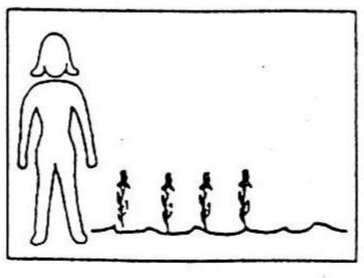
50% Anteil an der Weltbevölkerung



65% Anteil an der geleisteten Arbeit



10% Anteil am Einkommen



1% Anteil am Eigentum

Quelle: Dritte Welt Haus (Hg.). Atlas der Weltverwicklungen, Peter Hammer Verlag, 1992

Wissenschaft

Anmerkungen zum Schwerpunkt

Lange vorbei sind die Zeiten, als Sozialwissenschaften per se als kritische oder linke Wissenschaften galten. Der Geruch des aufrührerischen, der diesen Fächern einstmals anhaftete, ist dem der ordentlichen Wissenschaften gewichen, die der sozialen Ordnung angesichts massiver sozialer Krisentendenzen zu Diensten sein möchten. Argwöhnisch beäugt wird von der Öffentlichkeit bestenfalls ob sie dies denn auch zu leisten vermögen, ob ihre Ergebnisse auf dem Markt der Deutungen in der Konkurrenz mit anderen Rezepten bestehen können. Zwar klagen viele ihrer Vertreter über die mangelnde Unterstützung durch die Politik und die Bevorzugung der naturwissenschaftlich-technischen Fächer. Doch eine solche Klage gehört wohl eher zum alltäglichen Kampf um die knappen Ressourcen im Wissenschaftssektor, als daß sie eine Krise der Sozialwissenschaften erklären könnte. Die neuesten Weltdeutungen ihrer prominenten Aushängeschilder sind jedenfalls in Feuilleton und Talk-Show allzeit gefragt.

Leitete also noch vor 20 Jahren die Äquivokation mit Sozialismus die Außenwahrnehmung der Fächer an, so konnte Niklas Luhmann schon 1991 das „Ende der kritischen Soziologie“ ausrufen. Die Soziologie könne das Wechselspiel von Krise und Kritik nicht mehr weiter betreiben, weil die Krise inzwischen zum Normalzustand der Gesellschaft und Kritik an ihr obsolet geworden sei. Was Luhmann dort ironisch-goutierend zum konservativen Weltbild zusammenfügt, dürfte linke Vertreter ihres Faches nicht unberührt lassen. Was in Frage steht, ist nicht so sehr der vermeintliche Hegemonieverlust linker Positionen an den Universitäten. Was in Frage steht, ist der kritische Gehalt sozialwissenschaftlichen Denkens.

Symptom für einen solchen Kritikverlust ist nicht zuletzt, daß von den „klassischen“ linken Disziplinen politische Ökonomie und Psychoanalyse kaum noch Einsichten in die herrschaftliche Verfaßtheit der Gesellschaft und ihre Veränderbarkeit erwartet werden. Bei ersterer dominiert nach Ansicht von Bernd Röttger angesichts des Prozesses der kapitalistischen Globalisierung die affirmative Variante, die in der Verteidigung der nationalen Standortkonkurrenz gipfelt. Daß aber selbst sich kritisch verstehende Ansätze keineswegs schon aus diesem Grund besser in der Lage wären, das Zugleich von Globalisierung und Fraktionierung in der „neuen Weltordnung“ zu verstehen, zeigt Stefan Armborst in seiner Kritik des Vorschlags von Imanuel Wallerstein, die Sozialwissenschaften kaputtzudenken. Dagegen erfährt die Psychoanalyse vor allem auch in ihrer Anwendung auf gesellschaftliche Phänomene seit geraumer Zeit erhebliche Widerstände. Ausgangspunkt des Beitrages von Hans-Martin Lohmann ist die pauschale Kritik, die erst im Frühjahr dieses Jahres von einem der ehemaligen Protagonisten einer „Psychoanalyse als kritischer Sozialwissenschaft“ geleistet wurde, und die zu einer Überprüfung dieses Programmes Anlaß gibt.

Als neue Leitwissenschaft wissenschaftlicher Theoriebildung haben sich schon seit einigen Jahren Zweige der Biologie etabliert. Doch ist dieser Prozeß, der im nächsten Heft noch genauer zu untersuchen ist, alles andere denn ein eindimensionaler Vorgang der Dominanz naturwissenschaftlicher Denkweisen. Auf widersprüchliche Entwicklungen in der feministischen Theoriebildung macht Regina Dackweiler aufmerksam, wo mit einer Kritik an vermeintlich natürlichen Unterschieden gerade auch Raum geschaffen wird zugunsten eines besseren Verständnisses der sozialen Konstruktion der Geschlechter. Auch muß diese Tendenz in der Theoriebildung nach ihrer Ansicht keineswegs zwangsläufig zu einer Abkopplung von der politischen Praxis der Frauenbewegung führen, sondern eröffne sogar neue Chancen der Verbindung von Theorie und Praxis.

Kritik bemaß sich in der Tradition der kritischen Theorie nicht an der Ablehnung dieser oder jener Erscheinung, sondern an der Auflösung vermeintlich naturwüchsiger, verfestigter gesellschaftlicher Zustände. Für diese Form der Kritik ist daher der Gesellschaftsbegriff unabdingbar, der aber durch verschiedene reale Prozeße problematisch geworden ist. Doch anstatt an ihm kritisch weiterzuarbeiten, wie dies Joachim Hirsch fordert, herrscht in den versammelten Feuilletons die Gesellschafts-Manie vor, wird noch jede kleine neue Akzentsetzung in der Zeitdiagnose gleich zur neuen Bindestrich-Gesellschaft hochstilisiert. Diese Pluralisierung der Zeitdiagnosen vergißt aber, wie Heinz Steinert anmerkt, nicht nur durch die Bank soziale Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnisse. Sie stilisiert auch oft ihre eigenen partikularen Sichtweisen auf Realität zur Ansicht auf das Ganze.

„Marx an die Uni!“ – hinter dieser Forderung aus der Zeit der Studentenbewegung verbirgt sich eine große Erwartung an das kritische Potential der Marxschen Theorie, eine Erwartung, die Mitte der 90er Jahre sicherlich nicht mehr Allgemeingut sein dürfte. Daß aber auch diese Entwicklung nicht linear und einförmig zu interpretieren ist, zeigt der Beitrag von Jürgen Ritsert. Das es heute um Marx an der Uni ruhig geworden ist, hängt nämlich nicht nur an dem angeblichen Verrat oder Opportunismus einiger früherer Protagonisten oder dem rechten Roll-back in den Institutionen, sondern zu erheblichen Teilen auch mit der repressiven Atmosphäre seiner Rezeption in den 70ern zusammen. Dagegen lassen sich der angelsächsischen Marxdiskussion, die in der Bundesrepublik wenig bekannt ist, nach Ansicht von Ritsert noch immer wichtige Anstöße entnehmen. Dabei versucht er zu zeigen, wie sehr zeitgenössische Debatten wie die über die Thesen der „Kommunitaristen“ eine Verwandschaft mit Motiven der Marxschen Gesellschaftskritik aufweisen und gleichzeitig eine neue Diskussionsrunde um den nachdrücklich suspekt gewordenen Fluchtpunkt der Kritik ‘den Sozialismusbegriff’ einzuleiten.

(d. Red.)

BERND RÖTTGER

Politökonomische Analysen globaler Beziehungen

Politischer Ökonomie eilt der Ruf voraus, eine orgininär „linke" Wissenschaftsdisziplin zu sein. Tatsächlich aber etabliert sich Politische Ökonomie erstens immer dann, wenn ihre Untersuchungsgegenstände, die politischen Existenzbedingungen der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion, in die Krise geraten und zweitens, immer in einer herrschenden und in einer kritischen Variante. So verhielt es sich mit der traditionellen Politischen Ökonomie, die mit der Herausbildung kapitalistischer Herrschaft, konkreter: im Übergang vom Merkantilismus zum liberalen Kapitalismus entstand und die schließlich eine Kritik der Politischen Ökonomie bewirkte. So verhält es sich aber auch in den neubegründeten politökonomischen Ansätzen globaler Beziehungen, die sich im Zuge der aktuellen Umbruchkrise von Weltökonomie und Weltpolitik entfalten. Was bleibt ist allenfalls eine „linke" Konnotation Politischer Ökonomie. Wie steht es aber wirklich um die Kritikpotentiale der politökonomischen Analyse globaler Beziehungen?

Politische Ökonomie ist integraler Bestandteil einer Genealogie kapitalistischer Herrschaft. Sie entfaltetete sich im Zuge nationaler Verstaatlichung ökonomischer Prozesse. Als bürgerliche Politische Ökonomie war sie genauso ein Versuch, die Wirklichkeit auf den Begriff zu bringen, um sie „festzunageln", wie sie intendierte, als Effekt zu erzeugen, was sie als existierend beschrieb. Sie ist von ihrer Kritik zu unterscheiden, die mit „kontrafaktischer Antizipation" (Jürgen Habermas) gepaart, nach Überwindung jener Verhältnisse strebte, die von der Politischen Ökonomie erst durchgesetzt und in ihren Analysen verdoppelt wurden. Beide konnten ihren Aufstieg feiern, beide befinden sich infolge neuer politischer und gesellschaftlicher Strukturen global-kapitalistischer Akkumulation im Niedergang. An ihre Stelle treten Neubegründungen politökonomischer Analysen: als Internationale oder Globale Politische Ökonomie.

Ihren Durchbruch feierte die Politische Ökonomie im 18. Jahrhundert in Gestalt des *klassischen Liberalismus* von *Adam Smith* und *David Ricardo*. Politische Ökonomie figuriert als Forschungsperspektive, die die wechselseitige Durchdringung von Ökonomie und Politik hervorhebt. Die von ihr ausgearbeiteten Theorien des Wohlstands der Nationen reflektierten die Notwendigkeit der (national-)staatlichen Fundierung und Absicherung struktureller Arbeitsteilung in der sich herausbildenden kapitalistischen Weltwirtschaft. Die in der Krise der Weltwirtschaft im 17. Jahrhundert dominierenden Strategien zur Errichtung und des Schutzes von Monopolen im Handel, die durch gesicherten Zugang zu Rohstoffen und durch Kolonialbesiedelung abgesichert werden sollten, fanden ihre Legitimation zunächst in den politökonomischen Positionen *William Pettys* und *James Stuarts*. Dieser merkantilistische Synthese von „Siedlerkolonialismus, kapitalistischer Sklaverei und wirtschaftlichem Nationalismus" (Giovanni Arrighi) wurde in der Politischen Ökonomie Adam Smiths eine Alternative entgegengesetzt, die zu einer neuen Symbiose aus Kapitalismus und Staat tendierte, aus liberal-kapitalistischem Weltmarkt und „Nachtwächterstaat". Diese Politische Ökonomie klassisch-liberaler Provenience ist nicht von ungefähr englischen Ursprungs: sie ist sowohl Instrument wie Ausdruck der epochalen Durchsetzung und Verallgemeinerung industriekapitalistischer Produktionsverhältnisse und der Etablierung bürgerlicher Herrschaft im „modernen Staat"; ihr Aufstieg zur herrschenden „Sicht der Dinge" korrespondiert mit dem Aufstieg Englands zur „Werkstatt der Welt" und zur Weltführungsmacht im 18. Jahrhundert.

Sukzessive konnten mit ihrer Durchsetzung auch die theoretischen Grundpfeiler einer herrschenden „Sicht der Dinge" verankert werden. Ontologisch, also in der Frage nach den gesellschaftlichen Realitäten, als eine Orientierung auf nationale Einheiten und ihren Staat; methodologisch in Fortführung des utilitaristischen Standpunkts der Bourgeoisie in der englischen Revolution (*John Hobbes*) als ökonomischer Rationalismus (methodologischer Individualismus), nach dem der Mensch als „homo economicus" sowie letztlich auch der Staat als rationaler Akteur in konsequenter Befolgung ihrer Eigeninteressen als Prozeßresultat den Wohlstand aller mehren; epistemologisch schließlich, also in der Frage, wie der Realität theoretisch-begrifflich beizukommen sei, als positivistischer Zugriff auf die beobachtbaren Phänomene der politökonomischen Realität bürgerlicher Gesellschaftsformationen, der strikten Trennung von „Subjekt" und „Objekt" und so vermeintlich zu erzeugender „objektiver Erkenntnis" als einem reinen intellektuellem Prozeß.

Kritik der Politischen Ökonomie

Die Durchsetzung der quantitativen und die (spätere) Zelebrierung der deduktiv-normlogischen Methode etablierte eine ahistorische Politische Ökonomie, die das Historisch-Spezifische verallgemeinert. Sie mutiert zur Kraft der Affirmation nun bürgerlich dominierter Produktionsverhältnisse. *Karl Marx* war es, der diesen ideologischen Wandel im Vorwort zum *Kapital* auf den Begriff brachte: „An die Stelle uneigennütziger Forschung trat bezahlte Klopfflechterei, an die Stelle unbefangener wissenschaftlicher Untersuchung das böse Gewissen und die schlechte Absicht der Apologetik". Ins Zentrum seiner Kritik gerieten die *Formen* des gesellschaftlichen Reichtums. In den „Theorien über den Mehrwert" gerät die „Vulgärökonomie" ins Zentrum seiner Kritik, die ihren Gegenstand nicht genetisch entwickelt, sondern als gegebene Voraussetzung verhandelt. Diese Arbeit der genetischen Entwicklung komplexer Produktions- und Reproduktionsverhältnisse des Kapitalismus hat Marx ausgehend von der Warenform im „Kapital" in Angriff genommen. *Friedrich Engels* schließlich brachte die Unterschiede zwischen der Politischen Ökonomie und ihrer Kritik auf die Formel: „Die Ökonomie handelt nicht von Dingen, sondern von Verhältnissen zwischen Personen und in letzter Instanz zwischen Klassen."

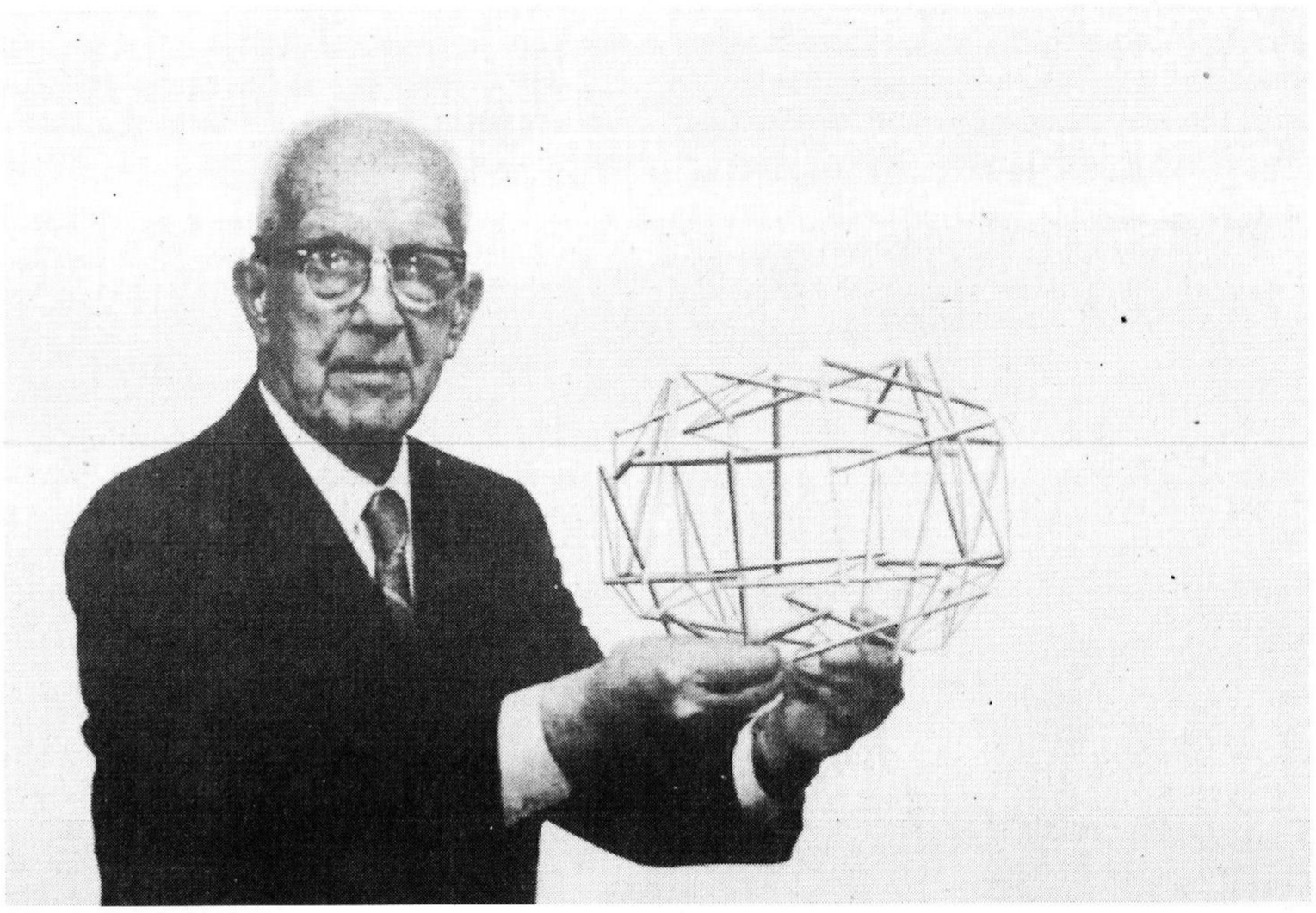
Die Kritik der Politischen Ökonomie ist also eine doppelte: eine epistemologische Kritik am positivistischen Mythos, der die Politische Ökonomie als außerhalb der Verhältnisse stehenden intellektuellen Pro-

zeß begreift, und eine ontologische Kritik, weil die treibenden Kräfte der bürgerlichen Gesellschaft, die sich hinter der gesellschaftlichen Erscheinungsform verbergen, nicht enthüllt werden und als ökonomisch strukturiertes gesellschaftliches Ganzes begriffen werden, denn: „hat die Methode es statt dessen einmal zum factum brutum zugerichtet, so ist ihm auch nachträglich kein Licht einzublasen" (Theodor W. Adorno).

Die theoretische Kritik in allen Ehren – aber die Kritik der Politischen Ökonomie erwies sich, einmal in Gang gesetzt, als eine Kritik der Formen, von denen sie selbst in Fesseln geschlagen wurde. Formen transitorischer Gesellschaftsverhältnisse fraßen sich in die theoretischen Fundamente der Kritik als analytische Orientierung auf den Nationalstaat und als Fixierung auf rationalistische Handlungsmuster ein. In den Marxschen Analysen im *Kapital* war es vor allem England, konkreter: die englische „Fabrikgesetzgebung", die ihn umtrieb, und von der aus er meinte, das „Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft" enthüllen zu können, weil hier eine fortgeschrittene Bourgeoisie im Bündnis mit „ihrem" Staat den anderen kapitalistischen Nationen den Spiegel ihrer eigenen Zukunft vorhalte. In der politökonomischen Weltsystemtheorie *Immanuel Wallersteins* und den angewandten Theorien alternierender Hegemoniezyklen auf die „Pax Americana" wurde schließlich England durch die USA ersetzt. In den Imperialismustheorien *Rudolf Hilferdings* oder *Rosa Luxemburgs* gelangte der Zusammenhang von ökonomisch-gesellschaftlichen Interessen und Außenpolitik zum Forschungsgegenstand. In jeden Fall aber blieben die Analysen in den traditionellen Analyseeinheiten nationaler Ökonomien und nationaler Staatsapparate verhaftet, nicht zuletzt deshalb, weil die politökonomische Realität bürgerlicher Gesellschaftsformationen zumindest bis in die Phase der US-Hegemonie diesen Zusammenhang von kapitalistischer (Welt-)Ökonomie und bürgerlichem (National-)Staat beständig reproduzierte. Die Enthüllung der bürgerlichen Gesellschaft als vorübergehend gelang nur auf der Grundlage einer rationalistischen Handlungstheorie, durch die der objektiven Notwendigkeit des Übergangs zum Sozialismus eine subjektive Kraft zur Seite gestellt werden und eine geschichtsmächtige Kraft wie das „objektivierte Bewußtsein" des Proletariats entstehen konnte, das die kapitalistische Dynamik durchbrechen könnte.

M.a.W.: Die ins Werk gesetzte Kritik der Politischen Ökonomie setzte zwar am Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit an, blieb aber doch in den Fesseln bürgerlicher Verhältnisse gefangen, die theoretisch verselbständigt und so stilisiert wurden. Dagegen betont *Ekkehardt Krippendorff*, daß (Internationale) Politische Ökonomie nicht „nach dem Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik, nach ökonomischen Interessen und ihrem Verhältnis zu Außenpolitik, Diplomatie, Rüstung etc. (fragt), sondern zunächst und vor allem eine historisch orientierte, gesamtgesellschaftliche Theorie" sei. Und eine solche Gesellschaftstheorie hat sich immer wieder neu ihrer theoretischen und methodologischen Prämissen zu vergewissern!

Es war die Transformation der politischen Ökonomie bürgerlicher Gesellschaftsformationen hin zu einer neuen Qualität, die sich als Auflösung tradierter Strukturen und Formen und der Neuformierung politischer und gesellschaftlicher Verhältnisse manifestierte, die die traditionsgestützen Theorien in die Krise laufen ließ. Analysen der Zusammenhänge von Ökonomie und Politik mußten sich unter den Bedingungen weltökonomischer Integration genuin mit den strukturbildenen Kräften auf globaler, sprich: weltökonomischer Ebene auseinandersetzen. Die Weltökonomie und die in ihr waltenden Kräfte definierten die gesellschaftlichen und politischen Strukturen und Existenzbedingungen neu. Eine solche Analyse fordert die Ablösung des Nationalstaates als zentraler Analyseeinheit, die jedoch innerhalb des entwickelten Kategoriensystems der Tradition nicht zu haben war.



„Die Kritik der Politischen Ökonomie erwies sich einmal in Gang gesetzt, als eine Kritik der Formen": R. Buckminster Fuller und das Modell

Krise der Tradition und Umbruch tradierter Verhältnisse

Die Totenglocken der Politische Ökonomie neoklassischer Provenience als „Regierungsdiskurs der modernen Welt" (Denis Meuret) läuteten. Sie überlebte allenfalls in einer obsoleten „Ökonomische Theorie der Politik", die versucht, alle politischen Entwicklungen mit dem Instrumentarium des Rationalitätsaxioms individuellen Eigennutzes zu erkären. Die von der Kritik der Politischen Ökonomie enthüllte Dialektik des Kapitalismus versagte die Gefolgschaft: die geschichtsteleologische Tendenz, die entweder die entwickelste kapitalistische Nation zum Spiegelbild kapitalistischer Zukunft erhebt, oder, wie Engels betont, die staatlichen Verkehrsanstalten wie Post, Telegraphen und Eisenbahnen, zu „Modellen" vergesellschafteter Produktion erhebt, um mit *Lenin* schließlich, in *Staat und Re olution*, verkünden zu lassen, das nächste Ziel sei es, „die gesamte Volkswirtschaft nach dem Vorbild der Post zu organisieren", diese geschichtsteleologische Tendenz geriet in eine fundamentale Krise, als weder „geschichtsmächtige Nationalstaaten" noch geschichtsmächtige Vergesellschaftungen auf der historischen Tagesordnung standen. Nicht nur die „Krise des Marxismus" (Louis Althusser) mußte verkündet werden; Forderungen nach einem „offenen Marxismus" (Ernest Mandel/Johannes Agnoli) wurden laut, der sich gegen einen geschichtsdeterministischen „geschlossenen Marxismus" zu wenden habe.

Politische Ökonomie mußte sich als Politische Ökonomie globaler Beziehungen neu bestimmen – oder zugrunde gehen. Die

Widersprüche global-kapitalistischer Vergesellschaftung wurden nicht für die politökonomischen Realitäten strukturbildend, sondern auch für die Theorie. Der Weltmarkt setzt sowohl Kräfte der Vereinheitlichung frei, wie er Tendenzen weltgesellschaftlicher Fraktionierung bewirkt. Globalisierung des Kapitals und Konkurrenzverschärfung der regionalen und nationalen Einheiten bilden zwei Seiten ein und derselben Medaille. Nun mag man diese Widersprüche im Rahmen einer Ideengeschichte des Sozialismus, einer „Familien-Romanze" der Kritik der Politischen Ökonomie verhandeln, entweder als Sieg von Karl Kautskys Vorstellung, daß sich infolge der Verflechtungsfunktionen der internationalen Produktion Interdependenzen und Interessenkonvergenzen bilden, oder als Bestätigung Lenins These von der Intensivierung imperialistische Rivalität. Doch dies ist nur von spezifischem Interesse. Tatsächlich bilden diese widersprüchlichen realen Verhältnisse in der kapitalistischen Globalisierung Anlaß für sehr unterschiedliche Rekonstruktionen politökonomischer Traditionen.

„Gesellschaftliche Existenzbedingungen der Ökonomie": Bankschalter, Kundin, Kunde

Internationale Politische Ökonomie: die neue Orthodoxie

Die Rekonstruktion bürgerlicher Tradition ist dabei nichts anderes als ein Versuch, die Kategoriensysteme und Methodologie der Neoklassik auf die Ebene einer Analyse globaler Beziehungen zu transportieren und innerhalb herrschender Theorietraditionen Internationaler Beziehungen der USA zu verankern. In der Terminologie einer ihrer führenden Vertreter liest sich das so: Internationale Politische Ökonomie sei bestimmt „by Americans for Americans as Americans" (*Benjamin Cohen*). Sie entsteht aus dem Geist eines (dominanten) Neorealismus und versteht sich als integraler Bestandteil der Theorien Internationaler Beziehungen, als deren „new subfield", das sich vor allem in Analysen zum „Niedergang der US-Hegemonie", besser: Hymnen auf die verbliebene Macht der USA, abarbeitet.

Die Bestimmung ihres Forschungsgegenstandes verdeutlicht die krude Übertragung überkommener ontologischer und epistemologischer Grundprobleme neoklassischer Politischer Ökonomie auf das Terrain der Erforschung globaler Beziehungen. Für die Vertreter der Internationalen Politischen Ökonomie bleibt der Nationalstaat zentraler Akteur einer anarchischen Staatenwelt und somit zentraler Forschungsgegenstand. Er wird lediglich erweitert um die Analyse von „System-Management", das aufgrund weltwirtschaftlicher Interdependenz erforderlich geworden ist. Die sukzessive Verstaatlichung der globalen Beziehungen seit der Herausbildung des sog. Westfälischen Systems von 1648 scheint im Ausgang des 20. Jahrhunderts so einem neuen Höhepunkt zuzusteuern, indem ein rationalistischer Staat als entscheidende Handlungseinheit globaler Beziehungen zu neuen Ehren gelangt: dieser rationalistische Staat tendiert (je nach Forschungsschwerpunkt der „Internationalen Politischen Ökonomie") entweder dazu, verschärfte inner-kapitalistische Konflikte zu bewirken oder (in den Analysen des „neoliberalen Institutionalismus") „internationale Regime" herauszubilden.

Letztlich ist die Renaissance einer traditionellen Politischen Ökonomie *internationaler* Beziehungen eine neorealistisch-machtpolitisch verwendbare Lehre von der nationalen Rivalität. Politische Ökonomie bezeichnet für sie die Lehre von den Beziehungen zwischen und in den Staaten bzw. nationalen Volkswirtschaften. Ihr Forschungsgegenstand sind die traditionellen internationalen Wirtschafts-beziehungen, die sich in einem staatlich etablierten und regulierten Rahmen entfalten. Neuere Veröffentlichungen tendieren immer mehr zu einer militärischen, belli-zistischen Sprache: verschärfte kapitalistische Konkurrenzverhältnisse erscheinen in dieser verengten Perspektive unweigerlich als „Wirtschaftskriege" zwischen den entwickelten kapitalistischen Staaten, wie zwischen diesen und den Staaten der Dritten Welt. Perspektivisch kommt es also zu einem (macht)politischen Zerfall der kapitalistischen Weltökonomie in Blöcke und konkurrierende nationale Interessen, der allenfalls durch zwischen-staatliche Kompromisse innerhalb der internationalen Regime aufgefangen wird.

Der kritische Politökonom *Robert W. Cox* klassifizierte einen solchen Theoriestrang als „problem-solving-theory", als Theorie, „die die Welt nimmt, wie sie ist, samt ihrer vorherrschenden sozialen Machtbeziehungen und den Institutionen, durch die diese organisiert werden". Schlimmer aber noch: weltgesellschaftliche Realität wird ontologisch verzerrt, die Weltmarktstruktur (wie vormals die kapitalistischen Produktionsverhältnisse) affirmativ „verdoppelt" und die Ökonomisierung globaler Beziehungen (und ihre Konsequenzen für die traditionelle „Staatlichkeit") geleugnet. In der Konsequenz bleibt die neue politische Existenzbedingung der kapitalistischen (Welt-)Ökonomie unbegriffen. Politik, verstanden als Verfügungsgewalt einer sozialen Einheit über die gesellschaftlichen Existenz-, Reproduktions- und Autoritätsbedingungen, wird von der Ökonomie separiert, statt „gesamtgesellschaftlich" und „global" im Spannungsfeld von Ökonomie, Gesellschaft und Staat verortet. Eine solche theoretische Aufgabe der Verortung ist freilich auch das originäre Aufgabenfeld einer *Globalen* Politischen Ökonomie. Innerhalb dieser Ansätze bildete sich schließlich das theoretische Terrain heraus, auf dem die Kritik der Politischen Ökonomie kapitalistischer Weltmarktbeziehungen rekonstruiert werden konnte.

Globale Politische Ökonomie: Rekonstruktion der Kritik

Die Versuche des „offenen Marxismus" zur Revitalisierung der Kritik der Politischen

Ökonomie konzentrieren sich auf Begründungen und Entwicklungen eines „Transnationalen Historischen Materialismus". Diese Theorie begreift sich nicht primär als Bestandteil von Theorien Internationaler Beziehungen, sondern als deren Alternative; als holistischer Ansatz, der sowohl alternative Wege der Wissensproduktion geht, wie qualitativ neue Erkenntnisse hervorbringt. Treibende Kraft dieses Vorhabens ist die Dialektik des Widerstands: Erkenntnisse über die bestehenden Hegemonialstrukturen der kapitalistischen Weltgesellschaft zu verbessern, um zu Antworten auf die Frage zu gelangen, wie eine soziale und demokratische Struktur der Weltbeziehungen zu erreichen sei.

Ausgangspunkt der Globalen Politischen Ökonomie, wie sie, jenseits vorhandener theoretischer und analytischer Differenzen, insbesondere von einem „Kanadischen Ansatz" (*Robert W. Cox*, *Stephen Gill*), einer „Amsterdamer Schule" (*Kees an der Pijl*, *Otto Holman, Henk O erbeek*) und auch von bundesdeutschen Forschern (*Joachim Hirsch* und *Josef Esser* in Frankfurt; die FEG um *Frank Deppe* in Marburg, Arbeiten um *Wolf-Dieter Narr* und *Elmar Alt ater* in Berlin, *Frieder Schlupp* in Konstanz oder *Gilbert Ziebura* in Braunschweig) vorangetrieben wurden, sind die gesellschaftlichen (Klassen-)Spaltungsli-nien der kapitalistischen Weltgesellschaft. Diese Gesellschaftsanalyse wird aus ihrer traditionellen (nationalen) Verankerung, wie sie bei Marx, Gramsci oder innerhalb der Regulationstheorie noch bestand, gelöst und auf die Frage nach den Bedingungen, Restriktionen aber auch den Durchsetzungspotentialen hegemonialer Verhältnisse in der Weltgesellschaft zugespitzt. Ins Zentrum dieser Analysen treten auf der einen Seite die Krisenprozesse, aber auch die Vergesellschaftungswirkungen kapitalistischer Akkumulation im Weltmaßstab.

Unter den politökonomischen Bedingungen des globalen Kapitalismus, daß sich keine gesellschaftliche Einheit verbürgende Instanz auf Weltebene herausbildet (Weltstaat), daß vielmehr die nationalstaatliche Fraktionierung sowohl genealogisch wie systemstrukturell mit der Globalisierung des kapitalistischen Weltsystems verwoben ist, daß sich aber auch innerhalb dieser hierarchischen und politisch-sozial fraktionierten Weltgesellschaft keine nationalstaatlich verankerte Hegemonialmacht mehr zu konsolidieren vermag, richtet sich die mit kritischem Erkenntnisinteresse gepaarte wirklichkeitswissenschaftliche Analyse auf die Erforschung von Hegemonialstrukturen „jenseits" traditioneller Staatlichkeit"; letztlich also auf Hegemonialstrukturen, die im Unterschied zur „klassischen Hegemonie" sich nicht mehr als politisches Projekt eines nationalstaatlichen Hegemons materialisieren (als nach außen gerichtete Expansion einer innergesellschaftlich errungenen Hegemonie einer Klasse, wie Robert W. Cox noch die US-Hegemonie charakterisierte), sondern als politische Prozeßresultate der Ökonomisierung und der post-fordistischen Vergesellschaftung in modernen, ausdifferenzierten Gesellschaften Machtstrukturen zu festigen vermögen.

Innerhalb einer solchen Kritik entstehen unweigerlich Schwierigkeiten hinsichtlich der analytischen und theoretischen Fundierung, da Hegemonie auf globaler Ebene erstmals keinen hegemonialen Staat mehr voraussetzt. *Bob Jessops* Bestimmung von Hegemonie, die er allerdings im Rahmen einer nationalstaatlichen Analyse entwickelte, führt hier, auf die globalen Beziehungen übertragen, durchaus weiter. Jessop spricht von durchgesetzten Hegemonialstrukturen, wenn es gelingt, „die funktionalen Subsysteme, die Organisationen und Identitäten der Gesellschaft zu penetrieren und die Grenzen zu setzen, innerhalb derer sie autonom operieren können. In einer hegemonialen Ordnung funktioniert jedes Subsystem nach seinem eigenen 'Code', aber sein 'Programm' trägt größeren gesellschaftlichen Zielen Rechnung" – der Unterwerfung der gesellschaftlichen und politischen Strukturen der kapitalistischen Weltgesellschaft unter die Produktions- und Reproduktionsbedingungen des globalen Kapitals. Innerhalb der neoliberal neu-inszenierten Weltökonomie gelingt es den definitionsmächtigen Dynamiken der Transnationalen Konzerne bzw. globalen Finanzmärkte nicht nur, die vielbeschworene „neue Qualität" der kapitalistischen Weltökonomie selbst zu definieren, sondern auch auf supranationale Instanzen einzuwirken, Nationalstaaten zu transformieren, innerhalb dieser transformierten Nationalstaaten klassenübergreifende Bündnisse hegemonial zu organisieren und ihre Strategien schließlich innerhalb lokaler Modernisierungsbündnisse abzusichern. So bilden sich veränderte, auf regionaler/lokaler, nationaler und inter- bzw. supranationaler Ebene verschränkte Regulationskomplexe.

So lassen sich aber auch die unter der Oberflächenerscheinung waltenden treibenden Kräfte „ausgraben" und gegenwärtige Machtverhältnisse offenlegen, Bedingungen ihrer Konstitution zu benennen, gleichzeitig aber auch Bedingungen ihrer Auflösung herausarbeiten. Politökonomische Analyse als Wissenschaftsdisziplin, die die politischen und gesellschaftlichen Existenzbedingungen der Ökonomie zu ihrem originären Gegenstand erhebt, kann nur in einem solchen Kontext betrieben werden; in ihm kann sie sich aber auch als „linker" Ansatz revitalisieren. Mit der neubegründeten Globalen Politischen Ökonomie sind erste Bausteine für eine politökonomische Rekonstruktion der Kritik gelegt. Analysen der neuen „politischen Arena" des Weltmarkts aber stehen noch weitgehend aus. An ihnen wird zu messen sein, ob die auf theoretischer Ebene entwickelten „Waffen der Kritik" tatsächlich zu einer gerüsteten Kritik taugen. ●

„Gesellschaftliche Existenzbedingungen der Ökonomie": Rheinwestfälische Börse

STEFAN ARMBORST

Das Weltsystem kaputtdenken

„Wissenschaft ist die Suche nach Regeln, die in knappen Worten zusammenfassen, warum alles so ist, wie es ist, und wie die Dinge geschehen." (I. Wallerstein)

Das 'Weltsystem' ist nicht kaputtzukriegen! Im Gegenteil: Nun legt der 'historische Kapitalismus' in der neuesten Aufsatzsammlung Immanuel Wallersteins auch die Axt an die im 'langen' 19. Jahrhundert herausgebildeten sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Auf der Grundlage eines neuen Begriffsmixes – des bewährten Weltsystem-Cocktails – postuliert er ambitiös nicht weniger als eine epistemologische 'Revolution' für das 21. Jahrhundert. Doch schauen wir uns die im Wortsinn 'umwälzende' Rezeptur, die Dampfwalze im sozialwissenschaftlichen Kräutergarten, genauer an: Man nehme also zunächst (wie gehabt) eine ökonomistisch verbarrikadierte Dependencia-Theorie, einen zirkulationistisch verflachten Kapitalismusbegriff und jeweils einen guten Schuß Funktionalismus und Zusammenbruchs-Mystik à la Kurz. Dazu gebe man unvermittelt einige Eßlöffel Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sowie eine gute Dosis (welt)proletarischen Bewußtseins, mische alles ohne falsche Bescheidenheit gut durch und fertig sind die (wissenschafts-)theoretischen und praktischen Grundlagen für einen möglichen Übergang zu einem sozialistischen Weltsystem, bis zu dessen Verwirklichung aber vielleicht doch noch 100 bis 150 Jahre des herannahenden Millenniums ins Land gehen könnten. Bis dahin ist es gut zu wissen, daß auf (selektiv gestellte) neue Fragen immer auch die bewährten alten Antworten bereitstehen.

Die Hauptaussagen der neuesten deutschsprachigen Publikation Immanuel Wallersteins lassen sich wie folgt zusammenfassen: Durch die Verschärfung der „ungleichen Verteilung materieller Güter", die den eigentlichen Wesenszug des Kapitalismus darstellt, sowie durch die Ausdehnung des „Wertgesetzes" auf immer neue geographische Schauplätze läuten die systemisch angelegten Krisentendenzen (die „säkularen Trends") der kapitalistischen Weltwirtschaft eine Zeit des radikalen Umbruchs hin zu einem völlig anders strukturierten globalen Sozialsystem ein, wobei ein „kontrollierter Übergang" nicht mehr gewährleistet werden kann. Ob letzteres einen egalitären, d.h. „sozialistischen" Charakter, annimmt, hängt hingegen vom politisch-sozialen Druck der weltweiten „systemfeindlichen" Bewegungen ab, deren proletarischer Charakter analog zu dem der verschiedenen Gruppierungen der „Welt-Bourgeoisie" als „Relationen" im Weltsystem begriffen werden kann und die sich zudem durch die klassen-ethnischen Ausschließungsmechanismen des Weltmarktes ständig reproduzieren.

Für Wallerstein zeigen die sich verschärfenden Auswirkungen des inzwischen allumfassenden Nullsummenspiels der kapitalistischen Weltwirtschaft – die nur ca. 10 – 20 Prozent der Weltbevölkerung ein höheres Niveau materiellen Reichtums gebracht hat –, daß die globale Mehrwertakkumulation an ihre historischen Grenzen gelangt ist. Angesichts dessen gilt es, den weltweiten Druck hin zur materiellen Umverteilung zu erhöhen: „Eine solche Strategie wäre langfristig darauf gerichtet, das System zu überlasten, die globalen Profitraten beträchtlich zu reduzieren und die Verteilung gleichmäßiger zu gestalten." In Anlehnung an den französischen Historiker Fernand Braudel plädiert er für die Stärkung eines „Wettbewerbsmarktes" der „kleinen Gewinne", auf dem der Warentausch „zu gerechten Preisen" stattfinden kann. Durch supranational koordinierte Angriffe auf die „Handelsketten" der internationalen Arbeitsteilung soll gegen die „Macht, Gerissenheit und Intelligenz" der weltmarktbeherrschenden und von den Staatsapparaten vielfältig ökonomisch und finanziell unterstützten Monopole vorgegangen werden.

Auf politisch-praktischer sowie theoretischer Ebene ist aber diese neue Gegenstrategie in Einklang mit den von Wallerstein konstatierten „säkularen Trends" nur möglich über eine radikale Abkehr von der bisher dominanten Universal-Ideologie, die er als den im 19. Jahrhundert geformten „marxistisch-liberalen Konsens" bezeichnet. Dazu gehören der Abschied von der Marx'schen Zentralität des Industrieproletariats für die weltweite soziale Emanzipation sowie die grundlegende Infragestellung der hegemonialen ideologischen Konzeptionen des unilinearen Fortschritts, der nachholenden Modernisierung durch Industrialisierung und eines sich primär im nationalstaatlichen Rahmen vollziehenden wirtschaftlichen Wachstums.

Nötig ist für den Autor aber auch eine radikale Änderung der disziplinären Ausformung und inhaltlichen Ausrichtung der Sozialwissenschaften, deren Ausdifferenzierung im letzten Jahrhundert, ausgehend von den Zentren des Weltsystems, zur Herausbildung des Triumvirats von Wirtschaftswissenschaften (Markt/Ökonomie), Politikwissenschaften (Staat) und Soziologie (Privatsphäre) geführt hat – der drei „nomothetischen", d.h. von wissenschaftlichen Aussagen auf die Aufstellung von Gesetzen, auf die Auffindung von Gesetzmäßigkeiten (so der Duden) zielenden Disziplinen. Gemeinsam mit den „idiographischen", d.h. das Eigentümliche, Einmalige, Singuläre beschreibenden (ebd.), Disziplinen der Geschichtswissenschaften, der Anthropologie, der Orientalistik usw. haben jene als „Instrumente der verstandesmäßigen Beherrschung einer Welt" zu gelten, die die „utilitaristische Sicht auf die menschliche Natur" des Newton'schen (Natur-)Wissenschaftsverständnis übernommen haben. Diese disziplinäre Aufteilung des (Sozial-)Wissenschaftsgebäudes, die als „Meta-Geschichte" bezeichnet wird, basiert auf der Funktion, durch Forschung im Rahmen der universalistisch-okzidentalen Ideologie den (im 19. Jahrhundert zum ersten Mal von den Eliten akzeptierten) sozialen Wandel zu kontrollieren und zu steuern und damit gleichzeitig die eigene imperialistische Vormachtstellung im System der internationalen Arbeitsteilung zu legitimieren.

Das Urteil Wallersteins über die die realexistierenden Sozialwissenschaften – einschließlich der an Marx'schen Kategorien sich orientierenden (mit dessen Wissenschaftskritik er sich allerdings nicht abgeben mag) – kann vernichtender nicht sein. Sie seien unfähig Rassismus, Unterentwicklung, die Entstehung des Staates sowie dessen Verhältnis zur Gesellschaft zu klären. Seine Schlußfolgerung lautet: „Wir verfügen über kein analytisches Werkzeug für eine Zusammenfassung oder eine Gliederung unserer gesellschaftlichen Prozesse." Nur sich am Weltsystemansatz orientierende „historische Sozialwissenschaften" wären demgegenüber in der Lage, eine disziplinäre Neuaufteilung auf der Basis der „holistischen Untersuchung der Funktionsweisen historischer Sozialsysteme und deren allgemeine Gesetze, logische Strukturen und säkularen Trends" zu lei-

sten und damit als neue „Meta-Geschichte“ eine dem 21. Jahrhundert angemessene Antwort auf die „sozialen Rätsel“ der Menschheit zu geben. Dies könne sich aber nicht mehr wie bisher am Nationalstaat als grundlegender Analyseeinheit sozialwissenschaftlichen Denkens und politischen Handelns orientieren und wird diesen allein als „Satz gesellschaftlicher Institutionen innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft“ reinterpretieren bzw. relativieren.

Der dieser Sichtweise der derzeitigen Zivilisationskrise zugrundeliegende Weltsystemansatz erweist sich auf merkwürdige Art und Weise immun gegen jedwede Kritik, wie sie bisher vor allem auch von marxistischer Seite (Klaus Busch, Gerhard Hauck,Thomas Hurtienne u.a.) geübt worden ist. Das Ausblenden der Produktionsverhältnisse im Kapitalismus, grundlegende Defizite bei der Analyse des Verhältnisses von Politik und Ökonomie auf nationaler und internationaler Ebene sowie die Hypostasierung des (abwechselnd ökonomisch und machtpolitisch begründeten) ungleichen Tausches führen zu einer einseitig ökonomistischen Interpretation der „globalen Vergesellschaftung“ (Wolfgang Hein).

Angesichts der These, daß der Weltkapitalismus allein an seinem Erfolg scheitern wird und sich heute schon in einer Phase des beschleunigten Verfalls befindet, ist es für Wallerstein nun die Aufgabe, einer breiten und transnationalen Front systemfeindlicher Bewegungen, statt der Erringung der Staatsmacht eher auf die Schwächung der mehrwertheckenden Institutionen zu setzen, um so das Absterben des Systems der Nationalstaaten zu beschleunigen und ein „wahrhaft sozialistisches welthistorisches System zu schaffen“.

Die von der „Mehrheit“ (das Weltproletariat) gegen die „Minderheit“ im Rahmen eines „Bewegungskrieges“ (hier wird sich explizit auf Gramsci bezogen) durchzusetzende Forderung nach „politischer Demokratie“ und „gleichen Möglichkeiten für alle“ wirkt merkwürdig konturlos, da das Artikulationsverhältnis von Ökonomie, Politik (Hegemonie) und Ideologie weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene angemessen berücksichtigt wird. Und auch die den kapitalistischen Gesellschaftsformationen zugrundeliegenden gesellschaftlichen Naturverhältnisse werden erst nach 200 (von 356) Seiten zum ersten und einzigen Mal auf merkwürdige Weise ins Spiel gebracht: „Wie alle Ungeheuer trampelt es [der Kapitalismus] seinem Schicksal entgegen und zerstört in der Zwischenzeit viel Leben und viel von unserem ökologischen Erbe.“ Die Nicht-Thematisierung der Produktionsverhältnisse und die Reduzierung der sozialen Frage auf ein bloßes Problem der Verteilung lassen eine tiefgreifendere Sicht der ökologischen Krise wohl auch nicht zu, deren Auswirkungen sich auf lokaler Ebene sich gerade durch die widersprüchliche und konfliktreiche Überlagerung der Funktionsräume der Region (Ökologie, soziale Lebenswelt), der Nation (politische Hegemonie, Verwaltung) und des Weltmarkt (Sachzwänge der Inwertsetzung) auszeichnet.

Wie funktioniert aber nun konkret die Wallerstein'sche Methode, die Sozialwissenschaften 'kaputtzudenken'? Teils auf direkte Art und Weise, teils über den Umweg von Zitaten und Thesen bekannter Denker (z.B. verstreute Marx'sche Anmerkungen zur Frage der Ausbeutung der Peripherien) greift er für die heutige Zivilisationskrise relevante Fragestellungen und Problemlagen auf (Krise des okzidentalen Universalismus, Bedeutungsverlust des Nationalstaats, Zunahme unfreier Arbeit in der Peripherie, Rolle des wachsenden

„Man nehme zunächst eine ökonomistisch verbarrikadierte Dependencia-Theorie, einen zirkulationistisch verflachten Kapitalismusbegriff und jeweils einen guten Schuß Funktionalismus und Zusammenbruchs-Mystik à la Kurz.“

Rassismus, usw.), benutzt sie aber umgehend als Stützbalken des eigenen unhinterfragten Theoriegebäudes. Am Beispiel der (durchaus interessanten) Frage nach dem methodischen und theoretischen Selbstverständnis der neuzeitlichen Naturwissenschaft wird dies exemplarisch deutlich:

Seit ihrer Entstehung haben – so Wallerstein – alle derzeitigen sozialwissenschaftlichen Disziplinen das hegemoniale Newton'schen Konzeption der Naturwissenschaften und dann auch in der neoklassischen Ökonomie zum Ausdruck kommende Denken in Kategorien der Linearität, des Gleichgewichts sowie der Reduktion komplexer Zusammenhänge auf abstrakte Gesetzmäßigkeiten übernommen. Okzidentaler Universalismus, Staatsfixiertheit sowie eine eindimensionale Zeitperspektive wurden so wissenschaftlich verbrämte Prämissen der Legitimation von Klassen- und Kolonialherrschaft.

In Anlehnung an eine Arbeit von Ilya Progogine aus dem Jahre 1977 und an die seit geraumer Zeit sich vollziehenden Grundlagendebatte in den Naturwissenschaften verweist der Autor auf die neue Sicht auf die Komplexität natürlicher Systeme, deren „Makrostruktur“ nicht durch gesetzmäßig bestimmbare Gleichgewichtszustände bestimmt ist, sondern vielmehr durch Fluktuationen und zufalls- bzw. chaosbedingte Veränderungen in der „Mikrostruktur“ sich in einer ständigen Instabilität und damit auch Zukunftsoffenheit befinden. Was Prigogine „Ungleichgewicht als Quelle von Ordnung“ nennt, hat nun für Wallerstein logischerweise auch für komplexe soziale Systeme und (wen würde es wundern!) vor allem auch für das „komplexeste von allen bekannten Systemen“, sprich das „historische Sozialsystem“ der kapitalistischen Weltwirtschaft, Gültigkeit:

Wie in physikalischen und chemischen Prozessen wird demnach auch in der kapitalistischen Weltwirtschaft in „dissipativen Strukturen“ Ordnung erzeugt, „die nach einer Instablität ... von der am schnellsten zunehmenden Fluktuation determiniert“ (Prigogine) wird. So enspricht im Weltsystem die Mikrostruktur den jeweiligen Zyklen und die Makrostuktur den säkularen Trends historischer Entwicklung. In diesen holzschnittartigen Begriffsvermengungen wird die vorher monierte unkritische Übernahme naturwissenschaftlicher Vorstellungen nur auf veränderter Grundlage reproduziert.

Die spezifischen Bedingungen sozialen und gesellschaftlichen Handelns, für das die nationalstaatliche Regulation auch im Zeichen kapitalistischer Globalisierung nicht unwesentlich sein wird, verdampfen in den Zwischenräumen der welthistorischen Megamaschine. Dabei ginge es doch politisch, ökonomisch, sozial und kulturell um die genaue Bestimmung der jeweiligen Vermittlungsverhältnisse von Vereinheitlichung und Fraktionierung. Das Wallerstein'sche Glaubensbekenntnis, die institutionellen Gebilde auf allen Ebenen der kapitalistischen Weltwirtschaft könnten „außerhalb einer Erklärung des Funktionierens dieses bestimmten, großflächigen Ganzen nicht analysiert, ja noch nicht einmal identifiziert werden“, erscheint demgegenüber als wenig aussagekräftig. ●

Immanuel Wallerstein: Die Sozialwissenschaften 'kaputtdenken'. Die Grenzen der Paradigmen des 19. Jahrhunderts, Weinheim: Beltz Athenäum Verlag, 1995.

HANS-MARTIN LOHMANN

Psychoanalyse & Gesellschaft

Eine (inzwischen) gescheiterte Beziehung und wie es dazu gekommen ist

Seit einiger Zeit sind wir Zeugen eines Kehraus der hochgespannten Idealisierungen der Psychoanalyse und ihrer überspannten Selbststilisierungen. Die Patienten wollen das Medikament nicht mehr, die Wissenschaften wollen die Wahrheit nicht mehr, und die Öffentlichkeit will die Aufklärung nicht mehr, die wir ihnen anzubieten haben und von denen wir gewohnt waren, daß wir sie nicht anbieten müssen, sondern daß man nach ihnen verlangt wie nach einem kostbaren Gut, das wir nur zögernd aus der Hand geben. In den psychoanalytischen Szenen breitet sich eine Stimmung des Beleidigtseins aus. Man beruft sich zu Unrecht auf Freuds Diktum von den drei großen narzißtischen Kränkungen der Menschheit und meint, die Welt habe sich von uns abgewandt, weil wir ihr mit unserer Wissenschaft zu große narzißtische Kränkungen zugefügt haben."

Reimut Reiche muß es wissen. Pikanterweise gehört er, der renommierte Soziologe, Sexualwissenschaftler und Psychoanalytiker, selbst zu denen, die einst, in den Hochzeiten der antiautoritären Protestbewegung, mit Büchern wie *Sexualität und Klassenkampf* (1968) die hochgespanntesten und überspanntesten Erwartungen an Reichweite und Kompetenz der Psychoanalyse und ihres Anwendungsdiskurses weckten: die psychoanalytische Lehre vom Unbewußten und von der Sexualität, an welcher für Freud und seine Schüler alles hing, sollte und müßte sich mit einer geschichtsmaterialistisch fundierten Theorie der Gesellschaft zwanglos in Einklang bringen lassen. Autoren wie Wilhelm Reich und Herbert Marcuse *(Triebstruktur und Gesellschaft)* hatten solcher optimistischen Sicht der Dinge vorgearbeitet; Autoren wie Klaus Horn *(Zur Begründung einer materialistischen Sozialisationstheorie)* und Helmut Dahmer *(Libido und Gesellschaft)*, die heute kaum noch jemand zitiert, folgten dieser Linie der „Anwendung" psychoanalytischen Wissens auf gesellschaftliche Sachverhalte. „Psychoanalyse und Gesellschaft", „Marxismus, Psychoanalyse, Sexpol", „psychoanalytische Kulturtheorie" und so ähnlich lauteten die einschlägigen Titel, unter denen das nicht Vermittelbare, wie wir inzwischen wissen, vermittelt werden sollte.

Reiches jüngst publizierter Abgesang auf das Große Paar Psychoanalyse & Kritische Theorie (Reimut Reiche: „Von innen nach außen? Sackgassen im Diskurs über Psychoanalyse und Gesellschaft", *Psyche* 49, 1995, S. 227 - 258), so realistisch, beinhart und gnadenlos er sich gibt, ist zunächst einmal Ausdruck eines nicht geringen Katzenjammers, der sich unter denjenigen Psychoanalytikern ausgebreitet hat, die unter Psychoanalyse schon immer etwas anderes verstanden als nur eine Theorie der psychoanalytischen Klinik und ihrer Anwendung auf individuelle seelische Krankheiten. Zugleich ist er ein weitreichendes Zugeständnis an die Adresse der Analytiker-Fraktion, die schon immer etwas dagegen hatte, „das reine Gold der Analyse" (Freud) mit Sozialtheorie zu legieren, und der Reiche das undankbare Geschäft abnimmt, „ihr Ressentiment offen zum Ausdruck zu bringen",wie Karola Brede mit Recht festgestellt hat. (Karola Brede: „Unbewußtes – und sonst gar nichts? Stellungnahme zu Reimut Reiche, „Von innen nach außen?", *Psyche,* 49, 1995, S. 259 - 280)

Wie immer man Reiches Diskussionsbeitrag im einzelnen qualifizieren mag – ob als mutigen Befreiungsschlag angesichts einer aussichtslosen Lage, als resignierten Rückzug aus einem Feld, auf dem es nichts mehr zu bestellen gibt, oder als Konzession an den Zeitgeist –: Feststeht, daß er ein allgemeines Unbehagen an der Psychoanalyse ziemlich genau auf den Punkt gebracht hat. Die Patienten wollen das Medikament nicht mehr, die Wissenschaften wollen die Wahrheit nicht mehr, und die Öffentlichkeit will die Aufklärung nicht mehr. Mit einem Wort: Die Psychoanalyse hat ihre führende Rolle, ihre Funktion als „Leitwissenschaft" eingebüßt. Sie ist nicht länger, wie sich so mancher einbilden möchte, die strahlende Königin im Ensemble der Humanwissenschaften, sondern ein inzwischen ziemlich häßliches Entlein, das um sein Daseinsrecht kämpfen muß. Oder um eine amerikanische Stimme zu zitieren: Es gibt „cultural trends against psychoanalysis". (Edith Kurzweil: „An Interview with Otto Kernberg", *Partisan review* LXI, 1994, S. 204 - 219, hier S. 208)

Dieser Sachverhalt ist so evident wie erklärungsbedürftig. Zum einen liegt auf der Hand, daß die Psychoanalyse an vielen Fronten ins Hintertreffen geraten ist, etwa in den aktuellen, gesundheitspolitischen Debatten, in denen es um die Frage nach Aufwand, Kosten und Ertrag psychoanalytischer Behandlungen geht, oder in der Wissenschaft, vor allem der Naturwissenschaft, wo immer unverblümter angezweifelt wird, ob der Psychoanalyse das Attribut „wissenschaftlich" überhaupt noch zustehe. Ganz zu schweigen von einer Öffentlichkeit, die sich nicht länger darum schert, was Psychoanalytiker zur Diagnose gegenwärtiger „sozialer Krankheiten" wie Fremdenfeindlichkeit und Jugendlichengewalt beizutragen haben – weil es offensichtlich irrelevant ist.

„Die Patienten wollen das Medikament nicht mehr, die Wissenschaftler wollen die Wahrheit nicht mehr, ...

Auf der anderen Seite ist es keineswegs selbstverständlich, daß psychoanalytisches Wissen, das doch einmal dazu taugte – oder zumindest taugen sollte –, die Psychogenese des autoritären Charakters und faschistischen Einstellungen verstehend nachzuvollziehen und so im umfassenden Sinne die Sache der Aufklärung zu betreiben, derart marginalisiert und depotenziert wird wie heute. Was ist heute an der Psychoanalyse unbrauchbar und schlecht, das vor 20 Jahren noch brauchbar und gut war? Welche kulturellen Trends sprechen gegen die Psychoanalyse?

Schon aus Platzgründen muß ich mich im folgenden darauf beschränken, nur ein paar unsystematische Stichworte zu liefern, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben können. Die im engeren Sinne berufs- und gesundheitspolitische Diskussion über das Pro und Contra hochfrequenter und langdauernder analytischer Psychotherapien, die zur Zeit die psychoanalytischen Fachverbände, die Krankenkassen und die Gesundheitspolitiker beschäftigt, lasse ich unberücksichtigt, weil sie die von Reiche aufgeworfene Problematik – die Unzuständigkeit der Psychoanalyse für das „Außen" der Gesellschaft – nicht berührt. Es geht ja vielmehr um die Frage, warum sowohl innerhalb der Wissenschaft als auch in der Öffentlichkeit der Beitrag der Psychoanalyse zunehmend als entbehrlich, wenn nicht als kontraproduktiv angesehen wird. Obwohl ich Reiches Position nicht im ganzen teile, sondern meine, daß er mit der Intention seines Beitrags übers Ziel hinausschießt, sehe ich mich durchaus in der Lage, einer ganzen Reihe seiner Argumente zu folgen, deren wichtigste kurz skizziert seien.

● Der kritische Gehalt des einstmals Neuen hat sich verbraucht

Zu ihrer Zeit, das war in der Bundesrepublik vor allem der sechziger und siebziger Jahre, vermochte die Psychoanalyse ein spezifisches Wissen zu gesellschaftstheoretischen und gesellschaftspolitischen Debatten beisteuern, das als innovativ und, im besten Sinne, anstößig gelten konnte. Das Buch *Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollekti en Verhaltens* (1967) von Alexander und Margarete Mitscherlich konnte deshalb befreiend und aufklärend wirken, weil es eine Sprache fand, die zwar auch ans Überich appellierte, also moralisierend daherkam, die aber gleichwohl originär genug war, neue Einsichten in einen historischen und generationellen Schuldzusammenhang zu ermöglichen. Darin lagen Kraft und Wirkung des Buches. Ebenso mochte es vor 20 oder 30 Jahren für uns Deutsche erhellend sein, von der Psychoanalyse zu erfahren, daß der Antisemit an sich selbst abgelehnte, bedrohliche Triebwünsche auf den Juden projiziert und an diesem zugleich projektiv bekämpft und regressiv befriedigt. Dieses und strukturell vergleichbare psychoanalytische Erklärungsmuster, sagt Reiche, waren einmal wissenschaftlich, politisch und kulturell ungemein progressiv.

Sie seien es, ob schon formal immer noch richtig, heute deshalb nicht mehr, weil sie das Schicksal aller kreativen Kulturleistungen teilten: „im konsumtiven Verbrauch zum Stereotyp heabzusinken". Die zum Schlagwort gewordene „Unfähigkeit zu trauern" ist ein solches Stereotyp oder Klischee, in welchem, mit der *Dialektik der Aufklärung* gesprochen, Aufklärung in Mythologie umgeschlagen ist. Das gilt auch für andere psychoanalytische Figuren, sofern sie sich auf Gesellschaftliches beziehen. Reiche ist darin zuzustimmen, daß es der heutigen Psychoanalyse in keinem einzigen Fall mehr gelingt, einen authentischen Beitrag zu „brennenden Zeitproblemen" (Paul Parin) zu liefern, daß alles, was sie sagt, längst gesagt sei, und dies meist besser. Wurde vor Jahren noch über die politische Abstinenz vieler Analytiker geklagt, so muß man heute eher darüber klagen, daß sie sich zu häufig einmischen – man zähle und bewerte etwa die Wortmeldungen von Horst-Eberhard Richter zu „brennenden Zeitproblemen".

... und die Öffentlichkeit will die Aufklärung nicht mehr": Bürgerversammlung

● Psychoanalytisches „Anwendungs"-wissen ist zum Gemeinplatz geworden

Die Exklusivität psychoanalytischen Wissens im Hinblick auf dessen Anwendbarkeit im Feld von Geschichte, Literatur, Kunst, Politik, Gesellschaft etc. ist dahin. Was früher genuines Vermögen der Psychoanalyse war – nämlich mittels Analogiebildungen aus der Freudschen Metapsychologie ein Repertoire von Begriffen zu bilden, mit deren Hilfe man das soziale und kulturelle „Außen" fassen konnte –, ist mittlerweile sozusagen vergesellschaftet. Die Psychoanalyse hat keinen privilegierten Zugang mehr zu ihrem eigenen Produkt, vielmehr muß sie es mit vielen teilen: mit Historikern, Literaturwissenschaftlern, Soziologen, Ethnologen usw. Reiche glaubt sogar, die Richtung der Befruchtung kehre sich tendenziell um: „Wenn ein Psychoanalytiker heute etwas über Fremdenhaß in Erfahrung bringen will, tut er gut daran, einen sozialwissenschaftlichen Sammelband zu konsultieren, um dann dort klassische psychoanalytische Erklärungsmuster in geschichts- und sozialwissenschaftlich assimilierter Form zu finden." Noch bemerkenswerter sei die Tatsache, daß es einen Assimilierungs-Typus gebe, der im manifesten Text keinerlei Hinweis auf psychoanalytisches Wissen enthält, weil er dieses Wissen gleichsam stillschweigend und wie selbstverständlich in sich aufgenommen hat. Die Botschaft ist deutlich: Man braucht gar nicht mehr die Psychoanalyse, um mit ihren Zugängen und Konzepten zu arbeiten, weil man selber souverän darüber verfügt.

● Der psychoanalytische „Anwendungs"-diskurs ist zum Tummelplatz für Gutmenschen geworden, weshalb er nichts begreift und nichts bewirkt

Nur vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Vergangenheit und ihrer wie immer gelungen/mißlungenen „Bewältigung", der sich die deutsche Psychoanalyse erst in den achtziger Jahren zuwandte, kann man verstehen, warum Analytiker immerfort Buße tun und gute Menschen sein wollen. Dem rituellen „Nie wieder Faschismus!" der professionellen Antifa-Szene entspricht auf Seiten der Analytiker, wann immer sie zu „brennenden Zeitproblemen" wie Ausländerhaß und Antisemitismus Stellung nehmen, die rituelle Ansprache ans Gewissen: daß man Schuld anerkennen, Haß ertragen, Ambivalenz aushalten, der eigenen destruktiven Neigungen inne werden, kurz, daß man Melanie Kleins depressive Position einnehmen müsse, um „der Lage Herr zu werden". Daß diese rituelle hypermoralische Ansprache auch eine Entlastungsfunktion für die eigene Psyche und darüber hinaus für den ganzen Berufsstand hat, versteht sich. Die Moralisierung des Politischen und Ge-

sellschaftlichen, die Forderung, „Betroffenheit inhaltlich einzubringen", wie es die SPD-Politikerin Hertha Däubler-Gmelin so unübertrefflich schön formuliert hat, verwandelt indessen jede ernsthafte Diskussion über ein Sachproblem tendenziell in ein Selbsterfahrungsprogramm, in welchem sich die Teilnehmer gegenseitig ihr Gutsein bestätigten. Auch hier schlägt die intendierte Aufklärung in Mythologie um, kippt, um nochmals Reiche zu zitieren, die Aufhebung der Verdrängung in ihr Gegenteil um, weil Offentliches und Privates, Allgemeines und Individuelles nicht mehr auseinander gehalten werden können – die Gesellschaft als ideelle Gesamtcouch. (Vgl. Michael Bonder: *Die Nabelschau der Selbstgefälligkeit: Political Correctness,* Frankfurt a.M. 1995, S. 32ff: vgl. auch Wolfgang Engler: „Was ist privat, politisch, öffentlich?", *Leviathan* 22 1994, S. 470 - 497) In der radikalen Subjektivierung und Moralisierung sozialer und politischer Objektivität konvergieren zwei Trends, die die Substanz des psychoanalytischen „Anwendungs"diskurses selber aushöhlen: der zur Erlebnisgesellschaft und der zur Therapiegesellschaft. Nichts aber muß die Psychoanalyse mehr fürchten als die Banalität des Guten.

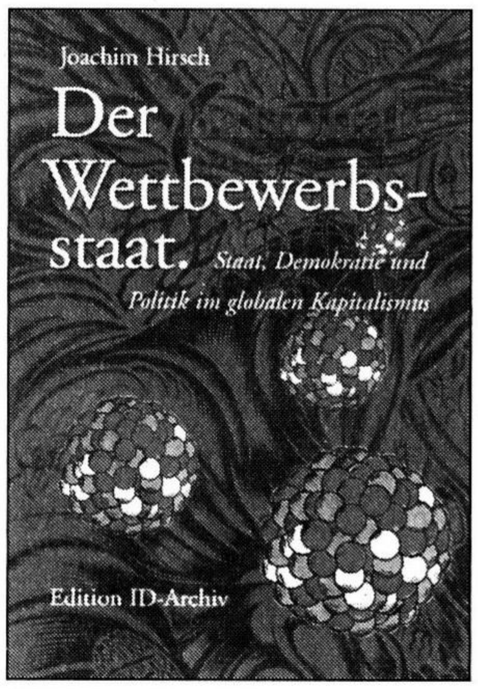
Es ist schwer zu sagen, ob die genannten Erosions- und Verfallserscheinungen „hausgemacht" sind, also aufs Konto der Psychoanalyse selber gehen, oder ob sie sich allgemein gesellschaftlichen Entwicklungen verdanken, „cultural trends", die gegen die Psychoanalyse stehen. Wahrscheinlich trifft beides zu: der internen Auszehrung der Psychoanalyse als Anwendungswissen (bei gleichzeitiger Ausdifferenzierung und Spezialisierung klinisch-technischen Wissens) korrespondiert eine gesellschaftliche Dynamik, die energisch daran arbeitet, die überkommene Vorstellung von einem Individuum, das gleichsam noch die Welt in sich trägt, zu liquidieren. Das inzwischen verbreitete öffentliche Unbehagen an der Psychoanalyse und ihren Deutungen gesellschaftlicher Vorgänge hat vielleicht damit zu tun, daß man zu ahnen beginnt, daß solchen Deutungen ein Menschenbild zugrunde liegt, das schlicht obsolet ist, weil es die von Günther Anders treffsicher diagnostizierte Antiquiertheit des Menschen (Günther Anders: *Die Antiquiertheit des Menschen,* Bd. 1 und 2. München 1968 und 1980), nicht auf seiner Rechung hat. Das psychoanalytische Anwendungswissen, das Individuum und Gesellschaft als Kontinuität denkt, d.h. als grundsätzlich vermittlungsfähige Entitäten, die irgendwie aufeinander verwiesen sind, operiert immer noch so, als könne man z.B. destruktive gesellschaftliche Prozesse – etwa die himmelstürmenden Leistungen der militärischen Hochtechnologie oder die durchaus friedliche Zerstörung der Umwelt – aus irgendwelchen destruktiven psychischen Dispositionen der Individuen erklären. Reiche bemüht Günther Anders und Niklas Luhmann, um – wie ich finde: überzeugend – nachzuweisen, daß beide Systeme, das soziale und das psychische, vollkommen getrennt existieren und keiner „Vermittlung", jedenfalls nicht mit dem Instrument eines humanspezifischen Vokabulars, fähig sind.

Mit einem Wort: Es fehlt der Psychoanalyse, sofern ihre Aussagen auf gesellschaftliche Sachverhalte zielen, an einem angemessenen Begriff von Gesellschaft, in welchen zunächst einmal die Erkenntnis Eingang finden müßte, daß das psychoanalytische Humankapital, das noch in individueller Münze ausgezahlt wird, im Vergleich zu jenem anderen Kapital, das die Welt regiert, eine so verschwindend geringe Summe ist, daß man sich fast nichts dafür kaufen kann. Eine zeitgemäße Theorie des global triumphierenden Kapitalismus, der keine Unternehmer mehr kennt, sondern nur noch ferngesteuerte Geld-, Waren- und Informationsströme, kann auf psychoanalytische Erklärungs- und Deutungsmuster gut verzichten. Gesellschaft ist nicht mehr, wie manche Analytiker wähnen, Gegenstand der Psychologie, sondern von Soziologie, Kulturtheorie und Epistemologie. (Vgl. Volkmar Sigusch: „Transsexueller Wunsch und zissexuelle Abwehr", *Psyche* 49 1995, S. 811 - 837, hier S. 830)

Vor knapp 80 Jahren thematisierte Freud „Eine Schwierigkeit der Psychoanalyse". Er meinte damit den zu erwartenden Widerstand der Individuen gegen die unbequemen und den individuellen Narzißmus kränkenden Einsichten der Psychoanalyse. Heute, so scheint es, ist die Schwierigkeit der Psychoanalyse eine andere. Sie muß hinnehmen, daß ihr ein spezifisches und für längere Zeit populäres Anwendungsgebiet abhanden gekommen ist – eben die Gesellschaft. Erst wenn sie diese Kränkung des humanwissenschaftlichen Narzißmus (Ludger Lütkehaus: *Verchromte Sirenen, herostratische Apparate.* „Desiderat: Dingpsychologie" (G. Anders): „Für eine Umorientierung der Psychologie", *Psyche* 49 1995, S. 281-303, hier S. 289) verarbeitet, erst wenn sie aus diesem Schock die richtigen Konsequenzen – Einsicht in die begrenzte Reichweite ihres Theorieansatzes – gezogen hat, eröffnet sich ihr vielleicht aufs Neue eine Anwendungsfeld jenseits der Couch. Da bin ich optimistischer als Reimut Reiche, der der Psychoanalyse nichts anderes zu raten weiß als dies: bei sich zu bleiben. Womöglich ist die Psychoanalyse doch nicht so „altertümlich", wie Reiche glaubt, daß sie nicht aus dem therapeutischen Ghetto herausfinden könnte. ●

Hans-Martin Lohmann ist Redakteur der Zeitschrift Psyche.

Edition ID-Archiv • Neue Bücher II/95



216 Seiten, 28,– DM

Joachim Hirsch

Der nationale Wettbewerbsstaat

Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus

Das neue Buch Joachim Hirschs »Der nationale Wettbewerbsstaat« schließt an seine früheren Untersuchungen zum »Sicherheitsstaat« an – unter dem Blickwinkel der eingetretenen Umwälzungen des globalen Kapitalismus.
Während der herrschende Neoliberalismus die fortschreitende Internationalisierung der Produktion und die globale Flexibilisierung der Kapital- und Finanzmärkte feiert, sind die negativen Folgen der Entwicklung unverkennbar. Die internationalen Ungleichheiten wachsen, Rassismus und Nationalismus nehmen zu. Politische Konflikte werden mehr denn je kriegerisch »gelöst«. Weltweit befinden sich Menschen auf der Flucht. Entgegen den voreiligen Hoffnungen von der Herausbildung eines friedlich-demokratischen »Weltstaat« zeichnet sich ab, daß der Nationalstaat keineswegs am Ende ist. Eher ist mit der Herausbildung eines autoritären Neo-Etatismus zu rechnen, der mittels fortschreitender »Globalisierung« und dem immer deutlicher werdenden Primat einer sogenannten »Standortpolitik« versucht, die andauernde zweite Weltwirtschaftskrise dieses Jahrhunderts zu lösen.

Die Beute Nr. 7/Herbst 1995

Schwarze Löcher. Illusionen der Herrschaft – Utopien der Linken: Frieder Dittmar: Zur Funktion von Greenpeace • Fordismus, soziale Revolte und zivilgesellschaftliche Illusionen. Gespräch mit Joachim Hirsch • Cornelia Eichhorn: Die demokratische Wende im Feminismus • Subcomandante Marcos: Mexico. Guerilla und Zivilgesellschaft • Antikemalistische Linke und islamische Intellektuelle. Gespräch mit Ömer Lacine • R. Maro: Verminte Nationen. Fotoessay • Nanni Balestrini: I Furiosi. Die Wütenden
Weitere Beiträge: autonome l.u.p.u.s.-Gruppe: Antideutsch, antinational, national ...? • Tom Wolf: Arno Schmidt • Einige radikal-Gruppen: Repetition kills. Razzien gegen Linke • Eugen Egner: Abend mit Phänomenen. Neue Texte • Andreas Balze: Literaturzeitschriften • u.a.

144 Seiten, 14,– DM, Klebebindung

Bisherige Schwerpunkte

1/Frühjahr 94: **Zum Start**
2/Sommer 94: **Faschismus und Demokratie**
3/Herbst 94: **Sicherheitskonzepte**
4/Winter 94: **Subkultur**
5/Frühjahr 95: **Autonomie und Bewegung**
6/Sommer 95: **Fiktionen des Imperialismus**

Edition ID-Archiv
Postfach 360205 • 10972 Berlin

REGINA DACKWEILER

Feministische Wissensproduktion

Der Tenor der Aussagen über den aktuellen Zu-Stand feministischer Theorie und Politik in der BRD gilt in jüngsten Veröffentlichungen einmal mehr dem Ab- oder Totengesang. Die enttäuscht sich gebende Rede Kornelia Hausers, langjähriges Mitglied der marxistisch-feministisch orientierten Frauenredaktion des *Argument*, verweist auf verharmloste und verflachte frauenpolitische Forderungen an den Staat zur Demokratisierung des Geschlechterverhältnisses, welche über Altbekanntes, d.h. Gleichstellung in der Erwerbsarbeit sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht hinausgelangen – Forderungen, die „ohne Theorie ebenfalls möglich gewesen wären". Parallel zu diesem phantasielosen Staatsfeminismus dominierten dekonstruktivistische und poststrukturalistische Diskurs-Importe aus den USA, „Modeerscheinungen", die „von keiner Bewegung mehr getragen (...) nicht mehr zugearbeitete Bausteine für plurale Befreiungstheorie(n) darstellen, sondern auf akademischen Fachkonferenzen und in Publikationen bedeutungsaufgeladen bedeutungslos werden" (Hauser 1995). Die provokativ-denunziatorisch formulierte Variante der Verfallsgeschichte des Feminismus von Sabine Grimm, in dem programmatisch betitelten Sammelband *„gender killer"*, identifiziert „feministische Wissensproduktion" als Betätigungsfeld für „professionelle Intellektuelle" einerseits, die sich damit beschäftigten zu 'beschreiben', was Frauen 'sind', und ihre Bedürfnisse zu definieren", um dies anschließend von Öffentlichkeits-„Expertinnen" massenmedial in Talkshows als „Konsensformeln" über „Weiblichkeit" ventilieren zu lassen, während praktische Politik andererseits sich auf Verrechtlichungsstrategien fixiere, deren absurdeste Zuspitzung in Briefaktionen an den obersten Richter des Bundesverfassungsgerichts im Kontext der jünsten § 218-Auseinandersetzungen gipfelte. (Grimm 1994) Feministisches Skylla und Charybdis – hier: exklusiv-etablierter akademischer Feminismus; dort: „grundgesetzgläubige" Frauenpolitik – zwischen welchen es gälte, „überhaupt einmal wieder Raum zu schaffen, in dem andere Positionen sich entwickeln können." (Eichhorn/ Grimm 1994)

„Identität und Erfahrung": Frauenarbeitsplätze bei der Post

Diese Krankengeschichten und Krisendiagnosen am Puls der Bewegung und 'ihrer' Theorie prägen das Verwerfungsmuster der verkürzt in den Blick genommenen politischen Strategien, Ziele und Hand-lungsorte, sowie der aktuellen, auf internationalem Niveau geführten Analysen und Kontroversen über die Möglichkeiten und Bedingungen feministischer Theorie und Politik. Meine knappen Überlegungen plädieren hier für weniger Polemik und Philippika und demgegenüber für ein Mehr an Neugierde sowie Offenheit bei der Suche nach möglichen theoretischen Einsatz- und Anschlußstellen. Denn weder lassen sich bei differenzierterer Betrachtung die vielfältigen Praxen feministischer Politik angemessen unter dem Etikett des Staatsfeminismus kleinarbeiten, auch wenn sie sich jenseits spektakulärer Aktionen und Kampagnen entfalten, noch sind die sozialphilosophischen und erkenntnistheoretischen Auseinandersetzungen um die Kategorie 'Geschlecht' abstrakte, weil „empirielose" (Hauser) Scheinprobleme einer gesellschaftspolitisch irrelevanten EsoterikerInnengemeinde.

Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzungen kreuzen sich zwei – zunächst in den USA geführte – Diskussionsstränge: Die u.a vom philosophischen Dekonstruktivismus ausgehende Kritik an der Kategorie Geschlecht und deren Grundlage einer sex/gender-Unterscheidung, zum anderen der Streit um die Konsequenzen von Identitätspolitiken, welche nicht länger 'Frausein' zum einheitlichen Ausgangspunkt von Organisation und Aktion machen, sondern Gruppen entlang eines gemeinsamen Sets von in 'Rasse', Klasse und Kultur situierten weiblichen Individuen gründen. Beide Diskussions- und Aktionslinien erodieren bisherige feministische Essentials: Nicht länger selbstverständlich sind weder das politische Subjekt noch die politischen Normen eines Emanzipationskonzepts von Freiheit und Gleichheit; weder die 'natürlichen' Grundlagen der gesellschaftlich interpretierten Geschlechterdifferenz noch die 'Tatsache' des biologischen Dimorphismus. Es geht um nichts weniger als um eine „grundlegende kritische Infragestellung normativer universalistischer Ansprüche" sowie deren imperial-hierarchisierende Konsequenzen aus einer weltgesellschaftlichen Perspektive. (Maihofer 1995) Und um die kritische Herausforderung eines auf essentialistischen Annahmen beruhenden Politik- und Emanzipationsverständnisses, welches sich auf ein kollektives Subjekt 'Frau' beruft, das entlang von geschlechtlicher 'Identität' und 'Erfahrung' dingfest zu machen sein soll. Beide Stränge stellen für die US-amerikanische politische Philosophin Iris Young feministische Forschung wie politische Praxis vor ein Dilemma: „Einerseits verliert eine feministische Politik ihre Besonderheit, wenn sie nicht in irgendeiner Weise davon ausgeht, daß es ein

gesellschaftliches Kollektiv 'Frauen' gibt. Andererseits untergräbt aber anscheinend jeder Versuch, die Eigenschaften dieses Kollektivs zu definieren, die feministische Politik, weil davon notwendig manche Frauen ausgeschlossen werden, die der Feminismus einbeziehen müßte." (Young 1994)

In der pointierten Zusammenfassung zeigt sich die Spannbreite der sozialtheoretischen wie politischen Dynamik dieser Diskussionen, welche in die tradierten Kernprobleme geistes- und sozialwissenschaftlicher Disziplinen ebenso vorzudringen vermögen, wie sie die Grundlagen kollektiver politischer Handlungsfähigkeit jenseits der Vorstellung von kohärenten und von vorneherein gegebenen Gruppen qua Geschlecht oder Klasse oder 'Rasse' avisieren. Beispielhaft sei hier auf zwei Perspektiven verwiesen: Zum einen die Ablösung der Leitwissenschaften Biologie und Medizin in der Wissens- und Wahrheitsproduktion über die Zweigeschlechtlichkeit der Körper, weil ihre 'Entdeckungen' nun selbst als kulturell strukturierte markiert werden: „Das Resultat ist der Anspruch der Sozial- und Geisteswissenschaften, den Gegenstand Geschlecht mit ihren eigenen Methoden als Ganzes zu erfassen" (Wobbe/Lindemann 1994) und – so läßt sich ergänzen – jenen erstmals zum möglichen Gegenstand einer kritischen Gesellschaftstheorie zu machen. Zum anderen gelangen vor dem Hintergrund der widersprüchlichen Bewegungen des sich globalisierenden Kapitals – Homogenisierung und weitere Fraktionierungen – die Differenzen von Frauen innerhalb des Systems internationaler geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung in den analytischen Fokus. Hierbei können die unterschiedlichsten Problemlagen nicht in einem universalisierenden, transhistorischen und -kulturellen Verständnis von 'Frauenunterdrückung' angemessen interpretiert und vor allem nicht in Form des vereinheitlichenden politischen Subjekts 'Frau' bearbeitet werden. Gleichwohl gerät im Horizont der notwendig zu berücksichtigenden Heterogenität der sozialen Lagen von Frauen weltweit, oder – wie es die an einer kritischen Theorie des Geschlechts arbeitende Sozialwissenschaftlerin Andrea Maihofer präzisierend formuliert – „der unendlichen individuellen Kombinationsmöglichkeit unterschiedlichster 'weiblicher' wie 'männlicher', klassen-, 'rassen'- wie kulturspezifischer Geschlechtsrollen, -praxen, Gefühle und Denkweisen" (Maihofer 1995), die materielle Struktur sozialer Beziehungen nicht aus dem gesellschaftstheoretischen wie -politischen Brennpunkt. Geschlechtsspezifische und -hierarchische Arbeitsteilung sowie die institutionalisierte Heterosexualität in ihren Formen der Aneignung, Unterdrückung und Kommodifizierung weiblicher Sexualität und Prokreativität sind materiell-ideologische Fakten, ein anhaltendes System der Handlungsermöglichung und -einschränkung, der Zuweisung von Lebenschancen und gesellschaftlichen Ressourcen, welche 'Frauen' – so die postkoloniale und dezidiert anti-essentialistisch argumentierende Feministin Gayatri Spivak – „transkulturell" hervorbringen. (Spivak 1987) Zu fragen ist somit wiederum nach differierenden und kulminierenden Betroffenheiten, sowohl im Horizont des Nord-Süd- wie immer stärker auch in dem des Ost-West-Gefälles.

Schlaglichtartig beleuchtet dies der internationale Frauen- und Heiratshandel, zu dem „autonome" Frauengruppen – und hier möchte ich noch einmal den Bogen zur politischen Praxis schlagen – ein lokales, bundesweites und internationales Netzwerk politischer und sozialarbeiterischer Selbsthilfepraxis aufgebaut haben, ihre Strategien und Ziele vor dem Hintergrund der angesprochenen Debatten über die sozialtheoretische Kategorie 'Geschlecht' und über das politische Subjekt 'Frauen' reflektieren und sich selbst in einer transnational geführten Diskussion über Menschen- und Staatsbürgerrechte verorten. So z.B. der in Frankfurt arbeitende „Migrantinnen-Arbeitskreis", bestehend aus verschiedenen Selbsthilfe-Projekten für Heirats- und Arbeitsmigrantinnen vor allem im Bereich Prostitution. Im Spannungsverhältnis zwischen alltäglicher Beratungsarbeit als „praktischer Umsetzung" des Konzepts „empowerment" von Frauen und dem Anspruch, Politik „gegen die Strukturen" einer kapitalistischen Weltgesellschaft und deren sich weiter vertiefender Wohlstands- bzw. Armutsschere zu machen, werden sie mit den Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten bei der „Stärkung von Fraueninteressen" konfrontiert – mit den „Fallen, Stolpersteinen und Irrungen (...) wenn es um die Definition dessen geht, was denn nun eigentlich die Interessen von Frauen sind". (Nikota 1995) Von hier aus wird nicht nur deutlich, daß es mehr Orte und Formen feministischer Politik gibt als manche Polemik bereit ist zu sehen, sondern darüber hinaus, warum es der fortgesetzten theoretischen Suche zur Klärung der heterogenen Lebensbedingungen und -erfahrungen von Frauen bedarf. Die analytische Reichweite von Kategorien, Zugängen und Interpretationen gilt es jeweils an konkreten Problem- und Konfliktkonstellationen zu prüfen, jedoch nicht, den Anspruch totalisierender „Befreiungstheorie" zu erheben. ●

Literatur:

Hauser, Kornelia 1995: „Alltagsverstand und Hegemonie. Aufgaben eines politischen Feminismus." In: Die Philosophin, H. 11, S. 50-62.

Maihofer, Andrea 1995: „Politische Möglichkeiten feministischer Theorie." In: Die Philosophin, H. 11, S. 94-105.

Grimm, Sabine 1994: „Über feministische Intellektuelle." In: Eichhorn, Cornelia/dies. (Hg.), Gender Killer. Texte zu Feminismus und Politik. Berlin/Amsterdam.

Young, Iris M. 1994: „Geschlecht als serielle Kollektivität: Frauen als soziales Kollektiv." In: Institut für Sozialforschung Frankfurt (Hg.), Geschlechterverhältnis und Politik. Frankfurt, S. 221-261.

Wobbe, Theresa/Lindemann, Gesa 1994: „Vorwort." In: dies. (Hg.), Denkachsen. Zur theoretischen und institutionellen Rede on Geschlecht. Frankfurt, S. 7-12.

Spi ak, Gayatri Chakravorty 1987: „In other Worlds." New York.

Mikota, Ulla 1995: „Für die Interessen von Frauen – Sozialarbeit oder auch Politik gegen die Strukturen?" In: Ökumenische Asiengruppe e.V. (Hg.), Jahresbericht 1993, Frankfurt, S. 35-37.

Seit 1974 unterstützt die Rote Hilfe e.V. politisch Verfolgte in der BRD. Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige und strömungsübergreifende linke Schutzorganisation. Sie hilft AntifaschistInnen, Totalverweigerern , HausbesetzerInnen, DemonstrantInnen und anderen, die wegen ihrer politischen Betätigung kriminalisiert und verfolgt werden. Mit Mitgliedsbeiträgen und Spenden wird für die Unterstützung der Betroffenen bei Anwalts- und Prozeßkosten gesorgt.
Zudem organisiert die Rote Hilfe praktische Solidarität, wie Veranstaltungen, Flugblätter, Solidaritätsparties und Demos.

FREIHEIT FÜR KANI YILMAZ!

KEINE AUSLIEFERUNG AN DIE BRD!

ROTE HILFE e.V
Postfach 6444
24125 Kiel
Tel. + Fax (0431) 75141

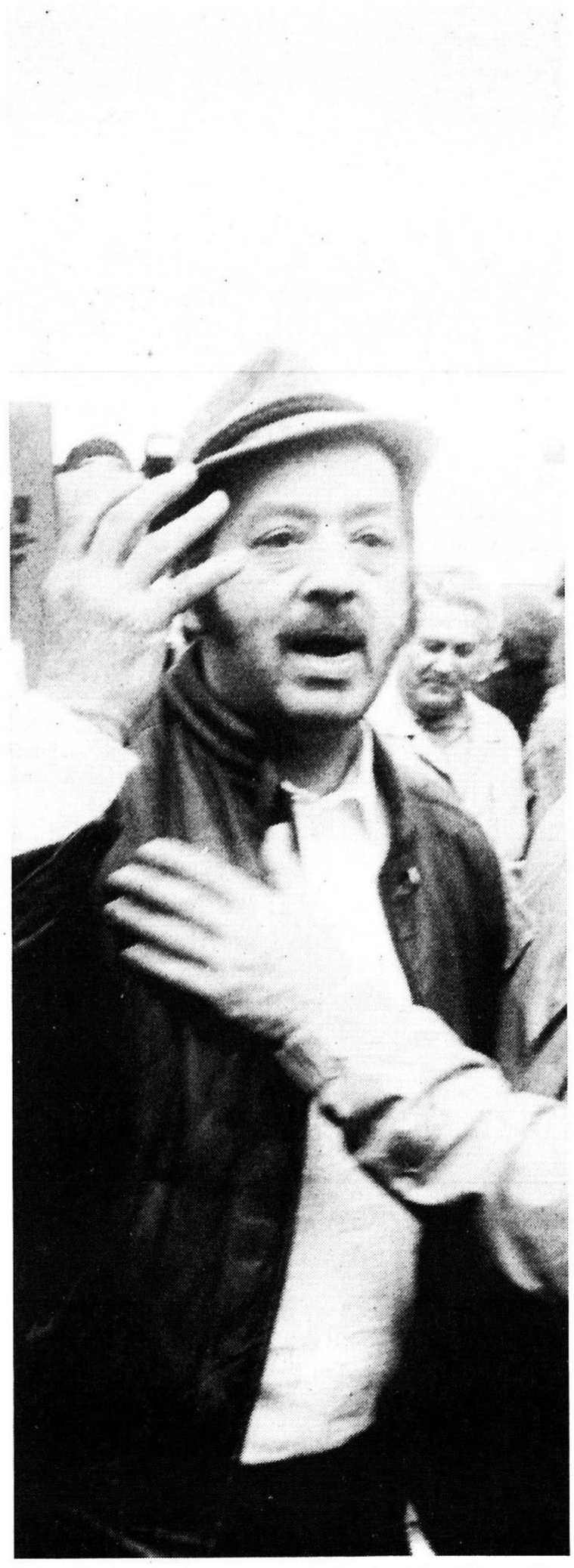
JOACHIM HIRSCH

Was meint eigentlich „Gesellschaft“?

Schwierigkeiten eines Begriffs

Dahergesagt wird das Wort ebenso häufig wie die Moden wechseln. Von der Industrie-, Arbeits-, Klassen-, nivellierten Mittelstands-, Leistungs-, Risiko-, Freizeit-, Erlebnis-, Zivil- bis zur Bürgergesellschaft. Man kann ahnen, was diesbezüglich noch alles feuilletonfüllend auf uns zukommen wird. Die Inflation der Wörter kann freilich nicht über die Schwierigkeit hinwegtäuschen, zu definieren, was der *Begriff* „Gesellschaft“ meint. Bezeichnete er nichts anderes als die zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort lebenden Menschen, so wäre er überflüssig. Tut er mehr, dann bezieht er sich auf die zwischen diesen bestehenden Verhältnisse. Dann entsteht freilich die Frage, wodurch diese eigentlich bestimmt werden und wie sie zu begreifen sind. Als Summe ihrer Beziehungen und Interaktionen? Durch die Vorstellungen, die sie sich über sich selbst machen? Oder als eine ihnen äußerliche „Struktur“? Ohne Gesellschaftstheorie also kein Gesellschaftsbegriff. Adorno meinte einmal, das spezifisch Gesellschaftliche bestünde „im Übergewicht von Verhältnissen über die Menschen, deren entmächtigte Produkte diese nachgerade sind“. Wenn Gesellschaft so das Un-Menschliche an den menschlichen Lebensverhältnissen, das den Individuen Äußerliche, ihre Abhängigkeiten und Zwänge bezeichnet, so ist er ein kritischer, gegen die herrschenden Zustände gerichteter Begriff. Als solcher unterscheidet er sich beispielsweise von „Volk“ oder „Nation“. Mit ihm hängt auch die – meistens falsche – Wahrnehmung von Sozialwissenschaften als im Kern kritische Wissenschaften zusammen. Bisweilen galt schon seine Verwendung als Ausweis marxistischer Neigungen. Theoretisch begründet von Gesellschaft zu reden, ohne Produktionsverhältnisse zu nennen, ist allerdings auch schwer. Kein Wunder also, daß sich die Soziologie mit „Gesellschaft“, ihrem Gegenstandsbegriff, von Anfang an eigentümlich schwer tat und daß immer wieder die Neigung bestand, ihn „als philosophisches Relikt aus der Wissenschaft zu verbannen“ (Adorno).

Dazu bedarf es heute keiner besonderen Anstrengung mehr. In immer kürzeren Abständen werden immer neue „Gesellschaften“ mit immer andern Qualitäten erfunden. Mit der Realität haben sie oft nur am Rande zu tun. Im Wust dieser Etiketten verschwindet der theoretische Begriff. Die jeweilige „XY-Gesellschaft“ gerät mehr und mehr zur Bennenung von ideologischen Positionen und politischen Projektionen. Im Zeichen der Postmoderne, in der eben alles möglich ist, „Diskurse“ als Wirklichkeit gelten und das Reden von „Strukturen“ dem herrschenden Verständnis eher als Hinterwäldlertum, bestenfalls noch als nostalgische Referenz an vergangene „Großtheorien“ gilt, ist der Gesellschaftsbegriff als bestimmter, theoretisch



Die ideologische Herrschaft des Neoliberalismus kennt nur noch individuelle Marktteilnehmer.

begründeter überflüssig geworden und taugt bestenfalls noch zum Jargon.

Wie jede ideologische Entwicklung hat auch diese einen materiellen Hintergrund. Die Soziologie, wie sie sich im 19. Jahrhundert entwickelt hat, war wesentlich – wie später ähnlich die Politikwissenschaft – eine „Staats“-Soziologie. Die Gesellschaften, mit denen sie sich beschäftigte, waren diejenigen, die aus der Durchsetzung kapitalistischer Nationalstaaten innerhalb eines imperialistischen Weltsystems hervorgegangen waren. Jetzt erst ließ sich von „Gesellschaft“ als einer besonderen, mit bestimmten Merkmalen ausgestatteten und damit von anderen abgrenzbaren sozialen Einheit reden, konnte man die „deutsche“ oder „französische“, „moderne“ oder „vormoderne“, „industrialisierte“ oder „agrarische“, „entwickelte“ oder „unterentwickelte“ unterscheiden. Heute geht das nicht mehr so leicht: das Kapitalverhältnis hat sich internationalisiert, multinationale Konzerne beherrschen den Weltmarkt, Wanderungs- und Fluchtbewegungen überschreiten staatliche Grenzen, Drittweltzustände machen sich in den fortgeschrittendsten Metropolen bemerkbar, Ungleichheiten werden größer, soziale Milieus driften auseinander und immer öfter ist von „Gesellschaftsspaltung“ die Rede. Was sich spaltet, existiert aber nicht mehr, oder nur noch in Bruchstücken. Das sind dann die Individuen, deren Reden und Verhalten heute angeblich alles bestimmt. „Individualisierung“ ist zu einer Art Leitformel der zeitgenössischen Sozialwissenschaften geworden, hinter der Klassen, Ungleichheiten, Strukturen und anderes Traditionelles verschwinden. Die ideologische Herrschaft des Neoliberalismus, der keine Klassen, sondern nur individuelle „Marktteilnehmer“ kennt, ist nachhaltig auch in die Wissenschaft eingesickert.

Denkt man „Individualisierung“ zu Ende, dann macht „Gesellschaft“ in der Tat keinen Sinn mehr. Wer gehört denn nun wirklich zu der bzw. welcher Gesellschaft, wenn man zum Beispiel die türkische Arbeitsimmigrantin, den kurdischen Asylbewerber, den internationalen Manager, die portugiesische Arbeiterin eines „deutschen“ Unternehmens betrachtet? Je unsicherer gesellschaftliche Zugehörigkeiten im Sinne materieller Lebensstandards oder politischer Teilhaberechte wer-

den, desto zwanghafter wird das Bild von Gesellschaft als einem „Boot" beschworen, in dem „wir" – wer immer das sei – angeblich gemeinsam sitzen. Die Metapher erscheint umso unsinniger, je globaler die kapitalistische Ökonomie wird und je ungleicher die Menschen sozial und kulturell sind, die innerhalb eines staatlichen Territoriums leben. Was haben der in der internationalen High-Tech-Branche tätige Yuppie und die illegal arbeitende polnische Putzfrau eigentlich gemeinsam, außer daß sie vielleicht in Frankfurt leben und arbeiten? Der weltweite kapitalistische Umstrukturierungsprozeß führt zu einer Art „Entgesellschaftlichung" von Gesellschaft. Die sozialen Orte werden unsicherer denn je. Die Bedrohungen und Ängste, die dies erzeugt, dienen der Legitimation einer Politik, die diese Entwicklung immer weiter vorantreibt. Dies bezeichnet die herrschende Logik von Nationalismus und Rassismus. Die Metapher vom „Boot" enthält das Versprechen auf Rettung, wenn die „anderen", wer immer das auch genau sei, draußen gehalten werden können und verschleiert, daß man möglicherweise längst schon selbst am Versinken ist.

Individualisierung, Multikulturalität und die Vielfalt der Lebensstile sind deshalb nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist, daß all dies sehr wesentlich von den Mechanismen einer globalisierten kapitalistischen Ökonomie erzeugt und geprägt wird. Natürlich stehen der Manager eines hier ansäßigen Multis und die Arbeiterin irgendwo in der Peripherie in einem Abhängigkeits-, Zwangs- und Ausbeutungsverhältnis. Aber dieses wird, je mehr die Globalisierung voranschreitet, abstrakter und undurchschaubarer. Ihr Verhältnis ist im Rahmen der sogenannten „internationalen Arbeitsteilung" ein Produktionsverhältnis, mithin sicher strukturell „Gesellschaft". Daß sich deren gewohnte Formen auflösen, ist selbst noch ein gesellschaftlicher Prozeß. Dies zu erkennen, bedürfte allerdings einer theoretischen Anstrengung. Die heute gängige kulturalistische Verengung des Gesellschaftsbegriffs blendet eben dies aus. Gesellschaft läßt sich nicht als Zustand, sondern nur als von Widersprüchen angetriebener Prozeß denken. Wenn sich aber die Wissenschaft die Vorstellung vom Ende der Geschichte zu eigen macht und sich mit dem Ausmalen des Immergleichen begnügt, bedarf sie in der Tat eines Gesellschaftsbegriffs nicht mehr.

Ohne einen historisch-materialistisch fundierten Gesellschaftsbegriff ist eine kritische Theorie unmöglich. Mit ihm verbindet sich die Entschlüsselung der gesellschaftlichen Verhältnisse als Zwangs-, Ausbeutungs- und Herrschaftszusammenhang – Aufklärung also. Eine ganz andere Frage ist allerdings, ob er sich darüberhinaus *emanzipatorisch* wenden läßt. Insbesondere die sozialistische Tradition ist von der Vorstellung beherrscht, die gesellschaftliche Totalität als Zwangszusammenhang sozusagen umkehren, ins Positive wenden zu können. Was „Gesellschaft" eigentlich bedeutet, wurde kaum hinterfragt. Die „sozialistische" sollte halt an die Stelle der „bürgerlich-kapitalistischen" Gesellschaft treten. Wohin das führen kann, hat man gesehen. Die Abschaffung von Herrschaft *durch* Herrschaft, von Zwang durch Zwang ist unmöglich. Das heißt, daß „Gesellschaft" im strikten Sinn des Begriffs nicht verändert, sondern nur abgeschafft und aufgelöst werden kann, wenn es wirklich um Befreiung gehen soll. Emanzipatorische Politik darf sich daher nicht gesellschaftsstrategisch auf das Erzeugen von anderen Ordnungen und Strukturen richten, sondern muß prinzipiell *subversiv* sein. Sie muß sich auf die Auflösung aller politischen, ökonomischen und sozialen Zwangsverhältnisse richten, die „Gesellschaft" ausmachen.

„Gesellschaft läßt sich nicht als Zustand, sondern nur als von Widersprüchen angetriebener Prozeß denken": Adorno, Polizist

In der längst verschütteten Tradition der Arbeiterbewegung gibt es die Begriffe „Assoziation" und „Föderation". Diese zielten auf eine Art und Weise des menschlichen Zusammenlebens, die sich von „Gesellschaft" und „Staat" grundlegend unterscheiden, auf wirkliche Freiheit. Marx und Engels haben von der „naturwüchsigen Gesellschaft" gesprochen, in der „die eigene Tat des Menschen ihm zu einer fremden, gegenüberstehenden Macht wird, die ihn unterjocht, statt daß er sie beherrscht". Diese unterschieden sie von der „wirklichen Gemeinschaft", in der „die Individuen in und durch ihre Assoziation zugleich ihre Freiheit" erlangen. Der Kommunismus war für sie keine bestimmte Gesellschaft, „kein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach sich die Wirklichkeit zu richten haben wird". Er bezeichnete vielmehr „die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt", und zwar dadurch, daß er „die Grundlage aller bisherigen Produktions- und Verkehrsverhältnisse umwälzt und alle naturwüchsigen Voraussetzungen zum ersten Mal mit Bewußtsein als Geschöpfe der bisherigen Menschen behandelt, ihrer Naturwüchsigkeit entkleidet und der Macht der vereinigten Individuen unterwirft". Daran wäre hin und wieder zu erinnern, wenn „Gesellschaftstheorie", gar kritische, gemacht wird. ●

Die Zitate von Theodor W. Adorno sind seinem Artikel „Gesellschaft" im Evangelischen Staatslexikon, Stuttgart 1966 entnommen, der ein zwar schwieriger, aber äußert lesenswerter Text ist.
Die Zitate von Marx und Engels stammen aus der „Deutschen Ideologie", Marx-Engels-Werke Bd.3, Berlin 1969, S.8ff.

HEINZ STEINERT

Über die Irrelevanz der Soziologie

Es gibt seit Jahren Klagen darüber, daß die Soziologie irrelevant geworden, in ihrer Fähigkeit, soziale Zustände griffig zu benennen und verschiedenen Sinnbedürfnissen abzuhelfen, ermattet und von der Geschichtswissenschaft oder der Psychologie abgelöst worden sei. Wenn man genau hinsieht, ist die Sache widersprüchlich. Wahrscheinlich sind heute mehr sozialwissenschaftlich Gebildete in den Medien tätig und dort auch zu sehen und zu hören als je (Und jedenfalls ist die Rechte dieser Meinung).

Die Soziologendarsteller unterschiedlichen Kalibers kommen in den Kanälen und den Feuilletons nicht zu kurz, die Nachfrage ist gut. Sie wird auch bedient: Die Artikel mit öffentlichkeitswirksamen Überschriften und die Bücher mit einem Titel vom Typ „Die XYZ-Gesellschaft", die also der wissenschaftlichen Unterhaltungsindustrie ein neues Schlagwort zur handlichen Charakterisierung der sozialen (Problem-)Lage andienen, erscheinen in auffallend kurzen Abständen. Das Stichwort „Individualisierung" hat einen Grad von Allgegenwärtigkeit erreicht, für den es nicht viele andere Beispiele gibt.[1]

Der Widerspruch ist: Biß hat das alles nicht, es ist nicht einmal gute Unterhaltung. Die Schlagworte wechseln zu schnell und sind zu beliebig, vor allem folgt fast nichts aus ihnen, sie verändern die öffentliche Tagesordnung nicht, sondern lassen uns nur rasch wieder zu ihr übergehen. Insofern ist die Soziologie tatsächlich irrelevant. Soziologie ist immer dann (und wahrscheinlich nur dann) relevant, wenn Fragen der Ungleichheit eine Gesellschaft und ihre Politik bewegen. Noch anspruchsvoller: Wenn Fragen der Ungleichheit nicht nur als Fragen von Verteilungskämpfen verstanden werden, wenn vielmehr die Verteilungskämpfe zum Motor von Gesamtreformen gemacht werden können.

Damit ist auch schon grundsätzlich beantwortet, warum Soziologie derzeit wenig gilt. Es sind aber noch einige Details hinzuzufügen, die das Bild ein wenig ausmalen und es um die Dimension der selbstverschuldeten Unmündigkeit anreichern.

Gesellschaft und Politik haben seit Reagan, Thatcher und Kohl gut gelernt, Ungleichheit entweder a) zu *erleugnen* oder b) sie zu einer *Moralfrage* umzudefinieren.

1. Die Verleugnung geschieht am solidesten gegenüber der neuen untersten Unterschicht von Ausländern. Unsere wohlgeordneten Verwaltungen tun immer noch so, als wäre diese Schicht entweder gar nicht vorhanden oder jederzeit durch Abschieben zum Verschwinden zu bringen. Sie wird weder als Hereinragen der weltweiten Ungleichheiten in die Metropolen-Gesellschaften verstanden noch als ein (bei zum Teil rasch wechselndem Personal) fixer Bestandteil dieser Gesellschaften. Dem entspricht politisch die hartnäckige Verweigerung einer Einwanderungspolitik, die über das möglichste Erschweren von Einwanderung hinausginge und die damit Illegalität und ein von vornherein gestörtes Verhältnis zum Einwanderungsland befördert. Die Armut und Rechtlosigkeit dieser Schicht wird gar nicht bemerkt. Sie gilt nicht als benachteiligt, sondern als eine Zumutung.

Die Soziologie beteiligt sich an dieser Verleugnung, indem sie „Ausländer" zum Gegenstand einer eigenen Bindestrich-Soziologie macht, sie aber in Überlegungen zur Struktur der sozialen Ungleichheit schlicht wegläßt. Der Skandal einer wirtschaftlich *und* rechtlich diskriminierten Unterschicht, der uns de facto in Zeiten vor dem allgemeinen Wahlrecht zurückwirft, wird in der Literatur zur Sozialstruktur selten erwähnt. Auch in der Routine der Umfrageforschung bleiben die Ausländer einfach draußen: Die Stichproben werden gewöhnlich aus der Gesamtheit der Staatsbürger (oder gleich der Wahlberechtigten) gezogen.

2. Umdefinition zu einer Moralfrage ist die Reaktion gegenüber der Rest-Armut, die sich nicht so verleugnen läßt. Ihre Stichworte reichen von „selbstverschuldet" und „untüchtig" einerseits bis „Schmarotzer" und „Krimineller" anderseits. So einfach es ist, dieses Vokabular reicht aus, um Fragen der Ungleichheit gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Ein weiteres kommt hinzu: Es werden andere Probleme von der Politik so vorgegeben und immer wieder auch von der Wissenschaft so aufgenommen, daß hinter ihnen Fragen von Armut und Ungleichheit verschwinden. Solche Probleme sind:

- Eine Dauerkrise der Staatsfinanzen, die auf eine der Sozialpolitik reduziert wird. Die entsprechende staatliche Sparpolitik hat eine deutliche Tendenz zur Umverteilung von unten nach oben. Dargestellt wird sie aber als Reaktion auf ein Problem des „Wohlfahrtsstaats", und das wird womöglich noch zugespitzt auf ein „Rentenproblem" und in der Folge auf eines der – zu vielen – Rentner. Davon abgeleitet kann man einen Generationenkonflikt schüren: Die Alten leben auf Kosten der Jungen.
- Ein Problem der „nationalen Identität", von dem fast durchgängig unterstellt wird, es rühre von etwas wie „Überfremdung". Auch hier wird ein Konflikt geschürt, nämlich einer zwischen früher und später Zugezogenen, der damit auch mit arm und reich nichts zu tun haben soll.
- Das „Ökologieproblem", von dem behauptet wird, es kenne keine Klassenunterschiede, und von dem zumindest suggeriert wird, es sei ohnehin schon so katastrophisch verfahren, daß jedenfalls für die nächsten ca. 10.000 Jahre nichts mehr zu machen ist.
- Das „Geschlechterproblem", das nur in einem Aspekt als eines von arm und reich verstanden wird, nämlich für die alleinerziehenden Mütter und die alleingebliebenen alten Frauen. Ansonsten ist es eines der allgemeinen patriarchalen Gewalt-Herrschaft im privaten wie im öffentlichen Bereich. Der damit geschürte Konflikt zwischen Männern und Frauen ist tatsächlich einer um Konkurrenzvorteile auf dem Arbeitsmarkt (besonders dem akademischen) und in den Karrieren (vor allem im öffentlichen Dienst), wird aber als allgemeines Gewalt-Problem definiert.

Von solchen Um- und Weg-Definitionen der Ungleichheitsfragen wird die Soziologie in die Irrelevanz gedrängt. Und eine auf weite Strecken daran opportunistisch angepaßte Soziologie arbeitet an ihrer eigenen Irrelevanz noch mit.

Die akademische Soziologie wurde am Ende des vorigen Jahrhunderts schon zu dem Zweck gegründet, die „Soziale Frage" – und das heißt die Angst der Wirtschaftsbürger vor den Folgen des industriellen Elends – rational und geordnet (und also ohne die drohenden Aufstände und Umstürze) bewältigen zu helfen.

Immerhin konnte damals noch keine

Rede davon sein, daß die Soziologie das Ausmaß der sozialen Ungleichheit verharmlosen oder gar wegdefinieren würde. Das geschah erst, als von einer „Deutschen Soziologie" die „Volksgemeinschaft" beschworen wurde, und als in der Nachkriegs-BRD die Sehnsucht nach einer solchen konfliktfreien Gesellschaft sich in verschiedenen Anläufen als „nivellierte Mittelstandsgesellschaft", „Wohlstands"- und „Konsumgesellschaft", „postindustrielle" und

„Die, die es geschafft haben, (...) wollen partout nicht teilen oder etwas abgeben oder eine asketischere Lebensweise pflegen – und sie mißtrauen den Gebildeten zutiefst, die ihnen genau solche Verzichte mit moralisch starken Worten nahebringen wollen."

„Dienstleistungsgesellschaft", zuletzt als „Risikogesellschaft", „Erlebnisgesellschaft" und „Multioptionsgesellschaft" äußerte – alles Konzeptionen, die „keine Klassen mehr kennen". Es ist eine der Obsessionen der BRD-Nachkriegs-Soziologie, mit in jeder Dekade erneuerten Schlagwörtern die Möglichkeit von „Klassen" wegzudefinieren– jedesmal mit der Beteuerung, daß es nun wirklich endgültig so weit sei.[2] Abgesehen von der Originalitäts- und Öffentlichkeitssucht (die oft auch mehr den Lektoren als den Autoren geschuldet sein wird und in der Abfolge Risiko-, Erlebnis-, Multioptions-Gesellschaft zuletzt karikierend deutlich wurde): Was treibt die Soziologen in diese Präokkupation?

Es gibt ein typisches Muster, das in allen diesen Versuchen auffällt: die Verallgemeinerung einer Teil-Erfahrung zum Charakteristikum der gesamten Gesellschaft.

Schelsky war beeindruckt von der unerhörten Mobilität, horizontal wie vertikal, von der die Leerstellen der Kriegstoten, die Flüchtlinge in der Folge des Nazi-Kriegs und die spätere Ost-West-Wanderung in Deutschland ebenso Teile waren wie die Umschichtungen zumindest *zwischen* den Generationen im beginnenden Wirtschaftswunder. Ebenso war später der Waren- und Dienstleistungsreichtum der 60er Jahre tatsächlich zu erfahren: in der Zunahme von Automobilen, Fernsehern, Reklamebildern und ähnlichen Aufregungen. Und auch heute sind die Möglichkeiten und Notwendigkeiten des Selbst-Managements auf einem immer konkurrenter werdenden Arbeitsmarkt, ist das Fehlen vorbereiteter Positionen dort, sind auch die Chancen, die das für unternehmerische, starke, junge Männer – und zunehmend für ebensolche Frauen enthält, sehr wohl zu erfahren. Zu erfahren ist auch, daß man sich globalen Gefährdungen nicht immer und nicht ohne „Restrisiko" durch individualistische Privilegien entziehen kann, obwohl natürlich weitgehend, wenn man wirklich privilegiert ist.

Die Konzepte der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft", der „Konsumgesellschaft" oder der „Risikogesellschaft" benennen also schon gesellschaftliche Erfahrungen, vernachlässigen aber die Frage nach der sozialen Position, in der diese Erfahrungen (vor allem) gemacht werden, die nach den damit verbundenen Interessen und nach den Konflikten mit anderen Positionen. Sie verabsolutieren eine spezifische Erfahrung einer sozialen Kategorie, der die Soziologen auch selbst angehören oder nahestehen, zum bestimmenden Merkmal der ganzen Gesellschaft.

Und sie tun das auch nicht ohne Interesse: Sie behaupten und befördern damit die hervorgehobene Bedeutung dieser gesellschaftlichen Kategorie, von der die so weiter wichtig gemachten Positionen besetzt werden und deren Erfahrungen damit zu den die Gesellschaft prägenden, zu den „repräsentativen" gemacht werden.

Die Überzeugungskraft, mit der Konzepte der genannten Art nicht nur die kulturindustrielle Öffentlichkeit (die ihrerseits heute von sozialwissenschaftlich Gebildeten betrieben wird), sondern auch die Profession der Soziologen mitrissen, ist nur verständlich aus ihrer Bedeutung für die soziale Position der Soziologen – die sich im Bildungssystem, im Dienstleistungsteil des öffentlichen Dienstes, in den „kreativen" Bereichen der Wirtschaft, in der Kulturindustrie herumtreiben, immer in ungesicherten und zum Teil erst zu schaffenden Positionen, mobil, konsuminteressiert (nicht unbedingt konsumgeil) und jungunternehmerisch.

Die Soziologie betreibt eine Sozialstrukturanalyse, in der die gesellschaftliche Position von Soziologen und ihres Gleichen im Mittelpunkt steht. Diese kritisch und aufgeklärt Gebildeten, deren Zahl und Gewicht stetig und spätestens seit der Bildungsinitiative in den 60er Jahren sprunghaft zugenommen hat, brauchen keine Koalitionen mit irgendeiner Arbeiterbewegung mehr, wie sie für die „linke" Intelligenz der Zwischenkriegszeit noch selbstverständlich (wenn auch schwierig) war. Sie sind sich selbst genug, formieren ihre „neuen sozialen Bewegungen" selbst und werden von dem, was von der Arbeiterbewegung noch übrig ist, mit dem traditionellen und einem neuen Mißtrauen gegen „Intelligenzler" beäugt und abgelehnt.[3]

Entsprechend werden auch die politischen Fragen definiert: nach Intellektuellenmanier als *uni erselle* Probleme wie das Umweltproblem, das Geschlechterproblem, das National- und Heimatproblem oder das Sozialstaatsproblem – sie werden alle *nicht* über das Verbindungsglied eines Umverteilungsproblems und damit als Frage der notwendigen Veränderung von Arbeitsformen und -verhältnissen konzipiert. Entsprechend können sie nicht per Machtpolitik, mit Streikdrohung etwa oder dem Vertrauen auf Abstimmungs- und Wahlmehrheiten angegangen werden. Intellektuellenpolitik ist Fachleute- und Berater-Politik und sie ist nicht (mehr) eine Politik der Suche nach und Herstellung von Koalitionen zwecks Gewinnen einer Mehrheit. Sie ist damit auch eine moralistische und mit Apokalypse-Bildern drohende Politik. Wo die Arbeiterbewegung mit dem wirtschaftlichen Interesse an der Vermeidung der Kosten eines Streiks rechnen konnte, muß die Gebildetenbewegung die Angst vor Katastrophen und vor einer diffus und allgemein ausbrechenden „Gewalt" mobilisieren und benützen. Sie appelliert an *allgemeine* Interessen und damit

an alle Leute, die als gleich betroffen angesehen werden. Die Sozialstruktur-Konzeptionen der Soziologie sehen danach aus. Man will sich nicht auf eine Seite in einem großen Konflikt schlagen, daher kennt man keine Klassen mehr. Man will vielmehr Menschheitsprobleme lösen.

Die Leute, die in der Konkurrenz um ihre Wohnung und ihren Arbeitsplatz und allgemein ihre Beachtlichkeit fürchten, haben aber ein partikulares Problem. Das verbindet sich nicht mit den universellen Problemen der Gebildeten. Ebenso wollen die, die es geschafft haben, die sich erfolgreich und als Sieger in einem gepflegten Körper, in schicken Klamotten, in einem flotten Auto, in einem exotischen Urlaub fühlen, sich die Laune nicht von Katastrophenmeldungen und Geschlechterkomplikationen verderben lassen. Beide Gruppen wollen partout nicht teilen oder etwas abgeben oder eine asketischere Lebensweise pflegen – und sie mißtrauen den Gebildeten zutiefst, die ihnen genau solche Verzichte mit moralisch starken Worten nahebringen wollen.

Das traditionelle sozialdemokratische Bündnis zwischen Arbeitern und Gebildeten ist also brüchig geworden. Es wurde von beiden Seiten aufgekündigt: von den zahlreicher gewordenen Gebildeten, deren Themen keine Verbindung zu Proletarier-Interessen mehr finden konnten, und von einem Proletariat auf der anderen Seite, das sich von diesen Gebildeten nicht genügend geachtet und ernst genommen fand.

In diesem Konflikt zwischen Gebildeten und „einfachen Leuten" ist für beide Seiten eine populistische Reaktion eine der naheliegenden „Lösungen":

Die Gebildeten, die keine Klassen mehr kennen, berufen sich dann leicht auf *die* Gesellschaft oder gleich *das* Volk. Wenn die Koalition mit spezifischen Interessen nicht mehr gelingt, bezieht man sich auf ein allgemeines, das *allen* zugeschrieben wird. Der Vorteil ist, daß man im Umkehrschluß die eigenen Interessen als die allgemeinen behaupten kann – ein klassisch populistisches, und zwar rechts-populistisches Manöver, in das auch angeblich „linke" Gebildete leicht hineinrutschen. Die konservativen setzen es ohnehin und bewußt ein.

Die weniger Gebildeten schieben andere Elemente aus dem rechts-populistischen Syndrom in den Vordergrund, die Feindschaft gegen „die Intellektuellen", das Mißtrauen gegen die ihnen zugerechneten Politiker, die Bereitschaft, die Fremden und Ausländer rauszuwerfen, die von diesen Politikern und Intellektuellen protegiert würden. Die entsprechenden Handlungen von der Wahlverweigerung bis zum „Türkenanzünden" sind ein Koalitionsangebot an rechts-populistische Politiker und gegen die intellektuellen Politiker, deren eigener, von ihnen selbst nicht reflektierter Populismus auf der anderen Seite nicht ankommt.

Unterstützt von der Medien-Unterhaltungs-Struktur konvergieren die wichtigsten politischen Kräfte in (verschieden betonten Aspekten von) Populismus.

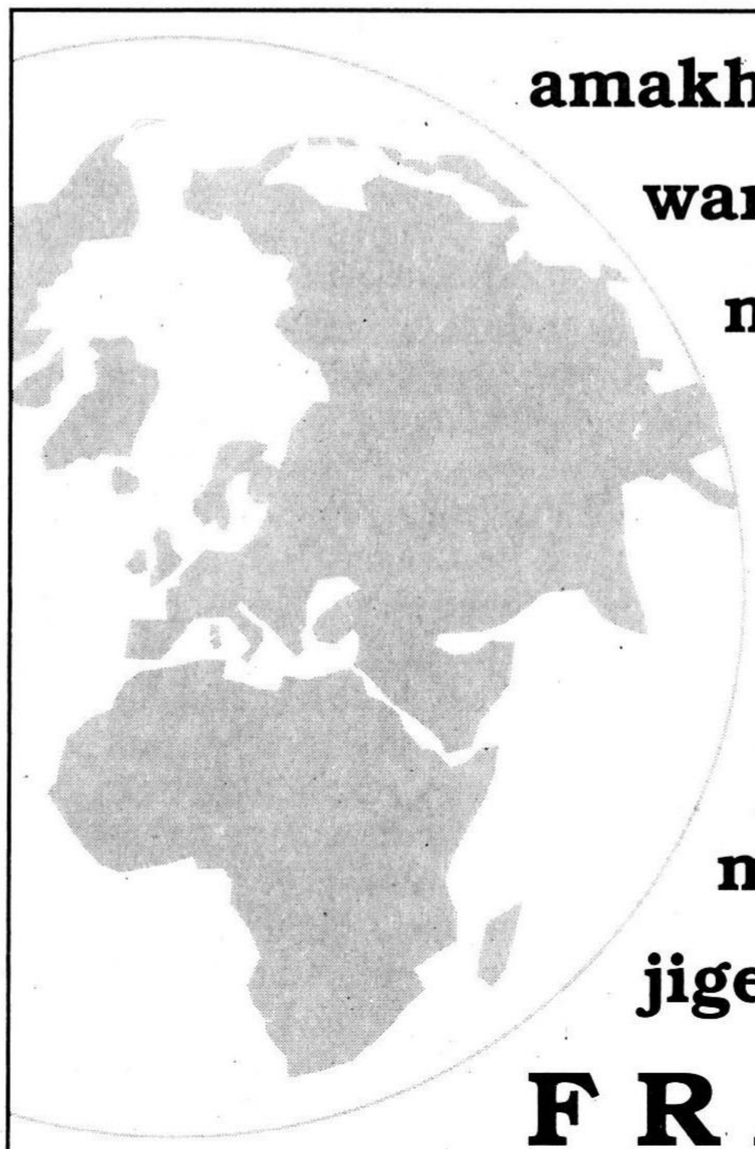
Der Soziologie bleibt nicht viel: Sie zieht sich in empirische Spezialforschungen zurück und verweigert sich sonst der kulturindustriellen Öffentlichkeit. Solche Verweigerung gibt immerhin die Chance, wenn auch keine Garantie dafür, nicht den jeweils neuesten Denk-Moden zu verfallen und die Reflexionsfähigkeit zu bewahren. Wenn die Soziologie in diesem Sinn ein wenig irrelevant wird, wäre das nicht das schlechteste. ●

Anmerkungen:

1) „Frustration" ist ein früheres und vielleicht noch stärkeres Beispiel, weil sich dafür sogar eine populäre Abkürzung gebildet hat, während wir auf „Indi" oder Indivi" oder den Stoßseufzer „Ich fühl mich heute so beschissen individualisiert" noch warten.

2) Dazwischen liegen weniger öffentlichkeitswirksam gewordene Versuche, dasselbe mit verschiedenen elaborierten empirischen und theoretischen Mitteln zu tun, z.B. Luhmanns Versuch von 1985, „Klasse" als eine Sonderform von „Sozialer Differenzierung" zu verstehen– und für historisch obsolet zu erklären. Hingegen sind Ansätze zu einer realistischen Differenzierung der Klassentheorie, wie– um nur die beiden wichtigsten zu nennen– der von Poulantzas, in dem die Angestellten und Manager ihren Platz bekamen, und der von Gouldner, der auf die Vergrößerung der Zahl und den Bedeutungszuwachs der Gebildeten reagierte, selbst in der Linken nach kurzen Konjunkturen wieder untergegangen.

3) Die Studentenbewegung der 60er/70er Jahre ist wahrscheinlich der Punkt, wo dieser Bruch manifest wurde. Die neuen politischen Mittel einer Initiativen-, Demonstrations-, Stör- und Subversionspolitik wurden für die Studenten nötig, weil eine Koalition mit der Arbeiterbewegung nicht mehr gelang und sie haben zugleich die Bemühung darum erspart. Der Arbeiterbewegung umgekehrt waren diese neuen politischen Mittel genauso unheimlich bis lächerlich wie die nostalgisch dogmatisierten Angebote von K-Gruppen oder auch die der neuen Frauenbewegung, soweit da überhaupt welche kamen.



amakhosikazi (Xhosa)
wanawake (Swahili)
mujeres (Span.)
women (Engl.)
stree (Telugu)
mahila (Hindi)
femmes (Franz.)
mulheres (Port.)
jigeen yi (Wolof)
F R A U E N

Wir unterstützen Basisorganisationen in Afrika, Lateinamerika und Indien. Entwicklung von und für Frauen ist dabei für uns ein eindeutiger Schwerpunkt.

52 % unserer Projekte, 57 % unserer Mittel kommen unmittelbar Frauen zugute.

Dazu benötigen wir Ihre Spende!

Fordern Sie nähere Informationen an!

Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.

Hedemannstr 14 ·10969 Berlin
BfG 1600 220 800 (BLZ 100 101 11)

JÜRGEN RITSERT

Gerechtigkeit für Marx

Kritik der Sozialphilosophie und Philosophie der Gesellschaftskritik

Einige der Ausfallerscheinungen, die inzwischen bei der Beschäftigung mit der Kritik der politischen Ökonomie von Marx festzustellen sind, verschaffen Erleichterung. Daß sich beispielsweise der Pulverdampf heiliger Zitatenkriege wahrnehmbar verflüchtigt hat, dient womöglich dem offeneren Blick. Daß die immergleichen Runden eines Schlagabtausches ausfallen, worin der eine Marxinterpret dem anderen Marxinterpreten mit gewaltsemantischer Polemik abschließend nachweist, daß er Marx nie verstanden hat, weil doch der jeweils eigene Standpunkt sich mit dem des Weltgeistes – oder wenigstens des Zentralkomitees – deckt, läßt nicht nur in östlicheren Gefilden aufatmen. Daß andererseits gar manche forschen Marxforscher der jüngeren Vergangenheit den alten Charly nur noch wie einen toten Hund behandeln, läßt sich nicht in jedem Falle als die reife Frucht von Erleuchtungen begreifen, sondern gelegentlich bloß als Effekt des akademischen Opportunismus verstehen. Angelsachsen diesseits und jenseits des Ozeans haben da die Köpfe oftmals viel freier. Nicht nur, daß Autoren wie M. Postone unverdrossen an einer „Reinterpretation von Marx' kritischer Theorie" weiterarbeiten, mit aller Selbstverständlichkeit gehen Marxsche Motive beispielsweise in jene sanfte Kritik der bürgerlichen Gesellschaft der Gegenwart ein, welche – alles andere als gleichgesinnte – „Kommunitaristen" derzeit an den sog. „Libertären" üben (einen Überblick gibt: Reese Schäfer 1994). Kommunitaristen reiben sich praktisch nicht nur an den politischen Folgen des Beuteliberalismus für die moralischen Gesinnungen in *communities,* sondern theoretisch ebenso gern an J. Rawls großem und einflußreichen Werk über gesellschaftliche Gerechtigkeit. Nicht allein M. Sandel (1982 und in Honneth 1993) neigt dazu, dieses als eine Erscheinungsform des Geistes des Kapitalismus zu deuten, insoweit er in den allerdings ebenfalls äußerst vielfältigen und uneinheitlichen Gewandungen des „politischen Liberalismus" der Neuzeit erscheint. Angelsachsen denken dabei bestimmt nicht an die FDP! Eher an Menschenbilder im politischen Diskurs, welche den klassischen Robinsonaden der Nationalökonomie ähneln („Atomismus"), an die politische Psychologie eines Bourgeois, der unter den Maximen der klugen Vorteilsabwägung äußerliche Beziehungen zu anderen (etwa in Tauschvertragsform) eingeht, also auch an das *disembedded self* (Sandel) als Marktstratege, der aus allen sozialen Bezügen herausgelöst ist oder sie nur im Lichte ihrer instrumentellen Relevanz für seine Privatzwecke betrachtet, an Ideen des Minimalstaats (R. Nozick), der sich so weit wie möglich aus sozialstaatlicher Kompensationspolitik, vor allem aber aus jedwedem Versuch heraushält, irgendwelche inhaltlichen Vorstellungen vom guten Leben der einzelnen Mitglieder durchzudrücken. Rawls, dessen politischer Standpunkt ganz bestimmt weit von jedem Thatcherismus und allen Reaganomics entfernt ist, grenzt sich jedoch seinerseits mit aller Entschiedenheit von bestimmten Motiven der liberalistischen Theorie und Praxis ab. (Vgl. Rawls 1979; S. 92 ff.) So hat er für das „System der natürlichen Freiheit", für einen sozialstaatlich ungezügelten Kapitalismus flotter Nutzenmaximierer wenig übrig, der – bei aller Gewährung von Freiheitsrechten und formaler Propagierung gleicher Chancen des Zugangs zu Positionen mit Macht und Einfluß – mit der „krassesten Ungerechtigkeit" und Unfairness der ursprünglichen Ausstattung (original assets) der verschiedenen Personen und Klassen einhergeht. Auch die mildere Form des „Systems der liberalen Gleichheit" wird in Frage gestellt, obwohl dieses Institutionen vorsieht, welche für einen Ausgleich ursprünglicher und zufälliger Ungleichheit der Startchancen im Wettbewerbsrennen sorgen sollen.

Rawls hält dem das „System der demokratischen Freiheit" und damit seine beiden Grundsätze der Gerechtigkeit entgegen: Der erste gebietet nicht allein, daß jeder Mensch das gleiche „Recht auf das umfangreichste System gleicher Grundfreiheiten haben" sollte. Er schreibt zudem vor, daß allen der *gleiche* Zugang zu einer Basis von Lebensbedingungen offenzuhalten ist, die sich bei Rawls aus Elementar*rechten* (Freiheit, Chancengleichheit), dem moralischen Grundprinzip der zu bestätigenden Selbstachtung der Subjekte sowie aus materiellen Ressourcen (Einkommen; Vermögen) zusammensetzt (der erste Grundsatz ist dabei dem zweiten voraus gesetzt, vgl. ebd. 82 ff.). Bei der Frage nach der Verteilung dieser Grundgüter greift er offensichtlich auf ein striktes *Gleichheitsprinzip* zurück. Anders sieht es beim zweiten Grundsatz der Gerechtigkeit aus, der ihn – neben der Wahl einer modernen Version des klassischen Naturzustandes als Ausgangspunkt sozialphilosophischer Überlegungen – berühmt gemacht hat. Denn nun wird soziale *Ungleichheit* als gegeben vorausgesetzt und (Verteilungs-)Gerechtigkeit unter diesen Rahmenbedingungen am „Differenzprinzip" gemessen. Dieses gebietet – unter der Voraussetzung von Positionen und Ämtern, die jedem offenstehen –, daß soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten so zu gestalten seien, daß sie vernünftigerweise einen Vorteil für jedermann erwarten ließen. (Ebd. 81) Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sollen von Vorteil für alle sein? Das klingt zumindest für Marxisten äußerst ungewöhnlich! Ich kann mich hier leider nicht auf die mitunter sehr verwirrende Semantik des Rawlsschen Ungleichheitsbegriffs einlassen. Belassen wir es daher bei der folgenden Lesart des Differenzprinzips: Wenn es schon Ungleichheiten aufgrund der „Lotterie der Natur" (Rawls) gibt, so hat doch niemand „seine besseren natürlichen Fähigkeiten oder einen besseren Startplatz in der Gesellschaft verdient." (Ebd. 122) An sich ist also Umverteilungspolitik geboten! Gerecht sind Umverteilungsentscheidungen unter Unsicherheit nach Rawls' Differenzprinzip jedoch nur, wenn politische Maßnahmen mit dem Effekt der Verschlechterung der Lage der Begünstigten tatsächlich zu einer Verbesserung der Lage der am schlechtesten Gestellten in der Gesellschaft führen würden.

Seit der Wiederbelebung der klassischen politischen Philosophie durch die Gerechtigkeitslehre von John Rawls gibt es eine ständige Diskussion zwischen den verschiedenen Gruppierungen der „Libertären", Rawls und seinen Anhängern sowie der facettenreichen Gruppe der „Kommunitaristen" über den Gehalt und die Realisierungschancen des jeweiligen Gerechtigkeitspostulates (vgl. Rawls 1993). Sie hat auch hierzulande breite Aufmerksamkeit gefunden. Dortzulande ist es selbstverständlich, dabei eine ebenfalls sehr positionsreiche Diskussion darüber zu führen, was wohl „Gerechtigkeit" für Marx bedeute. Steven Lukes (in Ryan 1993) hat vor kurzem die Hauptpositionen zusammengestellt, die im englischen Sprachraum zu dieser Frage eingenommen werden. Sie klingen teilweise recht eigentümlich. So gibt es nach Lukes' Exegese 1. die sog. *Tucker-Wood-Thesis (nach Tucker 1969 und Wood 1981).* Sie stützt sich auf eine Reihe Marxscher Äußerungen. So zum Beispiel auf eine Passage aus „Lohn, Preis und Profit" (MEW 16), wo Marx sagt, auf der Basis des Lohnsystems

nach „*gleicher oder gar gerechter Entlohnung*“ zu rufen sei genau dasselbe wie der Ruf nach Freiheit unter den unveränderten Rahmenbedingungen der Sklaverei. „Was ihr für recht oder gerecht erachtet, steht nicht in Frage. Die Frage ist: Was ist bei einem gegebenen Produktionssystem notwendig und unvermeidlich.“ Gedanken wie die im Schlußsatz des Zitats enthaltenen haben es Tucker und Wood angetan. Für Marx stelle sich Gerechtigkeit als Regelgerechtigkeit dar. Die Gerechtigkeit von Transaktionen bestehe mithin in der „Entsprechung“ (*correspondence*), die zwischen der kapitalistischen Weise der Produktion und Verteilung sowie jenen Vorstellungen von Gerechtigkeit bestehen kann, welche der kapitalistischen Herrschaftsordnung zweckdienlich sind.

Diese These klingt ungemein funktionalistisch: Es gibt historische Normen und Orientierungen, welche sich unter dem überlieferten Begriff der „Gerechtigkeit“ (*iustitia*) versammeln lassen. Sie gehören zu all jenen Legenden (Ideologien), welche dem reibungslosen Funktionieren des bestehenden Herrschaftssystems zweckdienlich sind. Soweit von den ideologischen Staatsapparaten der Anschein erweckt werden kann, die gesellschaftliche Praxis entspräche diesen normativen Vorstellungen, *erscheint* sie als „gerecht.“ Mit der funktionalistischen Denkungsart verträgt sich am besten wohl die alte Vorstellung eines heilsgeschichtlichen Weltgesetzes, demzufolge sich die Produktivkräfte mit eiserner Notwendigkeit entwickeln und irgendwann die Fesseln der Produktionsverhältnisse sprengen. Dadurch werde schließlich auch der Überbau – einschließlich seiner kulturspezifischen Normen der Gerechtigkeit – mit der gleichen „Notwendigkeit“ umgewälzt. Diesem Geschichtsautomatismus wurde bekanntlich ein inneres Heilsziel zugesprochen, das ebenfalls unvermeidlicherweise eintreten müsse. Allerdings betont Wood – im Unterschied zum blanken Funktionalismus! – zugleich, daß das kapitalistische System „entfremdende“ Wirkungen hervorriefe und die Lohnarbeiter „degradiere“, obwohl es weder ihre „Rechte“ verletze noch der „Ungerechtigkeit“ geziehen werden könne (vgl. Lukes ebd.; 166).

Diese Art der Argumentation muß sich also doch auf irgendwelche *normativen* Grundvorstellungen stützen, die sich bei Wood jedoch nicht mit überlieferten Gerechtigkeitspostulaten zu vertragen scheinen. Damit taucht ein uraltes Dilemma vieler orthodoxer Marxisten auf: Es wird behauptet, der Marxismus habe keine Ethik oder Gerechtigkeitstheorie nötig, weil die Geschichte (z.B.) durch das Produktivkraftgesetz das Heil doch allemal verbürge und gleichzeitig werden ständig – vom Beobachterstandpunkt aus – politisch-moralische Urteile über herrschende Zustände gefällt. Darin steckt keine Dialektik, sondern eine schlichte Kontradiktion. Herbert Marcuse (1965) hat darauf einmal in der folgenden Form reagiert: „Das bedeutet, daß ethische Begriffe wie ‘rechtmäßig’ oder ‘gut’ auf politische und gesellschaftliche Bewegungen angewandt werden, wobei hypothetisch unterstellt wird, daß die moralische Bewertung solcher Bewegungen (in einem zu definierenden Sinne) mehr als subjektiv ist, mehr als eine Sache des Beliebens.“ Marxinterpreten, die mit der Dialektik wirklich ernsthaft etwas im Sinn haben, würden zwar nicht bestreiten, daß es unabdingbar, wenn nicht vorrangig ist, den „Legenden“-Charakter der für die jeweilige Produktionsweise charakteristischen Gerechtigkeitsvorstellungen aufzuklären. Sie würden jedoch auch den Versuch machen, diejenigen Implikationen der Jahrtausende alten Gerechtigkeitsdiskussionen und politischen Gerechtigkeitsforderungen in Freiheitsbewegungen herauszuarbeiten, deren Verwirklichung in der Tat nicht bloß im Interesse eines funktionstüchtigeren Macht-Appropriations-Apparates angestrebt wurde. In diesem Sinne hat Adorno zumindestens an den klassischen Legitimationsideologien der frühen bürgerlichen Neuzeit stets ein „emanzipatives“ Vernunftmotiv festhalten wollen.

Eine 2. Position stützt sich auf ein verbreitetes Argument: Marx habe selten mit Äußerungen gespart, welche die historisch vielfältigen Arten der Appropriation der menschlichen Arbeitskraft und ihrer Ergebnisse mit aller Schärfe als Ausbeutung und Ausplünderung qualifizieren. Wenn dahinter nicht einfach das Vertrauen auf jenen heilsgarantierenden Geschichtsautomatismus steht, werden mit solchen Urteilen normative Bestimmungen in Anspruch genommen, die einerseits einen über die bestehenden Ausbeutungsverhältnisse hinausweisenden normativen Gehalt aufweisen müssen. Wenn Versuche, das Gehäuse der Hörigkeit aufzusprengen, nicht die reine Don-Quichoterie sein sollen, muß solchen politisch-ethischen Normen andererseits irgendetwas in der wie immer auch entfremdeten Realität „entgegenkommen“ (vgl. dazu das Standardzitat in den Grundrissen S. 77).

Die zweite Position betont im Einklang damit, es liege auf der Hand, daß Marx bei Ausbeutung *sive* machtgestützter Appropriation des Surplusprodukts an sozialstrukturell verankerte Ungerechtigkeit(en) gedacht habe. G.A. Cohen beispielsweise vertritt gegen Wood entschieden die – wie er sagt – „konventionelle Idee, daß Marx die kapitalistische Ausbeutung als ungerecht ansah“ (vgl. die ausführliche Besprechung von Woods Buch durch G.A. Cohen in *Mind* Vol. XCII Nr. 367 1983, S. 440 - 445; zit. S. 444). Diese „konventionelle Idee“ enthält immerhin zwei Gesichtspunkte, an die es sich zu erinnern lohnt: (a) Schon Aristoteles, dessen Nikomachische Ethik allen späteren Gerechtigkeitsdiskussionen die entscheidenden Anstöße verleiht, beschränkt sich *nicht* darauf, Gerechtigkeit als Regelgerechtigkeit, als „Korrespondenz“ von Handlungen und Gesinnungen mit den

„Einige der Ausfallerscheinungen, die inzwischen bei der Beschäftigung mit der Kritik der politischen Ökonomie von Marx festzustellen sind, verschaffen Erleichterung.“

Gerechtigkeitsvorstellungen des jeweiligen historischen Gemeinwesens (*polis*) auszulegen. Abgesehen von seinen sonstigen Auffassungen über Gerechtigkeit weiß natürlich auch er, daß eine Berufung auf das gesatzte Polisrecht nicht ausreicht, um Urteile über die Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit von getroffenen Maßnahmen oder bestehenden Verhältnisse zu fällen. Deswegen verweist er auf Naturrechtsbestandteile im Polisrecht selbst. (Nik. Eth. Buch V 10) (b) Trotz der starken Akzente, die im Fortgang der abendländischen Sozialphilosophie im Anschluß an Aristoteles auf *Verteilungsgerechtigkeit* gesetzt wurden, denkt er durchaus auch an Appropriation als *Aneignungsungerechtigkeit.* Jedenfalls insoweit, wie er Ungerechtigkeit durch das „Streben nach Mehr" unter machtgestütztem Ausschluß anderer charakterisieren möchte. (Vgl. Nik. Eth. Buch 4)

Die zweite Position könnte also gleichsam auf den Nachhall des klassischen naturrechtlichen Denkens bei Marx in seiner Kritik *aller* historischen Lebensformen aufmerksam machen, worin Menschen als „geknechtete und erniedrigte Wesen" leben müssen. Zu diesem Urteil gehören Einsichten in die Weisen der Appropriation „des Mehrprodukts" in seinen geschichtlich verschiedenartigen „Formbestimmungen." *Appropriation* bedeutet, ein zerstörerisches Verhältnis zur Natur und die Chance der einen Gruppe, sich – im Extremfall sogar mit Gewaltmitteln – der Arbeitskraft und der Arbeitsergebnisse anderer bemächtigen zu können – Ungerechtigkeit. Es bedarf mehr als des Rückgriffs auf die Normen nur einer bestimmten Kultur, um diese Praxis als durchgängige Negativität von *Aneignung,* der universellen Praxis zur Sicherstellung des Lebensnotwendigen von Seiten des Individuums in und vermittelst einer Gesellschaftsform als Positivität zu unterscheiden. Wieviel von den Praxen und Prozessen der Appropriation in ihrer gegenwärtigen Gestalt taucht eigentlich in der sanften Kritik auf, welche Kommunitaristen an der Kultur der zeitgenössischen bürgerlichen Gesellschaft üben?

Eine 3. Position nach Lukesscher Einteilung ist von der „konventionellen Idee" nur wenig entfernt (vgl. Young in Neilson/Patten 1981). Sie arbeitet mit der Unterscheidung zwischen Produktionsprozeß und Zirkulationsprozeß (Austauschsphäre) bei Marx. Während in der Zirkulationssphäre der Schein des „freien und gerechten Tausches" herrsche, demzufolge die Arbeitsleistung ihren „gerechten" Lohn fände, stehe für Marx dahinter das kapitalistische Grundmuster der Appropriation: die Aneignung des Surplus in der Form des Mehrwerts. In Bereich der tatsächlichen Appropriation der Arbeit und ihrer Ergebnisse werde keineswegs nach dem Prinzip „Gleiches gegen Gleiches" vergolten – und dies ist selbst nach den systemimmanenten Prinzipien der in der Austauschsphäre herrschenden „Äquivalenzfiktion" schlechthin ungerecht. Derartige Argumente sind ebenfalls einschlägig. Doch selbst bei dieser Position ließe sich wiederum mit Adorno fragen, ob die Äquivalenzfiktion *nichts* als den bloßen Schein, ausschließlich ein Medium zur Verschleierung der wahren Gegebenheiten darstelle, oder ob darauf ebenfalls die alte Marxsche Qualifikation von Ideologie als „wahres und falsches Bewußtsein zugleich" zuträfe?

Die 4. von Lukes sortierte Position möchte wohl mit dem gesamten Gerechtigkeitsdiskurs seit Aristoteles aufräumen: Marx betrachte „Gerechtigkeit" als einen Begriff, der weder für die politische Praxis noch für die theoretische Arbeit etwas tauge.

Diese Untauglichkeit zeige sich schon daran, daß damit universalistische Normen, mithin überall und jederzeit verbindliche ethische Prinzipien reklamiert würden. Wie aber hält es diese vierte Position dann mit dem Relativismus? Wie steht es mit dem Sachverhalt, daß seit langem überlieferte Motive der Gerechtigkeitsdiskussion in einer Textstelle bei Marx aufgehoben sind, die nicht nur in den angelsächsischen Diskussionen immer wieder auftaucht, wenn es um Gerechtigkeit für Marx geht? Sie stammt aus der »Kritik des Gothaer Programms«. (MEW 19; 18-22) Diese Schrift *benutzt* implizit eine Reihe der Schlüsselmotive der klassischen Gerechtigkeitsdiskussion und stößt zugleich auf charakteristische Probleme dieses Diskurses! Sie impliziert vor allem die seit Aristoteles einschlägige Unterscheidung zwischen „kommutativer" und „distributiver" Gerechtigkeit, damit aber auch die Unterscheidung zwischen „arithmetischer" Gleichheit (strikte Egalität als gleicher Anteil für alle) und „geometrischer" Gleichheit (Anspruch und Zuteilung proportional zum Grad des „Verdienstes" in irgendeiner gesellschaftlich relevanten Dimension). Man könnte jetzt also die gesamte Diskussion mit Marxens Gleichheitsbegriff munter von vorn beginnen und wiederum die angeführten vier Positionen (oder mehr) einnehmen: Macht es überhaupt Sinn, Marx mit Gleichheitspostulaten in Verbindung zu bringen, auch wenn diese nicht *bloß* eine Erfindung der französischen Revolutionäre oder anderer bürgerlicher Moderner darstellen, sondern bis weit in die Antike zurückreichen? (Ich möchte nochmals daran erinnern, daß damit nicht *über* der Geschichte stehende Normen gemeint sind. Sie sind selbstverständlich historisch ganz verschiedenartig „formbestimmt". Doch damit muß ihr Kerngehalt umgekehrt – keineswegs nur dem Erfahrungsgehalt eines historischen Zeitabschnitts entstammen, der – wie der Zufall so spielt – oftmals der des jeweiligen Beobachters der Geschichte ist. Die Dichotomisierung des Verhältnisses von Universalismus und (des gegenwärtig hochkonjunkturellen) Relativismus in der Ethik ist nach meiner Auffassung in den meisten Fällen zwar gesinnungsstark aber unfruchtbar.) Erinnert sei nur an die spöttische Formel über „Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham" aus dem „Kapital" oder an die scharfe ideologiekritische Zerlegung dieser Konzepte in den „Grundrissen" (z.B. S. 154 ff.)

Wie auch immer. Eines ist klar: In den „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei" von 1875 beschäftigt sich Marx ausdrücklich mit der Produktion und Verteilung von Arbeitsergebnissen und Konsumtionsmitteln in einer vernünftigeren Gesellschaft der Zukunft. Wie wäre in solchen eher ortlosen Verhältnissen an die Individuen zu verteilen, nachdem vom gesellschaftlichen Gesamtprodukt zunächst Deckungsbeiträge zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel (Reinvestitionen), Mittel zur Ausdehnung der Produktion (Nettoinvestitionen) sowie Reserven zur Versicherung gegen Unglück und Naturkatastrophen abgezogen wurden? (Ebd.; 19) In einer Übergangsphase zur Zukunftsgesellschaft, die noch mit den „Muttermalen der alten Gesellschaft" behaftet ist, „aus deren Schoß sie herkommt", wird nach Marx die Leistung des Einzelnen mit Rücksicht auf seinen Arbeitsaufwand belohnt. Der einzelne Produzent gibt sein „individuelles Arbeitsquantum" hin, enthält dafür eine Art Bescheinigung „und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet." (Ebd.; 20) Das erinnert zwar an das Tauschprinzip der Warengesellschaft, Marx denkt sich jedoch für das fiktive Übergangsstadium einschneidende Veränderungen dieses Prinzips in Form und Inhalt aus. Denn niemand könne dort was anderes geben als seine Arbeit(szeit) und nichts könne in das Eigentum des Einzelnen übergehen außer den Mitteln für seinen Verbrauch. Es werde gleich viel Arbeit (gegen gleichviel Arbeit in anderer Form) ausgetauscht. (Ebd.) Das „Recht der Produzenten (ihr legitimer Anspruch auf Güter und Dienste – J.R.) ist ihren Arbeitslieferungen *proportionell...*" (Ebd.) Das klingt eindeutig nach proportionaler Gleichheit und damit nach distributiver Gerechtigkeit! Die Gleichheit der Personen bestehe in dieser Phase darin, daß ohne Ansehen der Besonderheiten der Person am gleichen Maßstab gemessen wird: das ist die Arbeit(szeit). (Ebd.) Die in der Produktion verausgabte Arbeitszeit verstünde sich somit als die *axia* der Aristoteler: sie begründet einen konkreten Anspruch bzw. einen abzugeltenden Verdienst, woran sich das Zustehende und die Zuteilungen bemessen.

Doch nach Marx ist selbst Idealwelten wie diesen immer noch eine „bürgerliche Schranke" gesetzt. Zu diesem Eindruck ge-

langt er (u.a.) deswegen, weil auch er zumindest an dieser Stelle nicht um einige klassische Probleme herumkommt, die sich mit der Unterscheidung zwischen kommutativer und distributiver Gerechtigkeit bis auf den heutigen Tag verbinden: Sich des Kriteriums der arithmetischen Gleichheit bedienende praktische Maßnahmen rechnen mit dem einfachsten Algorithmus. Jedem wird „ohne Ansehen der Person" ganz allgemein *als* Person („pro Kopf") ein Anspruch zuerkannt und jeder wird *als* Person zu gleichen Anteilen berücksichtigt oder bei Verteilungen bedient. Doch diese unverzichtbare Praxis hat niemals bei *jeder* Gelegenheit als *gerecht* gegolten und funktioniert. Eine Gesellschaft der Zukunft, worin sich Anspruch, Verdienst und Zuteilung *ausschließlich* am Dasein der abstrakten Person bemäßen, erschiene so erbaulich nicht. Alles würde über einen Leisten geschoren und diesem angeglichen? Das befürchtet auch Marx! Denn die bürgerliche Schranke der Übergangsphase besteht für ihn darin, daß dort das „*gleiche* Recht ... ungleiches Recht für ungleiche Arbeit" darstellt. (Ebd.; 21) In der Übergangsphase gäbe es zwar keine „Klassenunterschiede" mehr, aber das Recht erkenne immer noch stillschweigend die Verschiedenheit der Begabung und Leistungsfähigkeit der einzelnen Personen als „natürliche Privilegien" an. (Ebd.)

Hier reibt sich offensichtlich Marx genau wie Rawls an Ergebnissen der „Lotterie der Natur", in der man beispielsweise ohne eigenen Verdienst das große Los eines reichhaltigen finanziellen Erbes oder der Talente zum Musizieren à la Großfamilie Bach erben kann. Doch wenn tatsächlich nicht alles über einen Leisten geschoren werden soll, dann ist auch hier wieder an Prinzipien der *distributiven Gerechtigkeit* und somit der proportionalen Vergeltung nach Verdienst zu denken! Marx schlägt sich darüber hinaus mit dem Problem des Pluralismus, der Besonderheit der Merkmale der Einzelnen bei unabdingbarer Allgemeinheit jener (Rechts-)Regeln herum, welche sich an ihr Verhalten richten. Einerseits unterscheiden sich die *konkreten* Personen nicht nur aufgrund der *axia* der Leistungsfähigkeit (Ebd.; 20), andererseits kann tatsächlich nicht einfach über die vielfältigen empirischen Unterschiede zwischen den Arbeitenden und – so möchte ich ergänzen – die Vielfalt ihrer empirischen Vorstellungen vom „guten Leben" hinweggegangen werden. Werden diese Unterschiede differentiell durch Geld abgegolten, so ist – dann aber wieder gemessen an den Maßstäben der strikten Egalität (arithmetische Gleichheit)!! – „der eine reicher als der andere." (Ebd.; 21) Marx weiß ganz klar um das Problem der tatsächlichen Vielfalt der Dimensionen, die an sich Verdienste begründen und zu Bedingungen von Zuteilungen werden können. Proportionale Zuteilungen aufgrund irgendwelcher Meriten sind nicht *per definitionem* ungerecht. Sie ergänzen vielmehr den für Gerechtigkeitsfragen *allein* nicht ausreichenden Rückgriff auf Prinzipien der strikten Gleichverteilung! Zudem ist zu vermuten, daß auch für Marx die Berücksichtigung der Vielfalt der „Seiten" des „allseitigen Individuums", also die Beachtung von Unterschieden (wie im Falle der proportionalen Gerechtigkeit), keine *zwangsläufige* Parteinahme für soziale *Ungleichheit* – und damit Herrschaftsinteressen – bedeuten konnte! Und wenn das „Reich der Notwendigkeit" nicht verschwindet, gibt es sogar im paradiesischen Endzustand noch Mitarbeits-, Anspruchs- und Zuteilungsprobleme.

Bei seiner Kritik der „bürgerlichen Schranke" für die Übergangsphase wählt Marx an dieser Stelle leider eine folgenschwere Formulierung: Das Recht der Übergangsphase sei *wie alles Recht* ein „Recht der Ungleichheit." (Ebd. 21) Auf derartige Äußerungen kann sich die beschriebene Position 1 ebenso wie das ökonomistische „Rechtsverständnis" von der Sorte berufen, wie sie beispielsweise Pashukanis in die Welt gesetzt hat. Doch Marxens Formulierung zieht womöglich *verschiedene* Probleme im einen Begriff der „Ungleichheit" zusammen: Modernes Recht besteht dem Idealtypus nach in der Anwendung des gleichen Maßstabes auf alle, die in Frage kommen. Es gibt jedoch in der Tat keine quasi-algorithmische Strategie zur Wendung der allgemeinen Norm(en) auf den besonderen Fall mit seinen mannigfaltigen „Bestimmtheiten", die einem die *Urteilskraft* ersparen könnte. Doch daraus folgt auf keinem logischen Weg, allgemeine Normen und Regeln könnten „also" keine andere Funktion übernehmen, als immer nur soziale *Ungleichheit* zu stiften, zu stabilisieren oder zu verschleiern. Gleichwohl wirft die Verschiedenheit und Merkmalsvielfalt der Subjekte für eine auf Gerechtigkeit und Gleichheit zielende Politik eine ganze Reihe von Problemen auf. Walzer (1992) hat jüngst einen kontrovers diskutierten Vorschlag gemacht, mit dieser Problematik umzugehen. Anders ausgedrückt: Daß bei der Begründung von wohlverdienten Ansprüchen und bei Zuteilungen von vielen Merkmalen abgesehen wird, welche Individuen sonst noch aufweisen, liegt auf der Hand. (Vgl. ebd. 21) Aber daraus einen direkten Schluß auf die Funktionalität und nichts als die Funktionalität abstrakter Regeln für sozialen *Ungleichheit* zu ziehen, entspräche exakt der eigentümlichen Ansicht, dadurch, daß wir bei Wahrnehmungen und Äußerungen allemal in wechselnden Graden abstrahieren müssen, könnten wir grundsätzlich für Propositionen keine Wahrheitsansprüche erheben. Im letzteren Fall wäre daran zu erinnern, daß es – Hegel zum Trotz – für uns irgendwie schwierig ist, den völlig abstraktionsfreien „Standpunkt Gottes" bei Denken und Handeln einzunehmen.

Ich denke ohnehin, daß Marx an dieser Stelle (implizit) eher auf ein weiteres und schwerwiegendes Pluralismusproblem der klassischen Gerechtigkeitsdiskussion gestoßen ist: Distributive Gerechtigkeit kann

Es gibt „eine ständige Diskussion zwischen den verschiedenen Gruppierungen der 'Libertären', Rawls und seinen Anhängern, sowie der facettenreichen Gruppe der 'Kommunitaristen'".

sich selbstverständlich auf eine Vielfalt empirischer Verdienste gründen. Denjenigen Personen, welche in relevanten Hinsichten gleich sind, wird der gleiche Anspruch zugebilligt, denjenigen, welche sich graduell von ihnen unterscheiden – wie z.B. auf der Achse des Arbeitszeitaufwandes in der Marxschen Übergangsgesellschaft – wird proportional mehr oder weniger zugesprochen. Insofern werden sie „ungleich" (das heißt aber: *verschieden*!!) und dennoch – jedenfalls nach diesem alten aristotelischen Kriterium – „gerecht" behandelt. So weit, so bekannt. Doch welche „bestimmte Seiten" unter den vielfältigen denkbaren Merkmalen der konkreten Einzelnen entscheiden darüber, was in Frage kommt und ein Verdienst (*meritum*) begründet? Vor allem aber stellt sich bei den wie immer auch vielfältigen empirischen Merkmalen, welche Ansprüche begründen sollen, die Frage: Sind sie ihrerseits „vernünftig?" Ist es beispielsweise gerecht, Ansprüche und Zuteilungen gemäß dem „Ansehen" von Personen und Gruppen festzulegen, worüber wiederum deren „Abstammung" entscheidet? Eine solche Verteilung erschien einmal bestimmten Gruppierungen – wahrlich nicht im Konsens mit allen historischen Zeitgenossen! – als „gerecht". Heute stellt dies ein Musterbeispiel für schreiende Ungerechtigkeit dar – und nicht nur deswegen, weil damit die „Lotterie der Natur" favorisiert wurde.

Also stellt sich die Frage nach Maßstäben der Gerechtigkeit, die es gestatten, selbst noch Muster der empirischen Regelgerechtigkeit der Gesinnungen und Handlungen ebenso zu beurteilen, wie den Schleier zu durchstoßen, welchen z.B. Legitimität und Gerechtigkeit reklamierende historische Normen über faktisch ungerechte Praxen ausbreiten könnenVgl. o.a. Position 2). Das entspricht natürlich dem Problem, das schon Aristoteles veranlaßte, Gerechtigkeit nicht in der „Korrespondenz" von Gesinnungen und Handlungen mit den empirischen Normen und Regeln der Polis (also in bloßer Regelgerechtigkeit) aufgehen zu lassen. Marx greift zwangsläufig auf solche normativen Grundbestimmungen in dem Teil seiner Kritik des Gothaer Programms zurück, wo er die höchste Phase der gesellschaftlichen Entwicklung skizziert: Ähnlich wie die Vertreter der angeführten Position 4 wahrscheinlich „Gerechtigkeit" als kritischen Begriff der Sozialphilosophie deswegen zurückweisen, weil in deren Namen sowohl Befreiung angestrebt als auch Unterdrückung ausgeübt wurde, kann die Bezeichnung „kommunistische Gesellschaft" für jene „höhere Phase" bei Marx inzwischen als völlig durch die politische Praxis derjenigen korrumpiert gelten, welche sich auf diese Utopie berufen haben. Mit den Namen verschwinden allerdings die Probleme nicht, die damit entweder benannt oder verschleiert werden sollten.

Die „höhere Phase" der Gesellschaft in der Darstellung zur Kritik des Gothaer Programms stützt sich bei Marx auf skizzenhafte Angaben über eine „vernünftige", „versöhnte", „gerechte" – oder sonstwie zu etikettierende – Gesellschaft der Zukunft, die in den bestehenden Verhältnissen vielleicht einen Vorschein, aber bestimmt keinen festen Ort hat. In dieser Gesellschaft sei (a) die „knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit" beseitigt, (b) der „Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden", (c) die Arbeit von einem „Mittel zum Leben" zur freien Betätigung als „erste(m) Lebensbedürfnis" und (d) das Individuum ein „allseitig entwickeltes" geworden. Zudem herrsche (e) die volle Entfaltung der Produktivkräfte, so daß „alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen." (Ebd.; 21) Doch vor allem wären dann (f) alle für die bisherige Menschheitsgeschichte charakteristischen Formen der Ungerechtigkeit bei der Sicherstellung der materiellen und kulturellen Mittel für das Leben der einzelnen beseitigt. Diese Annahme verweist auf eine politisch-normative Tiefenschicht der Argumentation, die sich auf mehr denn nur das Stadium des Kapitalismus bezieht. Sie betrifft überall und jederzeit die empirisch vielfältigen, verschiedenartigen und oftmals das Leben am geschichtlichen Ort prägenden Formen der Unterwerfung des Willens der einen (Gruppe) unter den anderer (Gruppen). Vor allem betrifft sie all die verschiedenartigen historischen, sozialstrukturell verankerten, kulturhegemonial abgesicherten und durch Macht- und Gewaltmittel gestützten Chancen der einen, sich der Arbeitskraft und des Surplusprodukts der anderen bemächtigen zu können.

„Ausbeutung", „Exploitation", „Appropriation", „Entfremdung", aber auch „Unterdrückung" oder „Erniedrigung", bedeuten normative Begriffe bei Marx, womit er die Basis gesellschaftlicher Negativität beurteilen will. In der höchsten Phase der Gesellschaftsentwicklung wäre jedenfalls Appropriation als der ökonomische Kern aller historischen Ungerechtigkeit beseitigt. Ob man nun Worte wie „Vernünftigkeit", „Versöhnung", „Gerechtigkeit" oder andere zur Auszeichnung dieses Zustandes wählt und bevorzugt, bei dieser Art der Gerechtigkeit geht es in der Tat nicht einfach um Ansprüche oder Zuteilungen pro Kopf oder je nach Verdienst! Das könnte der bedenkenswerte Sinn in der Botschaft der oben skizzierten Position 4 sein! Vor allem geht es nicht um Verteilungsgerechtigkeit, die sich zweifellos im Verlauf der langen Diskussion über kommutative und distributive Gerechtigkeit in den Vordergrund gedrängt hat. „Abgesehen von dem bisher Entwickelten war es überhaupt fehlerhaft, von der sogenannten *Verteilung* Wesens zu machen und den Hauptakzent auf sie zu legen." (MEW 19; 22) Aber nicht einmal aus den Überlegungen zur höchsten Phase können bei Marx die klassischen Motive des Gerechtigkeitsdiskurses samt ihren Problemen verschwinden! Wenn der bürgerliche Rechtshorizont überschritten ist, der nach Marxens Auffassung noch die Zwischenphase einengt, könne die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: „Jeder nach seinen Fähigkeiten; jedem nach seinen Bedürfnissen." (Ebd.; 21) Ein Standardzitat, dessen erster Satz oftmals als eine Verteilungsregel gelesen wird: Jeder erwirbt Ansprüche und Zuteilungen nach seinen Fähigkeiten?

Es könnte aber ebenso gut heißen: Jeder beteiligt sich in der „versöhnten" Gesellschaft der Zukunft gemäß seinen Fähigkeiten an den weiterhin zu lösenden gesellschaftlichen Aufgaben und an der Bewältigung anstehender Probleme. Allerdings: Jedem wird nach seinen Bedürfnissen zugeteilt. Das dürfte dann doch wieder das klassische Prinzip der distributiven Gerechtigkeit sein. Denn die Bedürfnisse entscheiden über Anspruch und Zuteilung. Bedürfnisse sind jedoch mannigfaltig, von Person zu Person so *verschieden*, wie das utopische Subjekt „allseitig entwickelt" ist. Zudem ist auch den entwickelten Bedürfnissen wohl nicht in jedem Falle die gleiche Intensität zuzuerkennen. Als „abstrakt" – im Stil der Rücksicht bloß auf die abstrakte Person in der Übergangsphase – muß in der Tat jeder Versuch gelten, diese Vielfalt in Universalprinzipien wie „der Nutzen" *und* „die Arbeitsleistung" (der Übergangsphase) verschwinden zu lassen. Also taucht die geometrische Distributionsregel und das mit ihr verquickte Pluralismusproblem der individuellen Vorstellungen vom „guten Leben" selbst noch in der von Marx imaginierten Höchstentwicklung der Gesellschaft auf! ●

Literatur:

Honneth, A. (Hg.) 1993, Kommunitarismus – Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, Frankfurt/New York.
Marcuse, H. 1965, „Ethik und Revolution", in: ders.: Kultur und Gesellschaft 2, Frankfurt
Miller, R. 1984, Analyzing Marx, Princeton
Postone, M. 1993, Time, labor and social domination – A reinterpretation of Marx' critical theory, Cambridge
Rawls, J. 1979, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt
ders. 1993, Political Liberalism, New York
Reese-Schäfer, N. 1994, Was ist Kommunitarismus?, Frankfurt/New York
Sandel, M 1982, Liberalism and the Limits of Justice, Cambridge
Tucker, R.C. 1969, The Marxian Revolutionary Idea, New York
Walzer, M. 1992, Sphären der Gerechtigkeit – Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit, Frankfurt/New York
Wood, A. 1981, Karl Marx, London
Young, G. 1981, „Doing Marx Justice", in: K. Neilson/S.C. Patten (Hg.), Marx and Morality, Ontario

CHRISTOPH GÖRG

Realpolitische Schizophrenie – schizophrene Realpolitik

Gerade erst konnte der erste offizielle Kriegseinsatz der Bundeswehr ohne nennenswerten Widerspruch beschlossen und umgesetzt werden. In seinem Sog offenbart der Streit um die Thesen Joschka Fischers zum Krieg in Bosnien das ganze Ausmaß des Verfalls der Opposition in der Bundesrepublik. Jetzt rächt es sich, daß eine halbwegs fundierte kritische Haltung zur Genese und zum Verlauf des Krieges kollektiv nicht mehr entwickelt werden konnte und das Verständnis meist im Sog der sich wandelnden Medienrealität verbleibt. Betroffenheitsrhetorik schlägt so unvermittelt um in krude Machtpolitik. Das Ergebnis ist eine realpolitische Schizophrenie, die als politischer Realismus daherkommen will.

Für sich genommen wäre der Vorgang nicht weiter bemerkenswert. Daß Joschka Fischer die Eroberung der UN-„Schutzzonen" in Bosnien zum Anlaß nahm, einen glänzenden Stern vom grünen Wertehimmel zu brechen, ist im Kontext der jüngsten Geschichte der Grünen zu erwarten gewesen. In der Tat ist der Anlaß bedeutend genug, wurde doch mit der Vertreibung und den Massakern an der bosnischen Zivilbevölkerung in Srebrenica ein weiteres Kriegsverbrechen begangen – unter den Augen und mit stiller Mithilfe der UN. Doch nicht dieser Skandal ist der Gegenstand seiner Intervention, sondern das mit der militärischen Eroberung einhergehende vermeintliche Scheitern der UN-Mission. Dieses Scheitern stelle eine Herausforderung dar, angesichts derer die Grünen das Grundprinzip der Gewaltfreiheit zu überdenken hätten.

Bemerkenswert ist also zunächst, daß Fischer da „grundsätzlichen Fragen" sich zuwendet, wo die Sache konkret wird, wo die Position der Ablehnung deutscher Blauhelme oder Kampfverbände als „bisher zu Recht bestehender Grundsatz" charakterisiert wird. Und in Zukunft? Der Fraktionsgeschäftsführer der Grünen im Bundestag legte inzwischen nach und erklärte den Eisatz den Bundeswehr auch dort für möglich, wo die Wehrmacht 50 Jahre vorher gemordet hat. Offensichtlich helfen Gedenktage beim interessierten Vergessen, lassen sich doch die vermeintlichen Lehren aus der Geschichte nahezu beliebig instrumentalisieren. „Appeasement-Politik" ist da im Moment der Kandidat, der dem Schwenk in der bundesdeutschen Außenpolitik die legitimatorischen Weihen aus der Geschichte erteilt. Wie die Westmächte im Münchener Abkommen Hitler durch stillhalten geradezu zum Krieg ermuntert hätten, so würden die Pazifisten auch heute die Kriegstreiber im ehemaligen Jugoslawien durch Nichtstun unterstützen. Die Pazifisten seien Schuld gewesen an Hitlers Krieg, spitzte Heiner Geißler dieses Argument seinerseits in der Nachrüstungsdebatte zu.

Aber anstelle einer konkreten Analyse, welche Politik denn zu betreiben sei um dem Krieg Einhalt bieten zu können, entdeckt Fischer als grundsätzliche Frage plötzlich den „elementaren Konflikt mit drei Grundwerten" – Leben, Freiheit und Pazifismus. Nun hätte er schon von Max Weber lernen können, daß der Konflikt der letzten Wertüberzeugungen in der Moderne unhintergehbar ist und gewissermaßen die Geschäftsgrundlage der Politik ausmacht – zumindest so lange man sich in einem neukantianischem Denkhorizont bewegt. In dieser vermeintlich „grundsätzlichen Frage" drückt sich jedoch der ganze Verfallsprozeß der Grünen aus, bei dem aus den gesellschafts- und institutionenkritischen Impulsen der sie tragenden sozialen Bewegungen die entsprechenden Werte so lange herausdestilliert wurden, bis diese so klar und rein als Sterne am Wertehimmel glänzten, daß sie entweder allgemeine Zustimmungsfähigkeit genossen – Wer ist schon gegen Freiheit und Leben? – oder bei nächster Gelegenheit als nicht mehr opportun und sowieso unerreichbar beiseite geschoben werden konnten (wie es vor der Gewaltfreiheit schon der Basisdemokratie erging). Die gereinigten und dadurch entleerten Werte sind nur noch das Zerfallsprodukt einer praktischen Form der Gesellschaftskritik in den sozialen Bewegungen; und die abstrakte Gewaltfreiheit in diesem Kontext Ausdruck der Unfähigkeit, herrschaftskritische Politik entwickeln zu können.

Wirklich bemerkenswert ist die Stellungnahme von Fischer also nur insoweit, als sie im Kontext der bundesdeutschen Diskussion zu Bosnien eine bestimmte Tendenz dieser Diskussion und ihr Verhältnis zum Verlauf des Krieges zum Ausdruck bringt. Im Grunde dient die vermeintlich „grundsätzliche Frage" nur als ablenkende rhetorische Figur, da ein radikaler Pazifismus bei den Grünen schon längst ad acta gelegt wurde. Zu Recht mußte sich Fischer von Mohssen Massarrat die Nachfrage gefallen lassen, ob er so vermessen sei zu glauben, die UN und die Nato hätten nur auf den Gesinnungswandel der Grünen gewartet, um dann richtig losschlagen zu können? (FR vom 10.8.) Überhaupt wirkt die Engführung seiner Argumentation auf die Verteidigung der Schutzzonen merkwürdig deplaziert. Wenn ihr Schutz gewollt gewesen wäre, dann wäre er auch ohne Bundeswehr und ohne gesinnungsethischen Aufstand der Bündnisgrünen möglich gewesen. Wenn er aber niemals ernsthaft versucht wurde – was bringt dann das „Grundsatzpapier" grundsätzlich neues in die Diskussion?

Fischer schwingt sich zu hohlem Pathos auf, wenn er als Pseudo-Hamlet den Westen und die UN vor die „fatale Alternative" gestellt sieht: „weichen oder widerstehen?" Was edler im Gemüt, darauf mag sich ein jeder selbst seinen Reim machen. Daß mit dieser Alternative die Politik und die Handlungsalternativen von Nato und UNO einem Verständnis näher gebracht werden können, dies läßt sich allerdings bestreiten. Im Grunde weiß es auch Fischer eigentlich besser. Schon Lafontaine hat süffisant angemerkt, daß er sich da widerspreche, wo er in der Analyse zu Recht feststelle, daß es die Politik des Westens, der UN und selbst der EU niemals gegeben habe, gleichzeitig aber einklage, daß die USA und der Westen nicht für ihre eigenen Ziele zu kämpfen bereit seien. Angesichts der unterschiedlichen Ziele müsse man da sogar froh sein, meint Lafontaine ironisch. Aber auch er ist nicht bereit, den Gedanken zu Ende zu denken und den Mythos der Weltgemeinschaft zu hinterfragen, die in Bosnien angeblich versage. Was hier Versagen genannt wird, ist aber in Wirklichkeit das zwar nicht intendierte, trotzdem aber mehr oder weniger sehenden Auges in Kauf genommene Ergebnis divergierender Interessen- und Machtpolitiken.

Ohne die Beteiligung der verschiedenen externen Mächte ist weder die Konfliktdynamik noch auch das Handeln der internen Kriegsparteien zu verstehen. „Die Interven-

tion ist längst erfolgt...", titelte die *links* schon im September 1992! Wer jetzt so tut, als müßte „Deutschland" endlich „von den Zuschauerbänken runter" – und dies scheint die dominante Haltung zum Krieg zumindest in der veröffentlichten Meinung zu sein – der betreibt entweder eine heuchlerische Meinungsmache oder eine schizophrene „Realpolitik". Entweder will oder kann er/sie nicht erkennen, daß die Bundesrepublik spätestens seit der Anerkennungspolitik gegenüber Kroatien in den sich entwickelnden Krieg schon interveniert hat! Entweder kann oder will er/sie nicht realisieren, daß die z.T. widersprüchliche, z.T. halbherzige, z.T. zynisch-desinteressierte Politik aller externen Mächte weniger mit dem politisch-militärischem Scheitern einer vermeintlichen Gemeinschaft, sehr viel aber mit der fehlenden Gemeinsamkeit für eine solche Politik zu tun hat. Bosnien ist nicht der Rückschlag der „Weltinnenpolitik" nach der Feier der „neuen Weltordnung" im zweiten Golfkrieg, Bosnien ist das Pendant zur dort exekutierten Realpolitik! Es zeigt deren Kehrseite und klärt auf über die herrschenden Spielregeln.

Nun ist es sicherlich nicht einfach, das komplexe Zusammenspiel dieser externen Kriegsursachen mit den internen Verhältnissen der Kriegesparteien untereinander und in ihren jeweiligen Ländern und Regionen zu verstehen. Jenseits aller Einzelprobleme oder divergierender Einschätzungen ist allerdings auffällig, daß in der öffentlichen Diskussion in der Bundesrepublik an dieser Stelle immer wieder ein Kurzschluß stattfindet. So z.B. auch in der vulminanten Anklage von Peter Schneider in der Zeit (vom 4.8.). Wo er zutreffende Einschätzungen wiedergibt – „Die westlichen Erklärungen und Maßnahmen hatten vorrangig die Aufgabe, die öffentliche Meinung zu Hause zu beruhigen, sie dienten immer nur in zweiter Linie einer wirksamen Abschreckung der ethnischen Säuberer. ... Ihr wichtigstes Anliegen war, die Leiden der europäischen Zuschauer zu lindern, nicht die der Angegriffenen." – oder zu richtigen Einsichten kommt – „Bis heute gibt es kein halbwegs kohärentes militärisches Szenario, das uns erlaubte, die Risiken eines wirksamen Eingreifens abzuschätzen." – da geht dies wieder verloren in der abstrusen Konstruktion, die Bürger hätten ihre Politiker auch nicht deutlich durch Demonstrationen zum Eingreifen aufgefordert. Wer wartete denn vermeintlich nur auf ein Zeichen „seiner" Bevölkerung, um endlich intervenieren zu dürfen? Etwa die, die in ihrer Reaktion auf den Krieg stets mehr ihre eigenen machtpolitischen Ziele verfolgt haben? Oder die, die ihn ausbrennen (!?) lassen wollten? An wen hätten sich die „unübersehbaren Demonstrationen", die Schneider einklagt, denn wenden sollen? An die, die der Gefahr einer stärkeren Verwicklung immer mehr Beachtung schenkten als einer konsequenten Haltung gegen die Kriegstreiber und Kriegsverbrecher auf allen Seiten? Sinn hätten Demonstrationen allerdings gemacht, aber nur, wenn sie gleichzeitig die Schuld der externen Mächte am Krieg benannt, wenn sie die z.T. eskalierend wirkenden Interventionen verurteilt und die Schuldigen Innen wie Außen beim Namen genannt hätten. Ein „runter-von-den-Zuschauerbänken" legt nur offen, wie wenig es von der realen Involviertheit in den Krieg verstanden hat. Ein „weichen oder widerstehen?" macht sich zum Hampelmann der „neuen Weltordnung".

Das Pech der Bosnischen Bevölkerung besteht darin, daß ihr Land zwar wichtiger als der Sudan oder Liberia, aber eben nicht so wichtig wie Kuwait ist. In den beiden ersten Fällen wüten die Kriege ohne große Aufmerksamkeit im Westen wie auf Erden. Die Konsequenzen im zweiten Fall sind bekannt. Doch erst diese Zwischenposition führt zu der Mischung aus halbherziger Intervention, offener oder verdeckter Unterstützung und interessiertem Wegschauen in anderen Fällen. Bestes Beispiel ist die Eroberung der Krajina durch die kroatische Armee. Dazu konnte sich die kroatische Führung geradezu ermuntert fühlen durch die Anzeichen aus Bonn und Washington. Daß auch hier ein UN-Mandat mißachtet wurde fand kaum noch Erwähnung, weil es diesmal den Bösen an den Kragen ging. Schließlich stand der militärische Aufstand der serbischen Kroaten ganz am Anfang der Gewaltspirale, die dann in Bosnien eskalierte. Doch daß die Anerkennung Kroatiens ohne Garantie der Minderheitenrechte, vom deutschen Außenminister Genscher quasi im Alleingang durchgesetzt, daß damit also eine höchst reale Intervention ein wichtiger Baustein in der Eskalationsspirale war, das wurde in den wohlwollenden Kommentaren zum vermeintlich „gerechten Krieg" in der Krajina wohlweislich verschwiegen.

Inzwischen sind die Konsequenzen der „Herstellung der territorialen Integrität Kroatiens" allzu deutlich geworden. Flucht und Vertreibung der serbischen Bevölkerung gaben den Anstoß zu einer neuen Vertreibungswelle auch in anderen Regionen, und all dies brachte das Gebiet des ehemaligen Jugoslawien dem ein Stück näher, was das im Westen perhorreszierte Ziel der Kriegstreiber von Anfang an war, nämlich das der „ethnisch reinen Gebiete". Dazu führen die wirklich stattfindenden Interventionen, in diesem Fall die verdeckte Ermunterung für die kroatische Regierung, die aber von den realpolitischen Moralisten offenbar nicht zur Kenntnis genommen werden. Von der gleichen fatalen Logik war der Plan des russischen Präsidenten (wenn es denn ein wirklicher Plan war), ausgerechnet seine Kollegen aus Kroatien und Rest-Jugoslawien, Tudjman und Milosevic, nach Moskau zu „Friedensgesprächen" einzuladen.

Würde es dazu kommen, müßte man das für einen grimmigen Scherz der Weltgeschichte halten, sofern man noch einen Sinn in derselben zu suchen geneigt ist. Da würde nicht nur der Bock zum Gärtner gemacht. Da würde im Ergebnis die endgültige Aufteilung Jugoslawiens exakt von den Akteuren vollzogen, von denen schon lange vermutet wird, daß es eine geheime Absprache zwischen ihnen gebe, Jugoslawien unter ihre Herrschaftszonen aufzuteilen – und die nach 4 Jahren Krieg, unzähligen Toten, Verwundeten, Vergewaltigten und Vertriebenen, nach dutzenden von Friedensplänen, UN-Resolutionen, UN-Mandaten und Vermittlungsplänen auch schließlich ihr Ziel erreichen dürften. Unter tatkräftiger Mithilfe einer externen Macht, die entweder nicht weiß, was sie da tut, oder die sich zum Erfüllungsgehilfen der post-jugoslawischen Machtpolitiker macht. Daß dies dann doch zu offen ist, scheint Tudjman geahnt zu haben, als er die Einladung unter Verweis auf die Nichteinladung Izetbegovic's zurückwies. Im Augenblick scheint die Förderation mit Bosnien für ihn noch das wichtigere strategische Ziel zu sein. Aber wer weiß: Vielleicht ändert sich das mit dem weiteren Verlauf des Krieges und einer zunehmenden Stärke Kroatiens?

Versagen der Weltgemeinschaft? Die Antwort beruht auf falschen Prämissen. Der realpolitischen Schizophrenie, der Spaltung in der Wahrnehmung des Verwickeltseins in den Krieg, folgt die schizophrene Realpolitik auf dem Fuß. Die Spaltung in der Wirklichkeit, die Spaltung Jugoslawiens wie die Zerstörung Bosniens, lassen sich als Produkte einer Weltordnung erkennen, die von den Interessen der Staaten in der globalen Konkurrenz abzusehen vermeint, wo sie sie gleichzeitig nur umso nachdrücklicher zum Gestaltungsprinzip erhoben hat. In der Tat hilft da kein abstrakter Pazifismus weiter, da hat Joschka Fischer ganz recht. Und auch der grundsätzliche Reformanspruch gegenüber den internationalen Institutionen, den Massarat gegen Fischer auf der Grundlage des Prinzips der Gewaltfreiheit einklagt, dürfte allein dann einzulösen sein, wenn er nicht auf abstraktem Standpunktdenken beruht, sondern das Verwickeltsein gerade der Bundesrepublik in eine unfriedliche Weltordnung zur Kenntnis nimmt. Diesseits des Wertehimmels käme es zunächst mal auf ganz profane Gesellschaftskritik an, auf ein kritisches Begreifen der bestehenden Machtverhältnisse und auf eine Auflösung jener Spaltungen in der eigenen Wahrnehmung. Sonst wird man vielleicht einmal deutscher Außenminister – geht aber nicht als tragischer Hamlet, sondern als tragikkomischer Hampelmann in die Geschichte ein. ●

HANNES GRANDITS

Historische Dimensionen

Der Krajina-Konflikt

In der Krajina, der ehemaligen Militärgrenze zwischen dem Habsburger und dem Osmanischen Reich, ließen einst Kroaten und Serben ihr Leben für die Interessen des österreichischen Kaiserhauses. Nun, im ausgehenden 20. Jahrhundert, sind sie Spielball des Machtstrebens der Eliten in Belgrad und Zagreb.

Der sich seit 1989 immer mehr zuspitzende Konflikt zwischen den Kroaten und Serben in Kroatien nahm nach dem August 1990, als serbische Freischärler im südwestlichen Kroatien sich bewaffnet den Polizei- und Militärorganen der sich von Jugoslawien trennenden kroatischen Republik entgegenstellten, immer dramatischere Ausmaße an. Ihr Aufstand gegen diesen neuentstehenden Staat und seine Führung, der die Serben mißtrauten und die mit ihnen zu keiner Verständigung kommen konnte oder wollte, mündete im folgenden Jahr schließlich in einen regelrechten Eroberungskrieg seitens der mittlerweile aufgestellten serbischen Freiwilligeneinheiten, in dessen Verlauf es zu schrecklichen Grausamkeiten, zu Massakern an der Zivilbevölkerung, „ethnischen Säuberungen" und massiven Plünderungen kam. Der Krieg zwischen den Truppen der serbischen Aufständischen, die massiv von der Jugoslawischen Volksarmee (JNA) unterstützt wurden, und den Einheiten der neugegründeten kroatischen Milizen hatte fatale Folgen.

Zehntausende Menschen kamen ums Leben und Hunderttausende (vornehmlich Kroaten aus dem Gebiet der Krajina, aber zu einem Teil auch Serben aus Kroatien) waren gezwungen, ihre Siedlungen, Dörfer und Städte als Flüchtlinge zu verlassen. Begleitet wurden die Kämpfe von unvorstellbaren Zerstörungen, die ganze Landstriche zu Ruinenlandschaften machten. (...)

Das Territorium der von Kroatien abgespaltenen Serben, die sich unter dem Namen „Republik Serbische Krajina" für unabhängig erklärten, deckt sich ziemlich genau mit den älteren Teilen der ehemaligen Militärgrenze der Habsburger gegen das Osmanische Reich (Eine Ausnahme bildet lediglich das von den Serben in Ostslawonien besetzte Gebiet, das 1991 an die serbische Krajina angeschlossen wurde). Diese Übereinstimmung ist kein Zufall. Mit der Wahl des Namens „Krajina", der kroatischen bzw. serbischen Bezeichnung für „Grenze" – genauer gesagt ist dies die Kurzversion für „Vojna krajina", dt. Militärgrenze" – wird hier bewußt wieder an ein historisches Gebilde angeknüpft, das über Jahrhunderte das Leben der Menschen in dieser Region organisiert und bestimmt hatte, und das bis zu seiner Auflösung 1881 keine Einheit mit Kroatien und Slawonien bildete, sondern ein gesondertes Militärterritorium war – was von serbischer Seite besonders hervorgestrichen wird. Allerdings, und das ist der letzten Argumentation entgegenzuhalten, war die Militärgrenze die ganze Zeit hindurch ebenso wie Kroatien und Slawonien ein Bestandteil des Habsburgerreiches und noch unter stärkerer Kontrolle der Wiener (Militär-)Behörden als „Zivilkroatien und -slawonien".

Trotzdem oder gerade deswegen war die Gesellschaft der Krajina anders. Sie funktionierte jahrhundertelang innerhalb eines von militärischen Erfordernissen gelenkten Systems nach völlig anderen Prinzipien als die Gesellschaft in den angrenzenden kroatischen Feudalgebieten und gab ihren „Grenzern" auch eine ganz besondere Identität. Mit der Auflösung des Militärgrenzsystems begann man schließlich damit, diese Unterschiede abzubauen und die militarisierte Gesellschaft der Krajina in einem lange dauernden Prozeß in die sich modernisierende zivile kroatische Gesellschaft zu integrieren. Im jugoslawischen Staat der Zwischenzeit setzte sich diese Entwicklung mehr oder weniger fort, bis es im faschistischen Ustaschastaat zu einem desaströsen Bruch mit dieser Tradition kam. Die Folgen davon bestimmten sehr stark die kommunistischen Jahrzehnte nach 1945 und sind auch noch im heutigen Konflikt sehr stark präsent.

Folgen wir nun etwas detaillierter den hier kurz charakterisierten historischen Entwicklungslinien und -brüchen dieser Gesellschaft in der Krajina, und versuchen wir dadurch, den jetzigen Konflikt seinen historischen „Dimensionen" gegenüberzustellen.

Grenzergesellschaft

Von dominanter Bedeutung für die gesamte gesellschaftliche Entwicklung in Kroatien und in der Krajina war die Jahrhunderte dauernde Grenzsituation zum osmanischen Staat, dessen Expansionsbewegung schließlich mitten in Kroatien zum Stillstand kam. Die Kriege, die bereits um die Mitte des 15. Jahrhunderts das kroatische Gebiet in Mitleidenschaft zu ziehen begannen, waren begleitet von massiven Veränderungen der Gesellschaft. Durch Verschleppung und Flucht wurden riesige Gebiete menschenleer, andere Regionen wiederum wurden von den Flüchtenden dicht besiedelt. In großen Teilen brach die vor den Türkenkriegen bestehende Gesellschafts- und Infrastruktur komplett zusammen, in anderen blieb sie erhalten oder wurde in eine bestimmte Richtung hin umgeformt. In großen Teilen Kroatiens wurde ehemaliges Kulturland wieder zu dichtem Waldgebiet; im nicht von den Türken besetzten Kroatien – das allerdings immer mehr schrumpfte und bald nur mehr als „ostaci ostaka" (dt. „Rest des Rests") bezeichnet wurde – wurden hingegen Wälder gerodet und zu Ackerland gemacht. Diese Türkenkriege beeinflußten über Jahrhunderte hinweg maßgebend die Entwicklung des Landes.

Besonders umfassend waren die Veränderungen in dem Gebiet direkt an der Grenze. Im Verlauf des 16. Jahrhunderts wurde dieses Grenzterritorium, das in weiten Teilen identisch mit der heutigen Krajina war, durch die ständig angreifenden türkischen Armeen und Streifscharen fast völlig entvölkert, die Dörfer und Burgen zerstört. Um diesen verwüsteten Grenzstreifen abzusichern, der das osmanische vom habsburgisch kontrollierten Territorium trennte und der eine ziemlich große Ausdehnung hatte, begann man auf beiden Seiten dieses Grenzgebietes Festungen zu errichten und alles zu unternehmen, um wie-

„Von dominanter Bedeutung für die gesamte gesellschaftliche Entwicklung in Kroatien und in der Krajina war die Jahrhunderte dauernde Grenzsituation zum osmanischen Staat...“

der Siedler zu gewinnen, denn ein unbesiedeltes Territorium war nur schwer zu verteidigen. Auf der habsburgischen Seite dieses Grenzgebietes ging man so vor, daß man den neuen Ansiedlerfamilien freien Grundbesitz und auch völlige persönliche Freiheit zusicherte, dafür hatten sie als Gegenleistung kostenlos Militärdienst im Falle türkischer Angriffe zu leisten. Die versprochenen Privilegien lockten vor allem orthodoxe Vlachenfamilien aus dem Osmanischen Reich an, die durch die türkischen Eroberungszüge aus ihren traditionellen Weidegebieten verdrängt worden waren. Im Laufe des 16., 17. und sogar noch zu Beginn des 18. Jahrhunderts überschritten sie in mehreren Besiedlungswellen, während oder nach größeren kriegerischen Aktivitäten, die Grenze und ließen sich auf der österreichischen Seite des Grenzgebietes nieder. Neben den orthodoxen Vlachen, die damals noch den überwiegenden Teil der Bevölkerung in der sich entwickelnden Militärgrenze stellten, kamen auch die sogenannten Bunjevci, das waren katholische Vlachen, und auch Kroatenfamilien aus dem kroatischen Hinterland sowie aus dem türkisch besetzten Bosnien als Neusiedler in die Krajina.

Dieses militärische Gebiet an der Grenze zum Osmanischen Reich begann sich ab der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts in ein Territorium zu verwandeln, in dem sich eine eigene soziale Ordnung entwickelte. Voraussetzung für die Etablierung dieser neuen Ordnung war, daß der kroatische Adel, der in diesem Gebiet früher Grundherrschaften und Untertanten besessen hatte, von den Militärbehörden und dem Kaiser ausgeschaltet wurde. Das Grenzgebiet wurde dem Zugriff der kroatischen Verwaltung entzogen. Es bestand aus mehreren „Generalaten“ und wurde vom Hofkriegsrat in Graz und später von jenem in Wien verwaltet. Damit waren die Grundlagen für diese von Kroatien separierte Grenzergesellschaft gelegt, und sie sollte mehrere Jahrhunderte Bestand haben.

Da der besoldete Truppenstand – Offiziere und das hauptberufliche Militärpersonal – ziemlich kostspielig war und zahlenmäßig geringgehalten wurde, kam den unbesoldeten Grenzern aus den Dörfern der „Hauptmannschaften“ (mehrere Dörfer wurden zur militärischen Einheit einer Hauptmannschaft zusammengefaßt) innerhalb der militärischen Organisation der Grenze große Bedeutung zu. (...)

Der Militärdienst war eng gebunden an den Grundbesitz, und daher hatte jeder Haushalt Militärdienst zu leisten. Der Militärdienst war allerdings nur der eine Aspekt des Lebens der Familie an der Grenze. Der andere und noch bestimmendere war die Landwirtschaft: (...)

Die Höfe der Grenzerfamilien waren fast ausschließlich auf Selbstversorgung ausgerichtet. Die Art der landwirtschaftlichen Produktion war, verglichen mit anderen Gebieten der Monarchie, alles andere als intensiv, und in vielen Teilen der Grenze herrschte immer wieder bittere Armut. Es hätte zu dieser Zeit in der Militärgrenze auch keinen Markt und keine Abnehmer für eine etwaige Überschußproduktion gegeben.

Vom Grenzbauern zum Berufssoldaten

Als das Osmanische Reich seit der Mitte des 18. Jahrhunderts kaum mehr eine echte Gefahr für die Habsburger Monarchie darstellte und das Militärgrenzterritorium im Verlauf der Türkenkriege durch das Vorschieben der Grenze stark angewachsen war, entstand ein eklatantes Mißverhältnis zwischen der vorhandenen Verteidigungskraft und einer allfälligen Bedrohung. Außerdem erbrachte das Territorium dem Staat keine Einnahmen, vielmehr verursachten die Verwaltungs- und Militärorganisation gar nicht so geringe Ausgaben. Nachdem ein Versuch einer teilweisen Reduzierung der Grenze am Widerstand der Grenzer, die ihre Privilegien nicht aufgeben wollten, scheiterte, entschied sich der Wiener Hof zu einer Eingliederung der Militärgrenzorganisation in die stehende Armee des Reiches und zu einer totalen Militarisierung der Grenze. Das einzige Ziel der Reformen war wie es ein Militärhistoriker und Offizier ausdrückte: „...die weitere militärische einheitliche Entwicklung der Grenz-Länder zu fördern und ein vollkommen abgeschlossenes Soldaten-Land zu schaffen.“ (A. Wrede 1903, *Geschichte der k.u.k. Wehrmacht,* Bd. 5, S. 227)

Dieses Ziel wurde auch erreicht. Die Reformen in den Jahrzehnten um die Mitte des 18. Jahrhunderts führten zu einem enormen Strukturwandel, der alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen in der Militärgrenze betraf. So wurde aus dem bisher seßhaften Grenzer ein Berufssoldat, der – in einer großen Armee dienend – in ganz Europa zum Einsatz kam. Aus dem militärisch verstärkten Grenzgebiet wurde ein Territorium, das zwar weiterhin Sicherungsfunktionen gegenüber dem Osmanischen Reich zu erfüllen hatte, aber nun primär als Versorgungsbasis für einige ständig ausmarschbereite, uniformierte und gutausgerüstete Regimenter diente. Angefangen vom Siebenjährigen Krieg bis zu den Kämpfen bei Solferino kämpften und starben unzählige Soldaten aus der Militärgrenze als „Helden des Kaisers“.

Damit die längere Abwesenheit oder der Tod eines Mannes nicht den Ruin seiner Landwirtschaft und Familie bedeutete, waren die Militärbehörden daran interessiert, die Grenzerhaushalte möglichst groß zu erhalten und das bestehende System der patriarchalen Hausgemeinschaften (Zadruga) durch gesetzliche Maßnahmen noch weiter zu stärken. Sie scheuten dabei nicht zurück, diesem Ziel durch Eingriffe in das Leben der Grenzerfamilien, zum Beispiel dem Verbot von Haushaltsteilungen, näher zu kommen.

Mit der Aufhebung des Feudalsystems in Kroatien 1848 wurde das System der Militärgrenze zunehmend in Frage gestellt, denn mit der Befreiung von den Feudalpflichten an die Grundherren hatte die bäuerliche Bevölkerung in Kroatien jene Rechte bekommen, die die Grenzer aufgrund ihrer privilegierten Stellung schon seit Jahrhunderten genossen hatten. Von den ehemaligen Privilegien blieb außer Steuervorteilen nur mehr wenig übrig. Statt dessen lasteten jedoch die zahllosen militärischen Verpflichtungen auf den Grenzerfamilien. Dazu kam noch, daß ein „Wehrbauernsystem“ im modernen Habsburgerstaat der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmend anachronistisch wurde. 1881 lösten die Wiener Behörden die Militärgrenze endgültig auf, nachdem bereits zehn Jahre zuvor die oberslawonischen Grenzgebiete ausgegliedert worden waren. Die Bevölkerung der kroatisch-slawonischen Militärgrenze, damals ungefähr 700.000 Männer und Frauen, wurde damit ein Teil Kroatiens, dessen Einwohnerzahl dadurch damals von 1,2 auf 1,9 Millionen anstieg. (...)

Das Aus für die „Helden des Kaisers“

Der Integrationsprozeß der Grenzergesellschaft in die zivile Gesellschaft Kroatiens war für die ehemaligen Grenzerfamilien nicht leicht und mit riesigen Problemen verbunden. (...)

Die Unzufriedenheit der Grenzerfamilien über die Veränderungen in ihrer Le-

benswelt führte sehr bald zu Aufständen, die sich vor allem gegen die ungarischen Behörden und ihre Politik richtete, die man für die Verschlechterung der Lebensverhältnisse nach der Vereinigung mit Zivilkroatien verantwortlich machte. (Bis 1881 gehörte die Militärgrenze noch zum österreichischen Reichsteil. Mit ihrer Auflösung kam sie unter die ungarische Verantwortlichkeit, in der ja auch Zivilkroatien lag.) Nach den massiven Aufständen im Jahre 1883, bei denen es auch zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und Aufständischen kam, die auch Tote forderten, kam es auch noch in den 1890er Jahren zu Unruhen in der Krajina. Zu Aufruhrbewegungen kam es sowohl in serbischen als auch in kroatischen Dörfern. Allerdings ging die massivste Gewalt von den serbischen Dörfern aus, die auch die meisten Opfer zu beklagen hatten. So starben bei einem zweitägigen Aufstand in der Region um Petrinja 23 ehemalige Grenzer, und es gab viele Verletzte. Die Motive der Grenzer waren sozialer und wirtschaftlicher Natur und hatten keine antikroatisch-nationale Ausrichtung. Die jahrhundertelange Gemeinsamkeit der serbischen und kroatischen Bevölkerung der Vojna Krajina als „Grenzer des Kaisers" und die gleiche soziale Lage, in der sich die serbischen und kroatischen Familien damals befanden, führten im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts eher zu Solidarität als zu Gegensätzlichkeit. (...) Einer der zentralen Gründe für die elende Situation in vielen Teilen der Krajina war der Zerfall der patriarchalen Hausgemeinschaften (Zadruga), der mit der Auflösung der Militärgrenze einsetzte. Es kam dadurch allmählich zu einer völligen Veränderung der sozialen und familialen Strukturen in den Dörfern und als Folge davon auch zu einer Zersplitterung des bäuerlichen Besitzes. Eine der Ursachen für den Zerfall der Zadruga war die Rechtsumstellung nach der Eingliederung des ehemaligen Grenzterritoriums in das Verwaltungs- und Rechtssystem Zivilkroatiens.

Der Beginn der Konflikte

In den letzten Jahren der Monarchie gestalteten sich die Verhältnisse zwischen den Serben und Kroaten in der Krajina, auch aufgrund der gemeinsamen Opposition der wichtigsten kroatischen und serbischen Parteien in Kroatien gegen die ungarische Politik, recht günstig. Diese Koalition hielt fast bis zum Ende des 1. Weltkrieges. Nach dem Ende des 1. Weltkriegs, in dem kroatische und serbische Soldaten aus Kroatien gemeinsam in der K.u.K.-Armee unter anderem auch gegen Serbien gekämpft hatten (so waren 1914/15 von den 70.000 mobilisierten Soldaten aus den kroatischen Ländern ca. 15.000 kroatische Serben), änderten sich die Rahmenbedingungen für die Beziehungen von Serben und Kroaten in der Krajina bzw. in Kroatien grundlegend.

Seit der Gründung der Südslawischen SHS-Monarchie im Jahre 1918 wurde das politische Leben nunmehr von nationalen Gegensätzen, insbesondere zwischen Serben und Kroaten, beherrscht. Die Parteienlandschaft des SHS-Königreiches gab seit den ersten allgemeinen Wahlen von 1920 ein genaues Spiegelbild der nationalen Verteilung wieder. Der Grund dafür lag in unterschiedlichen Auffassungen darüber, welche Form der neue Staat der „Serben, Kroaten und Slowenen" haben sollte. Während Serbien, das zu den Siegermächten des Weltkriegs gehörte und über eine eigene Armee und eine Staatstradition verfügte, den neuen Staat entweder auf der Basis des Jugoslawismus („eine kroatische Frage existiert nicht: wir alle sind Jugoslawen") unter Belgrader Führung oder durch eine Erweiterung des (groß-)serbischen Staatsverständnisses entwickeln wollte, schwankte die kroatische Öffentlichkeit, von Beginn an durch die Kroatische Bauernpartei Stepan Radics repräsentiert („Das kroatische Volk wird unterdrückt wie nie zuvor"), zwischen einem Föderalismus, der die Gleichberechtigung aller südslawischen Nationen und deren Zusammenarbeit vorsah, und einem separatistischen Staatsmodell, das bis zur völligen Trennung der einzelnen Nationen bzw. historischen Landesteile reichte. Diese grundlegenden Auffassungsunterschiede führten zu einer nationalen Polarisierung und zu enormen innenpolitischen Spannungen zwischen der regierenden serbischen und der oppositionellen, ziemlich unterdrückten kroatischen Linie im ersten Jahrzehnt des SHS-Staates.

Die sich immer wieder zuspitzenden Auseinandersetzungen zwischen den politischen Kräften in Belgrad und Zagreb hatten natürlich auch Auswirkungen auf die nationale Orientierung der Bevölkerung der Krajina. So wandte sich ein Großteil der kroatischen Bevölkerung der Krajina politisch der Kroatischen Bauernpartei zu, während die Mehrheit der serbischen Bewohner der Krajina und Kroatiens von der Selbständigen Demokratischen Partei vertreten wurde, die einen jugoslawisch-integralistischen und zentralistischen Kurs verfolgte. Daneben gab es auf beiden Seiten radikale Gruppierungen, deren Rückhalt in der Bevölkerung allerdings bescheiden blieb. Im ersten Jahrzehnt des SHS-Staates waren die Beziehungen der beiden stärksten politischen Kräfte der Kroaten und Serben in Kroatien äußerst konfliktreich. Diese Periode der großen Spannungen zwischen den politischen Kräften wurde ab 1927 abgelöst von einer Zeit einer eingeschränkten Zusammenarbeit, in der die Kroatische Bauernpartei und die serbische Selbstständige Demokratische Partei, trotz der weiterhin bestehenden großen politischen Auffassungsunterschiede versuchten, miteinander Kompromißlösungen zu finden. Diese Zusammenarbeit wurde auch noch nach 1929, als König Alexander die Verfassung aufhob und Jugoslawien seiner Diktatur unterwarf, bis zum Untergang des jugoslawischen Staates im Jahre 1941 fortgesetzt.

In der Zwischenkriegszeit kam es zu einer klaren nationalen Positionierung der Bevölkerung in der Krajina, die auch in von nationalen Prinzipien getragenen Kulturvereinen, Banken oder Wirtschaftskooperationen ihre Entsprechung fand. Das ging allerdings nicht so weit, daß die Serben der Krajina oder Kroatiens eine Loslösung von Kroatien anstrebten oder eine Autonomie irgendeiner Art forderten. Dazu war das

„Die Reformen in den Jahrzehnten um die Mitte des 18. Jahrhunderts führten zu einem enormen Strukturwandel, der alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen in der Militärgrenze betraf."

Gemeinsamkeitsgefühl in der Krajina aufgrund der jahrhundertealten gemeinsamen gesellschaftlichen und militärischen Entwicklung und Erfahrung im Bewußtsein der Leute noch zu tief verankert. Dieser solidarische Kitt, der die Leute in der Krajina durch die gemeinsame Vergangenheit verband, sollte erst in den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg brüchig werden.

Im sozialen und ökonomischen Bereich brachte die Zwischenkriegszeit den Bewohnern der Krajina einen nur sehr bescheidenen Modernisierungsschub. Zwar gab es rudimentäre Ansätze zur Technisierung der Landwirtschaft, und in den wenigen, kleinen Städten setzten auch erste Industrialisierungstendenzen ein, doch blieb die Krajina ein wirtschaftlich armes, „rückständiges" Gebiet innerhalb Kroatiens. Die ökonomischen Dispositionsmöglichkeiten für die meisten Leute blieben eingeschränkt, und die Arbeit in der Landwirtschaft bildete auch weiterhin die zentrale Wirtschafts- und Erwerbsform. Daneben erlangte aber die Arbeitsmigration und Auswanderung junger Männer nach Mit-

tel- und Westeuropa oder nach Amerika aufgrund wirtschaftlicher Krisensituationen eine zunehmende Bedeutung. (...)

Nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens im April 1941 und der Etablierung des „Unabhängigen Staates Kroatien" von Hitlers Gnaden begann das dunkelste Kapitel

Ustascha und Volksbefreiungskampf

der Geschichte der Krajina. In Berlin hatte man im Rahmen einer „Neuordnung" Europas ein selbständiges Kroatien innerhalb der „Volkstumsgrenzen" beschlossen und den Führer der Kroatischen Bauernpartei, Maxek, als neuen Staatschef auserkoren. Doch als dieser sich der Zusammenarbeit verweigerte, griff die deutsche Führung mangels einer Alternative auf die kleine, aber bedingungslos kollaborationsbereite Ustascha-Gruppe zurück. Gleich nach der Gründung des „Unabhängigen Staates Kroatien" verwirklichten die neuen Machthaber ihr Programm eines serbenfreien Kroatiens, und es kam zur massiven Verfolgung der serbischen Bevölkerung in Kroatien und Bosnien, das von Hitler mit dem „unabhängigen" Kroatien vereint wurde. Bereits nach einigen Monaten berichteten SS-Verwaltungsstellen im ehemaligen Jugoslawien über schreckliche Übergriffe an den Serben in Kroatien, so schreibt SS-Gruppenführer Turner vom deutschen Verwaltungsstab in Serbien:

„Diese Menschen, die in ungezählten Fällen selbst Zeugen der bestialischen Hinmordnung ihrer Angehörigen waren, hatten nichts mehr zu verlieren, konnten, da die Abschiebung auch ohne jede Anmeldung erfolgte, nicht aufgefangen und untergebracht werden und gesellten sich darum zu den Kommunisten in die Wälder und Gebirge. (...) Diese Ermordungen sind hier allgemein bekannt und werden mit Rücksicht darauf, daß das kroatische Gebiet unter dem Schutz des Deutschen Reiches seine Selbständigkeit erlangte, sowie mit Rücksicht darauf, daß die in Kroatien liegende Truppe diese Greueltaten nicht verhinderte, letztlich den Deutschen zur Last gelegt." (Holm Sundhausen 1993, *Das Experiment Jugoslawien*, S. 75) Hunderttausende Serben, viele von ihnen aus der Krajina kommend, wurden schließlich Opfer der Exzesse der Ustascha. Ein großer Teil von ihnen kam im Massenvernichtungslager Jasenovac auf bestialische Weise ums Leben, andere wurden an Ort und Stelle liquidiert oder wurden aus ihrer Heimat vertrieben.

Diese Geschehnisse veränderten die Gesellschaft in der Krajina von Grund auf. Von der nationalen Gemeinsamkeit der kroatischen und serbischen Grenzer in der ehemaligen Militärgrenze blieb im kollektiven Gedächtnis nichts oder nur sehr wenig übrig. Eine neue Realität war entstanden. Trotzdem muß aber betont werden, daß die Serben Kroatiens selbst in den Jahren der Verfolgung von 1941 bis 1944 ihre Zugehörigkeit zu einem nichtfaschistischen Staat Kroatien nicht ablehnten, sondern für ein Kroatien innerhalb der jugoslawischen Gemeinschaft zu kämpfen bereit waren. So gingen die meisten Serben Kroatiens im Widerstand gegen das faschistische Regime dann auch nicht zu den serbischen Tschetniks, sondern zu den kommunistischen Partisanen über. Die kommunistische Führung appellierte im Verlauf des kommunistischen Volksbefreiungskampfes immer wieder an die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes von Kroaten und Serben in Kroatien: „Und gerade jetzt ist es notwendig, daß in diesen schicksalhaften

„Gleich nach der Gründung des 'Unabhängigen Staates Kroatien' verwirklichten die neuen Machthaber ihr Programm eines serbenfreien Kroatiens, und es kam zur massiven Verfolgung der serbischen Bevölkerung in Kroatien und Bosnien, das von Hitler mit dem 'unabhängigen' Kroatien vereint wurde."

Momenten alle Kräfte des kroatischen und serbischen Volkes für den Kampf gegen die faschistischen Okkupatoren und ihre Handlanger und die möglichst rasche Befreiung unserer gemeinsamen Heimat mobilisiert werden. Gemeinsam muß auch gegen die anderen Feinde des Volkes gekämpft werden, gegen die Bündnispartner und Helfer der faschistischen Okkupatoren, die Tschetniks und die verräterische Führung der HSS (Kroatische Bauernpartei)." (Drago Roksandic 1991, *Srbi u Hratskei oder 15. Stolieca do nasih dana*, Zagreb, S. 136)

Die Kriegsjahre waren auf dem Gebiet der Krajina, wo die Partisanen besonders starken Zuspruch hatten und die Kämpfe sehr intensiv geführt wurden, für die Bevölkerung äußerst schwierig und entbehrungsreich. Die militärischen Einheiten, die aus diesem Gebiet kamen, konnten – der alten Militärgrenzertradition folgend – im Kampf gegen den Feind besonderen Ruhm erwerben und wurden später für ihre „Heldenhaftigkeit" vom kommunistischen Regime besonders verehrt. In den Beschreibungen über den Volksbefreiungskampf, dessen Feier ein nationaler Kult im Nachkriegsjugoslawien wurde, schrieb man z.B. über die Kämpfer der ehemaligen Militärgrenzregion Banija in dem von KP-Stellen herausgegebenen, lokal sehr populären „Banjski Kalender": „Die Partisanenverbände der Banija führten besonders ruhmreiche Kämpfe für die Befreiung des Territoriums der Banija... Obwohl die Banija nur sehr klein ist, bot sie für den Volksbefreiungskampf 5 Brigaden und 2 Partisanen auf, es gab ca. 5.325 getötete Kämpfer und doppelt so viele Verletzte, und dazu kamen mehr als 10.500 Opfer des faschistischen Terrors. In diesen Opfern für die Freiheit entstand die unzerstörbare Einheit der Serben und Kroaten in diesem Teil Kroatiens, die dieses Volk immer beschützen und bewahren wird." (*Banjski Kalendar* 1961, S. 77 - 82)

Nach den Wirren des Krieges in den turbulenten Monaten nach Kriegsende, die Vertreibungen und Racheaktionen (unter Organisation oder Billigung durch die KP) zur Folge hatten, trieb die KP unter Tito die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft Jugoslawiens voran. In der Krajina kam es in der Folge des von der KP eingeleiteten Modernisierungsprozesses zu einer Reihe von Entwicklungen, die die traditionelle Gesellschaft radikal verändern sollten: Die Abwanderung in die Zentren und andere Gebiete Jugoslawiens, die Neuansiedlungen, die starke Arbeitsmigration nach West- und Mitteleuropa und eine Änderung der Wirtschaftsgrundlage der Menschen sind nur einige davon.

In der über 40jährigen sozialistischen Zeit wurde in der Krajina von offizieller Seite, die sich auf den „gemeinsamen heroischen Volksbefreiungskrieg" berief, ein Bild der Gemeinsamkeit von Serben und Kroaten in der Krajina geschaffen. Wie die Ereignisse im Zuge des Zusammenbruchs Jugoslawiens in den letzten Jahren gezeigt haben, blieb die obige, aus dem Jahre 1960 stammende KP-Propagandaparole aus dem „Banjski Kalender" von der „unzerstörbaren Einheit der Serben und Kroaten in diesem Teil Kroatiens" eine – für sehr viele Menschen sehr folgenreiche – Fehleinschätzung. ●

Hannes Grandits ist Historiker und arbeitet an einer Dissertation über wirtschaftliche, soziale und lebensweltliche Verhältnisse im Gebiet der ehemaligen Militärgrenzen und in Zivilkroatien.

Dieser Beitrag ist ungekürzt unter dem Titel „Historische Dimensionen des Konflikts" in der Zeitschrift 'Ost-West-Gegeninformationen' (Graz) Nr. 2/95 erschienen.

ANSGAR KLEIN / RUUD KOOPMANS

Boykott & symbolische Politik

Anmerkungen zu der Brent Spar-Kampagne von Greenpeace

Der Shell-Konzern hatte seinen Gegner offensichtlich unterschätzt und das Wissen sträflich ignoriert, das er aus der eigenen PR-Abteilung hätte beziehen können. Die Brent Spar-Kampagne von Greenpeace konnte mit dem Mittel symbolischer Politik den Druck einer europäischen Öffentlichkeit auf den Großkonzern derart verstärken, daß sich die internationale Firmenleitung schließlich zu einem – zumindest vorläufigen – Einlenken gezwungen sah. Damit ist ein Präzedenzfall für die Entsorgung maritimer Erdölförderanlagen entstanden, der für die ganze Branche Bedeutung haben könnte. Der Konzern hatte zuvor mit einer Politik, die kein Kampagnen-Drehbuch hätte besser entwerfen können, genau jene Symbolik mit aktueller Bedeutung aufgeladen, die den Aktionen von Greenpeace konzeptionell zugrunde liegt: Der Umwelt-David gegen den Industrie-Goliath.

In Deutschland haben der Shell-Boykott zahlreicher Autofahrer und dessen politische Unterstützung bis in Kreise der CSU ökonomisch und politisch zum Erfolg der Kampagne beigetragen – Begleiterscheinungen, mit denen Greenpeace in diesen Dimensionen nicht rechnen konnte. Übertragen läßt sich das Erfolgskonzept in seiner Mischung von öffentlicher Inszenierung und Boykott auf andere Politikfelder keineswegs. Armut oder Vertreibung, Asyl oder Arbeitslosigkeit eignen sich kaum zu ähnlich effektvollen medialen Inszenierungen. Der Boykott der Verbraucher, in dem diese ihre Konsumentenmacht gezielt einsetzen, kann als Mittel des Protestes nur dann in größerem Maßstab funktionieren, wenn für die öffentliche Meinung eindeutige Problemverursacher feststehen und die Verbraucher – wie bei der Zapfsäule – ohne Einschränkung ihrer Bedürfnisse zum jeweiligen Konkurrenten überwechseln können.

Für eine Boykott-Euphorie besteht kein Anlaß. Dafür sind die Spielräume politisierbarer Kaufentscheidungen zu gering. Der Vorteil des Boykotts ist der geringe Aufwand auf seiten der Konsumenten – nicht vergleichbar mit den Kosten, die bei der Mobilisierung politischer Protestaktionen ansonsten anfallen würden. Und er erreicht auch Kreise, die sich anderer Protestformen gar nicht erst bedienen würden. Ökonomisch setzen Boykottstrategien jedoch Überflußbedingungen voraus, unter denen die Konsumenten ausweichen und so auf die Anbieter einwirken können. Wäre die Boykottalternative die gewesen, entweder bei Shell oder gar nicht zu tanken, wäre der Boykott sicher nicht zustande gekommen.

Die Risiken einer falsch plazierten Boykottstrategie sind zudem nicht von der Hand zu weisen. Die derzeit weit verbreitete Forderung nach einem Boykott französischer Waren – als Reaktion auf die Pläne des französichen Präsidenten Chirac zur Wiederaufnahme der Atombombentests im Mururoa-Atoll – trifft die Bauern oder andere Anbieter, die die politische Entscheidung gar nicht zu verantworten haben. Bis in die Reihen der Grünen geht mit Recht die Warnung vor negativen Auswirkungen auf das deutsch-französische Verhältnis. Vorhaben wie etwa das der französischen Sozialisten, über ein Volksbegehren die neo-gaullistische Atompolitik Chiracs zu delegitimieren, adressieren und kanalisieren den Protest angemessener.

„Symbolische Politik nimmt nicht nur bei Greenpeace, sondern auch bei zahlreichen professionalisierten Organisationen, die sich aus den neuen sozialen Bewegungen der achtziger Jahre herausgebildet haben, eine immer wichtigere Bedeutung ein."

Doch zurück zur Brent Spar-Kampagne von Greenpeace. Warum hat diese gerade in Deutschland eine derart breite Resonanz in der Öffentlichkeit gefunden? Zunächst spielten dabei die Reaktionen der etablierten Politik in Deutschland eine wichtige Rolle: Wo Politiker aller Parteien Shell massiv kritisierten und sich sogar aktiv an dem Boykott beiteiligten, war es nicht erstaunlich, daß auch die Bevölkerung einen Boykott als notwendiges und legitimes Mittel betrachtete. In Großbritannien dagegen unterstützte die Regierung die Position von Shell völlig und zeigte auch die Opposition kaum Interesse für das Brent Spar-Thema. In den Niederlanden fand Greenpeace zwar im Laufe der Kampagne mehr Unterstützung bei den politischen Parteien, aber diese blieb doch – im Vergleich zu Deutschland – viel beschränkter. Nun war es für die deutschen Politiker auch relativ einfach, sich gegen Shell zu kehren. Anders als andere Nordsee-Anrainerstaaten wie Großbritannien, die Niederlande oder Norwegen hat Deutschland nur sehr wenige Bohrplattformen und bleibt daher auch weitgehend von den finanziellen – und wer weiß, auch ökologischen? – Mehrkosten der Entsorgung an Land verschont. Im Vergleich mit Großbritannien und den Niederlanden spielt außerdem eine Rolle, daß Shell ein britisch-niederländischer Konzern ist. Die Regierungen beider Länder waren vorher über die Entsorgungspläne von Shell informiert und haben sie entweder aktiv unterstützt (Großbritannien) oder passiv gebilligt (Niederlande). Schließlich dürfte die Heftigkeit der Reaktionen deutscher Politiker auch damit zu tun haben, daß es innerhalb der EU kaum zwei Länder gibt, die, nicht zuletzt in der Umweltpolitk, so unterschiedliche Positionen vertreten wie Großbritannien und Deutschland. Daß dadurch entstandene Irritationen über „the dirty man of Europe" durchaus eine Rolle gespielt haben können, zeigt sich im Vergleich mit den eher zögernden und vorsichtigen Reaktionen auf die Wiederaufnahme der Atomversuche durch Frankreich, Deutschlands wichtigstem Partner in Europa.

Aber natürlich hätten deutsche Politiker die Greenpeace-Kampagne nicht so massiv unterstützt, wenn sie nicht geahnt hätten, daß sie damit die Symphatie ihrer Wähler gewinnen könnten. Angesichts des im internationalen Vergleich hohen Umweltbewußtseins in Deutschland, ist es für deutsche Politiker besonders wichtig, sich als umweltfreundlich darzustellen. Und was

eignet sich dafür besser als eine eindeutige Stellungnahme bei einem Thema, bei dem deutsche Politiker nicht in schwierige Abwägungsfragen verwickelt werden und die Kosten der angeblich umweltfreundlichsten Lösung von anderen getragen werden müssen. In diesem Licht darf es nicht wundern, daß gerade Parteien, die, wenn es um Umweltpolitik in Deutschland geht, keinen besonders umweltfreundlichen Ruf haben, sich jetzt an die Spitze einer populären Boykottbewegung gestellt haben.

Daß die Greenpeace-Kampagne bei der deutschen Bevölkerung eine empfindliche Seite berührte, kann nicht nur mit dem hohen Umweltbewußtsein erklärt werden. Dieses Bewußtsein ist nämlich, wie immer, durchaus selektiv. Wenn es zum Beispiel um die Einschränkung des Autoverkehrs (Tempolimit) geht, gehören die Deutschen bestimmt nicht zur Umwelt-Avantgarde. Gerade das Thema Müllentsorgung aber ist im deutschen Umweltbewußtsein stark verankert, und spielt – im Unterschied zu vielen anderen Umweltthemen – auch in der Alltagspraxis eine wichtige Rolle. In keinem anderen europäischen Land sind die getrennte Entsorgung von verschiedenen Müllsorten und das Recycling von Materialien wie Papier, Glas und Verpackungen so weit fortgeschritten wie in Deutschland. Da es für deutsche Bürger mittlerweile selbstverständlich ist, ihren Müll täglich penibel über verschiedene Mülleimer zu verteilen, konnte das Versenken von Tonnen von Stahl und Giftmüll nur als ein Affront erscheinen.

Ein letzter und vielleicht ausschlaggebender, aber bislang in den verschiedenen Konfliktanalysen kaum beachteter Grund für die Intensität der Brent Spar-Kampagne in Deutschland liegt auf einer relativ banalen Ebene, nämlich der von Strategie und Organisation von Greenpeace Deutschland. Als Greenpeace International im Mai 1995 beschloß, die Versenkung der Bohrplattform zu thematisieren, wurde Deutschland als Schwerpunkt der Boykottaktion ausgewählt. Die – oben angedeuteten – zu erwartenden positiven Reaktionen in der Bevölkerung dürften ein Grund gewesen sein. Zudem ist Greenpeace Deutschland die weltweit stärkste Abteilung der internationalen Organisation. Entscheidend aber war, daß Greenpeace nur in Deutschland in 80 Städten über lokale Gruppen von aktiven Mitgliedern verfügt, während die Organisation in anderen Ländern alleine auf ihre relativ wenigen bezahlten Aktivisten angewiesen ist. Die deutsche Organisation war hingegen vergleichsweise schnell in der Lage, eine auch lokal unterstützte und so flächendeckende Boykottkampagne auf die Beine zu stellen. Auf die historischen Gründe für diese Besonderheit der deutschen Organisationsstruktur von Greenpeace werden wir später noch gesondert eingehen. Zuvor sollen die medialen Voraussetzungen erfolgreicher Kampagnenorientierung diskutiert werden.

Ohne eine medial inszenierte symbolische Politik wäre der Boykott der Autofahrer nicht zustande gekommen. Die professionelle Politikinszenierung ist, das Beispiel Greenpeace lehrt es, ein wirkungsvolles Instrument, das Politik und Wirtschaft – die dieses Mittel ansonsten selber sehr effektiv einzusetzen verstehen – unter Druck zu setzen vermag. Doch symbolische Politik ist ein zweischneidiges Schwert. Das scheinbar symbiotische Verhältnis von Massenmedien und Greenpeace setzt die Anpassung von Greenpeace an die Selektionskriterien der elektronischen Kommunikation voraus. Es handelt sich um eine asymmetrische Kooperationsstruktur von Greenpeace und den Medien, bei der die Medien den Rahmen festlegen. Nur in der richtigen Mischung der Aktionsformen kann Greenpeace den Spagat produktiv einsetzen und die Erfolge der symbolischen Politik für weniger spektakuläre, forschungsintensive oder verhandlungssensible Projekte nutzen.

Das Ereignismanagement verlangt schnelle Entscheidungen. Professionalisierte Öffentlichkeitsarbeit ist die unabdingbare Voraussetzung des von Medienresonanz abhängigen Erfolgs. Die Akteure symbolischer Politik müssen sich auf Visualisierung und Dramatisierung einlassen. An Stelle komplexer Zusammenhänge kommt es auf Vereinfachung und Zuspitzung an. Symbolische Politik und diskursive Argumentation müssen sich freilich nicht ausschließen. So muß die Kampagnenkonzentration auf die Frage der Versenkung von Ölplattformen nicht zwangsläufig ablenken von der Aufmerksamkeit der alltäglichen Nordseeverschmutzung durch die Ölindustrie. Sie kann auch für diese Probleme sensibilisieren. Dies ist dann aber auch abhängig von der Kampagnen-Nachbereitung. (Vgl. in diesem Zusammenhang: Wolf Wichmann, Brent Spar oder der vergessene Alltag der Nordseeverschmutzung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8/1995: 956 - 962.)

Darauf hat schon Murray Edelman mit seiner Unterscheidung von Verweisungs- und Verdichtungssymbolen hingewiesen: Verweisungssymbole ermöglichen demzufolge den diskursiven Anschluß. Aber die

Werbung der Firma „1 & 1 Direkt“

Eigendynamik symbolischer Politik darf nicht unterschätzt werden. Die Anforderungen der Visualisierung begrenzen das mögliche Themenspektrum und bergen das Risiko eines „essentialistischen Trugschlusses", wonach der Bildgehalt der Darstellung für die Repräsentation der Realität gehalten wird. „Es entsteht eine politische Repräsentationsästhetik, die Entpolitisierung und Irreführung zur Folge hat, weil sie das Gegenteil des Politischen bewirkt, nämlich die diskursive Verständigung aller über das, was allen gemeinsam ist, systematisch unterläuft". (Thomas Meyer: „Repräsentativästhetik und politische Kultur", in: Ansgar Klein u.a. (Hrsg): *Kunst, Symbolik und Politik*, Opladen 1995: 322.)

„Übertragen läßt sich das Erfolgskonzept in seiner Mischung von öffentlicher Inszenierung und Boykott auf andere Politikfelder keineswegs. Armut oder Vertreibung, Asyl oder Arbeitslosigkeit eignen sich kaum zu ähnlich effektvollen medialen Inszenierungen."

Symbolische Politik als zentrales Instrument politischer Öffentlichkeitsarbeit nimmt nicht nur bei Greenpeace, sondern auch bei zahlreichen professionalisierten Organisationen, die sich aus den neuen sozialen Bewegungen der achtziger Jahre herausgebildet haben, eine immer wichtigere Bedeutung ein. Sie reagieren damit nicht nur auf das gestiegene Gewicht der Medien im politischen Prozeß, sondern auch auf die Schwierigkeiten der neuen sozialen Bewegungen, ihre Anhänger andauernd zu mobilisieren. Die Gewichte haben sich von Gegenöffentlichkeit/Alternativmedien und inszenierten Protesten von Bewegungsakteuren längst in Richtung professioneller Kooperation mit den Medien verschoben. Es scheint, daß in diesem Prozeß die Binnenkommunikation der Ökologiebewegung – wie die anderer Bewegungsnetzwerke – rückläufig ist. Muster politischer Stellvertretung haben sich auch in den Feldern etabliert, die von den neuen sozialen Bewegungen abgesteckt worden waren. Sicherlich: Die Orientierung professioneller Medienarbeit an den Kommunikationserfordernissen der politischen Öffentlichkeit ist notwendig. Wenn darüber allerdings die nach wie vor notwendige Binnenkommunikation in den Bewegungsnetzwerken erstarrt und brach liegt, kann die Wirkung für Akteure politischer Protestmobilisierung fatal sein.

Greenpeace als Organisation hat sich diesem Spannungsfeld schon seit seiner Gründung durch die Konzentration auf professionelles Kampagnenmanagement zu entziehen versucht – zweifellos auch eine Voraussetzung des bisherigen Erfolgs dieser Organisation. Auf der anderen Seite war – gerade auch in Deutschland – die Einbindung einzelner Mitglieder und lokaler Gruppen in die Arbeit der hierarchisch aufgebauten, effektivitätsorientierten Organisation ein Dauerthema interner Konflikte. Schon im Jahre 1982 war es zu einer Abspaltung gekommen, als frustrierte Mitglieder Greenpeace verließen und die Konkurrenzorganisation Robin Wood gründeten. Robin Wood arbeitet mit ähnlichen Aktionsformen, hat aber eine mehr dezentralisierte Organisationsstruktur. Vor dem Hintergrund dieser früheren Konflikte, aber auch angesichts der Tatsache, daß Greenpeace Deutschland in einem Feld operiert, in dem durch die Bürgerinitiativbewegung Dezentralität und lokale Beteiligung zu Standardmustern ökologischer Mobilisierung geworden waren, läßt sich erklären, warum Greenpeace in Deutschland eine Organisationsstruktur mit lokalen Gruppen gewählt hat, die etwas mehr dem klassischen Bild einer neuen sozialen Bewegung entspricht. Die Kompetenzen der lokalen Gruppen sind freilich bei Entscheidungen auf nationaler Ebene gering geblieben und die Frage ihrer Einbindung in die Arbeit der Organisation war in den letzten Jahren strittig (und Gegenstand mehrerer professioneller Organisationsberatungen). Gerade die Abweichung von dem international bei Greenpeace üblichen Hyperzentralismus hat sich bei der Brent Spar-Kampagne als außergewöhnlich effektiv und erfolgreich erwiesen. Vielleicht könnte dies ja auch bei Greenpeace International ein Grund sein, die eigene Organisationsstruktur zu überdenken.

Diese Überlegungen führen abschließend zu grundsätzlichen Fragen bezüglich des Verhältnisses von Erfordernissen der Binnenkommunikation in neuen sozialen Bewegungen und denen der Außendarstellung wie Kampagnenorientierung professionalisierter Bewegungsorganisationen. Nur Binnenkommunikation, so unlängst Ottfried Jarren auf einer Berliner Tagung zu „Medien und soziale Bewegungen", erzeugt in sozialen Bewegungen Selbstlegitimation, Koordination und eine für Protestartikulation notwendige Klärung gemeinsamer Interessen, Orientierungen und Situationsdeutungen. Ohne das verzweigte Kommunikationsnetzwerk der Ökologiebewegung und die darauf aufbauenden Thematisierungserfolge wäre Greenpeace nicht zu der heute so erfolgreichen Organisation geworden. Aktionen und Interaktionen vor Ort bleiben Voraussetzungen medialer Transferleistungen. Kann eine professionalisierte Ökologiebewegung mittlerweile – unter Bedingungen einer Themendiffusion der Ökologiebewegung in die Massenmedien und eines breiten Wertewandels – auf den Resonanzboden der ökologischen Netzwerke verzichten? ●

Ansgar Klein ist Mitherausgeber und Redakteur des „Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen". Ruud Koopmans ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegung" des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB).

ami

Wer liest schon hundert Zeitungen? Und wer tut sich Bundeswehrpostillen ebenso an wie Fachblätter der Rüstungsindustrie und die wissenschaftlichen Studien der Friedensforschung?

Wir.

Die ami berichtet monatlich über Krieg und Frieden, Rüstungswirtschaft, Militärbündnisse, Gewaltapparat, Waffentechnik, Beschaffung, Ideologie, Waffenhandel, Friedensforschung, Friedensbewegung und Rechtsprechung. Mit thematischer Gliederung und ausführlichem Jahresregister. Und dann sind da unsere

Themenhefte:

Medien und Krieg (6/95)
Non-Proliferation (12/94)
Wehrpflicht - Dienstpflicht - Zivildienst (10/94)
Frauen gegen Krieg und Militär (6/94)
Umrüstung in Europa (12/93)
Militarismus und Rechtsextremismus (10/93)
(ältere Hefte auf Anfrage)

Jahresabo DM 43,-; Schnupperabo (zwei Normalhefte, ein Themenheft) DM 10,- (incl. Porto). Themenheft 4,50; Normalheft DM 3,- (plus Porto). Probeheft gratis. Bezug: Elßholzstr. 11, D-10781 Berlin, Tel./Fax: (030) 215 1035, E-Mail: ami@zedat.fu-berlin.de, World. Wide Web: fub46.zedat.fu-berlin.de:8080/~arend/ami.html

antimilitarismus information seit 1971

INGRID RÖDER

Öko-nationalistischer Einkaufskorb

Zum Boykott französischer Waren

Mit dem Boykott französischer Waren wollen Teile der bundesdeutschen Grünen, die DFG/VK, der BUND und einige Umwelt- und Friedensgruppen gegen die von Frankreich geplanten Atomtests protestieren. Die deutsche Sektion der „Internationalen Vereinigung der Ärzte gegen den Atomkrieg" ruft bundesweit zum Boykott auf. Der Direktor der dänischen Spar-Lebensmittelkette will französische Waren aus den Regalen entfernen. Die kommunistische Gewerkschaft CGT, die zwar nach wie vor hinter dem französischen Atomprogramm steht, liebäugelt ebenfalls mit einem Boykott. Gestrichen werden sollen von den bundesdeutschen Einkaufslisten alle in Frankreich hergestellten Waren, ob nun Käse oder Wein, Autos oder die neueste Pariser Mode. Damit soll Druck auf die französische Regierung ausgeübt werden.

Der Boykottaufruf greift eine Aktionsform auf, die in den achtziger Jahren insbesondere von 3. Welt- und Internationalismusgruppen in Westeuropa und den USA praktiziert wurde. Der Boykott gegen den Schweizer Lebensmittelmulti Nestle wegen seiner aggressiven Werbung für Babymilchpulver in Ländern der 3. Welt oder der Warenboykott gegenüber Südafrika werden als erfolgreiche Beispiele erwähnt. Nestlé mußte seine Werbepraktiken, die Mütter vom Stillen abhielten und letztlich zum Tod vieler Kleinkinder führten, ändern und die Apartheid in Südafrika verschwand auch. Diese Erfolge werden als Beleg dafür angeführt, daß der einzelne Verbraucher ohne viel Aufwand etwas tun kann. Der Tourismusboykott gegenüber der Türkei läßt sich als aktuelles Beispiel für diese Politikform nennen.

Die Attraktivität dieser verbraucherfreundlichen Aktionsform besteht darin, daß alle mitmachen können und daß dem Verbraucher aufgrund der in Hülle und Fülle angebotenen Ersatz-Produkte kein Nachteil entsteht. Der mündige Bürger tritt in den öffentlichen Raum und macht Politik mit dem Einkaufskorb.

Wenn aber die Analyse der herrschenden Verhältnisse fehlt, wenn die Politik sich auf den Einkaufskorb beschränkt, dann heißt es nur noch: Was kann ich tun, denn ich will nicht Nichts tun.

Zwei Unterschiede bestehen zwischen den vorgestellten und den aktuellen Boykottaufrufen. Entweder gibt es Aufrufe von politischen und sozialen Organisationen aus den betroffenen Ländern selber, zum Beispiel der ANC und Kirchen im Südafrika der achtziger Jahre und der Türkei heute. Oder der Boykott richtet sich gegen einen abgegrenzten Wirtschaftsbereich, z.B. Nestlé- und Tourismusboykott. Für den Tourismussektor in der Türkei läßt sich nachweisen, daß dort erwirtschaftete Deviseneinnahmen in den Krieg gegen die Kurden fließen. Die bisherigen Boykottaufrufe zielten also direkt auf die Verursacher, entweder ein System wie das der Apartheid oder einen einzelnen Wirtschaftsbereich.

Genau dies fehlt aber beim aktuellen Aufruf, französische Waren zu boykottieren. Im Visier steht nicht die französische Regierung als nachweislich Handelnde, sondern er trifft pauschal alle, die in Frankreich leben. Auffallend auch, daß es in Frankreich keine breite Bewegung von politischen und sozialen Organisationen gibt, die zum Boykott aufruft. Die Glaubwürdigkeit der CGT-Position, die als Pro-Atom-Gewerkschaft bekannt ist, ist nicht sonderlich hoch. Die „Aktion 3. Welt Saar" und die französische Rockgruppe „Tutti Futti" haben in einer gemeinsamen Erklärung den Befürwortern des Boykotts wegen dieser Pauschalisierung Öko-Nationalismus vorgeworfen. Die französischen Grünen (Les Verts) rufen zu einem Boykott der Täter auf. Konkret nennen sie in Diskussionen Aktionen gegen französische Militäreinrichtungen, die Weigerung, Atomstrom abzunehmen und den Boykott gegen Firmen, die am Atomprogramm mitarbeiten.

Jo Nousse von „Tutti Futti" befürchtet einen Rückgriff auf Feindbilder der Vergangenheit, sobald in französischen Zeitungen die ersten Kommentare über die unerwünschte nationalistisch motivierte Einmischung der Preußen jenseits des Rheins auftauchen. Die Ausgabe der „Bild am Sonntag" vom 23. Juli 1995 machte es

Tourismusboykott

schon vor, ließ verschiedene Verbraucher ihre grundsätzliche Bereitschaft zum Boykott französischer Waren betonen und schlug vor, statt der geächteten französischen Produkte nun deutsche zu kaufen.

„So sehr der Boykottaufruf das Gewissen beruhigt und das Gefühl von Aktivität vermittelt: er übertüncht, daß Frankreich beileibe nicht der einzige Nationalstaat ist, der seine ökonomischen Interessen mit militärischen Mitteln durchsetzt und dabei über Leichen geht."

Die Debatte um die geplanten Atomtests Frankreichs ist geprägt von einer einseitigen Betroffenheit, die sich pauschal gegen alles Französische richtet und die deutsche Atom-Mafia vergißt, die im übrigen bestens mit der französischen zusammenarbeitet. Nicht umsonst greift die bundesdeutsche Atomlobby das Angebot Frankreichs gierig auf, die „Schutzfunktion" der französischen „force de frappe" auch auf die BRD auszudehnen. Das Streben der BRD nach der Atombombe ist so alt wie die Bundeswehr, zur Not auch über den Umweg Frankreich.

Dabei ist das Angebot mehr als ein plumpes Ablenkungsmanöver von den massiven Protesten gegen die geplanten Atombombentests. Das im Vergleich zur BRD ökonomisch schwächere Frankreich könnte dieses Defizit zumindest teilweise kompensieren, indem es seine Verfügungsgewalt über die Atombombe in die Waagschale wirft. Und die ökonomischen und politischen Eliten der BRD wären dem alten Traum vom Griff nach der Atombombe ein gutes Stück näher gerückt.

Konsequenterweise müßten die Befürworter des pauschalen Boykotts auch dafür eintreten, deutsche Waren zu boykottieren.

So sehr der Boykottaufruf das Gewissen beruhigt und das Gefühl von Aktivität vermittelt: er übertüncht, daß Frankreich beileibe nicht der einzige Nationalstaat ist, der seine ökonomischen Interessen mit militärischen Mitteln durchsetzt und dabei über Leichen geht. In der Bundesrepublik Deutschland spricht das Verteidigungsministerium offen davon, die Bundeswehr zur Wahrung deutscher Sicherheitsinteressen, zur „Aufrechterhaltung des freien Welthandels" und zur Sicherung des „Zugangs zu strategischen Rohstoffen" einzusetzen. Unter diesem Blickwinkel macht dann auch der indirekte Zugriff auf die französische „force de frappe" Sinn. Seit dem 30. Juni '95 dürfen deutsche Soldaten wieder an Kriegseinsätzen teilnehmen und dies auch außerhalb des NATO-Gebietes. Nicht die Landesverteidigung, sondern die Durchsetzung der Neuen Weltordnung ist Hauptaufgabe der Bundeswehr. Notwendig für solche Einsätze ist der von vielen Umwelt- und Friedenssgruppen über den BUND bis hin zu den großen Volksparteien reichende gesellschaftliche Konsens, der die Welt als 'Eine Welt', als unsere unteilbare Umwelt definiert, eine Welt, in der es kein Oben und Unten gibt. Die u.a. von Ulrich Menzel und Walter Midler geforderte Freuhandschaft des Nordens über den Süden entwickelt sich zur ideologischen Legitimation für militärische Einsätze. Genau diese Politik der Herrschaft des Nordens mit militärischen Mitteln über den Süden – wird in der stark emotional geführten Diskussion über die angekündigten Atombombentests aber nicht in Frage gestellt. Dazu paßt es, daß die direkt betroffenen Menschen in den französischen Kolonien in der Nachbarschaft des unbewohnten Muroroa in der Debatte bestenfalls als folkloristische Kulisse auftauchen. Die weißen Helden der Story (Greenpeace) werden von 'fröhlichen Insulanern' mit Blumen empfangen – Bilder, die das Klischee des Urlaubsparadieses in der Südsee beschwören. Dieses Paradies ist nun in Gefahr. Von dem jahrelangen Widerstand der Menschen dort gegen die französische Kolonialherrschaft und die Atomtests wird bestenfalls am Rande berichtet. Es geht um „unsere" Umwelt im reichen Norden. Und exakt dafür engagieren sich konsumbewußte deutsche und andere Verbraucher-Innen. Hier wird das Primat der Ökologie ohne jegliche soziale Bezüge propagiert. ●

Ingrid Röder ist Mitarbeiterin der AKTION 3. WELT Saar und des Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen.

WIDER ★ SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Sicher ist sicher: Vom 'Modell Deutschland' zur 'Deutschland AG'

Bauman: Identitätsprobleme in der Postmoderne ● *Hirsch:* Globalisierung des Kapitals und die Transformation des „Sicherheitsstaats" ● *Dangschat:* „Soziale Brennpunkte" – ein ehrlicher Begriff für die bürgerliche Hilflosigkeit ● *Weichert:* Die informationelle Verortung der Nicht-Deutschen als Risiko ● *Hesse:* Der Einzelne als Objekt staatlicher Schutzpolitik ● *Beste / Braum:* Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit? ● *Thiel:* Private Sicherheit und die Vermarktung sozialer Konflikte ● *Lindenberg:* Inhaftierung pur. Anmerkungen zum Sicherheitsversprechen der Gefängnisindustrie ● *Schmidt-Semisch:* Kriminalprävention und Ästhetik. Plädoyer für die Abschaffung der Handtasche ● *Forum* ● *Magazin*

Heft 55, 124 Seiten, DM 16,–

Umbau des Sozialstaats – Treffen der Generationen

Weinert: Wer hat, der hat... Reichtum in Deutschland ● *Busch-Geertsema:* Wohnungsnot im Wohnungswohlstand ● *Bäcker / Steffen:* Die Negativsteuer – »Aussteigerprämie« oder »Lohnarbeitspeitsche«? ● *Schaarschuch:* Spaltung der Gesellschaft und soziale Bürgerrechte ● *Völker:* Let's Talk About ... What? Armut!? Sozialhilfe!? ● *Dietz:* Anmerkungen zum Pflegeversicherungsgesetz – Pflegeverunsicherung oder pflegepolitische Hoffnung? ● *Jürgens:* Thesenpapier zur Pflegeversicherung ● *Freyberg:* Im Irrgarten von Macht und Moral – Auf der Suche nach einer neuen Sozialethik ● Gipser: Italienische Verhältnisse – eine Schule für alle ● Forum ● Magazin

Heft 54, 120 Seiten, DM 16,–

UNSER KENNENLERNANGEBOT: Schicken Sie uns einen 20,- DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte.

BEZUGSBEDINGUNGEN: Jährlich 4 Hefte, Jahresabo W: 63,- DM, Einzelheft 16,- DM, O: 40,- DM, Einzelheft 10,- DM, StudentInnenabo 40,- DM

Verlag 2000,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach

ULRICH BRAND

Projektionen nicht erliegen

Interview mit Mitgliedern des Dritte Welt Hauses Frankfurt/M.

Angesichts der scheinbar immer enger werdenden politischen Handlungsmöglichkeiten aufgrund der weltpolitischen Veränderungen der letzten Jahre und dem allerorten konstatierten Wegbrechen sozialer Bewegungen, fragte die *links* genauer nach, wie politische Arbeit bei internationalistischen Gruppen aussieht. An dem Interview im Frankfurter Dritte Welt Haus nahmen Tülin Gül (Vorstand des Dritte Welt Hauses), Mehment Köksal (Verein der Arbeiter aus der Türkei), Friederike Lindenberg (Gruppe gegen Abschiebung), Peter Maleck (Nicaragua-Komittee) und Matthias Proske (El Salvador-Komittee) teil.

Das „3. Welt"-Haus ist ein seit vielen Jahren bestehender Verein, der sich einerseits für entwicklungspolitische Bildungsarbeit einsetzt und Solidarität mit Befreiungsbewegungen der sog. „Dritten Welt" übt. Andererseits sind wir ein offenes Zentrum, in dem sich MigrantInnen und Deutsche treffen. Zur Zeit wird das Haus von ca. 100 Mitgliedern getragen. Unser Konzept ist ein selbstorganisiertes, parteipolitisch und finanziell unabhängiges Zentrum. Zahlreiche Veranstaltungen haben im vergangenen Jahr im „3. Welt"-Haus stattgefunden, beispielsweise zum Krieg in Ex-Jugoslawien, zur Situation in Chiapas, Mexiko, eine einwöchige Werkstatt zum Thema Straßenkinder im Rahmen der Stadtschulwoche, ein Deutschkurs für MigrantInnen, um nur einige zu nennen. Darüber hinaus hat das „3. Welt"-Haus eine Reihe von meist antirassistischen Aktionen mitgetragen und unterstützt. Besonders öffentlichkeitswirksam war der Aktionstag gegen Abschiebungen am Offenbacher Abschiebegefängnis und am Rhein-Main-Flughafen aus Anlaß des internationalen Tags der Menschenrechte.

Aktive Gruppen im Dritte Welt Haus sind derzeit: der türkische Verein Sila-Zentrum, der Verein der Arbeiter aus der Türkei, der iranische Flüchtlingsrat, ein Deutschkurs für ausländische Frauen, ein deutsch-somalischer Freundschaftsverein, die afrikanische Basisgemeinde Celestial Church, die Exilorganisation Imaziren von Berbern aus dem Maghreb, der Arbeitskreis Afrika, die MedizinerInnengruppe Gegengift, der Arbeitskreis gegen Atomanlagen, die Gruppe gegen Abschiebung, das Nicaragua-Komitee, das Guetemala-Komitee, das El Salvador-Komitee und die Mexiko-Gruppe Frankfurt/M., die Kaffeekampagne El Salvador, die Cuba-Gruppe, die MIZ (= Medien- und Informationszentrum)-Guppe.

Gibt es ein gemeinsames politisches Selbstverständnis der Gruppen im Dritte Welt Haus?

Matthias: Es arbeiten einzelne Gruppen hier im Haus, aber es besteht ein Zusammenschluß über den Vorstand und den Hausrat, wo auch gemeinsame Diskussionen laufen. Manchmal gibt es gemeinsame Aktionen und Projekte, um verschiedene Leute zusammenzubringen, wie ein antirassistischer Tag im letzten Jahr oder die gemeinsame Teilnahme bei der Tag X-Demo in Bonn im Mai 1993. Aber von einem expliziten gemeinsamen politischen Selbstverständnis würde ich nicht reden. Dies muß zu konkreten Fragen immer wieder neu hergestellt werden. Natürlich dauert dies bei einem politischen Projekt, das sich aus verschiedenen Gruppen zusammensetzt, einfach seine Zeit.

Verstehen sich die Gruppen eher dahingehend, daß sie mit Kampagnen hierzulande aktiv werden oder gibt es auch Projekte in anderen Ländern.

Mehmet: Wir machen Veranstaltungen über die Situation in der Türkei; unser erster Bezugspunkt sind die Migranten aus der Türkei und die Öffentlichkeit hier.

Friederike: Damals gab es von der Guatemala-Gruppe aus konkrete Unterstützung für die selbstorganisierte Rückkehr der guatemaltekischen Flüchtlinge aus ihrem 10jährigen Exil. Das schloß Delegationen und Öffentlichkeitsarbeit mit ein. Das geschah mit einer festen Anbindung an das Haus, indem zum Beispiel die Vor- und Nachbereitung hier stattfand.

Peter: Wir haben in unserer Gruppe frühzeitig entschieden, daß wir keine Projekte in Nicaragua unterstützen. Das beliebte Spielchen „unsere" Schule, „unser" Brunnen, „unser" Kindergarten, was in der Nicaragua-Solidarität ziemlich ausgeprägt ist, das haben wir nicht gemacht. Finanzmittel sind daher nie so umfangreich geflossen und waren auch nie wichtig. In diesem Sinne ist das von Anfang an als politische Arbeit in der BRD verstanden worden, vor allem als wir aufgezeigt haben, wer hier in der BRD die Contras unterstützte. Natürlich war die Arbeit abhängig von den Entwicklungen in Nicaragua und ist teilweise den Bedürfnissen und Taktiken des FSLN nachgeordnet worden.

Was ist die persönliche Motivation hier in den einzelnen Gruppen mitzuarbeiten?

Mehment: Als türkischer Migrant und Arbeiter geht es mir darum, hier für ein besseres Leben zu sorgen und außerdem, daß Menschen verschiedener Nationalitäten zusammenarbeiten und international solidarisch sind.

Peter: Wir haben erst nach dem Sieg der sandinistischen Revolution mit der internationalen Solidarität angefangen, wobei damals zwei Motivationen zentral waren. Das eine war so etwas wie antiimperialistische Solidarität, um die Revolution gegen den US-Aggression zu unterstützen. Bei mir kommt im Prinzip ein historischer Zufall dazu. Die Revolution fiel biographisch eben sozusagen in meine Zeit. Aber was wichtiger ist: Mit Nicaragua wurde damals die Hoffnung auf den Aufbau einer anderen Gesellschaft verbunden. So ging es einer ganzen Reihe von Leuten. Dann hat man mit internationaler Solidarität angefangen und nicht mehr aufgehört.

Wie drücken sich hier im Dritte Welt Haus die Umbrüche der 80er Jahre in der Bereitschaft mitzuarbeiten aus? Sind weniger oder mehr Leute aktiv, haben sich die Tätigkeitsfelder und die Ansprüche an politische Arbeit verändert?

Tülin: Die Anzahl der Mitglieder hat zugenommen. Ob das für die Aktiven zutrifft, ist schwer zu sagen. Ich würde ca. 50 aktive Leuten in den einzelnen Gruppen schätzen, die auch ansprechbar für Arbeit sind. Diese Zahl ist in den letzten Jahren konstant geblieben.

Peter: Bei uns im Nica-Komitee waren es in den Hochzeiten um die zwanzig Mitglieder, heute sind es nur noch sieben. Zum einen hat sich ein Teil der Leute andere Aktionsfelder gesucht, die mehr mit „Innenpolitik" zu tun haben, wenn man das so trennen kann. Zum anderen hängt das von „Konjunkturen" ab, wo dann in andere Themenbereichen eingestiegen wurde. Außerdem, das muß man ganz klar sehen, sind die Leute nicht mehr Anfang 20, sondern Ende 20 und vielfach keine Studenten mehr. Die Leute gehen arbeiten.

Matthias: Im El Salvador-Komitee ist die Anzahl der Leute, die regelmäßig mitarbeiten, mit 12 oder 13 gleichgeblieben. Gründe für den Ausstieg sind meist privater Natur, weil sie arbeiten oder andere Verpflichtungen haben, oder aber die Hinwendung zu anderen Themen. Was jedoch wichtiger ist: die Leute, die neu kommen, sind schon politisiert und um die 25 Jahre und älter. Sie wissen zu El Salvador Bescheid und sind z.B. arbeitsbedingt nach Frankfurt gekommen. Aber seit 1989, seitdem ich dabei bin, ist niemand dazugekommen, der oder die im Komitee politisiert wurde.

Mehmet: Der Wegfall der Sowjetunion hat sich bei uns negativ auf die linke Szene ausgewirkt. In unserer Gruppe sind Mitglieder teilweise weggeblieben, aber es kamen andere und jüngere Leute dazu, die sehen, daß die Probleme durch den Wegfall der Sowjetunion nicht weniger geworden sind. Den Verein gibt es seit 1972, der Höhepunkt war nach dem Militärputsch in der Türkei 1980. In den letzten Jahren geht die Mitarbeit seit dem Wegfall der Sowjetunion und der sog. Demokratisierung in der Türkei zurück. In unserem Verein gibt es insgesamt in letzter Zeit mehr Leute.

Was macht ihr konkret?

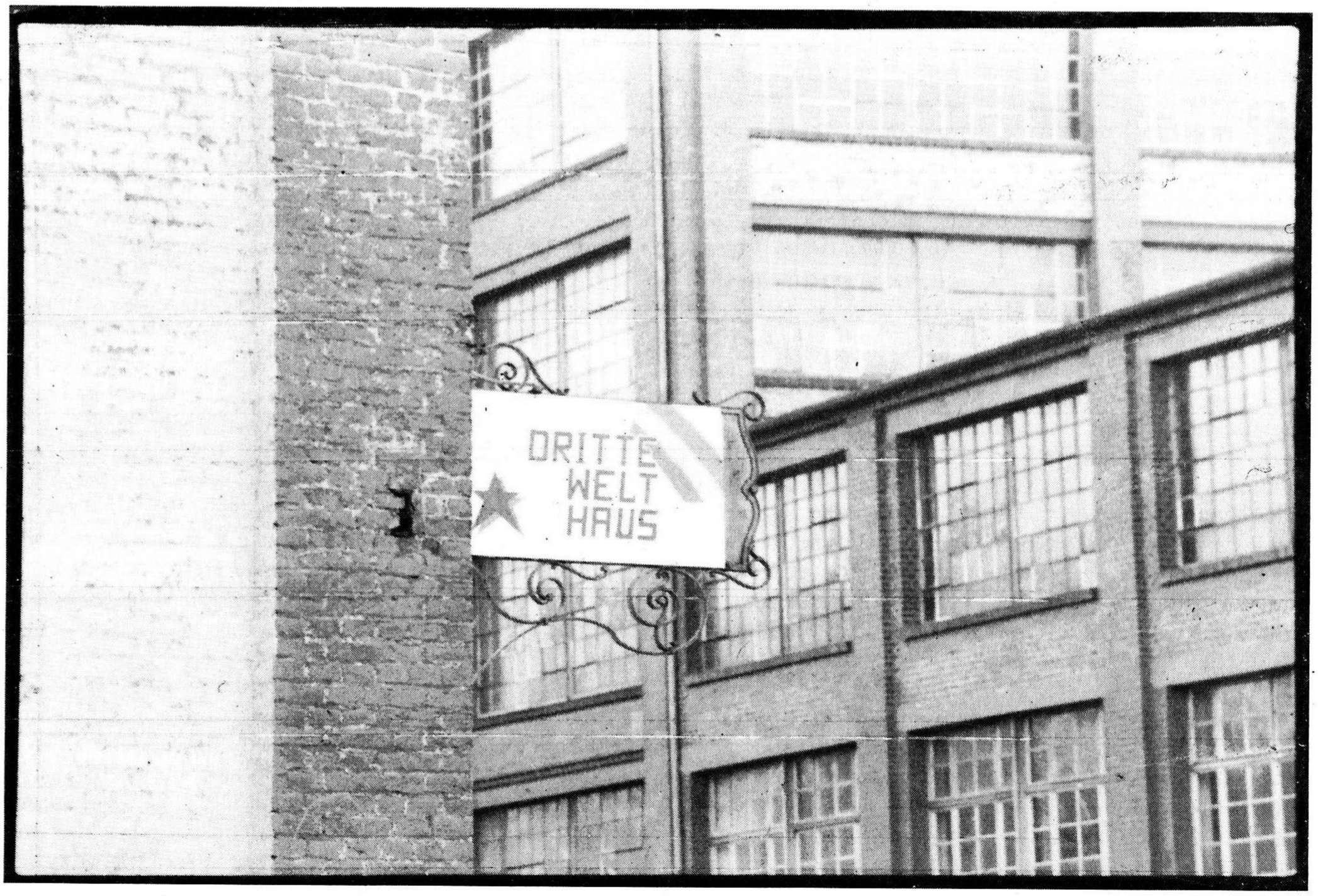
Mehmet: Wir sind kein politischer, sondern ein sozial-ökonomischer Verein. Es geht um ganz konkrete Probleme mit der Wohnung oder bei der Arbeit oder mit Rassismus. Mitglieder sind Kurden und Türken und es geht auch um die Befriedigung kultureller Bedürfnisse.

Welche Umorientierungen in der politischen Arbeit gab es in den letzten Jahren?

Friederike: Ganz gut läßt sich das an der Gruppe gegen Abschiebung aufzeigen. Viele Leute waren vorher vor allem in der Guatemala-Gruppe aktiv und haben nun eher den Schwerpunkt auf das gelegt, was hier passiert. Dennoch haben die Leute weiterhin eine Rückkoppelung an ihre Komitees.

Aktiv sind derzeit zwölf bis vierzehn Leute, teilweise aus anderen Gruppen, teilweise neue Leute. Vor einem Jahr haben wir angefangen, zu den Freßpaketen etwas zu machen, als die Flüchtlinge auch in einigen hessischen Landkreisen dem Sachleistungsprinzip unterworfen wurden. Derzeit kristallisiert sich als Schwerpunkt die Arbeit zu Abschiebeknästen heraus, denn mit der Eröffnung des Knasts in Offenbach haben wir auch hier in der Region endlich angefangen, Abschiebehaft zu thematisieren. Aber die Menschen sitzen ja nicht nur in diesem Modellknast ein, sondern in anderen Vollzugsanstalten hier in Hessen. Außerdem soll eine Vernetzung zu anderen Gruppen hergestellt werden, die zu dem Thema arbeiten.

Matthias: Aus unserem Komitee ist nur einer in der Gruppe gegen Abschiebungen. Für uns stellt sich die Frage mehr, wie wir als Komitee eine praktische Verknüpfung zwischen Entwicklungen hier in der BRD und dem Prozeß in El Salvador in unserer Arbeit herstellen können. Und das was Mehmet gesagt hat zum Niedergang der Sowjetunion, das hat für unsere Arbeit weniger Bedeutung. Dagegen wirkt sich das Ende der bewaffneten Auseinandersetzung in El Salvador und die Umwandlung der FMLN zur politischen Partei, auf die wir uns immer stark, vielleicht zu stark bezogen haben, viel stärker aus. Damit sind ganz andere Fragen entstanden, auch die nach den Perspektiven, und das hat eine



„Es arbeiten einzelne Gruppen hier im Haus, aber es besteht ein Zusammenschluß über den Vorstand und den Hausrat, wo auch gemeinsame Diskussionen laufen."
Foto: Dritte Welt Haus e.V.

„Ich würde mir wünschen, daß Jugendliche über Mitarbeit in die politischen Zusammenhänge hineinwachsen“: junge Menschen

relativ starke Lähmung ausgelöst. Zum Glück gibt es das praktische Standbein, nämlich die Kaffeekampagne.

Peter: Wir haben uns damals, als sich das Nica-Komitee gegründet hatte, mit der Geschichte der verschiedenen Soli-Bewegungen auseinandergesetzt und sind zu dem Schluß gekommen, daß vor allem die „Länderhüpferei“ verschiedene Probleme mit sich bringt. Zum einen das der Organisation und Reorganisation von Leuten und Gruppen. Zum anderen geht immer wieder Know-how verloren. So ist unsere Einschätzung der Vietnam-Solidarität die, daß nach dem Sieg des Vietcong die Solidarität deshalb so schnell den Bach runter ging, weil die meisten Leute schlichtweg keine Ahnung hatten und es ein teilweise großes Erschrecken darüber gab, was dann in Vietnam für eine Gesellschaft aufgebaut wurde.

Matthias: Wenn du nicht in die Gefahr von Projektionen geraten willst, dann muß einfach kontinuierlich gearbeitet werden. Es muß Kontakt zu Organisationen geben und Vertrauen aufgebaut werden. Bei der Kaffeekampagne dauerte es einige Zeit, bis wir über gemeinsame und unterschiedliche Interessen reden konnten. Die Kooperativen haben gesagt, sie wollen möglichst viel Kaffee zu einem guten Preis verkaufen, wir aber wollten hier keine Kommerzialisierung um jeden Preis. Bis wir anfingen, darüber offen zu reden, mußte erstmal Vertrauen da sein, persönliche Kontakte.

Aber bietet beispielsweise das Thema Mexiko nicht gerade die Möglichkeit, jüngere Leute zu politisieren, eben weil es stärker in der Öffentlichkeit ist und gerade vor dem Hintergrund, daß in viele bestehenden Gruppen vor allem bereits politisierte Leute kommen?

Matthias: Ja und nein. Wenn du eine neue Gruppe anfängst, in der wiederum nur ExpertInnen sind, dann kannst du auch nur schwerlich neue Leute integrieren und politisieren. Natürlich setzen wir uns mit anderen Entwicklungen auseinander: die EZLN und ihr Versuch der „ersten Revolution des 21. Jahrhunderts“, andere Organisationsformen, ein anderes Machtverständnis. Das sind entscheidende Fragen, die auch für unsere Arbeit wichtig sind. Wenn dann Aktionen zu Mexiko oder Chiapas laufen, o.k., aber nicht eine neue Gruppe oder Bewegung gründen, nur weil einem zu El Salvador gerade nichts mehr einfällt oder weil es schwieriger geworden ist.

Peter: Neben den politischen Gründen im engeren Sinne, sitzen in den Gruppen Leute, die nicht so ganz wahrhaben wollen, daß sie älter werden. Damit gerät aber leicht aus dem Blickfeld, daß es auch um die Gewinnung Jüngerer geht. Ein anderer Punkt ist, daß Erfahrungen nicht weitergegeben werden. Ich war hier lange Zeit der Jüngste und mit wenigen Leuten zusammen, die ihre politische Sozialisation 1968 und den folgenden Jahren bekamen. Diese Erfahrungen wurden irgendwann eingemottet, vergammelten und die nächste Generation macht die gleichen politischen Fehler nochmal.

Friederike: Ich empfinde das gerade umgekehrt. Manche, die hier mitarbeiten sind durchaus schon um die 50. Gerade hier im Dritte Welt Haus wird doch Erfahrung von Älteren, die eine lange Geschichte haben, an uns jüngere weitergegeben. Das war für mich ein wesentlicher Grund, hier mitzuarbeiten.

Zurück zu den noch Jüngeren: Besteht das Problem nicht weniger in organisatorischen Fragen, sondern schon in dem Verständnis gegenüber jungen Leuten, was ja auch in dem Begriff „Jugendarbeit“ zum Ausdruck kommt. Das heißt, sind nicht schon die Herangehensweise selbst und die Auswahl der Themen Teil des Problems?

Tülin: In kurdischen Gruppen gibt es dieses Problem mit fehlendem Engagement von Jugendlichen gar nicht, da der Grad an Betroffenheit sehr groß ist und deshalb viele Jüngere mitarbeiten wollen. Generell würde ich aber sagen, Jugendliche sollten hier relativ autonom arbeiten können.

Matthias: Während der Stadtschulwoche waren 14-, 15-jährige SchülerInnen hier und da kam schon die Frage auf, wie die in eine Arbeit eingebunden werden könnten. Es liegt wohl nicht an den Themen. Es gibt zum Beispiel das Jugendumweltbüro, das als selbstorgansierter Jugendverband ganz autonom arbeitet, und dort werden auch Dritte Welt-Themen behandelt. Die sind an den Schulen verankert und deren Erfahrungswelt ist eine ganz andere. Das finde ich auch erstmal o.k. Eine andere Frage ist, wie unabhängige Leute zu uns kommen, die vielleicht schon von der Schule weg sind.

Friederike: Ich denke schon, daß wir in Soli-Gruppen eine bestimmte Arbeitsweise haben, die für viele Jugendliche nicht attraktiv ist. Deshalb aber beispielsweise so etwas wie eine Jugendgruppe aufzumachen, hielte ich für falsch. Ich würde mir wünschen, daß Jugendliche über Mitarbeit in die politischen Zusammenhänge hineinwachsen. ●

tellerwäscher

❶ *radikal*

Mit den bundesweiten Durchsuchungsaktionen in rund 80 Privatwohnungen, Hausgemeinschaften, Arbeitsstätten und politischen Projekten vom 13.6. begann die seit Jahren größte Repressionswelle gegen die radikale Linke in der BRD. U.a. in Berlin, Lübeck, Neumünster, Rendsburg, Köln und Frankfurt/M. wurden von vermummten und schwer bewaffneten PolizistInnen verschiedenste Aufzeichnungen, Computer, Software und Telekommunikationseinrichtungen beschlagnahmt. Zahlreiche Wohngemeinschaften bekamen seit dem 13.6. wiederholt unangemeldeten Besuch vom Staatsschutz, um Personen die am 13.6. nicht angetroffen wurden in Untersuchungshaft nehmen zu können oder nicht Aussagewillige mit Beugehaft zu bedrohen.

In einer Presseerklärung der Generalbundesanwaltschaft vom 13.6. wurden diese Aktionen mit „Ermittlungsverfahren in Zusammenhang mit den terroristischen Vereinigungen 'Antiimperialistische Zellen (AIZ)', 'das K.O.M.I.T.E.E.' und 'RAF' sowie gegen Mitglieder und Unterstützer einer kriminellen Vereinigung, die für die Herausgabe und die Verbreitung der linksextremistischen/linksterroristischen Untergrunddruckschrift *radikal* verantwortlich ist" begründet. Während die Ermittlungen gegen AIZ, RAF und K.O.M.I.T.E.E. unter Zuhilfenahme abenteuerlichster Konstruktionen wohl in erster Linie dazu dienten, die Razzien in der Öffentlichkeit zu legitimieren und die Betroffenen einzuschüchtern, stellte sich schnell heraus, daß es den Behörden primär um die Ergreifung angeblicher HerausgeberInnen der Zeitschrift *radikal* ging. In diesem Zusammenhang wird laut Bundesanwaltschaft gegen 25 Personen ermittelt. Am 13.6. wurden vier Personen in verschiedenen Städten festgenommen und sitzen seitdem unter verschärften Bedingungen in Untersuchungshaft. Der Hauptvorwurf lautet „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung". Die langjährigen Kriminalisierungsversuche in der Geschichte der Zeitschrift *radikal* haben so eine neue Dimension erreicht.

Anfang der 80er Jahre entwickelte sich die *radikal* zu einer bedeutenden bundesweiten Zeitschrift der autonomen und HausbesetzerInnenszene. Sie wurde zu einem Forum, in dem über Erfahrungen und Strategien des linken Widerstandes in der BRD diskutiert wurde. Neben Diskussionsbeiträgen war es den MacherInnen aber immer schon wichtig, unterdrückte oder totgeschwiegene Nachrichten zu veröffentlichen, dazu gehörten und gehören unter anderem auch Erklärungen von Gruppen zu militanten Anschlägen in der BRD.

Die Staatsschutzstellen waren von Anfang an darum bemüht, das Erscheinen und Verbreiten der *radikal* zu be- bzw. zu verhindern. Nach zahllosen Hausdurchsuchungen und Ermittlungsverfahren wurden ein Mitbegründer der Zeitschrift und ein Herausgeber 1984 in Berlin zu 2 ½ Jahren Knast verurteilt. Trotz dieser harten Urteile erschien die Zeitschrift weiter und alle Bemühungen der Staatsanwaltschaft der HerausgeberInnen habhaft zu werden, verliefen im Sande. Da sie die Produktion der Zeitschrift nicht verhindern konnten, änderten die Staatsschützer ihre Taktik und versuchten nun die Vertriebsstruktur der *radikal* zu zerschlagen. 1986 kam es zu zahllosen Hausdurchsuchungen bei linken Buchläden und vermeintlichen *radikal*-HandverkäuferInnen. In 87 Ermittlungsverfahren versuchten die Staatsanwälte Verurteilungen wegen Paragraph 129a zu erreichen. Aber nur in wenigen Fällen gelang dies: so wurde z.B. 1987 ein Handverkäufer der *radikal* in Frankfurt zu 7 Monaten Knast auf 4 Jahre Bewährung verurteilt.

Zentral an den aktuellen Ermittlungsverfahren ist, daß die vermeintlichen RedakteurInnen der *radikal* als Mitglieder einer „kriminellen Vereinigung" verfolgt werden, und daß gegen sie auf Grund inhaltlicher redaktioneller Beiträge eine „Mittäterschaft" an Anschlägen über die in der Zeitschrift berichtet wurde, konstruiert wird. Dieser Versuch linke Publizistik als „terroristisch" zu denunzieren, ist Teil des Kantherschen Programms der „inneren Sicherheit". Der Öffentlichkeit durch medienwirksame Razzien die versprengten Reste der linksradikalen Szene in Erinnerung zu rufen, bedeutet eine erneute Legitimation des repressiven Staatsapparates, der sich eben nur durch solche permaneten Legitimationsakte am Leben halten kann.

G. O.

❷ Klaus S. – recycled

In Zusammenhang mit der Festnahme Birgit Hogefelds und der Erschießung Wolfgang Grams in Bad Kleinen stand auch die Enttarnung des Verfassungsschutz-Agenten Klaus Steinmetz. Während die Umstände der Ereignisse in Bad Kleinen bis heute amtlich verklärt werden und das Interesse der ermittelnden Behörden offensichtlich mehr in der Spurenverwischung besteht – was aus deren Perspektive nur allzu verständlich ist – läßt der staatliche Repressionsapparat andererseits nichts unversucht, um linke Zusammenhänge zu kriminalisieren. Während der Spitzel seinen Auftraggebern primär nicht mehr von Nutzen ist, versucht die Bundesanwaltschaft (BAW) noch einen Sekundärgewinn herauszuschlagen.

Hiervon betroffen ist u.a. ein Wohnprojekt in Frankfurt am Main. Seit September 1991 halten mittlerweile 15 Erwachsene und 2 Kinder einzelne Wohnungen in einem Haus in der Fritzlarer Straße besetzt. Es handelt sich um keine homogene Gruppe, sondern um Menschen aus unterschiedlichen linken Zusammenhängen. Bereits am 10.5.94 fand eine erste großangelegte Hausdurchsuchung statt. Anlaß war das Motorrad einer Hausbewohnerin. Besagtes Motorrad war vorher im Besitz von Klaus Steinmetz. Es wurde nach Bad Kleinen von der Frau erworben und am 14.3.94, wegen eines Defektes, auf einer Autobahnraststätte zurückgelassen. Für die BAW Grund genug im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gegen Unbekannt, wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung", Hausdurchsuchungen durchzuführen. Um ganz sicher zu gehen,

wurde die Frau noch mit dem Vorwurf des „Verdachts auf Urkundenfälschung" konfrontiert; ein Erwerb des Motorrads vor Bad Kleinen macht sich halt besser – dachten sich die Strafverfolgungsbehörden.

Ende November kam es zu einer zweiten Hausdurchsuchung. 50 Beamte drangen samt Bundesanwalt in das Haus ein, nahmen Staubproben, beschlagnahmten diverse Taschen, fertigten Fotos und Skizzen an, beschlagnahmten zwei Motorräder und ein Auto. Es wurden drei ZeugInnenladungen ausgesprochen, denen die Leute Folge leisteten. Während der Vernehmung wurde ihnen eröffnet, daß in mitgenommenen Motorradtaschen, vormals im Besitz von Steinmetz, Sprengstoffspuren gefunden worden sein sollen. Der Beschluß der Hausdurchsuchung wurde begründet mit einem Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt, wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion".

Am 27.6.95 kam es zu einer dritten Hausdurchsuchung, Begründung: dasselbe Ermittlungsverfahren. Dank des gleich mitgebrachten Bundesanwaltes, der flugs ein „Gefahr im Verzug" anordnete, hatten die Beamten auf Durchsuchungsbeschlüße für zwei weitere Wohnungen von vornherein verzichtet. Durchsucht wurden sechs Wohnungen, Keller und Dachgeschoß. Beschlagnahmt wurden alle verbliebenen Taschen, Haarbürsten, Schlüssel, Handschuhe und grüne Farbe, sogar ein Spielzeugkoffer der Kinder erschien den Ermittlern verdächtig. Erneut wurden vier ZeugInnenladungen ausgesprochen, denen jedoch nicht nachgekommen wurde. Prompt wurden am 15.7.95 sechs Ladungen vor die Bundesanwaltschaft, terminiert auf den 20.7.95, zugestellt. Zwei der Betroffenen konnten der Ladung nicht nachkommen, weil sie zu diesem Zeitpunkt im Urlaub waren. Drei andere, begleitet von 50 GenossInnen, verweigerten am 20.7. in Karlsruhe die Aussage.

Am 27.7.95 kam es zur vierten Hausdurchsuchung. Beamte des BKA durchsuchten die Keller und Wohnungen nach der Frau (der sechsten vorgeladenen Zeugin), um sie zwangsvorzuführen. Mit weiteren Ladungen und/oder Zwangsvorführungen ist zu rechnen. Ebenso wahrscheinlich ist die Verhängung von Ordnungsgeldern bis hin zu Beugehaft. Dennoch haben sich die BewohnerInnen entschlossen weder vor Polizei noch vor BWA Aussagen zu machen: „Warum wir uns zur Aussageverweigerung entschlossen haben, hat gute Gründe. Innerhalb eines Ermittlungsverfahrens wegen 129a trifft die Unterscheidung ZeugInnen/Beschuldigte faktisch nicht mehr zu. Daß aus ZeugInnen sehr schnell Beschuldigte werden, zeigen Beispiele aus der Vergangenheit, wie z.B. in der Kiefernstraße in Düsseldorf."

Der Versuch einer Kriminalisierung, mittels der Konstruktion eines Zusammenhangs zum Sprengstoffanschlag auf die JVA-Weiterstadt ist offensichtlich. Und das, obwohl „aufgrund der äußerst geringen Mengen keine Bewertung der Spureneintragung vorgenommen werden (kann). In dem nachgewiesenen Mengenbereich sind Kontaminationen (ungewollte Fehleintragung bei der Spurensicherung oder Aufarbeitung) nie ganz auszuschließen." (Zitat aus dem Gutachten des Kriminaltechnischen Instituts)

T. K.

❸ Aus Wissenschaft und Technik

Sowohl Schimpansen als auch Artefakte machen Politik, warum sollten gerade wir darauf verzichten?" (D. Haraway) „Cyborgs" sind kybernetische Organismen, an der Grenze zwischen Mensch und Maschine angesiedelt und diese Grenze zugleich verändernd. „Cyborg" ist eine Metapher für Lebensweisen, die als das Andere des weißen, männlichen, bürgerlichen Subjekts konstituiert sind. Weil für Haraway Beschreibung und „Realität" nicht auf radikal unterschiedenen Ebenen liegen, geht es hier nicht bloß um einen Vergleich, sondern um die Möglichkeit widerständiger politischer Bündnisse so unterschiedlicher Cyborgs wie den Arbeiterinnen im Silicon Valley und Produkten moderner Robotik – um Möglichkeiten, die sich aus der Verortung von Cyborgs an verschiedenen Grenzen ergeben.

Allerdings bieten weder natürliche noch historisch konstruierte feste Identitäten sinnvolle Bezugspunkte für solchen Widerstand. Dualismen wie Selbst / Andere, Geist / Körper, Kultur / Natur, männlich / weiblich etc., konstitutiv für kapitalistische, rassistische und patriarchale Herrschaftsmechanismen und Subjektkonstruktionen klassischer Ausprägung, geraten nicht nur ins Kreuzfeuer politischer Kritik, sondern werden durch technologische und naturwissenschaftliche Entwicklungen selbst transformiert. Haraway betont die mit diesen Tendenzen einhergehende weltweite Verschärfung von Herrschaft und Unterdrückung, sieht darin aber gleichzeitig neue Möglichkeiten des Widerstands.

In vier Essays und einem Interview macht sie die Relevanz der (Natur-)Wissenschaften als Feld politischer Auseinandersetzungen deutlich. Feministische Politik in diesem Feld bedeutet weder, „das gute wissenschaftliche Schaf von den vorurteilsgeladenen und Mißbrauch treibenden Böcken ab(zu)sondern" noch eine pauschale Ablehnung von Wissenschaft. Innerhalb des biomedizinischen Diskurses kann das Immunsystem als „Krieg der Sterne" oder als „andere Ordnung der Differenz" thematisiert werden – mit unterschiedlichen Folgen für die Veränderung der Grenzen des Selbst. Auf solche Unterschiede kommt es an – sie sind wie alle wissenschaftlichen Geschichten das Ergebnis sozialer Aushandlungsprozesse, in die „wir" uns einmischen sollten. Daß die Chancen dazu nicht zufällig unterschiedlich verteilt sind, bemerkt Haraway allerdings eher am Rande.

Haraways Forderung nach einer Objektivität, die auf eine vereinheitlichende Zentralperspektive zugunsten partialer Bündnisse zwischen unterschiedlich situierten Erkenntnissen verzichtet, bestimmt auch ihre eigene Schreibweise: Die Texte sind voller überraschender Wendungen und unerwarteter Kombinationen, die eine Vereindeutigung der Fronten verhindern. Der Umgang mit dieser oft verwirrenden Sprache wird durch eine ausführliche Einleitung erleichtert: Das HerausgeberInnenkollektiv, hervorgegangen aus einer Arbeitsgruppe des Frankfurter Studentischen Instituts für kritische Interdisziplinarität, stellt hier vertrautere Werkzeuge bereit, die helfen können, sich ohne allzugroße Schwindelgefühle einen Weg durch die Texte zu bahnen.

Uta Schirmer

Donna Haraway: Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen, Campus Frankfurt/M. 1995, DM 39.-

tellerwäscher

❹ Ruhestörung oder „Wir sind alle Rädelsführer“

„Ruhestörung“ lautet der Titel eines ambitionierten Buchprojekts über die Geschichte eines Jugendzentrums in der Provinz. Denn ein Jugendzentrum war und ist dort in mehrfacher Hinsicht Ruhestörung. Zum einen ganz konkret als Lärmbelästigungsfaktor für Nachbarn und diejenigen, die sich für solche halten. Zum anderen aber bedeutete ein Jugendzentrum ganz allgemein einen „ruhestörenden“ Eingriff in die politische Kultur der „Unser-Dorf-soll-schöner-werden“-Idylle. Die zweibändige Beschreibung der über 25 Jahre andauernden „Ruhestörung“ ist wiederum selbst eine, umreißt sie doch eine völlig neue Sicht auf das, was als Dorfgeschichte zu verstehen ist.

Das große Thema beider Bände ist die Selbstverwaltung. Wer über etwas Kenntnis und Praxis der Gruppenstrukturen der neuen sozialen Bewegungen verfügt, sieht hier eigene Erfahrungen anschaulich beschrieben. Was dieses Projekt jedoch von den inzwischen üblichen Abgesängen auf die Selbstverwaltungsidee unterscheidet, ist das Bemühen, diese Erfahrungen zum Ausgangspunkt möglicher Veränderungen und nicht als Vorwand für deren Denunzierung oder Verabschiedung zu nehmen.

Schritt für Schritt wird hier am Beispiel des Jugendzentrums Stetten die Geschichte eines selbstverwalteten Projekts, das Problem der Generationenwechsel oder der Jugendhaussozialarbeit vorgestellt und mit jener sympathischen Gelassenheit diskutiert, die sich nur bei denen einstellt, die sich ihrer Sache sicher sind und deshalb auch die Schwierigkeiten ihrer Positionen sehen können. Vorgelegt wird eine Kollektivgeschichte der Stettener Jugend von den 60ern bis in die 90er, die die Idee der Selbstverwaltung nochmals in Erinnerung ruft. Genau das macht das Werk nicht nur für ehemalige wie gegenwärtige BesucherInnen anderer Jugendhäuser lesenswert. Es berichtet von den Kämpfen und Auseinandersetzungen aus der Anfangszeit der Jugendzentrumsbewegung, die im Umfeld der sogenannten neuen sozialen Bewegungen im Gefolge der 68er-Revolte auch die ländlichen Regionen erfaßte. Es werden auch jene überregionalen Einflüsse (z.B. das Georg-von-Rauch-Haus Berlin, „Jugendpolitisches Forum“ Frankfurt und die Kontakte mit der Zeitschrift „Erziehung und Klassenkampf“) deutlich, die zeigen, daß sich die Jugendbewegung in der ländlichen Region als Bestandteil einer bundesweiten Gegenkultur verstanden hat.

Was Kamann/Kögel vorgelegt haben ist in der Tat kein selbstmitleidiges oder verklärendes Werk, wie die Empirische Kulturwissenschaftlerin Christel Köhle-Hezinger im Vorwort bestätigt. Es will auch nicht längst vergangene Schlachten noch einmal schlagen. Das Anliegen des Buches läßt sich als eine kritische Wiederaneignung der selbst erfahrenen Generationengeschichte zusammenfassen. Hier werden nicht die guten alten Zeiten gefeiert, sondern nach Voraussetzungen, Möglichkeiten und Alternativen des eigenen Handelns gefragt.

Eigentlich diente die Phrase vom „Lernenwollen aus der Geschichte“ in der Linken allzuhäufig nur der Bestätigung des bereits schon eingenommenen Standpunktes. Wer aber etwas über die Geschichte der Linken (nicht nur in der Provinz) und die Tücken der eigenen Politisierungs-, Sozialisierungs-, Organisationsmodelle und -bedingungen erfahren möchte, der möge hier zugreifen. Eine etwas andere „Heitere Ankunft auf dem Lande“ erwartet ihn/sie. Dabei zeichnet sich das Buch vor allem durch eine selbstkritische Haltung gegenüber der eigenen Praxis aus. Daraus können alle lernen, denen an der Fortentwicklung der Selbstverwaltungsidee gelegen ist. Es ist auch ihre Geschichte und Gegenwart und es geht um ihre Zukunft, die da verhandelt wird.

Klaus Schönberger

Friederike Kamann/Eberhard Kögel: Ruhestörung. Band 1: Eine moderne Heimatgeschichte. Band 2: Rebellion in der Provinz. 1993 (Bd. 1) und 1995 (Bd. 2), Trotzdem Verlag, Grafenau. Ingesamt 592 Seiten. Preis je Band 28,- DM

❺ Discojugend und Feminismus

Die von Robert Kurz, Ernst Lohoff und Udo Winkel redaktionell betreute Zeitschrift *Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft* der Krisis-Gruppe aus Erlangen hat sich zum Ziel gesetzt den „Arbeiterbewegungs-Marxismus zu überwinden ohne affirmativ ‘realistisch’ zu werden“. In der Zeitschrift soll daher eine breite Diskussion geführt werden, die sich der „Frage der Überwindung des modernen Ware-Geld-System, der damit zusammenhängenden politischen Sphäre und der geschlechtlichen ‘Abspaltung’“ widmet. Dieser Anspruch beinhaltet für die *Krisis*-Redaktion sowohl die Thematisierung des „modernen ‘Arbeits’-Fetischismus“, des Geschlechterverhältnisses als auch medien- und kulturtheoretischer Ansätze. Daß jedoch trotz dieses im positiven Sinn relativ offenen Konzeptes der ein oder anderen Autorin, dem ein oder anderen Autor der ableitungstheoretische Gaul durchgeht, zeigt etwa der Beitrag „Die Maske des roten Todes“ von Roswitha Scholz über „Kasinokapitalismus, Frauenbewegung und Dekonstruktion“, der sich in der aktuellen Nr. 15 der *Krisis* findet.

Roswitha Scholz möchte in ihrem Text sowohl dekonstruktivistische Strömungen im Feminismus kritisieren, als auch in Form einer „Zeitgeistkritik“ deren „zeitgeschichtlichen Bezüge“ und „materiellen Hintergründe“ benennen. Der zum weiß-wievielten-Male vorgebrachte Idealismusvorwurf gegen die Vorzeige Dekonstruktivistin Judith Butler allein macht den Text nicht interessant, es sind vielmehr die von der Autorin entdeckten „materiellen Hintergründe“, die aufhorchen lassen. Schuld an dem angeblichen Boom des Dekonstruktivismus sei nähmlich der spezifische Erfahrungshintergrund der „jungen Erwachsenen“ von heute: „Leo, der Prominentenparties besucht, Benettonklamotten, Thomas Gottschalk, RTL, Sat1“ und eine in den 80ern „kirre gewordenen Er-

wachsenenwelt, die nicht mehr nach Italien in den Urlaub fuhr, sondern ihn in den USA oder Australien verbrachte, die in Luxuslokalen das erlesenste Gericht und den teuersten Wein bestellte, die in jedem Zimmer ein Videogerät benötigte, die Kaviar- und Krimsektparties feierte usw., und all dies auch dann, wenn es der Geldbeutel keineswegs erlaubte", kurz benannt als „Kasinokapitalismus". Daß nun die im „Kasinokapitalismus mit seiner Discowirklichkeit sozialisierte junge Generation" nicht nur über ihren Geldbeutel lebt, sondern auch jegliche normativen Grundlagen verloren hat, treibt sie, so Scholz, in die Arme postmoderner Theoriebildung.

„Wo bleibt denn da der Maßstab?" fragt Scholz denn auch einigermaßen verzweifelt gegenüber dieser in linke Gewißheiten hereinplatzende Welt von Glitzer und Glamour. Wer dem indes die wirkliche Wirklichkeit mit ihren wirklichen Erfahrungen und wirklichen Bedürfnissen entgegensetzt, darf sich nicht wundern, wenn er bzw. sie als MarxistIn der alten Schule gescholten wird, die sich keineswegs für inhaltliche Anknüpfungspunkte an poststrukturalistische Theoriebildung interessiert, sondern lediglich ihren einzig wahren wirklichen und heiligen Marxismus durchpauken will.

Mir indes sind Kaviar- und Krimsektparties wahrlich lieber als trockene Schulungen in Marxismus von vorgestern.

G. O.

Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft Nr. 15/1995, Hornemann Verlag, Postfach 1307, 53583 Bad Honnef, DM 15.-

❻ Batman forever

Soll doch H.E. Richter die *Militarisierung des Bewußtseins* beklagen, wie es neulich in der *taz* geschah. Soll doch die *Emma* Pippi Langstrumpf viel besser finden als Tank Girl. Sollen sich doch Die Grünen völlig zerstreiten über die Frage der out-of-area-Einsätze der Bundeswehr. Wir gehen ins Kino und freuen uns zum Beispiel über Batman, der sexy ist wie eh und je, und über Bruce Wayne, der eine gute Partie ist, aber nicht so sexy, und über die blonde Schöne, die auch noch intelligent ist, und wie Horst Eberhard Richter ein Psycho, und den zweiten wählt, ohne daß wir erfahren, ob sie gemerkt hat, daß er auch der erste (Batman) ist. Wir freuen uns über die Geschwindigkeit, wegen der Leute über 30 der Handlung gar nicht folgen können. Wir leiden ein bißchen wegen der anderen Figuren, die ja ach so schlecht dargestellt sind. Wir leiden ein bißchen, weil dann doch wieder nur Batman der Retter ist. Aber der Kinobesuch hat sich gelohnt. *Batman forever*: ein Muß!

Michaela Lönneberger

❼ Dumpf- und Schimmelsinn

Der SPIEGEL hat den Lyriker Ernst Jandl (70) befragt – und seine Antworten bekommen.

Manchmal lohnt es sich, motivationslos in gerade veralteten Ausgaben des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL kreuz und quer zu lesen – vor allem dann, wenn Augsteins Rudolf einmal nicht die eherne Größe Friedrichs lobpreist und deshalb der Weg praktisch frei ist, mitten in den tatsächlich „Kultur" genannten Teil des Hamburger Quark- und Quasselblattes hinein. Wenn insofern überdies H. Kasarek keine Billy Wilder-Exegese betreibt ist's wunderbar. Wunderbar geruhsam und sehr beschaulich läßt es sich lesen, ja lesen. Und was lesen wir dann? Wir lesen Interviews.

Wir lesen im SPIEGEL 23/1995 ein Interview mit dem gerade hölderlinpreisumkränzten Lyriker Ernst Jandl (70) „über das harte Los des Lyrikers". Im wesentlichen verläuft das so: SPIEGEL-Frager fragt, SPIEGEL-Gesprächspartner antwortet, SPIEGEL-Frager fragt noch mehr, SPIEGEL-Gesprächspartner antwortet noch mehr. Dieses in Journalistenkreisen ehrfurchtsvoll „SPIEGEL-Pingpongprinciple" genannte Verfahren gilt zu Recht als ausgereifteste Hebammenkunst und forensisch-dialektische Diskurstaktik und -pragmatik. Erfolge sind 1a jederzeit garantiert, Erfolge im Sinne immer wieder zuverlässig unterhaltender Magazinlektüre.

Das ist die Theorie, Fakt, daß der SPIEGEL-Frager (im folgenden: SPIEGEL) diesmal erneut und ohne weiteres die Richtlinien des Pingpongprinciple eingehalten hat, irgendwie aber einiges doch aus dem Ruder lief, denn der Lyriker Ernst Jandl (70) war ungehalten ob eines nicht genauer in Erfahrung zu bringenden SPIEGEL-Gespräch-Umstandes oder jedenfalls der Fragen bzw. des offenkundig auf SPIEGEL-Seite sehr deutlich unter Null angesiedelten Kenntnisstandes wegen.

Gleichwie gefragt, ob er, Jandl (70), ein Gedicht „wie ein Ei sozusagen" lege, meint Jandl (70): „Ja, ich schrieb einmal von einem 'gelegten Gedicht', über dem ein Dichter brütet." Dann aber muß ein Bruch gewesen sein. SPIEGEL: „Gedichts-Tag ist Gerichts-Tag: Stimmt das für Sie?" Beklemmt fragt man sich, welch gelehrte Anspielung aus dem Fundus kulturbetrieblicher Nudelei das nun hier und jetzt sei, da sagt Jandl (70) zum Glück: „Das ist ein Wortspiel ohne jede Gültigkeit." Ein Guter Haken, aber SPIEGEL-Frager läßt nicht locker. SPIEGEL-Frager fragt: „Gedicht und Gericht – lockt der Reim vielleicht magnetisch das Richtige aus dem Unbewußten?" Gibt es ein richtiges Gedicht im falschen Unbewußten? Hebt der Reim nicht seinen Fuß, weil er einmal reimen muß (F.W. Bernstein)? Ist reimen ein Urschleim? Wo sind wir? „Nichts lockt magnetisch das Richtige aus dem Unbewußten, das ist eine üble, völlig abzulehnende Vorstellung." Jandl (70).

Nun, was sagt man dazu? Neu ansetzen lautet die Devise. SPIEGEL: „Berühmt wurde vor allem der Dichter Jandl, der auf der Kalauer liegt *(der auf der Kalauer liegt, tsts)*: 'lechts und rinks' 'Laut und Luise': die Welt als Irrsinn oder als 'illtum' betrachtet?" Jandl (70): „Ich sehe mich nicht als berühmt und die Welt weder als Irrsinn noch als 'illtum'." SPIEGEL: „Sie zählen zu den Sonderlingen der deutschsprachigen Literatur, zu den profunden Pessimisten. Kränkt oder krönt sie das?" Jandl (70): „Ich zähle mich weder zu den Sonderlingen der deutschsprachigen Literatur noch dem anderen. Sie sollten sich vielleicht einmal eine Lesung von mir anhören (...)"

Guter Tip, möchte man meinen, aber SPIEGEL-Frager fragt unverdrossen weiter: „Ihre Gedichte sind Aphorismen zum Lebensüberdruß. Macht es ihnen wenigstens Spaß, sie zu schreiben?" Jandl (70): „Fein, daß sie wissen, was meine Gedichte sind. Sie dürften nicht allzu viele davon gelesen haben."

So geht das über Spalten. Es erübrigt sich, zum Dichter Jandl (70) hier halbwegs kenntnisreiches herzusagen. Denn stören würde das nur den seligen Dumpf- und Schimmelsinn, wie er sich über die Spalten dieses extrablöden Interviews breitet. Andererseits liegt schon etwas Größe und Großartiges in der vielbeschworenen SPIEGEL-Schreibe verborgen: nämlich den Namen des hier hauptamtlich agierenden SPIEGEL-Fragers großherzig zu verschweigen und trotzdem oder eben deshalb

dieses gleichermaßen nutzlose wie aufklärende Gequäle auch noch ins Magazin hineinzudrucken. Fürwahr ein seltsam erhabener Vorgang.

Möglicherweise ist aber davon abgesehen einfach nur in Mode gekommen, wovon die schreibende Klasse außerhalb Hamburgs bislang wenig Kunde erlangt hat: Daß man, bevor die Seiten sich nicht füllen wollen, lieber einen Trottel auf die Prominenz losläßt und dergestalt nichts weniger etabliert als ein neues magazinspezifisches Genre, das voll durchgereifte Hornochsengespräch.

Man wünscht, es wäre wirklich so.

Jürgen Roth

tellerwäscher

❽ Solidarität kennt keine Grenzen

Die „Schwarze Katze Bürogruppe“ und die Gruppe „Über den Tag hinaus“ laden zum „Kulturkongreß Solidarität kennt keine Grenzen“, der vom 5. – 8. Oktober an der Hamburger Uni stattfindet, ein. Trägerin des Kongresses ist „ITACA (Freiheit) – für eine Welt ohne Armut und Arbeitslosigkeit“, ein europäisches Gesamtnetzwerk, in dem bis jetzt drei Netzwerke aus Spanien (BALADRE), Dänemark (Kontaktnetz für aktive Arbeitslose) und der BRD (Bundesarbeitsgruppen der Erwerbsloseninitiativen) zusammenarbeiten. Darüber hinaus gibt es Kontakte zu Basisinitiativen in vielen anderen Ländern und Städten Europas – u.a. Polen, Finnland, England, Irland, Portugal, Frankreich, Norwegen, Niederlande und Italien.

Ziele des Kongresses sind: die Ausweitung und Verbesserung des internationalen Erfahrungsaustausches von Basisinitiativen, die gegen Ausbeutung, Armut und Unterdrückung kämpfen, Entwicklung einer gemeinsamen Diskussions(kultur), Vernetzung mit Gruppen aus anderen sozialen Bewegungen (Antifa- und Antira-Bewegung, MigrantInnen- und Frauenbewegung), einen europäischen Kulturaustausch von unten zu organisieren und Spaltungen zu überwinden (z.B. zwischen „armen“ und „reichen“ Ländern).

Zur Struktur des Kongresses: Da kulturelle Aktivitäten innerhalb von ITACA eine wichtige Rolle spielen, soll es am Freitag- und Samstagabend je zwei Kulturveranstaltungen und Konzerte nicht-kommerzieller Musikgruppen aus verschiedenen Ländern Europas geben. Den Kongreß sollen eine Auftakt- und Abschlußveranstaltung einrahmen. Ansonsten soll in vier Blöcken in Arbeitsgruppen geredet werden. Die Arbeitsgruppen sollen aktionsorientiert sein, d.h., daß mindestens ein Block für eine gemeinsame Aktion vorgesehen ist.

Bisher vorgesehene Arbeitsgruppen sind: ● Feminisierung von Armut ● Wohnen / Hausbesetzung / Reproduktion ● Internationaler Widerstand gegen Sozialkürzungen und Zwangsarbeit ● Lohnarbeit ● Internationaler Kulturaustausch.

Grundsätzlich sollen in allen Arbeitsgruppen antirassistische und -sexistische Perspektiven mitdiskutiert werden. Der Kongreß ist für weitere Themen offen, aber es wurde festgelegt, nicht zu viele Arbeitsgruppen entstehen zu lassen, um den Zusammenhalt des Treffens zu gewährleisten und möglichst viele Verbindungslinien zwischen den Arbeitsgruppen herzustellen.

Zum Kongreß soll eine Vorbereitungsbroschüre erstellt werden. Auch wollen wir das Treffen selbst in einem Video und einer Dokumentation festhalten.

Kontakt:
„Kulturkongreß Solidarität kennt keine Grenzen“, Thalenstraße 118, 22767 Hamburg, Tel. 040/43 22 124, Fax 040/43 95 138

❾ Der Kaffee ist fertig

In der letzten *links* fand sich der Beitrag „Kaffee und andere Fairführer“ von Matthias Proske. Der Autor setzte sich darin kritisch mit TRANSFAIR, dem Verein zur Förderung des fairen Handels mit der „Dritten Welt“ e.V. auseinander. Der *links*-Redaktion ging zwischenzeitlich ein Text der kritisierten Organisation zu, den wir nachfolgend zitieren.

Das Papier trägt den Titel „TRANSFAIR: Kleinbauernfamilien fördern – und mehr!“ Wie Proske meint auch TRANSFAIR, daß es löblich ist, bäuerlichen KaffeproduzentInnen höhere Einkünfte zu verschaffen. Nachdem die Abschaffung des Kapitalismus per „(Nachfrage-)Druck“, wie von TRANSFAIR ehrlicherweise und relativ unumwunden auch eingeräumt wird, verworfen werden mußte, bleibt jedoch zu fragen: was meint „und mehr“? Nun, zuerst einmal heißt „mehr“ weniger Kritik und mehr Gewinn. Und das kommt so: „Da TRANSFAIR sich nun einmal bewußt auf marktwirtschaftliche Strukturen eingelassen hat, geht der Verein zweckorientiert auch mit den entsprechenden Spielregeln um.“ TRANSFAIR versteht sich folglich als „Angebot an den ‘Normalhandel’, freiwillig sein Handeln und seinen Handel (zumindest teilweise) (...) für eine sozial und wirtschaftlich verträgliche Entwicklung des Südens zu ändern. Dieser Ansatz (...) schränkt notwendigerweise die Möglichkeiten der Kritik an Marktteilnehmern ein“. Schade, aber stattdessen dürfen die „Marktteilnehmer“, darf „der Handel“ beruhigt sein und, „damit er überhaupt mitmacht“, darauf hingewiesen werden, daß seine „Gewinnspanne durch den Fairen Handel nicht geschmälert wird.“ Da freuen wir uns aber, und vor allem der „Handel“, der jetzt fair noch mehr verdient. Und damit das so wird, tut Aufklärung not. „Aufgeklärte VerbraucherInnen und Verbraucherorganisationen schaffen den (Nachfrage-)Druck, ohne den der hiesige Handel seine Produktpalette nicht erweitert.“ Siehste wohl, und nicht nur deshalb „macht TRANSFAIR seine intensive Informationsarbeit, wozu natürlich auch Talkshows gehören.“ – Natürlich.

InteressentInnen, die eine besondere Vorliebe für richtige Zitierweise hegen, können das Papier selbstverständlich auch in voller Länge in der TRANSFAIR-Geschäftstelle Köln anfordern. Denn: „Wenn mensch eines TRANSFAIR nicht vorwerfen kann, so ist es eine unzureichende Öffentlichkeitsarbeit...!!!“

T.K.

LUDGER FITTKAU

Sein ist Rohstoffsein

Genmanipulation in der Philosophie des Günther Anders

Ketzereien heißt ein Buch von Anders, in dem sich, wie an anderen Stellen seines Werkes, Hinweise auf die Dogmen und Orthodoxien der experimentellen Naturwissenschaft finden. Hier und vor allem im Einleitungskapitel des 2. Bandes der „Antiquiertheit des Menschen" finden Interessierte probate Mittel, den Mythen der Genforscher zu Leibe zu rücken. Beginnen wir unser Teufelswerk: Stets hat Günther Anders in seiner Philosophie die Zufälligkeit des „Vorkommens des Menschen" in der Geschichte betont: Die Kontingenz.

Einer seiner Kronzeugen war Kant: „Alle Dinge der Natur sind zufällig in ihrem Dasein. Die Verknüpfung verschiedener Arten von Dingen, z.E. der Luft, der Erde, des Wassers, ist gleichfalls ohne Zweifel zufällig. (...) Da das Dasein von Natur und Naturgesetzen nicht aus Naturgesetzen abgeleitet werden kann, also keiner Naturnotwendigkeit entspringt, ist es zufällig." (Kant: *3. Band der Hartenstein-Ausgabe*, S. 611 u. 66, zitiert nach Anders, Günther: *Ketzereien*, München 1991, S. 172f)

Kontingenz und Schöpfung schließen sich aus – nicht zuletzt deshalb war Anders ein erklärter Atheist. Aber auch die Evolutionstheorie ist mit der Kontingenz nicht vereinbar: „Auch der Darwinismus behandelt unser Dasein nicht eigentlich als ein Zufälliges unter anderen: denn in seinen Augen beweisen wir ja, da wir den Kampf ums Dasein durch Überleben bestanden, nein: durch Herrschaft gewonnen haben, unser 'Recht auf Dasein' – und was sich als 'berechtigt' herausstellt, das beweist ja nachträglich seine 'Nicht-Kontingenz'." (Anders, Günther: *Ketzereien*, München 1991, S. 11f.)

Doch angesichts der Genmanipulation ruft Anders aus: „Wie harmlos und human war doch der Darwinismus gewesen, da er die 'Unmenschlichkeit' nur in die Vorgeschichte des Menschen verlegt hatte, verglichen mit der Gen-Manipulation, die Unmenschliches erzeugen könnte, und zwar durch die Herstellung von Wesen, die die 'Ebenbilder' oder Kopien von aus politischen, ökonomischen oder technischen Gründen wünschenswerten Typen wären!" (Anders, Günther: *Die Antiquiertheit des Menschen*, Bd. 2, München 1992, S. 25) Ein Mittel ist z.B. die „Keimbahntherapie" – mit diesem Euphemismus wird dieser produktive Vorgang in „Fachkreisen" verschleiert, hinter dem Sprach-Blendwerk verbirgt sich zum Beispiel das Ziel der „Vermeidung" von Behinderung! „Existenzunwertes Seiendes" wird hier zum Ausgangspunkt der Genmanipulateure, Anders setzt diesen Begriff in Analogie zum nationalsozialistischen „lebensunwerten Leben". Damit kein Zweifel besteht, von welcher Inhumanität hier die Rede ist.

„Die Verwandlung des Menschen in Rohstoff hat wohl (...) in Auschwitz begonnen", schreibt Anders. Nach dem zweiten Weltkrieg hat sich dann in der industrialisierten Wissenschaft eine Entwicklung

„In der Gentechnik wird mit fast eschatologischen Heilsversprechen gearbeitet: 'Wenn ihr uns den Ablaß für eure barbarische Zivilisation in Form von Forschungsgeldern gebt, heilen wir alle Zivilisationsschäden'."

durchgesetzt, die auch den Menschen zur „ausbeutbaren Mine" gemacht hat. Die ideellen Wurzeln der Gentechnik formuliert Anders wie folgt: „Nicht nur sind wir dazu verpflichtet, alles Ausbeutbare auszubeuten, sondern auch dazu, die Ausbeutbarkeit, die angeblich in jedem Dinge (auch im Menschen) verborgen liegt, herauszufinden. Die Aufgabe der heutigen Wissenschaft besteht also nicht mehr darin, das geheime, also verborgene Wesen oder die verborgene Gesetzmäßigkeit der Welt oder der Dinge aufzuspüren, sondern darin, deren geheime Verwertbarkeit zu entdecken." (Ebd., S. 32) Für Anders ist das die metaphysische Grundthese des Industrialismus: „Rohstoffsein ist criterium existendi, Sein ist Rohstoffsein." (Ebd., S. 33)

Daß der Glauben an die Verwertbarkeit, also die Metaphysik, auch die Genmanipulateure in ihrer Forschung motiviert, wird in einer Geschichte von Professor Dietmar Mieth (Vertreter Deutschlands in der EU-Beratergruppe für Ethik in den Biowissenschaften) deutlich: Nach einer Besichtigung der Labore des Mister Anderson, den er als einen führenden Wissenschaftler im Bereich der „Gentherapie" beschrieb, sah Mieth in Andersons Büro eine Pressemitteilung hängen, in der der Forscher versprach, seine Methode werde Krebs, Aids und andere „Immunschwächen" heilen. Mieth stellte Anderson eine Frage: „Wenn man annimmt, daß sie sich mit ihrer Forschung auf einer Skala von 1 – 100 bewegen und 100 ist sozusagen die gelungene Therapie, würden sie dann zustimmen, daß sich ihre Versuchsanordnungen auf der Skala von 1 – 5 bewegen?" Anderson bestätigte diese Beschreibung und wurde dann gefragt, mit welcher naturwissenschaftlichen Gewißheit er die Stufe 100 prognostizieren könne. Der Forscher antwortete: „Mit keiner Gewißheit, aber ich glaube daran."

Günther Anders nennt diese Haltung „pragmatischen Idealismus", nämlich, daß „Seiendes Korrelat der Verwendung" sei. Diese idealistische Pointe wird selbstverständlich tagtäglich materiell durch die Industrie „unterfüttert", die sich auf der Jagd nach neuen Produkten befindet, deren Verwendbarkeit erst erfunden und unsere Begierde danach erst erzeugt werden muß.

Die Tragik des „pragmatischen Idealismus" im Gleichklang mit den Interessen der Biotechnik-Industrien liegt im realen Menschenverbrauch, den diese „quasireligiöse" (Mieth) Forschungshaltung in Kauf nimmt: Trotz der Unvorhersagbarkeit jedweden Heilungserfolges werden weltweit viele tausend Menschen in lebensgefährliche Experimente getrieben, werden zum „homo materia" (Anders) gemacht: „Da die Welt prinzipiell als Rohstoff gilt, muß auch das Weltstück 'Mensch', damit das Prinzip nicht verletzt werde, als solcher behandelt werden. Und 'behandelt' nicht nur im theoretischen Sinne, sondern auch im praktischen (wenn nicht sogar die praktische Behandlung der theoretischen vorausgeht). Daß dieses Stadium – man darf es wohl das des 'postzivilisatorischen Kannibalismus' nennen, so spektakulär ist, daß es als industrielle Revolution sui generis anerkannt werden dürfte, wird wohl niemand bestreiten." (Ebd., S. 26)

Für Anders ist es die 'fixe Idee' dieser industriellen Revolution, daß die Machbarkeit von etwas an sich 'Qualitätscharakter' hat. Die Machbarkeit als Telos: Es geht um die „Tatsache, daß die ('moralische') Entscheidung darüber, ob ein Produkt er-

zeugt, ein Effekt ausgelöst werden solle oder nicht, ausschließlich davon abhängt, ob Erzeugung oder Auslösung 'möglich' ist. (Ebd., S. 32) Die Nicht-Erzeugung von etwas Erzeugbarem sei heutzutage der Skandal, bemerkt Anders. Ein Beleg für diese Beobachtung: Als unlängst ein amerikanischer Gen-Forscher das Geld, welches er für die Manipulation von Pflanzen bekommen hatte, zurückgab, weil er die moralischen Konsequenzen seines Tuns nicht tragen konnte, ging dieser Vorgang um die Welt. Ob sein Handeln Bewunderung oder Kopfschütteln hervorrief, ist nebensächlich: Die Tatsache, daß ein Mitglied der Wissenschaftsgemeinde mal nichts machte, war das Ungeheuerliche: „Im Zeitalter des Machens darf es eigentlich keine ungemachten Geschehnisse geben, mindestens keine, die unverwertbar oder nicht mindestens in ein Produktionsgeschehen integriert wären. Die Tatsache, daß es noch immer Geschehnisse gibt, die einfach da sind und noch nicht einmal als Material oder Energiequelle dienen, ist für uns Heutige skandalöse Verschwendung." (Ebd., S. 274)

Was auch immer sich hinter unseren heutigen Genbeschreibungsmodellen verbirgt, was auch immer das „Genom" sein soll oder können soll – das es im internationalen Denkkollektiv der Genforscher zunehmend als „transhumaner universaler Grundstoff" bezeichnet wird, wie Professor Mieth beobachtet hat, deutet nicht nur auf das Ansinnen der Bioindustrie hin, Gene patentieren zu lassen, sondern auch auf die Machbarkeitsphantasmen der Wissenschaftsgemeinde.

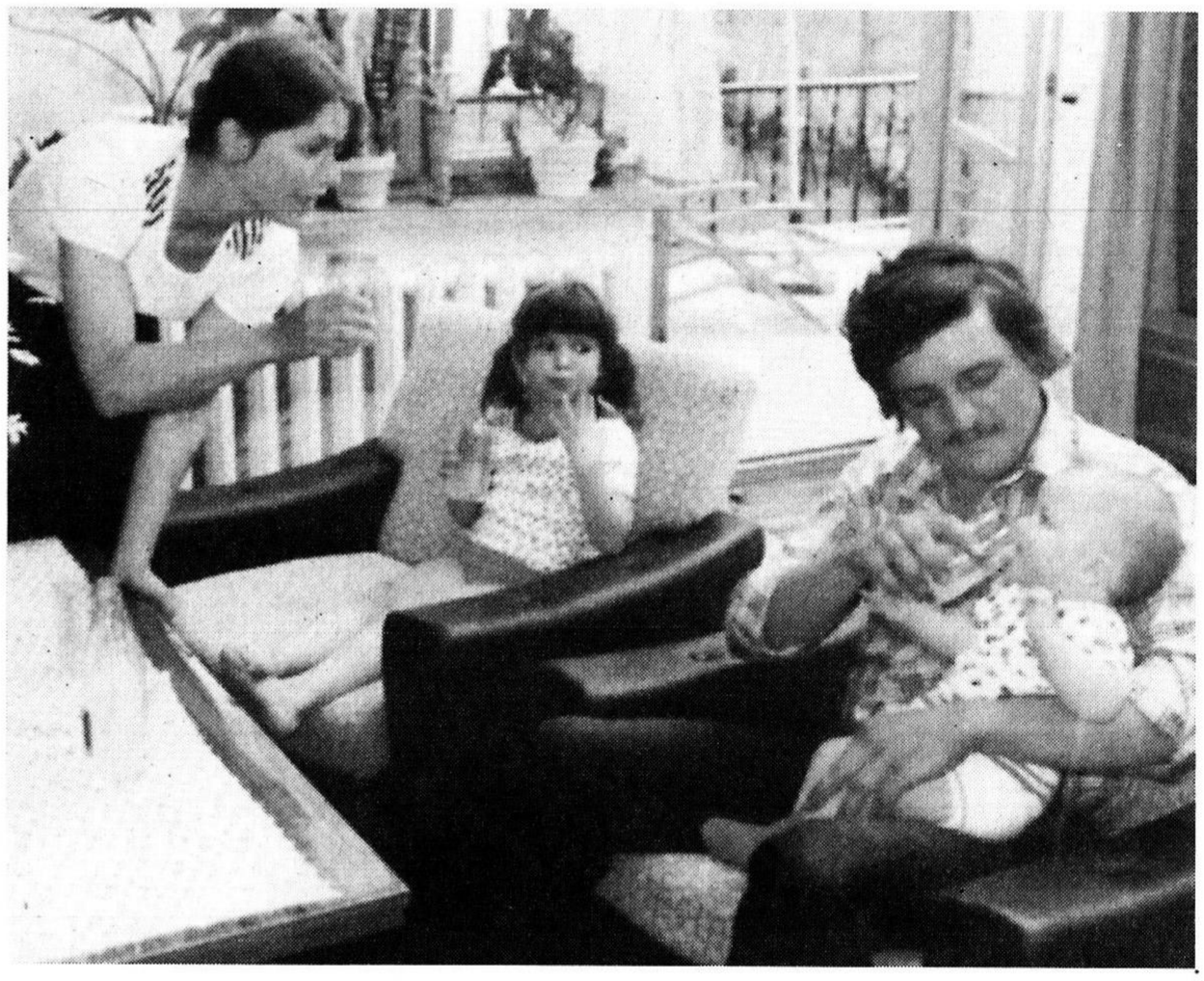
Wenn Teile des individuellen Leibes vom Körper abgelöst und zum universalen Grundstoff gemacht werden, meint das „transhuman" auch die Herstellung neuer „Typen": Diese Anderssche Horrorvision aus dem Jahr 1979 bestätigt 1993 der Informatiker Joseph Weizenbaum, der seine Wissenschaftlerkollegen im Massachusetts Institute of Technology (MIT) erlebt hat: Er sagt, daß die „Extremisten, die Ideologen der Künstlichen Intelligenz versuchen, Gott zu spielen. Ich sehe auch von meiner Beobachtungskabine im MIT, wo ich schon Jahrzehnte einen Überblick über diese Sachen habe, daß alle diese Ideologen der Künstlichen Intelligenz – Minsky, Moravec, Feigenbaum – Männer sind. Nehmen wir das Buch 'Mind Children' von Hans Moravec. Es geht darin um die Absicht, menschliches Leben künstlich herzustellen, und zwar ein Leben, das unvernichtbar, unsterblich und von Anfang an intelligent ist. Das bedeutet doch nichts anderes als: 'Wir können es besser als die Natur, wir können Kinder produzieren, besser als die Frauen es können'." (Weizenbaum, Joseph: *Wer erfindet die Computermythen?* Freiburg 1993, S. 43f.)

Über die Ektogenese, die vollständige Entwicklung des werdenden Kindes außerhalb des Mutterleibes schreibt der deutsche Publizist Claus Koch in seinem Buch *„Ende der Natürlichkeit"*: „Der Verzicht auf die leiberlebte Mutterschaft wird freilich, wenn die intrauterinen Pflegebedingungen unnötig geworden sind, manch einer schwerfallen. Man wird für die geschlechtsabhängige Mütterlichkeit, die sich nicht mehr schmerzensreich bestätigen kann, Surrogate finden müssen." (In: Kuhlmann, Andreas: „Den neuen Menschen denken?", Artikel in *Die Zeit*, Nr. 12, 18.3.94)

Auch wenn dieses Szenario bis jetzt männlicher Machbarkeits-Mythos ist: In dieser „Übertreibung" wird die Tendenz sichtbar, die der industriellen Metaphysik innewohnt, eine Tendenz, die durchaus wirklichkeitsmächtig ist:

„In der Tat dürfen wir von 'zweiter Natur' sprechen, ein Ausdruck, der bisher nur metaphorisch benutzt worden war, heute aber in unmetaphorischem Sinne verwendet werden darf, da es nun Naturvorgänge und -stücke gibt, die es, ehe sie von uns geschaffen wurden, nicht gegeben hatte. (...) Denn was heute erfunden und durch Technik hergestellt werden kann, ist Seiendes, das keine Spielart eines vorgegebenen Themas ist, sondern, um im Bilde zu bleiben, ein neues Thema darstellt. (...) Bisher waren Lebewesen nur innerhalb der allen Spezies ohnehin freistehenden Variationsbreite verändert worden. Das gilt auch von den (z.B. nationalsozialistischen) Versuchen, den physiologischen Typ von Menschen zu verändern, wie sie glaubten zu verbessern (Züchtungsaktion „Lebensborn"). Oder was verändert wurde, war nicht der Typ des Lebewesens, sondern die (umwegige) Methode der Reproduktion, eben durch artificial insemination. (...) Im Unterschied dazu versuchen die heutigen 'cloners', den physiologischen Typ von Lebewesen zu verändern. (...) Während der Atomkrieg die Vernichtung der Lebewesen inclusive der Menschen bedeutet, bedeutet das 'cloning' die Vernichtung der Spezies qua spezies, unter Umständen die Vernichtung der Spezies Menschen durch Herstellung neuer Typen." (A.a.O. (Anm. 3), S. 24)

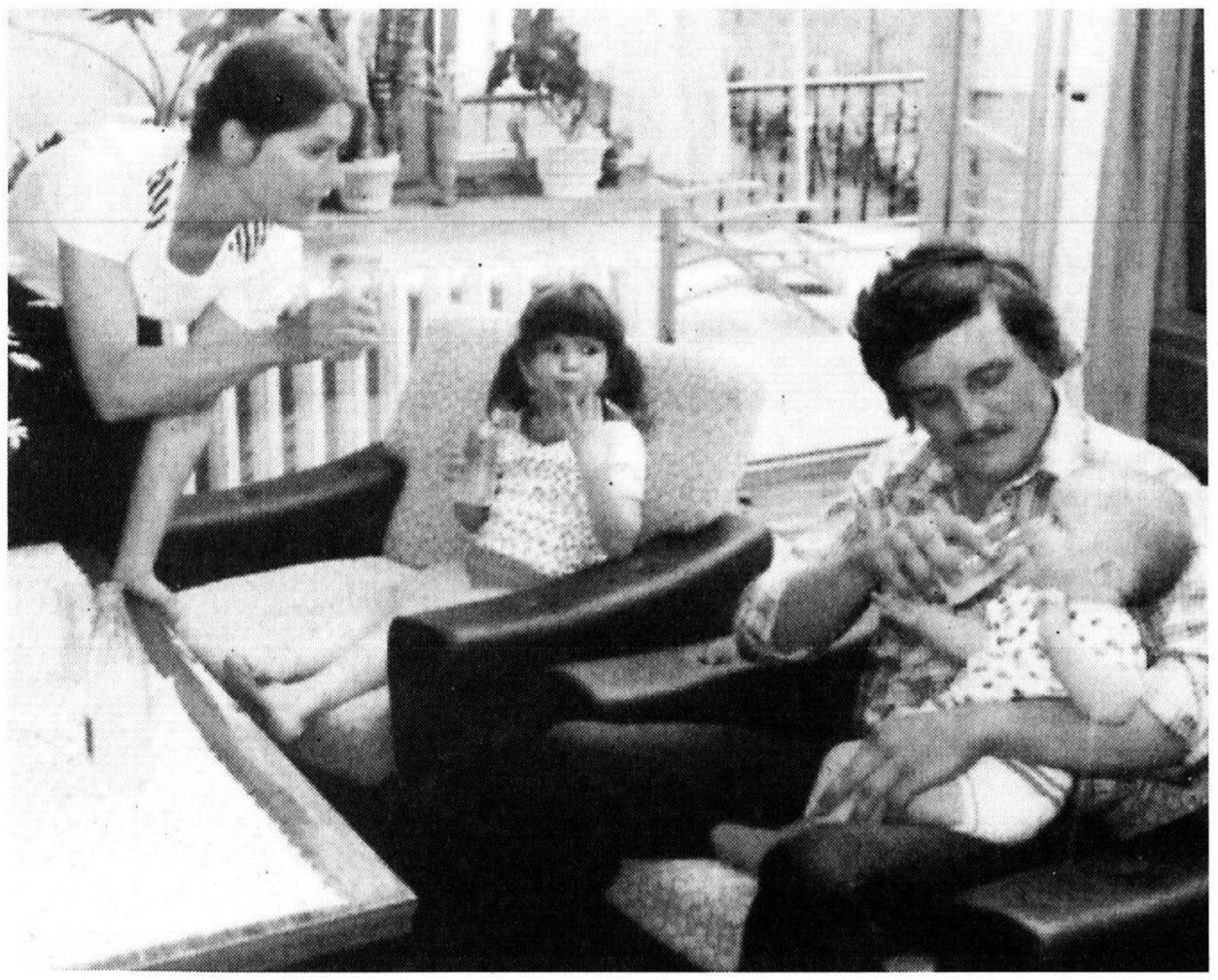
Den begründeten Einspruch, daß „Klonen" von Menschen zumindest hierzulande ebenso wie die Keimbahntherapie noch verboten sei, müßte man nun mit der philosophischen Handlungsmaxime der „Übertreibung in Richtung Wahrheit" zurückweisen: „Wenn wir es für erforderlich halten, Wahrheiten, die von Interessengruppen unterdrückt werden, sichtbar zu machen, dann müssen wir diese einmal pastoso, mit zu dickem Pinselstrich, präsentieren. Dazu gehört sogar, daß wir Potentielles (...) so behandeln, als wäre es bereits etwas Faktisches. (...) Wer über solche 'Übertreibungen' (vielleicht sogar im Interesse der Wahrheit) queruliert, der müßte, wäre er konsequent, auch über die Verwendung von Mikroskopen querulieren, da ja auch diese ihre Gegenstände 'entstellen'; nein, der müßte sogar die gesamte experimentelle Naturwissenschaft über Bord werfen. Denn wenn Naturwissenschaft eine Versuchsanordnung aufbaut, und das, was bei diesem Arrangement geschieht, isoliert und vom Geschehen der Welt abhebt, dann 'übertreibt' er ja ebenfalls; 'von Natur aus' kommt sein künstlich arrangiertes und isoliertes Naturgeschehen ja niemals vor." (Anders, Günther: *Philosophische Stenogramme*, München 1993, S. 141f.)



Genmanipulation: vorher ...

Wenn Anders mit den Methoden der experimentellen Naturwissenschaft für seine Methode der „Übertreibung zur Wahrheit" argumentiert, will er damit keineswegs etwa z.B. Menschenversuche legitimieren, die in den Selbstverpflichtungen der Forscher vom Nürnberger Code über die Helsinki-Deklaration des Weltärztebundes bis

hin zur aktuellen Diskussion um die europäische „Bioethik-Konvention" – nach dem 2. Weltkrieg zur Absicherung der metaphysischen Grundthese des Industrialismus von der Wissenschaftsgemeinde immer wieder bekräftigt wurden. Für Anders sind „Experimente" mit Techniken wie der Gen-Manipulation „pseudoexperimentell". Er meint damit: „Durch bloßes Unterlassen der nicht-harmlosen Pseudo-Experimente gelänge es nicht, die Welt und unser Tun weniger verkehrt und weniger gewissenlos zu machen. Was immer wir unternehmen, immer werden unsere Unternehmungen Experimente darstellen, die unumkehrbar sein werden und deren Folgen wir nicht werden absehen können. Schon die Grundtatsache, daß wir uns vor einem halben Jahrtausend, wahrhaftig arglos, auf das Abenteuer 'Technik' eingelassen haben, ist ein irreversibles Experiment



... nachher

und dadurch kein Experiment mehr gewesen." (A.a.O. (Anm. 2), S. 98f.) Am Beispiel Atomkraft macht Anders deutlich, daß auch die „Unterlassungen" kaum mehr verantwortbare Experimente sein könnten: Selbst das sofortige Abschalten aller Atomkraftwerke zwänge zur Auseinandersetzung mit der Frage, wohin mit den atomaren Abfällen.

Wohin auch immer das radioaktive Material verbracht wird, jeder Ort der Lagerung ist experimentell, weil niemand sagen kann, wie sicher er für die nächsten Jahrtausende sein wird: Die Lagerstätte ist ein Experiment. Es gibt keine „zeitlichen Grenzen" (Anders) für das Experiment mehr.

Obwohl Günther Anders gegen die verwissenschaftlichte und industrialisierte Technik mit ihrem Vernichtungspotenital sein Leben lang mit Worten und Taten protestiert hat, reflektiert seine Philosophie angesichts der Metaphysik des Industrialismus ein Gefühl der Sinnlosigkeit, das uns nie wieder verlassen wird:

„Der (...) Grund für unser Gefühl der Sinnlosigkeit besteht in der Tatsache, daß wir dazu verurteilt sind, in einem 'Mittel-Universum' zu leben. Darunter verstehe ich die, durch die zweite industrielle Revolution geschaffene, künstliche Welt, in der es keine Akte oder Gegenstände mehr gibt, die nicht Mittel wären, die nicht Mittel sein sollen, deren Zwecke nicht darin bestünde, die Produktion oder Wartung weiterer Mittel zu gewährleisten, weiterer Mittel, deren Zweck wiederum darin besteht, weitere Mittel zu erzeugen oder erforderlich zu machen usw. (...) Endziele hätten also, sofern solche (was niemals der Fall ist) in dem Mittel-Universum auftauchen würden, keinen 'Sinn' – gerade sie wären (darin besteht die Dialektik der Sinnlosigkeit) 'sinnlos'. (...) Sinnlos ist also, da in diesem Universum alles nur Mittel und nicht Zweck ist, dieses Universum als ganzes, und der Zwang in einem sinnlosen Universum unentrinnbar leben zu müssen." (A.a.O. (Anm. 3), S. 364f.)

In einem Dialog läßt Günther Anders nach dieser Erörterung seinen – möglicherweise fiktiven – Gesprächspartner aufstöhnen:

„Aber das ist ja zum Verzweifeln!", rief er. „Halten Sie ihre Emotion für ein Gegenargument?" antwortete ich. „Das natürlich nicht." „Ich verbitte es mir aber – denn so klang eben ihr Ausruf –, mir, dem Formulierer die Schuld für das Formulierte in die Schuhe zu schieben. Im übrigen kann ich mich nicht erinnern, je etwas gesagt zu haben, was nicht zum Verzweifeln gewesen wäre. Dazu, und zu nichts anderem, ist mir die Sprache gegeben. Oder erwarten Sie, daß ich rebus sic stantibus 'die Himmel rühmen des Ewigen Ehre' singe?" (A.a.O. (Anm. 2), S. 99)

Für Günther Anders bedeutet diese im wahrsten Sine des Wortes „trostlose" Beschreibung des Seins allerdings weder Zynismus noch Praxislosigkeit. Seine Selbstverpflichtung zum politischen Handeln lautete: „Wenn ich verzweifelt bin, was geht's mich an! Machen wir weiter, als wären wir es nicht!" Auch wenn unser „Sein von den Gnaden des Nichts" ist, ein „Gerade noch Sein, das zur Frist wurde, die jederzeit ins Zeitenende umschlagen kann" (Hildebrandt, Helmut: *Anders und Heidegger*, in: Liessmann: *Günther Anders kontrovers,* München 1992, S. 48) – es ist ein Sein. Es bleibt ein Spielraum zu handeln. Vielleicht ist für die Kritik der Gentechnik wichtig, diesen Spielraum zu nutzen, um die Gen-Manipulateure als „Anhänger des biblischen Schöpfungsberichtes" zu entlarven, wie Anders es sieht: Naturwissenschaftler, die wie Mister Anderson „an die Welt herantreten, als wäre sie ein für uns Seiendes, nicht einfach ein Seiendes", sind „auf wie verschämte Weise auch immer", Anhänger eines „Schöpfungsglaubens" (Anders). Der oben schon zitierte Weizenbaum schlägt gar vor, von Wissenschaft als Religion zu sprechen. Für ihn hat die Naturwissenschaft in den westlichen Ländern alle Merkmale einer organisierten Religion: „Da gibt es Novizen, das sind die Studenten in den Universitäten. Da gibt es Priester, das sind die jungen Professoren, dann gibt es Monsignores, das sind die älteren. Es gibt Bischöfe und Kardinäle und es gibt Kathedralen. Es gibt Päpste und auch – das ist sehr wichtig – Häretiker. Die Häretiker werden bestraft, genauso wie die Häretiker einer alten Religion: Sie werden ausgestoßen. Und wenn man schließlich als Häretiker anerkannt ist, dann wird auch behauptet: Der war doch nie ein richtiger Wissenschaftler! Das alles gibt es. Und dann gibt es die große Masse der Gläubigen. In diesem Sinne besteht überhaupt kein Unterschied zwischen Naturwissenschaftsglauben und dem Glauben an die Lehre der katholischen Kirche im Mittelalter." (A.a.O. (Anm. 9), S. 17f.)

In der Gentechnik wird mit fast eschatologischen Heilsversprechen gearbeitet: „Wenn ihr uns den Ablaß für eure barbarische Zivilisation in Form von Forschungsgeldern gebt, heilen wir alle 'Zivilisationsschäden'." So lautet das Dogma, wir sollen glauben! Wenn sich der Weihrauch der Leidvermeidungsversprechen verzieht, wird der Blick auf den Alltag der Wissenschaftskirche frei: Jenseits der Sonntagsreden ist für die Ungläubigen eine andere Wirklichkeit zu entdecken: Der Tumor-Nekrose-Faktor ist ein gentechnisch hergestelltes Medikament, das Tumore auflösen sollte. Nun, da sich zwar nicht der Krebs, wohl aber der Glaube an die Allmacht dieses Medikaments langsam verflüchtigt, lassen die Produzenten das Medikament nicht etwa schamhaft in der Gruft unter dem Tabernakel der Technologen verschwinden. Das neue Anwendungsgebiet ist: Haarausfall! ●

Abos und Geschenke im September / Oktober '95:

Beim Geschenktisch kommt es auf die liebevolle Anordnung der Gaben an

Zurück aus noch sommerlichen Gefilden oder kühlen Bergeshöhen stellen sich der am politischen Geschehen interessierten ZeitgenossIn einige Fragen: Warum sind die Pflanzen nicht gegossen worden? Woher kommen die vielen Rechnungen im Briefkasten? Wieviele Tage sind es noch bis zum nächsten Urlaub? Und vor allen Dingen: Wo krieg' ich jetzt die aktuelle *links* her? Der Buchladen an der Ecke hat Sommerferien, am Bahnhofskiosk gibt's keine mehr und alle *links*-AbonnentInnen im Freundeskreis befinden sich außer Landes. Bleiben eigentlich nur zwei Möglichkeiten: Entweder auf die Lektüre zu verzichten (der falsche Weg) oder schleunigst zu abonnieren (der richtige Weg).

Sind auch die Pflanzen verdorrt und der Briefkasten voll, nichts und niemand kann die vom Urlaub nach Hause kommende AbonnentIn mehr von der Lektüre ihrer *links* abhalten. Und wer dafür sorgt, daß dieser unendliche Abo-Vorteil auch neuen LeserInnen zukommt, bekommt als Dankeschön noch ein kleines Präsent dazu. Die Abgebildeten sind zwar leider schon alle vergriffen, es gibt aber noch folgende Buchgeschenke aus dem Programm des Verlags „Westfälisches Dampfboot":

Veit Michael Bader, *Rassismus, Ethnizität, Bürgerschaft: Soziologische und philosophische Überlegungen*
Heiner Busch, *Grenzenlose Polizei? Neue Grenzen und polizeiliche Zusammenarbeit in Europa*
Sàndor Szenes/Frank Bacon, *Von Ungarn nach Auschwitz: Die erschwiegene Warnung*
Bettina Höfling-Semnar, *Flucht und deutsche Asylpolitik*
Elmar Altvater, *Der Preis des Wohlstandes oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung*

Werbeprämie

Ich habe eine/e neue/n *links*-AbonnentIn geworben und möchte das folgende Buch (siehe die Angebote in den letzten Ausgaben):

_____

_____

als Geschenk erhalten.

Ich bin *links*-AbonnentIn

_____

Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

_____

Straße

_____

Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 30.9. (frühestens 1995) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 75,- /O:DM 50,-, incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

_____

Bankleitzahl Konto-Nr.

_____

Name der Bank

_____

Vor- und Zuname

_____

Straße

_____

PLZ Wohnort

_____

Datum Unterschrift

Geschenk-Abonnement

Eigene Angaben wie oben. Die *links* soll
☐ ½ Jahr
☐ 1 Jahr an folgende Adresse geschickt werden

_____

_____

_____

Ermäßigtes Abonnement

für: StudentInnen, Arbeitslosenhilfe- und SozialhilfempfängerInnen

☐ Ich abonniere die *links* für 56,- DM gegen Vorlage der Studien-, Sozialhilfe- oder Arbeitslosenhilfebescheinigung.

Förder-Abonnement

☐ Ich fördere die *links* mit DM 100,- im Jahr.

☐ Ich fördere die *links* mit DM .....
(Betrag über DM 100,- im Jahr)

☐ Ich möchte eine Einzugsermächtigung.

Schnupper-Abonnement

☐ Ich möchte die nächsten 2 *links*-Ausgaben zum Preis von W: 20,- DM, O: 15,- DM bestellen.
(Bitte Zutreffendes ankreuzen)

_____

Vor- und Zuname

_____

Straße

_____

PLZ Wohnort

_____

Datum Unterschrift

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

Infoladen Leipzig

Koburger Str. 3
D 04277 Leipzig

SO 1

BUCHLÄDEN

WO DIE LINKS ZU HABEN IST:

Bamberg
Collibri-Buchhandlung
Austr. 14
Berlin
Buchladen am Savignyplatz
Carmerstr. 9
Kirschkern Buchversand
Schlüterstr. 28
Petermann, Gebr.
Zeitschriftenvertrieb
Kurfürstenstr. 111
Bielefeld
Buchladen Eulenspiegel
Hagenbruchstr. 9
Bonn
Buchladen 46
Kaiserstr. 46
Braunschweig
Magni Buchladen GmbH
Langedamm 13
Bremen
Buchladen am Ostertor
Fehrfeld 60
Darmstadt
Georg-Büchner-Buchladen
Lauteschlägerstr. 18
Dortmund
Buchladen Taranta-babu
Humboldtstr. 44
Düsseldorf
Bibabuze Buchladen
Aachenerstr. 1
Essen
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Viehofer Platz 8
Frankfurt
Autorenbuchhandlung
Reuterweg 57
Baersch, Herbert Nachf.
Hostatastraße/
Ecke Albanusstr. 29
Bahnhofsbuchhandlung
Schmitt & Hahn
Im Hauptbahnhof
Buchhandlung Hector
Gräfstr. 77
Buchhandlung Christensen
Kettenhofweg 104
Club Voltaire
Kleine Hochstr. 5
Karl-Marx-Buchladen
Jordanstr. 11
Uni Buch
Jügelstr. 1 (Studentenh.)
Ypsilon-Buchladen
Berger Str. 18
Freiburg
Jos Fritz-Buchladen
Wilhelm-Str. 10
Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Str. 10
Hamburg
Buchl. in der Osterstraße
Osterstr. 156
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Schlüterstr. 1
Hanau
Buchladen a. Freiheitsplatz
Am Freiheitsplatz 6
Hannover
Hennies & Zinkeisen
Fachbuchhandlung
Marienstr. 14 u. 18
Heidelberg
Der andere Buchladen
Plöck 93
Hildesheim
Amei's Buchecke
Goschenstr. 31
Hockenheim
Hockenheimer Bücherecke
Hirschstr. 20
Kassel
ABC-Buchladen
Goethestr. 77
Koblenz
Reuffel Buchhandlung
Inh. E. Duchstein
Löhrstr. 92
Köln
Der andere Buchladen
Wahlenstr. 1
Lengfeldsche Buchhandl.
Kolpingplatz 1
Vereinigte Universitäts- u.
Fachbuchhandlung
Richard-Wagner-Str. 1
Konstanz
Buchladen
"Zur schwarzen Geiß"
Obermarkt 14
Krefeld
Andere Buchladen
Dionysiusstr. 7
Ludwigsburg
Buchladen Schwarzes Schaf
Reithausplatz 2
Lüneburg
Delbanco Buchhandlung
Bessemerstr. 3
Mannheim
Buchladen M2, 6
M2, 6
Marburg
Roter-Stern-Buchhandlung
Am Grün 28
Mönchengladbach
Prolibri-Buchladen
Regentenstr. 120
Moers
Aragon-Buchvertrieb
Hombergerstr. 30
München
Basis—Buchhandlung
Adalbertstr. 43
Münster
Buchhandlung Krueper
Frauenstr. 42
ROSTA-Buchladen
Aegidistr. 12
Nürnberg
Bücherkiste Diekmann
Schlehengasse 6
Offenbach
Buchladen am Markt, BAM
Wilhelmplatz 12
Tucholsky Buchladen
Mittelseestr. 14
Oldenburg
Carl-v.-Ossietzky-
Buchhandlung
Bergstr. 1
Holzberg Buchhandlung
Haarenstr. 20
Osnabrück
Jonscher Buchhandlung
Postfach 2545
Recklinghausen
Attatroll Buchladen
Herner Str. / Paulusstr. 2
Reutlingen
Jakob-Fetzer-Buchladen
Weingärtnerstr. 7
Rosenheim
Irrlicht Buchladen GmbH
Innstr. 45 a
Saarbücken
Der Buchladen GmbH
Brückenstr. 7
Siegen
Bücherkiste GmbH
Bismarckstr. 3
Schneider Buchhandlung
Sandstr. 9
Stuttgart
Buchhandlung W. Niedlich
Schmale Str. 9
Kunst & Wissen
Postfach 10 28 44
Tübingen
Buchhandlung in der
Gartenstraße
Gartenstr. 20
Die Gruppe
Münzgasse 15
Wetzlar
Buchladen am Kornmarkt
Kornmarkt 12
Zürich
Pinkus & Co.
Froschgasse 7